

Wortprotokoll

13. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

26. Jänner 2023

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Trauerkundgebung für LAbg. a.D. Walter ULRICH

Fragestunde:

Beilage 9080/2023: Anfrage der Abg. Strauss an Landesrat Achleitner

Beilage 9081/2023: Anfrage des Abg. KO Mayr an Landesrat Achleitner

Beilage 9082/2023: Anfrage des Abg. Antlinger, B.Ed.Univ. an Landesrat Achleitner

Beilage 9083/2023: Anfrage des Abg. Präsident Peter Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9084/2023: Anfrage des Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

Beilage 9085/2023: Anfrage des Abg. KO Mag. Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9086/2023: Anfrage der Abg. Vukajlović, MSc BA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung

Geschäftsanträge:

Beilage 419/2023: Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher

Redner/innen: Abg. KO KommR Ing. Mahr
Abg. Aigner
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Gneißl
Abg. Vukajlović, MSc BA
Abg. Ing. Wahl, MBA

Beilage 420/2023: Initiativantrag betreffend zeitgemäße Ausgestaltung des Demonstrationsrechts

Redner/innen: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Abg. Mag. Höglinger
Abg. Bauer
Abg. Gruber
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. KO Krautgartner

Beilage 421/2023: Initiativantrag betreffend Verschärfung der Untersuchungshaft

Redner/innen: Abg. Gruber
Abg. Aigner
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.
Abg. Bgm. Froschauer
Abg. Bauer

Beilage 422/2023: Initiativantrag betreffend Konsequenzen für junge Gewaltverbrecher

Redner/innen: Abg. Dr. Csar
Abg. Bauer
Abg. Aigner
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. KO KommR Ing. Mahr
Abg. Heitz

Beilage 423/2023: Initiativantrag betreffend Optimierung der Oö. Klima- und Energiestrategie mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Sozialpartner:innen, Industrie und Umwelt-NGOs

Redner/innen: Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.
Abg. Schießl
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. KO Mayr
Abg. Häusler, BSc
Abg. Mühlbacher

Beilage 426/2023: Initiativantrag betreffend Wärmepreisdeckel für Oberösterreich

Redner/innen: Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.
Abg. Schießl
Abg. Scheiblberger
Abg. Vukajlović, MSc BA

Aktuelle Stunde über das Thema:

"Zustand der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich" - Beilage 8006/2023

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Bammer
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Präsident Peter Binder

Abg. Schwarz
Abg. Häusler, BSc
Abg. Mag. Dr. Manhal
Abg. Bgm. Froschauer
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner
Abg. Knauseder, MSc
Abg. Bgm. Mader
Abg. Mag. Kirchmayr
Abg. Grünberger
Abg. Mag. Engl
Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Scheiblberger
Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Geschäftsantrag im Zusammenhang mit der aktuellen Stunde:

Beilage 424/2023: Initiativantrag betreffend Umgehende Entlastung des Gesundheitssystems

Beilage 427/2023: Initiativantrag betreffend Energie-Raumplanung in Oberösterreich ausbauen

Redner/innen: Abg. Schwarz
Abg. Strauss
Abg. Dim
Abg. Bgm. Mader

Beilage 428/2023: Initiativantrag betreffend den Ausverkauf von oberösterreichischem Erdgas verhindern und die Natur schützen

Redner/innen: Abg. Haas
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Abg. Gruber
Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger
Abg. Aigner

Beilage 429/2023: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 und das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 geändert werden (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023)

Redner/innen: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Abg. Mag. Ammer
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Margreiter
Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger

Beilage 430/2023: Initiativantrag betreffend die explodierende Anzahl plötzlicher und unerwarteter Todesfälle

Redner/innen: Abg. Häusler, BSc

Abg. Präsident Peter Binder
Abg. Mag. Dr. Manhal
Abg. Schwarz
Abg. Gruber

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 414/2023: Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten über den Zeitraum 2018 bis 2020

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Csar

Redner/innen: Abg. Kroiß
Abg. Scheiblberger
Abg. Mag. Engl
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Heitz

Beilage 415/2023: Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzkommission für die Jahre 2019 bis 2021

Berichtersteller/in: Abg. Mühlbacher

Redner/innen: Abg. Mühlbacher
Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.
Abg. Bauer
Abg. Ing. Fischer

Beilage 416/2023: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Csar

Redner/innen: Abg. Dr. Csar
Abg. Präsident Peter Binder
Abg. Schwarz
Abg. Präsidentin Sabine Binder

Beilage 417/2023: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahres-verpflichtung gegenüber der OÖ Verkehrs-verbund-Organisationsgesellschaft Nfg. & Co KG (OÖVG) für Verkehrsdienstbestellungen im Schienenpersonennahverkehr im oberösterreichischen Streckenabschnitt der Salzburger Lokalbahn Salzburg - Ostermiething/Lamprechtshausen im Zeitraum 11. Dezember 2022 bis 12. Dezember 2032

Berichtersteller/in: Abg. Schießl

Redner/innen: Abg. Schießl
Abg. Mühlbacher
Abg. Mag. Höglinger
Abg. Mag. Engl
Landesrat Mag. Steinkellner

Beilage 418/2023: Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend den Ersten Umsetzungsbericht zum OÖ. Kulturleitbild

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Dr. Manhal

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Manhal
Abg. Ing. Wahl, MBA
Abg. Dim
Abg. KO Mayr

Beilage 419/2023: Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher

Berichtersteller/in: Abg. KO KommR Ing. Mahr

Beilage 420/2023: Initiativantrag betreffend zeitgemäße Ausgestaltung des Demonstrationsrechts

Berichtersteller/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 421/2023: Initiativantrag betreffend Verschärfung der Untersuchungshaft

Berichtersteller/in: Abg. KO KommR Ing. Mahr

Beilage 422/2023: Initiativantrag betreffend Konsequenzen für junge Gewaltverbrecher

Berichtersteller/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 429/2023: Initiativantrag betreffend das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023

Berichtersteller/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Vorsitz: Präsident Hiegelsberger
Zweite Präsidentin Sabine Binder
Dritter Präsident Peter Binder

Schriftführer: Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer (entschuldigt bis 14:00 Uhr), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Dr. Hattmansdorfer, Langer-Weninger, PMM und Mag. Steinkellner; entschuldigt die Landesräte Kaineder und Mag. Lindner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Stanek und Abg. Hofmann

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin Dr. Nußbaumer

(Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung des Oö. Landtags und begrüße sie dazu sehr herzlich. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschule Waizenkirchen mit ihren Pädagoginnen und Pädagogen. Herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass ihr bei uns seid. Die Bediensteten des Hauses, die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt bis 14:00 Uhr Landeshauptmann Thomas Stelzer. Entschuldigt generell sind Landesrat Kaineder, Landesrat Michael Lindner, Abgeordneter Wolfgang Stanek und Abgeordnete Stefanie Hofmann.

Die Amtliche Niederschrift über die 12. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit vom 27. Jänner bis 10. Februar 2023 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Bitte den Geräuschpegel etwas reduzieren.

Ich teile mit, dass der Verfassungsausschuss in seiner Sitzung am 19. Jänner 2023 einstimmig beschlossen hat, der gemäß § 8 in Verbindung mit § 4 und § 6 Abs. 2 Z 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes angezeigten leitenden Stellung von Herrn Abgeordneten Konsulent Ing. Erich Wahl, MBA als Mitglied des Aufsichtsrats der Familienzentren GmbH der Oö. Kinderfreunde und von Herrn Landesrat Mag. Michael Lindner als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dachstein-Tourismus AG zuzustimmen. Diesen Beschluss bringe ich gemäß § 7 Abs. 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes und gemäß § 4 Z 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem Oberösterreichischen Landtag zur Kenntnis.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben.

Wir trauern um Herrn Landtagsabgeordneten außer Dienst und Altbürgermeister der Gemeinde Piberbach Walter ULRICH, welcher am 6. Jänner 2023 im 84. Lebensjahr verstorben ist.

Walter ULRICH, geboren am 24. März 1939, war von 1989 bis 1991 Abgeordneter im Oberösterreichischen Landtag. Er war Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und im Geschäftsordnungsausschuss.

Herr Walter Ulrich übte 19 Jahre lang, von 1976 bis 1995, das Bürgermeisteramt in der Gemeinde Piberbach aus und wurde anschließend zum Ehrenbürger ernannt. Er war Träger des Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich. Der Oö. Landtag und das Land Oberösterreich werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Danke.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Ich beginne mit der Anfrage der Abgeordneten Heidi Strauss an Herrn Landesrat Markus Achleitner.

Abg. **Strauss:** Schönen guten Morgen Herr Landesrat, auch an alle anderen Kollegen und Kolleginnen einen schönen guten Morgen! Am Standort Ehrenfeld 2 in Ohlsdorf wurden 19 Hektar Wald für ein Betriebsbaugelände gerodet. Tausende Tonnen Schotter wurden im Zuge der Baureifmachung abgebaut. Der Bundesrechnungshof hat zum Verkauf der Bundesforstgründe an diesem Standort eine Gebarungsprüfung angekündigt.

Statt angekündigter hunderter Arbeitsplätze gibt es zum jetzigen Zeitpunkt versiegelte Bodenflächen und auf der Plattform Willhaben inserierte Lagerhallen. Was unternehmen Sie als Raumordnungslandesrat, um die für die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Umwidmung in Ohlsdorf Ehrenfeld 2 entscheidenden Verfahrensargumente, wie insbesondere die Realisierung einer großen Zahl an Arbeitsplätzen vor Ort, tatsächlich zu realisieren?

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen in der Regierung, hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal und zuhause. Sehr geehrte Frau Abgeordnete, auch einen schönen Guten Morgen! Danke für die Frage, die es mir ermöglicht, wieder einmal ganz grundsätzlich über die Raumordnungspolitik in unserem Lande diskutieren zu können.

Aktive und vorsorgende Raumordnungspolitik ist Kernkompetenz der Gemeinden in Oberösterreich. Das ist gut so, und das bleibt auch so. Und gerade du als Vizebürgermeisterin deiner Heimatgemeinde Marchtrenk bist da ja gut informiert. Weil eure Gemeinde das auch mustergültig macht. Ihr nehmt eure Verantwortung wahr und widmet vorsorglich in den verschiedenen Kategorien um.

Ich habe es mir angeschaut: In den letzten drei Jahren wurden in Marchtrenk alleine rund 42 Hektar als Bauland neu gewidmet, in den Kategorien Betriebsbaugelände, Geschäftsbaugebiet, eingeschränktes, gemischtes Baugebiet und Wohngebiet. Das sind immerhin 2 Prozent der Gesamtfläche von Marchtrenk. Aber ich begrüße das ausdrücklich, weil es Weitsicht in der Gemeindeplanung, in der Raumordnungsplanung erlaubt und auch ermöglicht. Auch wenn viel von dem Gewidmeten derzeit noch nicht bebaut ist und man derzeit noch nicht weiß bei einer Umwidmung, wer denn dann dort hinbauen wird. Weil man noch nicht weiß bei gewidmetem Baugebiet, welche Firma kommt denn dort hin? Wie viele Arbeitsplätze werden denn dort geschaffen? Ihr widmet im Vorfeld, damit Ihr dann im Wettbewerb mit anderen Regionen, mit anderen Städten, Gemeinden, so wie Oberösterreich auch im Wettbewerb mit anderen Ländern und Regionen, eben vorsorglich Flächen habt, damit, wenn bestehende inländische Betriebe sich erweitern wollen, Unternehmensgründungen passieren, ausländische Betriebe nach Österreich kommen wollen, dass Ihr Flächen zur Verfügung stellen könnt. Daher macht Ihr das in Marchtrenk. Und genau so machen das die Gemeinden in Oberösterreich, wofür ich wirklich herzlich danke.

Das heißt, das Land selber widmet nicht. Die Gemeinden widmen. Jetzt wissen wir, dass manche in der politischen Debatte das gerne anders hätten: Die den Gemeinden diese Kernkompetenz, diese Herzkompetenz wegnehmen möchten und das irgendwie auf Landes- oder gar Bundesebene zentralisieren möchten.

Ich bin da wirklich gänzlich anderer Meinung. Ich glaube, dass die Menschen in den Gemeinden genau wissen, was für die einzelne Gemeinde das Beste ist. Dass man vor Ort

genau weiß, wie man den Raum ordnen soll, weil das heißt ja Raumordnung. Ich ordne Flächen für Wohnen, für Erholung, für Landwirtschaft, für Betriebsbaugebiete etc. Und dafür haben die Gemeinden die demokratisch gewählten Gemeinderäte, die das auch beschließen oder eben auch nicht. Sie haben die Ortsplaner, um die fachliche Expertise einzuholen. Sie haben die Experten des Landes aus den Fachabteilungen. Und das Land Oberösterreich kontrolliert dann, ob die Beschlüsse, wenn sie gefasst werden, rechtmäßig zustande gekommen sind oder nicht.

Auch wenn einige das anders möchten, ich bin der Meinung, dass das ein gutes System ist, bei dem wir auch bleiben werden. Und so wie Ihr das in Marchtrenk macht, so macht das auch die Gemeinde Ohlsdorf im Verbund der INKOBA, wo 11 Gemeinden insgesamt das gemacht haben.

Und diese 11 Gemeinden machen überörtliche Raumordnung. Das entspricht ganz dem, was ich oft sage, das Denken darf nicht bei Gemeindegrenzen aufhören. Sie sagen, wo ist es denn gut, dass wir beispielsweise Tourismusbetriebe ansiedeln? Wo ist es gut in den einzelnen Gemeinden, wo wir Wohnflächen haben? Wo sind Erholungsflächen? Und wo wollen wir Betriebe ansiedeln? Und die 11 Gemeinden sagen gemeinsam, in vorbildlicher Weise, naja, Betriebe werden wahrscheinlich sehr gut angesiedelt sein, wenn sie gut verkehrsmäßig erschlossen sind, zum Beispiel entlang von Autobahnen.

Und genau aus diesem Grund hat Ohlsdorf vor vielen Jahren eine Gesamtfläche, die sich Ehrenfeld nennt, als Betriebsbaugebiet gewidmet. Zuerst Ehrenfeld 1, eine Fläche, die in Bestand ist. Die dann entwickelt wurde, verwertet wurde, wo Firmen angeworben wurden. Und wo mittlerweile fünf Firmen angesiedelt sind und ein bisschen mehr als 350 Arbeitsplätze entstanden sind. Und nachdem dieses Gebiet entwickelt wurde auf der einen Seite der Autobahn, hat man auf der anderen Seite der Autobahn, weil extra gelegen und gut erschlossen, nicht durch Wohnsiedlungen führend et cetera, den zweiten Teil beschlossen zu widmen.

Auch wieder mit denselben Argumenten, gut erschlossen, keine Widmungskonflikte etc. Und an der Autobahn, so wie wir es ja an der Autobahn sehen, ein geeigneter Standort. Das ist der zweite Teil, Ehrenfeld 2. Auch da ist es wieder so, dass die Besitzer, die gewechselt haben, die Besitzer jetzt schauen, dass sie Betriebe ansiedeln. Da werden sie unterstützt von unserer Standortagentur, von der Business Upper Austria, so wie alle, weil diese maßgeschneiderte Lösungen machen kann. Und jetzt wird versucht, Betriebe dort anzusiedeln. Und das wird auch gelingen.

Da hat es eine Aufregung gegeben, weil bei der Verwertung das auch online irgendwo dargestellt wurde. Ja, unglaublich. Im 21. Jahrhundert ist das offenbar möglich und richtig, dass man nicht nur über Projektentwickler, über Agenturen, oder über Zeitungsinserate, nein, auch über digitale Foren so etwas anbietet. Wenn man hineinschaut beispielsweise, alleine von Oberösterreich werden 1.700 Projekte hier angeboten. Das heißt, das ist ganz normale Akquise und Betriebsansiedelungswerbetätigkeit.

Was tun wir? Was können wir als Land tun? Wir können mit der Business Upper Austria, mit unserer Standortagentur, unterstützen. Dort kommen sehr viele Betriebe, schon bestehende oder auch ausländische, die sagen, ich habe den und den Bedarf. Dann wird beraten und aus den vielen Flächen, die vorsorglich durch die Gemeinden dankenswerterweise gewidmet wurden, wird dann geschaut, welcher Betrieb passt denn wo am besten hin? Da wird beraten etc. Und insgesamt entstehen bei Betriebsbaugebieten dann auch Arbeitsplätze. Wieviel

genau, dass könnt Ihr bei den Betriebsbaugebieten in Marchtrenk, die unbebaut sind, heute nicht sagen, und die Gemeinde Ohlsdorf dort kann das auch heute nicht sagen.

Was man sagen kann, dass bei dem einen Teil Ehrenfeld 1 jetzt fünf Unternehmen mit 350 Mitarbeitern entstanden sind. Die Fläche auf der anderen Seite der Autobahn ist ziemlich gleich groß. Mal schauen, wie viel es da werden. Aber es ist davon auszugehen, dass es auch viele werden. Wir unterstützen über die Standortagentur, die das wirklich erstklassig macht, und die wirklich große Erfolge vorzuweisen hat.

Ich glaube aber, es steckt ein bisschen eine grundsätzliche Geschichte von Umwidmungen dahinter. Weil jede Umwidmung ja eine Interessensabwägung ist. Ob unsere Kinder Wohnraum schaffen können oder nicht, ob Betriebe sich erweitern können oder nicht, ob wir Betriebe ansiedeln oder nicht. Ob Oberösterreich wettbewerbsfähig ist und erfolgreich bleibt, wie es zweifelsohne jetzt ist. Wir haben Vollbeschäftigung und das beste Jahr 2022 hinter uns. Und daher ist es notwendig und wichtig, Flächen vorsorglich zur Verfügung zu stellen. Wie das Marchtrenk macht, wie das die anderen Gemeinden machen und wie das die INKOBA macht, und das möchte ich wirklich hervorheben: Gerade in so einem sensiblen Gebiet, das geht ja bis Grünau, Scharnstein hinein und so weiter, dass hier elf Gemeinden sagen: „Nein, wir sehen das Gesamte und ordnen den Raum überregional und geben entlang der Autobahn die großen Betriebe hin, die wir jetzt auch schon dort haben. Wir haben große Betriebe im Handelsbereich logischerweise. Wir haben große Betriebe im Möbelbereich. Wir haben große Betriebe in der Industrie und in der Zulieferindustrie. Also wo, wenn nicht neben einer Autobahn mit Extraanschluss würde man dann überhaupt noch Betriebsbaugebiete widmen können? Und daher stehe ich zu hundert Prozent auch zu diesem Gebiet, genau wie die 11 Gemeinden und auch die Gemeinde Ohlsdorf.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Strauss:** Ja, ich habe jetzt sehr ausführlich schon einiges gehört. Ich darf aber trotzdem noch einmal nachfragen: Wird es in der Überarbeitung des Raumordnungsgesetzes dahingehend eine Überarbeitung geben? Um künftig Fehlentwicklungen, wie in Ohlsdorf aufsichtsbehördlich zu unterbinden und Schlupflöchern für findige Projektanten entgegen zu wirken?

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich lausche wirklich sehr klar den Fragen. Ich glaube, wenn Du zugehört hättest, habe ich es beantwortet. Du wirst keinen Raumordnungsexperten finden, der argumentiert, dass neben der Autobahn mit eigenem Verkehrsanschluss kein geeigneter Standort wäre. Da ist eine eigene Straße, eine eigene Brücke gebaut worden, damit man eben den Verkehr nicht durch Städte führen muss. Sondern direkt gleich auf die Autobahn, so dass das ein bestens geeigneter Standort ist, und daher sehe ich überhaupt keinen Änderungsbedarf. Ich sehe keinen Änderungsbedarf, dass man den Gemeinden etwas wegnimmt, weil die die Expertise vor Ort haben. Die Gemeinden bekommen fachliche Expertise und die Raumordnungsbehörde, nicht der Landesrat, hat dann die Aufsicht und schaut, ob die Beschlüsse der Gemeinderäte auch den Gesetzen entsprechend gefasst wurden.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Strauss:** Eine letzte habe ich noch. Die ist sehr kurz, aber sehr wichtig. Hat die Entscheidungsfindung und der Ablauf etwas mit dem Projektanten zu tun in der Causa Ohlsdorf?

Landesrat **Achleitner**: Jedes Widmungsverfahren läuft gleich ab, das Widmungsverfahren orientiert sich an einem Bedarf, an der Eignung eines Standorts, an einer demokratisch zu fassenden Beschlusslage, einer Überprüfung des Landes, ob alles rechtmäßig abgelaufen ist und ansonsten an nichts anderem.

Abg. **Strauss**: Dankeschön.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Danke, Herr Präsident, Herr Landesrat guten Morgen! Ja, der ursprüngliche Eigentümer dieses Ehrenfeld 2-Gebietes hat ja mittlerweile oder inzwischen verkauft. Man entnimmt den Medien auch, er hat einiges an Gewinn gemacht. Ich bin dem Herrn Asamer das auch nicht neidig. Er ist ein findiger Unternehmer und Investor. Mir geht es um die Rolle der öffentlichen Hand. Wie auch der Kollegin vorher. Die Grundverkehrskommission hat ja grundsätzlich Grundstückserwerbe dann zu untersagen, wenn anzunehmen ist, und das hat sich ja im Fall Ohlsdorf bewahrheitet, dass diese vorwiegend zu spekulativen Zwecken beabsichtigt sind. Und meine Frage ist jetzt ganz einfach, wie konnte es, obwohl diese Regel ja sehr klar ist, doch zu diesem Verkauf von dem ich gerade gesprochen habe, kommen?

Präsident: Bitte.

Landesrat **Achleitner**: Ich muss ganz offen sagen, es geht um ein Widmungsverfahren wie jedes andere auch, und bei jeder Umwidmung ändert sich durch die Widmung auch die mögliche Nutzung, und damit ändern sich logischerweise natürlich auch Preise. Es wird in Marchtrenk nicht anders sein wie es in Ohlsdorf oder sonst wo ist. Ich hätte keine Informationen, die da irgendwo argumentativ darauf hindeuten würden, dass das ein Verhinderungsgrund gewesen wäre. Es war ein normales, raumordnerisches Verfahren, dass die Gemeinde, meines Erachtens, richtig durchgeführt hat und die Aufsicht daher auch nicht bemängelt hat.

Präsident: Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Dann komme ich zur nächsten Anfrage. Klubobmann Mayr an Landesrat Achleitner bitte.

Abg. KO **Mayr**: Dankeschön, Herr Präsident! Einen wunderschönen guten Morgen, werte Kolleginnen und Kollegen! In der Gemeinde Ohlsdorf wurde vor gut einem Jahr 19 Hektar Wald gerodet, die davor in das Betriebsbaugelände Ehrenfeld 2 umgewidmet worden waren. Sie haben diese Widmung aufsichtsbehördlich genehmigt und darauf hingewiesen, dass dadurch ein Leitstandort mit hunderten Arbeitsplätzen entsteht. Aktuell werden in diesem Fall, Datum der Anfrage der Einbringung, 19. Jänner 2023, auf einer Online Plattform, die drei dort geplanten Lagerhallen zur Vermietung angeboten. Meine Frage ist, auf welcher Grundlage basierte im Zuge der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Betriebsbaugeländes Ehrenfeld 2 in Ohlsdorf ihre Aussage, dass dort ein wirtschaftlicher Leitstandort mit hunderten Arbeitsplätzen entstehen wird.

Landesrat **Achleitner**: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich darf bei der Frage einen Irrtum korrigieren. Die Aufsichtsbehörde hat der Widmung der Gemeinde Folge geleistet, nicht der Landesrat hat irgendwas genehmigt. Zweitens, auf welcher Basis? Ich habe das bei der vorigen Anfrage, glaube ich, erläutert. Auf Basis der Leitstandorteneignung. Wir haben bei der Business Upper Austria, bei der Oö. Standortentwicklungsagentur, ein Programm der Leitstandortstrategie. Das heißt, es wird gemeinsam mit den Experten des Landes im

gesamten Land geschaut, wo gibt es denn Flächen für entsprechende Nutzungen, wenn Betriebe, die viel Platzbedarf haben, nach Oberösterreich geholt werden sollen. Und zwar, weil Betriebe sich erweitern wollen, weil wir so viele erfolgreiche, tüchtige Unternehmen haben. Oder weil neue gegründet wurden oder weil internationale Betriebe nach Oberösterreich kommen. Wir stehen in einem Wettbewerb. Diesbezüglich gibt es eine Clusterung, wenn man so will, in Leitstandortkategorien. Da ist ein Leitstandort A beispielsweise einer mit über 30 Hektar Möglichkeit zur Ansiedlung.

Ehrenfeld ist so einer. In zwei Teilen, der ist über 30 Hektar und perfekt verkehrerschlossen. Dann gibt es die Leitstandorte der Kategorie B, die haben ein Flächenpotential von 15 bis 30 Hektar. C von 5 bis 15 Hektar und D unter 5 Hektar. Entsprechend dieser Kategorisierung macht die Standortagentur mit der Fachabteilung Raumordnung Screenings und schaut und berät die Gemeinden, wo welche Flächen möglich wären. Aus dieser strategischen Raumordnungspolitik heraus, und die halte ich für wichtig, dass wir nicht dann, wenn jemand kommt und sagt, jetzt bräuchte ich was, wir überlegen, wo tun wir es denn hin, sondern dass strategisch Flächen eben vorsorglich entwickelt und gewidmet werden.

Wir haben beispielsweise Leitstandorte in Reichersberg, wo wir, glaube ich, 35 oder 38 Hektar haben. Wir haben Leitstandorte in Kronstorf, die sind Jahre noch nicht entwickelt, werden aber entwickelt werden, und bringen uns in die Situation, dass wir dann Wettbewerbsvorteile haben, wenn es im Wettbewerb darum geht, wo kommen denn Betriebe hin, wo entstehen Arbeitsplätze?

Auf dieser Basis ist in Ohlsdorf und bei Ehrenfeld 1 von einem absoluten Leitstandort zu sprechen und noch dazu der höchsten Kategorie.

Wie definieren die Fachleute das? Da werden Flächen anhand verschiedenster Parameter geprüft, beispielsweise der Verfügbarkeit, der Verkehrsanbindung, ich habe schon gesagt, eine bessere Verkehrsanbindung eines Betriebsstandortes als wie bei Ehrenfeld 1 und 2 gibt es nicht. Das ist übrigens der Grund, warum wir entlang der Autobahn A1, da muss man einmal fahren, damit man sieht, wie viele Betriebe dort schon stehen. Deswegen haben wir das Postverteilerzentrum in Allhaming genauso an die Autobahn dorthin vermittelt, wenn man so will, und die Gemeinde hat einen Umsetzungsbeschluss dort gefasst. Es wird die öffentliche Infrastruktur bewertet und vieles mehr, aus diesen fachlichen Bewertungen entstehen dann geeignete Flächen für Industriegebiet, Betriebsbaugelände oder eben auch nicht.

Es geht darum, bei der Ordnung des Raumes, dass wir kommende Konflikte vermeiden, dass wir Betriebe nicht neben Wohnsiedlungen machen, wo dann durch Verkehr und Emissionen, etc. dann Probleme entstehen. Daher ist die Ordnung des Raumes richtig und gescheit, und die Betriebe machen das auch gut.

Ein Punkt noch zum Wald, das ist auch immer so ein Thema. Es wird in der politischen Diskussion einseitig oft einmal dargestellt, dass hier jetzt in etwa 18,8 Hektar Wald wegkommen und damit der Waldbestand vernichtet wird. Wahr ist, dass die 18 Hektar dann 28 Hektar werden, weil der Wald quasi verlegt wird, weil die andere Nutzung neben der Autobahn so wichtig ist. Also durch das Projekt selber entsteht nicht weniger Wald, sondern mehr Wald.

Jetzt kann man sagen, das dauert dann 30 bis 40 Jahre, das ist schon richtig, aber es wird der Raum geordnet, und dann kann es sein, dass man auch Wald verlegt. In diesem Fall ist das

der Fall, und das Stift Kremsmünster macht diese Aufforstungen, die laut Bescheid vorgeschrieben sind.

Zweitens gibt es seit 2018 den digitalen Flächenwidmungsplan in Oberösterreich. Ich habe meine Experten einmal erheben lassen, weil der Eindruck immer gemacht wird, dass eben der Wald weniger wird in Oberösterreich, und ich wollte einmal wissen, wie war denn das durch Umwidmungen und so weiter, was hat sich denn verändert in diesen fünf Jahren, im Zeitraum von 29.01.2018 bis 14.12.2022? Wissen Sie, was da raus kommt? In dieser Zeit hat sich die Waldfläche in Oberösterreich um 2.631 Hektar erhöht. Also es ist nicht nur falsch, dass durch dieses Projekt weniger Wald entsteht, sondern insgesamt sind 2.631 Hektar Wald in Oberösterreich dazu gekommen, das sollte man nur auch miterwähnen, weil man sonst einen falschen Eindruck gewinnen könnte.

Zum Schluss: Wo sonst, als bei so einem Standort bei einer Autobahn würde man dann überhaupt noch Betriebsbaugebiete widmen können, wenn es nach dieser Argumentation gehen würde? Das ist eine spannende Frage. Wo sonst, wenn nicht neben der Autobahn? Daher stehen wir dazu, dass wir ressourcenschonend umgehen, dass wir verdichtet bauen, etc., aber dass wir auch durch die Raumordnung ermöglichen: Wohnraum für unsere Kinder und Enkel, Raum ermöglichen für Betriebe, die sich entwickeln und auch Raum ermöglichen, dass internationale Unternehmen auch nach Oberösterreich kommen, weil wir im Wettbewerb stehen und das der Grund ist, warum wir in diesem wunderbaren Land Vollbeschäftigung haben.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte Herr Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Es gibt zwei Zusatzfragen. Ich fange an bei der Frage der Rodung, weil das jetzt am Ende von dir gekommen ist, Herr Landesrat. Weil es für mich neu ist, wenn man etwas aufforsten will, dass man zuerst etwas roden muss. Wenn man sich anschaut, wie viele Arbeitsplätze dort versprochen wurden, dann stößt man ja mittlerweile auf sehr unterschiedliche Zahlen. Im Gemeinderatsprotokoll ist von 300 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu lesen, 600 stehen im Rodungsbescheid, der Millionär, der das gekauft und verwertet hat und mittlerweile mehr Millionär ist als vorher, hat im ORF Oberösterreich kürzlich von 600 bis 800 gesprochen. Informell hat man schon von 1.000 Arbeitsplätzen gehört, für mich ist schon die Frage: Wenn 19 Hektar Wald gerodet werden, wo ist deine Schmerzgrenze bei Arbeitsplätzen, dass man sagt, so viel müssen entstehen, dann war es die Rodung Wert?

Präsident: Bitte.

Landesrat **Achleitner:** Also ganz offen gesagt, bei Betriebsbaugebieten und bei Widmungen spielen die konkrete Zahl von Arbeitsplätzen in Wahrheit keine Rolle, sondern es geht um die Eignung eines Standortes für Betriebsbaugebiet oder eben nicht. Alles andere sind Mutmaßungen, ich kann auch zu Zahlen von Projektanten nichts sagen, tue das auch nicht. Was man sagen kann ist, dass der erste Teil dieses Betriebsbaugebietes mittlerweile entwickelt und angesiedelt ist und dort jetzt fünf Unternehmen sind, die in etwa 350 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Wie viel es dann auf der zweiten Seite werden, wissen wir erst, wenn das Gebiet entwickelt ist, daher zu sagen, man weiß jetzt, dass es Null sind oder man weiß jetzt, dass es 100 sind oder 500 sind, stimmt einfach nicht, das sind reine Mutmaßungen. Ich kann es auch nicht sagen, aber der Standort ist für eine Betriebsansiedlung wirklich gut geeignet.

Und zum Aufforsten. Aufforsten kann man immer, da muss man nicht vorher roden, völlig klar, aber im Forstgesetz ist ganz klar definiert, wenn ein öffentliches Interesse nachgewiesen werden kann, dann kann man roden, mit der Auflage, dass man aber mehr als gerodet wird aufforsten muss. In diesem Fall war das das 1,5fache, das wurde als Bescheidauflage auferlegt.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitte Herr Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Eine Zusatzfrage noch zur Auswahl von Leitstandorten. Es gibt diese Broschüre von der Business Upper Austria, wo relativ klar die Kriterien dargelegt werden, was erfüllt werden muss, damit ein Gebiet als Leitstandort definiert werden kann oder nicht. Was mich bei dieser Auflistung irritiert ist, dass die Frage der Arbeitsplätze bei der Suche nach Leitstandorten und beim Aussuchen von Leitstandorten weder qualitativ noch quantitativ auch nur irgendeine Rolle spielt.

Jetzt sprechen wir dort, seit diese Rodung stattgefunden hat, von irgendeiner x-beliebigen Zahl an Arbeitsplätzen, die dort entstehen sollen. Warum spielt das bei der Auswahl von Leitstandorten gar keine Rolle, wie sich das wirtschaftlich auswirkt, wie sich das auf die Verschiebung von Arbeitsplätzen auswirkt, wie sich das auf die Qualität von Arbeitsplätzen oder auch die Quantität von Arbeitsplätzen auswirkt?

Landesrat **Achleitner:** Herr Klubobmann, das ist wie bei dem Umwidmen für Wohnraum. Da wird auch nicht vorher quasi definiert oder verlangt, in welcher Art und Weise dort Wohnraum entsteht. Rede mit Gemeindevertretern, es wird umgewidmet dort, wo die Eignung für Wohnraum gut ist, wenig Verkehrsbelastung, etc. ist, und dann kommen Projektanten, die dann meist einen Bebauungsmix vorlegen. Das können Einfamilienhäuser sein, das können Doppelhäuser sein, das kann verdichteter Wohnbau sein, etc. Da wird auch vorher quasi nicht definiert für die Eignung des Standortes, wer hinkommt, sondern es geht um die Eignung, um Konflikte hintanzuhalten.

Bei Betriebsansiedlungen ist es auch so, weil wir, ich weiß ja, Ihr habt oft auch ein Thema, dass Ihr gegen Logistikbetriebe seid, jetzt muss man nur ehrlicherweise sagen, wenn man entlang der Autobahn schaut, welche Unternehmen wir dort haben: Dort haben wir die großen Handelsbetriebe beispielsweise, die uns die Supermärkte beliefern, dort haben wir Industriezulieferbetriebe, die im Export sind, um ihre Produkte weg zu bringen. Das heißt, es gibt einen Mix von Betrieben, die wir in Oberösterreich brauchen, Gott sei Dank haben wir kleine, mittlere und große, und die versuchen wir dort anzusiedeln, wo die Standortkriterien am besten geeignet sind.

Präsident: Es gibt eine weitere Anfrage. Herr Abgeordneter Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Mir fällt jetzt noch eine spannende Frage zur Rodung ein und zur Frage, wie dieser Rodungsbescheid zu Stande gekommen ist, aber das werden wir vielleicht einmal gesondert behandeln. Jetzt würde mich mal Folgendes interessieren: Laut oberösterreichischer Standortagentur haben wir zirka 60 Hektar gewidmete und unverwertete Betriebsbaugelände in Oberösterreich. Meine Frage ist, warum kümmert man sich nicht um die Verwertung dieser riesen großen Flächen, bevor man weitere 20 Hektar Wald rodet und einer Nichtverwertung zuführt?

Landesrat **Achleitner:** Wenn es so wäre, wie du in der Frage unterstellst, dann würde ich dir sogar recht geben müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Standortagentur tut ja genau das.

Ich habe mir fürs letzte Jahr erheben lassen, dass 117 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 770 Millionen Euro betreut wurden.

Wir tun das ja, aber wir brauchen ein Angebot, damit wir Firmen verschiedene Flächen mit verschiedenen Eignungen anbieten können. Wir sind da in einem Wettbewerb mit allen anderen Regionen in Europa. Das ist genau der Punkt, dass man nicht wartet, da kommt jemand und sagt, ich möchte gern, und dann schaut man, wo tut man es denn hin, sondern wir schauen uns die Flächen an, die Gemeinden nämlich, und da lobe ich die Gemeinden wieder einmal, die schauen sich vorsorglich an, wie kann denn unsere Gemeinde sich erfolgreich entwickeln, wo können wir Wohnraum schaffen, wo sind die landwirtschaftlichen Flächen, aber wo sind auch Möglichkeiten, dass wir Betriebe ansiedeln, damit dann unsere Bevölkerung und unsere Bewohner Arbeitsplätze haben.

Und das wird strategisch im Vorfeld gemacht in guten Gemeinden, und das ist in Oberösterreich Gott sei Dank der Fall. Wir brauchen ein Portfolio, und das dauert dann, je größer natürlich solche Flächen sind, länger, bis wir sie entwickeln können. Aber 117 Projekte alleine im Jahr 2021, und das war ein Coronajahr, das darf man nicht vergessen.

Präsident: Danke. Eine weitere Anfrage von Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke Herr Präsident. Herr Landesrat, ich glaube du wirst mir zustimmen, wenn ich in den Raum stelle, dass Gemeinden durchaus Handhabe haben, im Falle von Widmungen für Wohngebiet auch entsprechend sich der Qualität der dort dann errichteten Wohnungen oder Wohnhäuser zu versichern. Aber was ich fragen möchte ist Folgendes: Wir sind uns ja in den Zielen, die du gerade ausgeführt hast in deinen vorigen Antworten, einig.

Es ist vollkommen richtig, wir brauchen Leitstandorte, wir brauchen die Möglichkeit für unsere Betriebe zu wachsen, zu expandieren, und das geht natürlich auf Kosten von Fläche. Na na net, darum muss das ordentlich passieren, auch da sind wir uns einig, und sauber passieren.

Da geht es jetzt um die Details, um das Vorgehen, um das Verfahren und um die öffentlich herumschwirrenden Informationen, daher auch jetzt meine Frage zur Kompensation der Rodung, auch von der wurde schon gesprochen: 28,2 Hektar sollen aufgeforstet werden, weil 19 Hektar gerodet wurden, und meine Frage ist jetzt nach dem Umsetzungsstand, ob du Informationen hast hinsichtlich der Standortwahl, der Wertigkeit der Flächen und der bereits erfolgten Aufforstung, und ich möchte ein Zitat vom Vorstand der Österreichischen Bundesforste AG Schöppl hier noch bringen, der explizit gesagt hat, angesprochen auf die Causa in Ohlsdorf, bei Waldverkäufen werden wir zukünftig vorsichtiger sein.

Landesrat **Achleitner:** Ich habe anfragen lassen, wie der Stand der Bescheidaufgaben ist. Mir wurde mitgeteilt, dass quasi alles in Plan ist. Es gibt drei verschiedene Zeiträume und so weiter, und es wurde rückgemeldet, dass die Aufforstungen entsprechend dieses Plans auch umgesetzt wurden und auch weiterhin werden.

Präsident: Danke. Wir kommen zur nächsten Anfrage. Abgeordneter Antlinger an Landesrat Achleitner.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Guten morgen Herr Landesrat! Laut Presse sind bei der ersten Fördervergabe von der österreichweiten Marktprämienförderung für Sonnen-, Wind- und

Biomassestrom im Ausmaß von bis zu 700 MWp insgesamt 394 MWp abgeholt worden. Oberösterreichische Betreiber holten sich 3,1 MWp, das sind 0,8 Prozent. Oberösterreichs Anteil am energetischen Endverbrauch beträgt 21,6 Prozent und der Anteil der Treibhausgasemissionen 28,7 Prozent. Welche in Oberösterreich verorteten Ursachen sind dafür verantwortlich, dass oberösterreichische Betreiber/innen lediglich 0,8 Prozent des österreichweit genehmigten Fördervolumens beim ersten Fördercall der Marktprämienförderung für Sonnen-, Wind- und Biomassestrom nach dem EAG erhalten haben?

Landesrat **Achleitner**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Du sprichst ein Thema an, Förderungen des Bundes in Erneuerbare Energien, das uns insgesamt auf breiter Front ordentlich zu schaffen macht. Da hast du wirklich recht, und wir versuchen viel, dass das besser wird, aber da ist noch einiges zu tun.

Bevor ich aber auf diese konkrete Geschichte eingehe, möchte ich mit etwas Positiven beginnen. Das Gute ist, dass die Menschen trotzdem umsteigen und investieren, und wenn man schaut, was bei der Photovoltaik los ist, welche Explosionen wir derzeit haben, egal wie das Fördersystem läuft oder leider nicht läuft, ich glaube, man muss einmal sagen, es ist gut, dass die Menschen mittun. Ich habe es gerade bekannt gegeben. Im Vorjahr sind wir jetzt schon bei über 75.000 PV-Anlagen in Oberösterreich. Ich bin vor vier Jahren in die Regierung gekommen, da waren wir bei 30.000. Das ist gut, und ich bin den Bürgerinnen und Bürgern und den Betrieben dankbar, dass sie das tun, auch wenn wir bei der Förderung ordentlich Probleme haben.

Zum Konkreten: Ich glaube, es gibt zwei wesentliche Ursachen. Einerseits es ist ein neues Fördersystem, das eingeführt wurde, da gibt es Einschleifprobleme, das wird man lösen können. Das ist okay.

Zweitens, es ist einzureichen gewesen, dass die Projekte schon baufertig sein müssen, dass alle wesentlichen Widmungen vorliegen müssen, dass alle Genehmigungen vorliegen müssen. In der Kürze der Zeit ist das fast nicht möglich, weil auch Widmungen, auch wenn sie schnell gehen, sechs Monate mit dem Fristenlauf brauchen. Das ist sicher ein Teil der Erklärung

Ich habe deshalb auch eine Regierungsvorlage gemacht, dass wir möglichst entbürokratisieren, und ich danke dem Landtag, dass Ihr das beschlossen habt am 20.12.2022, wo wir ja das EIWOG so geändert haben, dass wir PV-Anlagen bis 1.000 kWh genehmigungsfrei haben. Diese Hürde war früher bei 400 kWh, jetzt ist sie bei 1.000 kWh. Das beste Verfahren ist immer noch kein Verfahren, überall geht es halt nicht.

Ich glaube, ein Grund ist auch, dass wir gerade bei den PV-Großanlagen ja unsere Photovoltaikstrategie im Vorjahr evaluiert haben und im September ja erst deutliche Lockerungen ja dann auf den Weg gebracht haben. Das heißt Projekte, die jetzt möglich werden, können noch gar nicht abgerufen werden in den Fördercalls, ich glaube, das ist sicher ein Grund.

Ich kann aber sagen, im 4. Quartal gab es in rund zwei Dutzend Gemeinden schon Widmungsverfahren, die initiiert wurden. Ich gehe davon aus, dass das im heurigen Jahr dann doch deutlich besser werden wird. Da glaube ich, das ist ein bisschen ein zeitlicher Verzug, warum das nicht im ersten Quartal schon stärker abgerufen wurde, zumal man ja sagen muss, auch bundesweit ist nicht einmal die Hälfte abgerufen worden.

Das Zweite ist aber, und das sorgt mich noch mehr, weil das zeitliche Problem wird sich ändern, es sorgt mich, dass wir bei der Abwicklung der Förderungen einfach wirklich nicht bürgerfreundlich unterwegs sind. Und ich bemühe mich eh immer das sachlich darzustellen, aber wir haben auf allen Ebenen wirklich ein Problem, dass wir das, was wir wollen, und wo wir uns auch politisch einig sind, dass wir das Geld dann auch zu den Menschen bringen.

Wir haben das auf drei Ebenen. Diese eine Ebene, die du ansprichst, da sage ich noch, ja okay, neues Fördersystem, das wird sich einschleifen, das wird man verbessern, aber zweiter Themenkomplex: Strompreiskompensation. Das war zugesagt für Mitte letzten Jahres, das ist für die energieintensiven Betriebe, dass sie unterstützt werden, wir haben sie bis heute nicht. Aus welchen Gründen auch immer, wir wissen es nicht, es wird verhandelt auf allen Ebenen, aber wir wissen nicht, warum es nach wie vor nicht da ist.

Und das, was wirklich am meisten Ärger verursacht, sind die PV-Förderungen des Bundes für die Privaten. Wir haben nach wie vor keine Lösung hier. Es ist nach wie vor eine Lotterie, es ist nach wie vor so, dass zwei von drei, die Anträge stellen, nicht drankommen, weil zwischen einer und drei Minuten der Fördercall wieder geschlossen ist.

Wir reden da jetzt wirklich monatelang mit dem Energieministerium und kommen einfach nicht weiter. Ich muss das ganz offen sagen, wir haben im Herbst Landesenergiereferentenkonferenz gehabt, wo wir der Frau Ministerin mit allen Kollegen von den Bundesländern dieses Thema aufs Tapet gebracht haben, mit der Bitte, das System umzustellen. Wir haben einen einstimmigen Beschluss gefasst, rote, schwarze, grüne Landesräte sind vertreten bei den Landesenergiereferenten, dass wir gesagt haben, stellen wir das System um, ganz einfach. Die Menschen sollen es auf das Dach bauen, bekommen pro kWp einen bestimmten Betrag, reichen die Rechnung ein und bekommen je nach Budgetverfügbarkeit nachher den Fixbetrag überwiesen, ohne Call und Lotteriesystem.

Das haben wir einstimmig beschlossen, die Frau Ministerin hat gesagt, ja, sie nimmt das mit usw., und wir haben es bis heute wieder nicht anders, und es ist wirklich lästig, ich muss das wirklich sagen. Wir bleiben auch dran und lassen nicht locker.

Wir sind auch bereit, dass wir sogar die Förderung von mir aus auch kürzen, momentan rechnet sich PV wirklich wunderbar. Wir haben ja vorgeschlagen, wir tragen das mit, wenn wir die Fördersätze von mir aus auf 150 Euro heruntergeben. Was ist passiert? Es ist sogar auf 250 Euro erhöht worden, das ist kontraproduktiv. Ich kann es ehrlich gesagt nicht nachvollziehen, wir bleiben da dran. Aber bei Deiner Frage, glaube ich, ist es größtenteils das zeitliche Thema und ein Thema momentan mit den Energiepreisverwerfungen, was da geboten wird sind neun Cent Einspeisetarif, der Marktpreis ist halt momentan ganz wo anders. Das heißt, viele Projekte werden umgesetzt, ich bin mir nicht ganz sicher, ob das nicht auch eine Intention ist, warum man das so macht, wie man es macht.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte Herr Abgeordneter Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Eine Zusatzfrage hätte ich. Du hast ja angesprochen, Gott sei Dank, der PV-Boom hält an. Weißt du, wie viele Antragssteller bzw. Förderungswerber aus Oberösterreich versuchten bei diesen ersten Fördercall sich diese Marktprämie abzuholen?

Landesrat **Achleitner:** Leider, diese Information hätte nur der Bund, die haben wir nicht.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Danke.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage. Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Man kann natürlich jetzt trefflich diskutieren, wie man die Förderungen verbessert. Fakt ist, wir haben noch nie so viele PV-Anlagen installiert wie heuer. Wir haben noch nie so viel Geld in die Hand genommen, nämlich auch langfristig abgesichert, ich glaube, das muss man auch den Interessierten sagen, dass das Geld nicht aus ist, sondern dass das nachhaltig abgesichert ist. Jetzt aber zu meiner Frage: Ein weiterer Flaschenhals, und das bekomme ich auch viel von den Errichtern mit, ist einfach das Fehlen der niederen Spannungsebene, das Fehlen der Transformatoren, dort wo man es braucht. Das heißt, was hast du als Landesrat vor, du vertrittst ja auch mit der Energie AG ein Versorgungsunternehmen, damit wir rechtzeitig und proaktiv die Strominfrastruktur, nämlich gerade auf diesen unteren Ebenen, ausbauen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Achleitner:** Frau Kollegin, Du sprichst was Richtiges an. Durch diesen Boom sind wir natürlich alle ordentlich gefordert, vor allem auch die Netzbetreiber, das muss man ganz klar sagen. Daher ist es gut, dass das Land Oberösterreich einen Stromnetzmasterplan hat mit dem überrangigen Stromsystem 110 KV Leitung et cetera, auch ein Thema, wo du weißt, wie friktionsfrei dieses Thema man diskutieren könnte.

Abg. **Schwarz:** Wir reden jetzt von der niederen Stromebene, weil das brauche ich nicht für PV.

Landesrat **Achleitner:** Die Netzbetreiber bauen so viel aus wie noch nie. Also, ich kann es sagen vom Netzbetreiber Netz Oberösterreich GmbH, wo wir die Investitionen rund fast verdoppeln. Es geht aber auch darum, dass wir über den Regulator ein anderes System brauchen und zwar, dass wir auch gewisse Renditen in diesem Bereich zulassen, weil sonst halt andere Investitionen gemacht werden und nicht die Netz-Infrastruktur ausgebaut wird.

Und wir haben natürlich ein Quantitätsthema. Wenn man überlegt, 2018 bin ich in die Regierung gekommen, da haben wir bei der Netz Oberösterreich GmbH 3.800 Anträge für PV-Einspeisung gehabt. Im Vorjahr waren es, die Zahlen sind noch nicht genau da, zwischen 50.000 und 60.000 Anträge. Früher waren es zwei Mitarbeiter, die das bearbeitet haben, jetzt sind es über zwanzig. Das heißt, es ist schon ein Quantitätsthema auch.

Wir haben auch Liefertermin-Themen. Ein Trafo hat heute fast ein Jahr an Lieferzeit. Ich glaube, was man oft einmal vermutet hätte, dass die Netzbetreiber nicht ausbauen wollen und so weiter, das kann man wirklich abhaken, denn es ist ja rechtlich jetzt auch verpflichtend, dass ausgebaut wird, und es wird so viel Geld investiert wie niemals zuvor, sowohl in den Leitungsbau als auch in die Förderung. Da gebe ich Dir auch voll Recht. Ich kritisiere nicht, dass wir zu wenig Geld haben. Es wird sehr viel Geld ausgegeben. Ich kritisiere nur die Umsetzung, die einfach nicht gut ist.

Und da wirst Du niemanden finden, der eine PV-Anlage rauf gibt, der sagt, das hat super funktioniert. Das gehört geändert. Das ist ein operatives Thema. Und ich begreife überhaupt nicht, ich habe noch nie wen gehört, der gesagt hat, nein, das System ist gut.

Abg. **Schwarz:** Danke.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage. Das ist Dritter Präsident Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander. Bitte!

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Zu Jahresbeginn berichteten Spitalsmitarbeiter:innen medial von unhaltbaren Zuständen, etwa in Form von langen Wartezeiten in den oberösterreichischen Spitälern. Als Grund für diese Zustände wurde insbesondere ein Personalproblem, vor allem auf ärztlicher Seite, genannt. Jüngst wurde in den Medien zudem von einem Arzt im Kepler Universitätsklinikum berichtet, der aufgrund von Social Media Postings, die er laut Medien mit der Erlaubnis seiner PatientInnen postete, entlassen wurde, obwohl derzeit, ich zitiere: 300 Stellen am Linzer UniSpital offen sind, darunter viele von Ärzten.

Wie wirkt sich nun die jüngst medial bekannt gewordene fristlose Entlassung eines Arztes am Kepler Universitätsklinikum angesichts der zahlreichen unbesetzten Stellen auf die Wartezeiten für PatientInnen im HNO-Bereich aus?

Präsident: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, geschätzter Herr Präsident! Die aktuellen Wartezeiten für Operationen finden sie standardisiert auf den Homepages der jeweiligen Krankenhäuser. Im Ordensklinikum im Bereich der Patienten gibt es eine eigene Seite, die heißt „OP-Wartezeiten“, in der Gesundheitsholding gibt es einen eigenen Bereich, der auch „Überblick Wartezeiten Operationstermine“ heißt.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der oberösterreichischen Spitäler sehr herzlich bedanken dafür, dass sie aufgrund ihres unglaublichen Einsatzes es möglich gemacht haben, dass aufgrund von Covid verschobene Eingriffe nachgeholt werden konnten, sobald die Situation dies auch zuließ.

Generell sind die Gründe für Absagen von Operationsterminen mannigfaltig. So können natürlich auch medizinische Gründe dazu führen. Zur konkreten Frage darf ich mitteilen, dass mir aus der KuK berichtet wurde, dass die HNO-Klinik im Jahr 2022 mit bis zu einer Vollzeitarztstelle überbesetzt war, sodass durch die fristlose Entlassung eines Facharztes und einer Nachbesetzung ab dem 1. März 2023 nun ein Überhang von 0,25 VZÄ übrigbleibt, um eine weitere Mitarbeiterin oder einen weiteren Mitarbeiter auch nachbesetzen zu können.

Wie mir weiters berichtet wurde, hat daher die Ärztebesetzung im HNO-Bereich keine Auswirkung auf die Wartezeiten für Patientinnen und Patienten und führt dies zu keiner Einschränkung im operativen Bereich. Außerdem erfreut sich der Fachbereich großer Beliebtheit, was sich auch in regelmäßigen Initiativbewerbungen an der HNO-Klinik widerspiegelt.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte!

Abg. Präsident Peter **Binder:** Ja. Das sind gute Neuigkeiten für den HNO-Bereich. Nichtsdestotrotz fehlen in vielen anderen Bereichen Ärzte, wofür die Ärztekammer unter anderem auch eine verfehlte Ausbildungspolitik in den Krankenanstalten verantwortlich macht.

Ich zitiere hier aus dem Ärztekammer-Magazin: Früher gab es den sogenannten Bettenschlüssel, über den festgelegt wurde, wie viele Ärzte in einem Krankenhaus ausgebildet werden. Das wurde vor einigen Jahren geändert. Seither werden sukzessive zu wenige Ärzte ausgebildet. Wie stehst du zu diesem Vorwurf?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland**: Sehr geehrter Herr Präsident! Grundsätzlich empfinde ich als Gesundheitslandesrätin die Oberösterreichische Ärztekammer als verlässliche Partnerorganisation. Gerade wenn es um das Thema Ausbildungscurricula geht, wenn es um das Thema Definition von Ausbildungsstellen auch geht.

Hier gab es ja im Laufe der letzten Jahre diverse Änderungen der Kompetenztatbestände, und ich freue mich, dass auch in Zukunft hier garantiert worden ist von der Oberösterreichischen Ärztekammer, dass wir in Oberösterreich gut zusammenarbeiten.

Ich habe mich hier immer für die Kompetenzen der Oberösterreichischen Ärztekammer auch eingesetzt. Ich bin zuversichtlich, dass wir Ausbildungsstellen besetzen können, und dass wir gemeinsam auch Adaptierungen für die diversen Curricula finden, die werden vielleicht nicht immer ganz praxisnah auch in der Theorie festgehalten. Was notwendig wäre, sei es in einer Spezialklinik oder auch in einem regionalen Krankenhaus.

Und ich darf auch versichern, dass sich all unsere Krankenhäuser, egal ob Landeskrankenhäuser oder auch Ordenskrankenhäuser, intensiv darum bemühen, Ärztinnen und Ärzte für diesen wunderbaren Beruf zu gewinnen und ihnen insbesondere auch Rahmenbedingungen zu bieten, dass sie gerne und auch lange in den oberösterreichischen Krankenhäusern arbeiten.

Wenn wir rein die Vollzeitäquivalente vergleichen in den letzten Jahren in der Entwicklung, insbesondere auch am Kepler-Universitätsklinikum, dann ist hier auch ein Anstieg bemerkbar.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Präsident Peter **Binder**: Ja. Zur Konkretisierung, weil das Zitat war ja vom oberösterreichischen Ärztekammerpräsidenten, das ich gebracht habe, das heißt, du siehst hier keinen Vorwurf oder keinen Widerspruch zwischen dem, was die Ärztekammer sagt und dem, was wir in den Krankenanstalten an Ausbildungspolitik machen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland**: Ich empfinde die Zusammenarbeit zwischen dem Land Oberösterreich, den oberösterreichischen Krankenhäusern, sowohl der Ordenskrankenhäuser, als auch der Landeskrankenhäuser und der Oberösterreichischen Ärztekammer als eine gute, tragfähige, die es ja sicherlich auch auf beiden Seiten immer auszubauen gilt, wobei es gleichzeitig auch Verständnis für die jeweiligen Notwendigkeiten braucht, und ich bin froh und dankbar darüber, dass wir mit dem Ärztekammerpräsidenten in Oberösterreich, Dr. Peter Niedermoser, einen verlässlichen Partner für die Gesundheit der Menschen in diesem Land haben.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Danke.

Präsident: Danke. Eine Zusatzfrage, Klubobmann Eypeltauer!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Danke Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau! Eine Zusatzfrage zu den Semesterferien, es wird ja von Ärztinnen und Ärzten eine weitere Welle an Eltern, die mit ihren Kindern in die Ambulanzen kommen, erwartet. Das ist quasi so üblich, leider, und es gilt natürlich auch hier wieder lange Wartezeiten in den Ambulanzen zu vermeiden. Daher ist meine Frage: Welche oder gibt es konkrete Maßnahmen oder Initiativen des Landes, um eine ähnliche Situation in Bezug auf die Wartezeiten auf den Notfallambulanzen in den kommenden Semesterferien zu verhindern?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vielleicht darf ich differenzieren zwischen den Notwendigkeiten, die bedingen, eine Notfallambulanz aufsuchen, beziehungsweise eine grundsätzliche reguläre Betreuung im niedergelassenen Bereich. Ein Notfall, der ein Notfall ist, ist stets in der Notfallambulanz zu betreuen.

Hierfür sind unsere Notfallambulanzen ausgerüstet, und das wissen die Ärztinnen und Ärzte auch dort, und wir sind hierfür gerüstet. Eine reguläre niedergelassene Versorgung von Kinderärztinnen und Kinderärzten oder Allgemeinärztinnen und Allgemeinärzten mit Kassenvertrag kann ein Krankenhaus nicht auffangen, denn hierfür sind die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte auch zuständig. Hierfür trägt die Sozialversicherung die Verantwortung.

Wir haben bemerkt, dass insbesondere natürlich in den Weihnachtsferien oder auch angekündigten Semesterferien viele Ärztinnen und Ärzte, Gott sei Dank, auch ihre Ruhezeiten genießen und eben ihre Ordinationen schließen.

Viele Ärztinnen und Ärzte im niedergelassenen Bereich bemühen sich um Festlegung von Vertretungsregelungen und machen diese auch kund. Leider Gottes gibt es über die zuständige Sozialversicherung keinen koordinierten Austausch dieser Vertretungsregelungen mit den Krankenhäusern.

Wir haben zum Beispiel auch bemerkt, dass die Krankenhäuser in Linz im Zentralraum, denn diese haben sich an mich gewandt, nicht informiert sind über die Vertretungsregelungen im HNO-Bereich. Wenn man jedoch mit den HNO-Ärztinnen und HNO-Ärzten spricht, proaktiv, dann wird man informiert darüber, wie die Vertretungsregelungen in den Semesterferien lauten. Es sind zum Beispiel 19 von 33 Vertragsärztinnen und Vertragsärzten in den Semesterferien in Oberösterreich im Dienst, und ich danke den diensthabenden niedergelassenen HNO-Ärztinnen und HNO-Ärzten dafür.

Es braucht aber diesbezüglich, und davon bin ich überzeugt und das werde ich der Sozialversicherung auch mitteilen, einen institutionalisierten Prozess, denn es kann nicht die Aufgabe einer Ärztin und eines Arztes im Krankenhaus sein, sich proaktiv über die diensthabenden niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zu informieren. Das heißt, hier gibt es sicherlich noch ein Optimierungspotenzial.

Nichtsdestotrotz appelliere ich eindringlich an die Patientinnen und Patienten, an die Familien, 1450 anzurufen und sich zu informieren, wo man denn mit seinem Anliegen, mit seiner Beschwerde auch richtig aufgehoben ist.

In vielen Fällen ist das nicht die Notfallambulanz. Es ist auch nicht zielführend, wenn es Facebook-Koordinierungsgruppen gibt, wie man denn am raschesten eventuell einen Ambulanztermin erhält für ein Thema, das eigentlich im niedergelassenen Bereich behandelbar wäre. Eine derartige Fehlleitung der Patientinnen und Patienten führt dazu, dass die Patientinnen und Patienten zu Recht über lange Wartezeiten frustriert sind, aber gleichzeitig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Recht frustriert sind, dass sie Patientinnen und Patienten nicht weiterhelfen können, weil sie eben mit Themen ins Krankenhaus, in die Notfallambulanz kommen, die hier nicht behandelbar sind und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich nicht um jene Patientinnen und Patienten kümmern können, die genau diese Behandlung aber brauchen würden.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Dankeschön.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage. Abgeordnete Schwarz, bitte!

Abg. **Schwarz:** Ja, danke. Ich glaube, die Ausführungen sind eh relativ klar, wo es Bedarf gibt. Meine Frage wäre auch noch, gerade in Ferienzeiten oder in so Randzeiten diesen hausärztlichen Notdienst, weil nicht immer braucht es eine Spezialbehandlung. Es ist einmal wichtiger, einen Hausarzt oder eine Hausärztin zu erreichen. Wird daran gedacht oder haben wir die Möglichkeit, hier den HÄND in den Ferienzeiten noch zu verstärken, damit eben sehr schnell auch geholfen werden kann?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt mit dem HÄND ein attraktives Angebot für Ärztinnen und Ärzte, sich gerade in diesem Bereich zu engagieren. Wir monitoren das und sind in einem guten Austausch, auch hier wieder die Sozialversicherung, das Rote Kreuz und Ärztinnen und Ärzte, glaube ich. Es ist auch notwendig, das Angebot noch einmal publikler zu machen und zu informieren auf den unterschiedlichen Kanälen, welche Wege es denn geben würde, die richtig und notwendig wären, zu bestreiten außerhalb der Notfallambulanz.

Abg. **Schwarz:** Danke.

Präsident: Danke. Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Ich begrüße jetzt ganz herzlich auf der Galerie die Schülerinnen und Schüler des akademischen Gymnasiums in Linz in Begleitung von Pädagogin Sieglinde Lichtenwagner. Wir kommen zur nächsten Anfrage von Abgeordneten Hemetsberger an Landesrätin Langer-Weninger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Schönen guten Morgen, liebe Frau Landesrätin! Seit mehreren Jahren breitet sich in der Sport- und Freizeidfischerei die Angel-Fangmethode "catch and release" aus, bei der Fische nach dem Fangen wieder in das Wasser zurückgesetzt werden. Fische sind laut dem österreichischen Tierschutzgesetz schmerzempfindliche und leidensfähige Tiere.

Jetzt ist meine Frage: Ist das Zurücksetzen von gefangenen, nicht geschonten und über dem Mindestfangmaß liegenden Fischen in der Angelfischerei waidgerecht entsprechend dem Oö. Fischereigesetz?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vielen Dank für die Frage. Ich möchte eingangs vielleicht ein bisschen die gesetzlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen beleuchten.

Einerseits im Österreichischen Tierschutzgesetz steht ja klar, die waidgerechte Ausübung der Fischerei im Sinne der fischereirechtlichen Bestimmungen gilt nicht als Tierquälerei. Maßgeblich ist aber auch hier immer wieder die Ausübung des Fischfangs im Einzelfall entsprechend zu beurteilen, ob diese waidgerecht auch ausgeführt wird.

Wenn man ins Oberösterreichische Fischereigesetz hineinschaut, dann ist dort auch definiert, was Waidgerechtigkeit entsprechend bedeutet. Ein waidgerechter Fang ist, wenn sie den fischereikundlichen Erkenntnissen entspricht, wenn sie die Verwendung geeigneter Fanggeräte und auch Fangvorrichtungen und Fangmitteln entspricht, wenn sie auch unter Anwendung der zulässigen Fangmethoden ausgeführt wird und wenn sie nicht an bestimmten Orten, wie zum Beispiel Fischwegen, Aufstiegshilfen und ähnlichen passiert.

Der waidgerechte Transport und der Umgang müssen natürlich schonend erfolgen und im Fall einer Entnahme, einer schnellen Betäubung auch an den entsprechenden Stellen Tötung und fachgerechten Tötung auch entsprechen.

Ausdrücklich verboten sind aber Fangmethoden und Fangmittel, wie zum Beispiel elektrischer Strom oder auch die Verwendung von lebenden Wirbeltieren als Köder, das gilt ganz klar als nicht waidgerecht.

Man darf aber daraus nicht ableiten, dass zum Beispiel all jene Fischereimethoden, die nicht ausdrücklich angeführt sind, automatisch waidgerecht sind. Wenn wir genauer hinschauen: „Catch & release“ was bedeutet das und das Zurücksetzen nach den entsprechenden Fangvorgängen? Ob das Zurücksetzen bei der Angelfischerei waidgerecht ist? Dafür sind maßgebliche Formulierungen entsprechend notwendig. Das heißt, maßgeblich ist das sofort in der Bezeichnung und die größtmögliche Schonung, die ja auch im Fischereigesetz entsprechend als Beurteilungshilfe herangezogen werden.

Diese gelten grundsätzlich für das Zurücksetzen von geschonten, Sie haben es angesprochen, und unter dem Mindestfang liegender Fische, aber natürlich ist das auch generell für alle anderen anwendbar.

Zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts oder auch für fischökologische Überlegungen, wenn es um gewisse Entnahmefenster geht, können gefangene Fische, wenn sie dann entsprechend fotografiert, vermessen und so weiter sind, auch wieder entweder rückgesetzt werden oder auch als Bestandsauffüllung in anderen Gewässern verwendet werden. Dazu braucht es aber auch entsprechende Ausnahmegenehmigungen.

Man kann also sagen „catch & release“, diese Praktika, die wir hier kennen in der Ausübung des Fischfangs ist immer im Einzelfall entsprechend zu beurteilen, auch nach den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. Der Gesetzesbegriff der Waidgerechtigkeit umfasst neben den ethischen Grundsätzen auch die Änderungen der gesellschaftlichen Vorgegebenheiten und auch der entsprechenden Wertigkeiten. Bei der Beurteilung dieses Begriffs, der ja seit Jahrhunderten eigentlich entstanden ist und auch entwickelt wurde, gelten die Grundsätze für die waidgerechte Behandlung der Wassertiere, und natürlich sind diese entsprechend auch zu berücksichtigen.

Unter Waidgerechtigkeit kann man damit insgesamt zusammenfassen, dass übliche Verhalten, aber auch die unmittelbaren, in der Fischereiausübung zusammenhängenden Vorgänge damit. Zu beachten ist die herkömmliche gebrauchte Anwendung der Fangeinrichtungen und auch der entsprechenden Tötungsmethoden, aber natürlich auch die Verwendung der Fanggeräte oder Vorrichtungen der Fangmittel, wie Schonhaken, Abhakmatte, Schonkescher und so weiter.

Je nach Fischart ist der entsprechende Fang und auch der entsprechende Umgang zu beurteilen, und das ist wieder individuell entsprechend zu berücksichtigen, auch zu beurteilen.

Aber die Schonerefordernis ist im Gesetz entsprechend festgehalten und besagt, die Fische müssen möglichst unverletzt zurückgesetzt werden. Das heißt, liegen die bestimmten Gründe, zum Beispiel eine Verletzung der Kiemen oder auch eine mehr als nicht geringfügige Verletzung im Maul oder in anderen Bereichen vor, Schleimhautverletzungen zum Beispiel oder auch Verletzung in der Außenhaut, dann müssen die Tiere natürlich entsprechend verbracht werden.

Was heißt das? Sie müssen entsprechend betäubt werden und entsprechend umgehend auch getötet werden. Der Fang der unterschiedlichen Fischarten erfordert unterschiedliche Methoden. Darum muss auch die Beurteilung immer im Einzelfall geschehen, entsprechend des Gerätes und des Umganges eben mit dieser Fischart, und man kann sehr klar sagen zusammenfassend, die oberösterreichischen Fischerinnen und Fischer setzen natürlich auf Qualität, auch im Umgang mit den Tieren, und dazu braucht es aber nicht nur den Willen, dass man gerne fischen geht, sondern es braucht auch natürlich die Achtung vor dem Lebewesen.

Es braucht auch die Achtung und das Wissen dazu, auch das Feingefühl und natürlich auch die entsprechende Ausbildung, damit man überhaupt fischen kann und mit diesem breiten Wissen, auch der gesetzlichen Vorgaben, auch der entsprechenden Waidgerechtigkeit, was bedeutet das, wie ist mit den Fischen umzugehen, kann man entsprechend auch die Fischerei dann waidgerecht ausüben?

Wenn es Fälle gibt, im Einzelfall, wo es Hinweise gibt, dass etwas nicht waidgerecht ist, dann bitte das auch entsprechend zu melden und werden das im Einzelfall natürlich auch prüfen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Selbstverständlich.

Präsident: Bitte!

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Jetzt hast du dich um die Kernfrage ein bisschen herumgeschummelt, würde ich fast sagen, denn es geht natürlich nicht um den Begriff der Waidgerechtigkeit insgesamt, der ist auch klar, glaube ich, ja. Jedenfalls ist er mir klar. Es geht um die Frage, ob das Zurücksetzen von nicht geschonten und über dem Mindestfangmaß liegenden Fischen waidgerecht ist. Also, du hast jetzt sozusagen sehr ausführlich argumentiert, wie das ist in der Wissenschaft und wie das ist bei Fischen, die unter dem Fangmaß liegen, da ist das eh relativ klar. Da gibt es auch eine gesetzliche Regelung.

Es geht eben ausdrücklich um Tiere, die über dem Fangmaß liegen, also, die eigentlich entnommen werden, sollten, müssten, dürften, ja, und nicht geschont sind, ja, wenn die zurückgesetzt werden, und da ist meine Frage: Ist das waidgerecht?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Nachdem es den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, die der Waidgerechtigkeit folgen, die natürlich auch dann entsprechend im Fischereigesetz und auch dem Tierschutzgesetz entsprechen, kann man es als gesetzlich maßgeblich und korrekt ansehen und ist damit auch waidgerecht.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Das ist interessant.

Präsident: Weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Ja. Also, ich beschreibe vielleicht einmal den Vorgang, wenn so ein Fisch gefangen wird, ja, dann ist das natürlich eine Qual. Da wird der Angelhaken sozusagen in das Maul oder in die Kiemen oder sonst irgendwo reingehaut, ja. Also, das ist keine besonders angenehme Angelegenheit für das Tier, das wird dann herausgedrillt, wenn das dann zurückgesetzt wird, dann bleiben ja Verletzungen zurück bzw. treten auch Verpilzungen und andere Dinge ein. Die Frage ist konkret, wirst du die Waidgerechtigkeit

hinsichtlich der Angelfangmethode „Catch and Release“ im Oberösterreichischen Fischereigesetz konkretisieren?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Herr Abgeordneter! Ich habe ganz genau erklärt, was Waidgerechtigkeit bedeutet, dass er dann zurückgesetzt werden darf, wenn keine maßgeblichen Verletzungen vorhanden sind, welche Verletzungen das sein können, das habe ich dargestellt. Wenn diese Verletzungen vorhanden sind, dann muss das Tier entsprechend betäubt und getötet werden, dann darf es auch nicht zurückgesetzt werden, weil es der Waidgerechtigkeit dann nicht entspricht.

Präsident: Danke, es sind leider nur zwei Fragen gültig, es gibt keine weitere Zusatzfrage. Bevor wir zur nächsten Anfrage kommen, es ist bereits eine Stunde vergangen in der Fragestunde, nach der Landtagsgeschäftsordnung § 30 darf ich die Wechselrede mir ihrer Zustimmung verlängern. Wer dafür ist, dass wir die Fragestunde verlängern, bitte um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dankeschön, das ist einstimmig angenommen. Damit kommen wir zur nächsten Frage, Klubobmann Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke Herr Präsident, grüß euch an die Schülerinnen und Schüler aus dem Akademischen Gym, meine Schule, eine gute! Frau Landeshauptfrau, ich habe eine Frage zum Thema Notfallversorgung und Rettungswesen. In der jüngsten öffentlichen Diskussion und auch in den Dialogen, die ich führen durfte mit Menschen, die im Rettungswesen tätig sind, wurde oft in Frage gestellt, ob und inwieweit unsere Rettungskräfte, unsere Notfallsanitäter wirklich rechtzeitig mit der notwendigen Hilfe eintreffen? In ihrer Reaktion auf die Debatte haben sich die Verantwortlichen darauf berufen, dass die erste Qualitätsstufe, also Rettungssanitäter/innen sehr schnell flächendeckend mit dem Ziel von unter 15 Minuten die Bevölkerung erreichen. In der Anfragebeantwortung vom 29. November 2022 von dir, Frau Landeshauptfrau, an uns NEOS hast du angegeben, dass der Samariterbund Oberösterreich durchschnittlich knapp unter zehn Minuten eintrifft, du beziehst dich da auf einen Mittelwert, da ist unklar, ob hier ab dem Anruf oder ab dem Ausrücken gerechnet wurde. Daher die Frage, in wie vielen Prozenten der Rettungseinsätze seit 2021 traf der Sanitätseinsatzwagen binnen 15 Minuten ab Eingang des Notrufs ein?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich meinen großen Dank an alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen im Rettungswesen in Oberösterreich beim Roten Kreuz und insbesondere auch beim Samariterbund richten, denn sie leisten an 365 Tagen, 24 Stunden pro Tag eine hervorragende Arbeit für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. (Beifall) Ich darf diesen Dank untermauern mit tief beeindruckenden Zahlen, die dies auch zeigen, von welchen Leistungen wir hier sprechen. Schauen wir in einem ersten Schritt auf das Rote Kreuz in Oberösterreich, hier darf ich Zahlen nennen, und zwar die Zeitspanne zwischen dem Notruf, das heißt, dann, wenn die Notfallentscheidung auch getroffen worden ist, und dem Eintreffen am Einsatzort. 2021 trafen durchschnittlich 91 Prozent der Einsatzwagen binnen 15 Minuten ab Eingang des Notrufs ein, 2022 waren es bereits 92 Prozent. Damit wir wissen, von wie vielen Einsätzen wir auch sprechen, 2021 gab es 60.680 Einsätze, 2022 waren es bereits 64.841 Einsätze. Wenn wir auf den Arbeiter-Samariterbund in Oberösterreich schauen, dann trafen 2021 91,63 Prozent binnen 15 Minuten ab Eingang des Notrufs ein, im Jahr 2022 93,36 Prozent. Für all jene, die nicht ganz so kundig sind, was denn ein entsprechender Einsatz auch ist, da braucht es eine bessere Bewertung in drei Kategorien. Die Kategorie eins ist sofort akute Lebensgefahr, zum Beispiel Atemstillstand, Atemwegsverlegung, Krampfanfall. Dann gibt es die Kategorie zwei, die ist sehr dringend, wo Lebensgefahr nicht ausgeschlossen

werden kann bzw. der Patient, die Patientin in einem kritischen Zustand ist, das sind zum Beispiel akute Herzbeschwerden, neurologische Störungen oder Atemnot. Die Kategorie drei ist dringend, das heißt, wo eine rasche Behandlung auch nötig ist, zum Beispiel Kreislaufbeschwerden, Schnittverletzungen oder Verletzungen der Extremitäten. Wenn wir dann auch noch auf die Zahlen schauen, wie rasch der Notarzt beim Einsatz vor Ort ist, dann weist der Arbeiter-Samariterbund folgende Daten aus: 2021 war der Notarzt im Durchschnitt binnen 6,45 Minuten am Ort, 2022 waren es 7,2 Minuten, beim Roten Kreuz waren es 2021 11,45 Minuten, 2022 11,21 Minuten. Diese Leistungen ringen mir einen großen Respekt ab. (Beifall)

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Ja, vorweg, ich glaube es ist hochrelevant, diese Zahlen auch in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, daher bin ich sehr froh und dankbar, dass du jetzt die Einsatzzeit oder das Eintreffen der Notärzte, obwohl ich es nicht gefragt habe, erwähnt hast, ich glaube, das ist tatsächlich beeindruckend und erwähnenswert. Eine Zusatzfrage, welche Zielkennzahlen bezüglich der Eintreffzeit der Sanitäterin bzw. Notärztin macht der Staat in Oberösterreich den Hilfsorganisationen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir orientieren uns an der international anerkannten Hilfsfrist, die lautet 15 Minuten, das ist die Zeit zwischen dem Eingehen einer Notfallmeldung in der Leitstelle und dem Eintreffen des ersten Rettungsmittels am Ort des Geschehens.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Dankeschön, keine Zusatzfrage mehr.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage der Abgeordneten Vukajlović an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner.

Abg. Vukajlović, MSc BA: Schönen guten Morgen Herr Landesrat, schönen guten Morgen an die Schülerinnen und Schüler der guten Schule und an alle KollegInnen! Zur Frage: Eine Missstandsfeststellung der Volksanwaltschaft vom 7. November 2022 wegen einer Beschwerdesache über Probleme bei der Antragstellung zur Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, zeigte Mängel bei der Vergabe von Terminen für die Antragstellung auf. Welche Maßnahmen werden Sie als zuständiger Referent ergreifen, um die von der Volksanwaltschaft festgestellten Mängel im Verfahren zur Verleihung der Staatsbürgerschaft zu beheben?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen der Oberösterreichischen Landesregierung, hoher Landtag, einen schönen guten Morgen Frau Abgeordnete! Ich bin sehr dankbar für ihre mündliche Anfrage, weil sie mir die Möglichkeit gibt, betreffend die österreichische Staatsbürgerschaft, und auch was diese Terminvergabe anbelangt, doch ausführlich Stellung zu nehmen, weil das eine oder andere auch missverständlich in den Medien dargestellt wurde.

Nur einmal kurz zu den Zahlen: Im Jahr 2021 waren es 1.260 Einbürgerungen in Oberösterreich, im Jahr 2022 waren es 1.329 Einbürgerungen, also Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Staatsbürgerschaftsgruppe beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung ihrer Aufgabe nachkommt, diese sehr ernst nimmt und auch die Gesetze hier entsprechend erfüllt werden. Dies trotz der verfehlten Migrationspolitik auf europäischer Ebene und auf Bundesebene, wenn man bedenkt, dass im vergangenen

Jahr 100.000 Menschen illegal nach Österreich eingereist sind, diese Zahlen, was die Einbürgerungen betreffen, die werden sich noch ganz anders in den kommenden Jahren darstellen. Meine persönliche politische Meinung ist allgemein dazu bekannt, nur zur Klarstellung, laut der Österreichischen Bundesverfassung sind die Länder für die Vollziehung des Staatsbürgerschaftsrechts zuständig, sie haben hier leider Gottes inhaltlich keine Kompetenzen, obwohl das so notwendig wäre. Im Zuge der Digitalisierung wurde die Terminbuchung zur beratenden Abgabe von Anträgen auf Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft, primär über das im April 2022 eingeführte Online-Terminbuchungssystem umgestellt. Festgehalten wird, dass es stets möglich war, möglich ist und auch möglich sein wird, neben diesem Terminbuchungssystem die Anträge auch direkt bei der Vergabe einzubringen. Hierbei besteht die Möglichkeit einer Antragsabgabe während der Arbeitsstunden, sowohl im Frontoffice als auch im Vorzimmer der Dienststelle. Darüber hinaus schließt das Terminbuchungssystem eine individuelle Terminvereinbarung zwischen Sachbearbeiterin und Sachbearbeiter mit dem Antragsteller und Antragstellerin nicht aus, was auch in der Vergangenheit immer wieder erfolgte, wie es auch vor der Einführung des Terminbuchungssystems üblich war. Die Behörde bemüht sich stets um eine zeitnahe Vergabe von Terminen, aber angesichts der hohen Antragszahlen ist das natürlich eine besondere Herausforderung, die Nachfrage, wie erwähnt, steigt ja von Jahr zu Jahr. Ich stelle daher klar, das ist mir ein persönliches Anliegen, dass die Missstandsfeststellung der Volksanwaltschaft auf missverständlich beantwortete Ausführungen gegenüber der Volksanwaltschaft beruht, der Missstand zu keiner Zeit vorgelegen ist, dies auch der Volksanwaltschaft noch einmal mitgeteilt wird in einem offiziellen Schreiben.

Darüber hinaus hat es Gespräche gegeben mit dem Landeshauptmann als Personalreferent, ich danke auch hier dem Herrn Landeshauptmann, dass acht weitere Personen aus dem Krisenstab abgestellt wurden, um hier entsprechend auch die Verfahren beschleunigen zu können und diesen Arbeitsanfall bewältigen zu können. Jedenfalls bekommt man in Oberösterreich schneller einen Termin für die Verleihung der Staatsbürgerschaft, als man eine Förderung des Gewessler-Ministeriums für eine Photovoltaikanlage erhält.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Vukajlović, MSc BA: Sie haben das Online-Tool schon angesprochen und die Antragsabgabe, dass die immer möglich ist. Das ist sehr interessant, weil die vielen KundInnen, die bisher abgewiesen worden sind im LDZ, es sicher interessant finden, weil es war nicht immer so. Aber ich möchte zum Online-Tool und die Terminvergabe noch eine Zusatzfrage stellen. Es ist ja so, dass für die Erstberatung und für die Erstantragstellung eine Handvoll Termine immer nur zu Mitternacht frei geschaltet werden, und es ist dann für einen Tag in sechs Monaten oder noch weiter erst wieder möglich zu buchen. Warum werden da die technischen Möglichkeiten nicht so genutzt und so programmiert, dass die Terminvergabe transparenter und kundenfreundlicher läuft, also sprich, dass zum Beispiel die Termine zu Parteienverkehrszeiten möglich sind, oder dass man nicht nur für einen Tag in sechs Monaten den Termin buchen kann?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Grundsätzlich muss man einmal sagen, dass alleine diese Terminvergabe ein Service ist, weil alleine die Antragsabgabe wäre ja nach dem AVG grundsätzlich einmal erfüllt. Diese Termine, die da stattfinden, das ist Wahrheit auch eine Beratung, die stattfindet. Warum? Weil natürlich eine Reihe von Anträgen völlig unvollständig sind und in Wahrheit abgewiesen werden müssten. Jetzt frage ich, ob es jemanden lieber wäre, dass der Antrag abgewiesen wird, weil er einfach unvollständig ist? Da müsste dann ja sowieso nach dem AVG eine Aufforderung erfolgen, ich bin auch schon länger

nicht mehr als Jurist tätig, um alle Unterlagen beizubringen. Also das ist beratend, ich weiß, was das für eine Arbeitsanfall ist, das war mein erstes Praktikum, was ich gemacht habe, das war nämlich beim Land Oberösterreich in der Abteilung für Staatsbürgerschaft, damals beim Hofrat Dr. Udo Stummer.

Abg. Vukajlović, MSc BA: Eine weitere Zusatzfrage habe ich noch. Sie haben es medial bereits angekündigt, dass es möglicherweise mehr qualifiziertes Personal braucht, jetzt in der Anfragebeantwortung ist es auch schon gefallen, ich möchte trotzdem noch einmal zur Klarstellung nachfragen. Hat es diese Gespräche oder das Gespräch mit dem Landeshauptmann schon gegeben bezüglich mehr qualifiziertes Personal, dass das auch langfristig der Abteilung zur Verfügung steht? Weil ich bin mir sicher, dass die BeamtInnen oder Vertragsbediensteten sehr gute Arbeit leisten, aber oft braucht es Personal, damit man das bewältigen kann?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: Also in erste Linie brauchen wir in Österreich eine vernünftige Migrationspolitik, das Personal ist sehr qualifiziert, es geht auch hier bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft nicht um irgendetwas, um einen Zettel Papier oder eine Urkunde, sondern es geht um ein hohes Recht und ein hohes Gut. Die österreichische Staatsbürgerschaft ist eine der wertvollsten der Welt, ich weiß, dass manche die Bestrebungen haben, am liebsten gleich bei der Grenze die Staatsbürgerschaft für jene, die zu uns kommen, gleich nachzuschmeißen. Ich werde alle meine politischen Bemühungen einbringen, dass wir uns jeden Einzelnen ganz genau und ganz gut ansehen, bevor wir die österreichische Staatsbürgerschaft verleihen. (Beifall) Das ist mein Zugang, ich werde alles auch in Oberösterreich in meiner Macht Stehende tun, dass das sehr sorgfältig gemacht wird. Die Gespräche haben bereits stattgefunden, schon lange haben die stattgefunden, weil der Arbeitsanfall ein enormer ist. Es wird dem Land Oberösterreich für eine derartige Tätigkeit nur qualifiziertes Personal zur Verfügung gestellt, das möchte ich auch gleich vorweg einmal erwähnen, dass man nicht meint, die acht Personen, die vom Krisenstab abgestellt wurden, sie wären nicht qualifizierte Personen, da möchte ich eine Lanze für die Beamten in diesem Land brechen. (Beifall) Weil das ja eine sehr schwierige Aufgabe ist, glauben Sie mir, sowohl bei diesen Anträgen, was die Verleihung der Staatsbürgerschaft betrifft oder bei meinem anderen Bereich, bei der Wohnbeihilfe, dass es doch auch manche Mitbürger in unserem Land gibt, die noch mit einem gehörigen Anspruchsdenken an das Land Oberösterreich herantreten, das eine durchaus sehr, sehr schwierige Arbeit ist.

Präsident: Eine Zusatzfrage Klubobmann Mayr.

Abg. KO Mayr: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben jetzt angesprochen, dass ja das durchaus ein komplexes Verfahren ist, wenn man sich auf der Internetseite anschaut, was da alles an Unterlagen gefragt wird, dann kommt man mit dem Scrollen fast nicht mehr nach. Also es wird schon sehr, sehr viel nachgefragt, was die Unterlagen betrifft, vermutlich ist es viel einfacher, eine PV-Förderung auf Bundesebene zu bekommen oder eine Pelletsförderung beim Land Oberösterreich, da füllt man auch viel aus, aber nicht so viel. Dann braucht man noch das Formular, das man abgeben muss, auch zu Amtszeiten, wie wir es gehört haben, abgeben kann. Jetzt will das Land Oberösterreich bürgernahe und digital sein, für mich stellt sich die Frage, warum es nicht möglich ist, dass man dieses Formular auf der Webseite des Landes Oberösterreich zum Download verfügbar macht oder auch bei den Bezirkshauptmannschaften auflegt?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: Also in erster Linie ist es einmal so, dass es sich, wie gesagt, hier um ein ganz wichtiges Verfahren handelt, wenn Sie sagen, es ist nicht

so wichtig wie eine Photovoltaikförderung und so weiter, dann möchte ich darauf hinweisen, wenn man schon von Bürgerfreundlichkeit und Serviceorientierung spricht, da geht es bei dem einen um eine Anlage, wo innerhalb von einer Minute alles vorbei ist, im Unterschied zur Staatsbürgerschaft, die mit hohen Rechten und Pflichten verbunden ist für jeden Einzelnen, auch für die Republik Österreich selbst. Ich habe überhaupt kein Problem damit, auch hier, was diese Digitalisierung betrifft, weiter zu gehen, weil das ja grundsätzlich ein Anliegen des Landes Oberösterreich ist. Das ist für mich überhaupt kein Thema, das mit dem Antragsformular ist vielleicht ein bisschen auf oberösterreichisch gesagt eine Frotzlerlei, das ist alles so nicht gedacht. Mir ist das Wichtigste in diesem gesamten Verfahren, dass inhaltlich dieses Verfahren ordnungsgemäß und gut abgewickelt wird. Digitalisierung hin und Digitalisierung her, um den Inhalt geht es, unsere Probleme liegen ganz woanders, die liegen im internationalen Abkommen zum Teil, dass es sehr schwierig ist, manche Angaben genau und gut zu überprüfen, weil das nämlich internationale Vereinbarungen zum Teil nicht zulassen. Das sind die Probleme, mit denen die Beamten zu kämpfen haben, wie gesagt, alles, was im Land Oberösterreich generell in der Digitalisierung besser gemacht werden kann, dahinter stehe ich, das ist für mich überhaupt kein Thema, das ist auch für mich überhaupt kein Problem, vieles im Bereich des Staatsbürgerschaftswesens ist schon ein Bringschuld und nicht eine Holschuld.

Präsident: Es gibt keine weitere Zusatzfrage, ich erkläre damit die Fragestunde für geschlossen.

Wir kommen zum Eingang, ich ersuche die Frau Schriftführerin, den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Zuweisung des Eingangs in der 13. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 26. Jänner 2023, folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 411/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Tätigkeitsbericht 2021 der Oö. Pflegevertretung.

Beilage 413/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Bericht über die Förderungen der Projekte „Errichtung, Zu- und Umbau von Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich“ aus Mitteln der Sozialhilfe des Landes Oberösterreich.

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen: Beilage 412/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Oö. Klima- und Energiestrategie.

Beilage 425/2023, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Oö. Bodenschutzgesetz-Novelle 2023.

Folgende Beilagen sollen gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden: Beilage 419/2023, Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher.

Beilage 420/2023, Initiativantrag betreffend zeitgemäße Ausgestaltung des Demonstrationsrechts.

Beilage 421/2023, Initiativantrag betreffend Verschärfung der Untersuchungshaft.

Beilage 422/2023, Initiativantrag betreffend Konsequenzen für junge Gewaltverbrecher.

Beilage 423/2023, Initiativantrag betreffend Optimierung der Oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Sozialpartner/innen, Industrie und Umwelt-NGOs.

Beilage 424/2023, Initiativantrag betreffend umgehende Entlastung des Gesundheitssystems.

Beilage 426/2023, Initiativantrag betreffend Wärmepreisdeckel für Oberösterreich.

Beilage 427/2023, Initiativantrag betreffend Energie-Raumplanung in Oberösterreich ausbauen.

Beilage 428/2023, Initiativantrag betreffend den Ausverkauf von oberösterreichischem Erdgas verhindern und die Natur schützen.

Beilage 429/2023, Initiativantrag betreffend das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023.

Die Beilage 430/2023, Initiativantrag betreffend die explodierende Anzahl plötzlicher und unerwarteter Todesfälle soll gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Dankeschön, die von Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Wie die Frau Schriftführerin bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 419/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 419/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Bevor ich die Debatte darüber eröffne, habe ich einen technischen Hinweis. Und zwar, es ist das Zeitsignal hier am Rednerpult leider nicht in Funktion. Daher werden wir als Präsidenten eine Minute vor Ablauf der Zeit das Blinklicht hier betätigen. Damit ist ein Hinweis auch für die Abgeordneten gegeben.

Ich darf jetzt Klubobmann Mahr bitten.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer hier im Saal und im Netz! Ein 25-jähriger Marokkaner tötet in einer spanischen Kirche einen Messdiener mit einer Machete. Ein Türke ersticht in Essen eine Frau. Ein Palästinenser ersticht bei einer Zugfahrt in Deutschland zwei Menschen und verletzt sieben weitere schwer. Sein Alter war zunächst nicht feststellbar, weil der Asylausweis so blutverschmiert war. Allein diese Bilanz der letzten zwei Tage zeigt, dass die EU restlos versagt. Und daher glaube ich, dass wir Österreicher das Heft selbst in die Hand nehmen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, der Fall des irakischen Amokläufers aus Linz Anfang Jänner zeigt ja deutlich auf, wie zahnlos das derzeitige Fremdenrecht ist. Obwohl er niemals Asylstatus erhielt, mehrfach strafrechtlich verurteilt wurde, konnte sich der Iraker seit 2011 durchgehend in Österreich aufhalten. So kann und so darf es nicht weitergehen.

Wir müssen dafür sorgen, dass wir wieder Herr im eigenen Haus, im eigenen Land sind. Dazu gehört in erster Linie eine restriktive und eine selbstbewusste Asyl- und Abschiebepolitik. Und wir sagen es in aller Klarheit. Österreich hat ein Ausländer-Gewalt-Problem. Das ist Tatsache.

Und jeder, der das anders sieht, soll sich die Zahlen der Kriminalstatistik anschauen. Beispielsweise wird im Schnitt jeden Tag in Österreich eine Vergewaltigung von einem Ausländer verübt. Jeder achte Afghane in Österreich wird einer Straftat verdächtigt. Und jener Syrer, der in der letzten Woche wegen einem Mordversuch an seiner Frau zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, sagte in der Verhandlung sinngemäß, das österreichische Gesetz interessiert mich nicht. Genau deshalb und genau da muss rasch gehandelt werden.

Wenn Nicht-Österreicher gegen grundlegende Pfeiler unserer Rechtsordnung verstoßen, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen sie ihr Aufenthaltsrecht verlieren, egal, wie lange diese Person bereits in Österreich ist. Das ist für mich, das ist für uns sonnenklar. Und deshalb kann eine Änderung von Gesetzen, selbst wenn sie im Verfassungsrang stehen, kein Tabu sein. Die Sicherheit unserer Bürger muss an erster Stelle stehen.

Und ich sage das auch der selbstgenannten Opposition, insbesondere auch der SPÖ. Jetzt kopiert ihr ja unglaublich die FPÖ-Lösungen. Davor wart ihr ja jahrelang Willkommensklatsher. Glaubwürdigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht anders aus. Und auch ihr habt Schuld an dieser Entwicklung, dass sich viele Frauen mittlerweile nicht mehr auf die Straße trauen. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „ÖVP-Innenminister seit über 20 Jahren! Jahrelang nichts gemacht!“) Ihr habt den grenzenlosen Zugang jahrelang unterstützt. Es wäre für dich vielleicht einmal gescheiter, wenn du zuhören würdest und nicht hineinplärrst immer. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich.) Wenn es nach der SPÖ ginge, wäre der irakische Amokläufer bereits seit sechs Jahren österreichischer Staatsbürger.

Freunde, das ist ein Irrsinn. Ihr habt das gefordert. Eure Partei will ernsthaft alle Ausländer nach fünf Jahren einbürgern. Und wenn nach den Halloween-Vorfällen die nicht-österreichischen Täter sagen, die Polizei ist unser Feind, dann sollte auch der letzte Sozialromantiker langsam munter werden.

Einen großen Teil dieser Misere, sage ich auch dazu, haben aber auch, glaube ich, die linken NGOs zu verantworten. Mit Unsummen von Steuergeld sind Sie den Asylwerbern bei den bewussten, ich sage bewussten Verfahrensverzögerungen auch noch behilflich. Durch das Ausreizen sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten werden Asylverfahren bewusst in die Länge gezogen. (Zwischenruf Abg. Margreiter: unverständlich.) Die Folge ist eine sogenannte Verfestigung des Aufenthalts, was eine Abschiebung nach rechtskräftig negativ abgeschlossenen Verfahren häufig schwierig bis unmöglich macht. Mit dem Wesen dieses Asylrechts hat das grundsätzlich nichts mehr zu tun.

Und was fordern wir konkret, was sollen wir? Erstens den dauerhaften Ausschluss von strafrechtlich verurteilten Nicht-Österreichern für sämtliche Verfahren zum Erhalt eines Aufenthaltstitels. Punkt eins. Punkt zwei, die Aberkennung bereits bestehender Aufenthaltstitel bei strafrechtlicher Verurteilung von Ausländern. Drittens, den sofortigen Abbruch des Asylverfahrens bei strafrechtlicher Verurteilung von Asylwerbern. Und Viertens, die Abschiebung strafrechtlich verurteilter Nicht-Österreicher. Und notfalls auch mit Änderung vom Verfassungsrecht. Denn eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist klar, in die Jahre gekommene völkerrechtliche Verträge, die vor Jahrzehnten unvernünftiger Weise im Verfassungsrang beschlossen wurden, hindern uns jetzt daran, unsere Bürger vor kriminellen Ausländern zu schützen.

Und ich glaube schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das ein Ende haben muss, und ich hoffe auf ihre Zustimmung. Herzlichen Dank. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Aigner.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren im hohen Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Sehr viele von uns werden wahrscheinlich das Video kennen, das auf den sozialen Medien viral gegangen ist, wo man sieht, wie der Amokläufer von Linz-Leonding bewaffnet auf ein Auto zugeht und den Lenker aus dem Auto herauskomplementiert.

Nur vier Fahrzeuge hinter diesem Auto war ein sehr guter Bekannter von mir, der diese Situation live miterlebt hat, den ich am selben Abend zufälligerweise getroffen habe. Und der war noch erschüttert, und er ist noch immer erschüttert. Da sieht man, was das mit Menschen macht, die so eine Situation miterleben müssen.

Und ich möchte jetzt vorab einmal allen das Mitgefühl aussprechen, die das miterleben mussten und insbesondere der Polizistin und dem Polizisten, die da beim Einsatz verletzt worden sind. Ich glaube die Polizistin am Bein, und der Polizist ist sogar schwer am Kopf verletzt worden. Es kann nicht sein, dass unsere Sicherheitskräfte in die Arbeit gehen und der Partner, die Partnerin, oder die Kinder nicht wissen, ob der Partner von der Arbeit wieder nach Hause kommt, und ob Mama und Papa aufgrund ihrer Arbeit gesund bleiben können und wieder nach Hause kommen.

Warum ist es soweit gekommen überhaupt? Seit 2015 weiß man, dass wir eine immens hohe Zuwanderung haben. 2022 ist die Zahl von 2015 sogar überschritten worden. Das absolute Versagen der Asyl- und Zuwanderungspolitik der Bundesregierung in Wien hat dazu geführt, dass wir jetzt solche Situationen haben. Es gibt ausreichend gesetzliche Regelungen, die man jetzt schon anwenden könnte, aber zu wenig personelle Ressourcen, um das auch dementsprechend zu tun und dann straffällig gewordene Menschen aus unserem Land hinaus zu komplementieren.

Und aus diesem Grund haben wir im Dezember letzten Jahres ein Volksbegehren aufgelegt, mit dem Titel „Migrationsflut stoppen – JETZT!“. Und unser Neun-Punkte-Forderungskatalog umfasst unter anderem ein rasches Abhandeln von Asylverfahren. Ganz einfach, um die bereits vom Vorredner angeführten formaljuristischen Tricks hintanzuhalten, dass dann nicht durch Verzögerungen und durch Rechtsmittel die Menschen so lange dableiben, bis bei endgültig abgewiesenem Asylbescheid dann untergetaucht wird, und vielleicht Monate oder Jahre später aufgrund einer kriminellen Handlung die Herrschaften erst wieder auftauchen.

Und wie man da jetzt gesehen und gelesen hat, gibt es offensichtlich diesen Trick der Vermählung noch immer. Ich möchte niemandem etwas unterstellen, aber ich glaube, wir sollten auch ganz offen darüber reden, dass vielleicht die eine oder andere geschlossene Ehe eine Scheinehe ist. Straftatbestand hin oder her, das dürfte nach wie vor gegen Entgelt gemacht werden.

Ja, was fordern wir noch? Eine rasche Rückführung nach abgewiesenem Asylantrag, ohne der Möglichkeit von einer Rauchpause nicht mehr zurückzukommen, nach dem Motto, ich geh kurz Zigaretten holen und tauche unter. Und natürlich selbstverständlich, wie im Antrag gefordert, bei Straffälligkeit.

Die Menschen in Österreich haben ein sehr hohes Sicherheitsbedürfnis. Das sieht man allein daran, dass seit dem Jahr 2015 sich sehr viele Menschen ausbilden lassen und auf legale Art und Weise eine Waffenbesitzkarte erwerben und somit auch eine Waffe besitzen dürfen. Und

ich gehe davon aus, dass nicht jeder hier als Sportschütze sich betätigen wird, sondern das zum eigenen Schutz von Leib, Leben und Eigentum vorhat und machen will.

Wenn wir da jetzt nicht aktiv einschreiten, ich wünsche mir nicht, dass in zwei Generationen, wenn unsere Kinder, unsere Enkelkinder groß sind und unterwegs sind, auf dem Weg in Arbeit, zu Freizeitveranstaltungen oder in die Schule, mit dem Auto unterwegs sind, in solche Situationen kommen. Und ich wünsche mir keine US-amerikanischen Zustände, wo unter Umständen in jedem zweiten Handschuhfach vielleicht sogar eine Schusswaffe zur Selbstverteidigung drinnen ist. Wir müssen jetzt einschreiten, die Straffälligkeit hintanhalten und dem Antrag unbedingt zustimmen. Ich bedanke mich für das Einbringen. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler! Vorweg möchte ich einmal zwei Dinge außer Zweifel stellen, weil sie statistische Themen sind. Das eine, was außer Zweifel steht, ist, dass die Anzahl der angezeigten Straftaten in Österreich laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik bis 2021 stark rückläufig ist. Also wir leben in keinem total unsicheren Land, in dem sich jeder fürchten muss. Das Zweite, was richtig ist, das ist, dass der Ausländer/innen-Anteil an den neu Inhaftierten, an den Verdächtigen, an den Verurteilten seit 2012 tatsächlich steigt. Auch das ist richtig, und auch das kann man nicht wegleugnen, selbst wenn man vielleicht gerne wollte.

Und ich glaube, dass es wichtig ist, diese Debatte besonnen und sachlich zu führen, ohne Scheuklappen, ohne Träumereien und Realitätsverweigerung auf beiden Seiten. Die Realitätsverweigerung, die Träume, ich weiß nicht, wovon ihr träumt, ich träume davon nicht. Anyway.

Daher vielleicht ein Punkt ganz vorweg. Wir haben jetzt hier in diesem Landtag, in dieser Landtagssitzung eine Reihe an Dringlichkeitsanträgen. Vier dieser Dringlichkeitsanträge sind von ÖVP und FPÖ, die hier in Oberösterreich eine Koalition bilden und miteinander dieses Land führen. Und dann gibt es fünf Dringlichkeitsanträge von uns NEOS, von der SPÖ, von den Grünen, in denen es ganz klar um landespolitische Themen geht. Um Themen, die wir hier im Landtag als Landesparlament, als Volksvertretung der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher entscheiden können. Und die stehen in einem starken Kontrast zu den vier Anträgen von Schwarz und Blau, die sich rein an die Bundespolitik wenden, an eine Bundesregierung, in der die ÖVP, die Landeshauptmann-Partei in diesem Landtag tatsächlich den Kanzler, den zuständigen Innenminister stellt. Und da frage ich mich schon, sind wir da jetzt eigentlich der Landtag oder sind wir da irgendwie eine verlängerte Werkbank einer ÖVP, die versucht, gemeinsam mit der FPÖ, aus der Koalition mit den Grünen auszuscheren. Ich verstehe es nicht ganz. Und vor allem ich verstehe nicht, warum wir uns nicht ernsthafter mit den Themen, die wir selbst gestalten können, auseinandersetzen können. (Beifall)

Vier Anträge von ÖVP und FPÖ mit dem Übertitel Sicherheit. Das sind Resolutionen an den Bund. Und wir haben so etwas ja schon einmal gehabt. Diese Resolutionen in Sachen Cyberkriminalität, Klubobmann Dörfel, gell, von ÖVP und FPÖ unlängst einmal an den Bund. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Zehn haben wir schon gehabt! Und wir haben einiges bewegt!“) und was haben wir als Antwort bekommen vom Minister Karner, was haben wir als Antwort bekommen von der Bundesregierung? Das geht rechtlich nicht, was ihr da wollt. Ich hätte es euch eh auch gesagt. Eine Schaffung des Straftatbestands Identitätsdiebstahl, das war von Anfang an klar, dass das nicht funktioniert. Aber ihr habt da recht einen Pahö gemacht

und habt die landespolitische Bühne für Bundespolitik genutzt. Kann man hin und wieder machen, finde ich auch, aber ihr macht es halt eigentlich nur.

Was ist jetzt eigentlich inhaltlich das Thema? Inhaltlich ist hier das Thema beim Antrag, Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher, wie ihr den nennt, dass ihr nicht nach der Schwere der Straftat differenzieren wollt. Und das sehe ich anders. Ich finde, dass es einen Unterschied machen muss, ob jemand sein Recht auf Asyl verwirkt, weil er eine sehr geringfügige Straftat begeht oder eine sehr schwere Straftat. Nicht von ungefähr differenziert man da jetzt schon. Und daher bin ich da schon anderer Meinung als ihr. Wo ich bei euch bin, ist, ja man darf darüber diskutieren, ob man sein Recht auf Asyl auch dann verwirkt, wenn man eine schwere Straftat und nicht bloß ein schweres Verbrechen begeht. Völlig richtig, muss man diskutieren.

Außerdem führt der Antrag, so wie ihr ihn formuliert, ganz klar zu massiven völker- und unionsrechtlichen Problemen. Das geht sich nicht aus. Artikel 2, 3, 8 EMRK zum Beispiel. Das wisst ihr auch. Das heißt, die Frage ist, bei der FPÖ weiß ich es, ihr wollt eh die EMRK nicht und ihr wollt auch die EU nicht. Die Frage ist aber an die ÖVP. Wollt ihr jetzt mit diesem Antrag mir erzählen und den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern, dass ihr aus der EMRK aussteigen wollt und vielleicht aus der EU aussteigen wollt? Die ÖVP muss sich wirklich entscheiden, ob sie vielleicht doch wieder Europapartei wird, oder ob sie weiter mit dem Kurs der FPÖ segelt.

Mir ist wichtig, und uns ist wichtig, dass wir diese Themen ehrlich und realistisch diskutieren. Und allein schon an diesen zwei Punkten ist klar, dass mit dem Antrag keine ehrliche und realistische Diskussion geführt wird. Wir können das noch machen, ich würde es gerne im Ausschuss machen. Ihr werdet das heute dringlich beschließen, nach Wien schicken, und dann werden wir in zwei Monaten eine Antwort bekommen, das geht nicht. Aber ihr habt eure Schlagzeilen bekommen und hier eure Show.

Ihr habt aber recht. Ja, es ist differenziert, ihr seid nicht nur, ihr liegt nicht nur falsch mit den Geschichten, ihr liegt aber auch nicht nur richtig mit den Geschichten. Ihr habt recht, wenn ihr sagt, das Asylsystem funktioniert so nicht wirklich gut. Das ist völlig richtig. Wir haben Handlungsbedarf, dringenden Handlungsbedarf im österreichischen Asylsystem. Wir brauchen leichtere Aberkennungsmöglichkeiten des Asylstatus entlang der bestehenden Regelungen zum subsidiären Schutz. Wie schon gesagt, wer eine schwere Straftat begeht, da muss man darüber diskutieren können, ob der nicht das Recht auf Asyl verwirkt.

Aber so eine Regelung muss man auf europäischer Ebene akkordieren. Das wisst ihr. Das können wir auch nicht da im Landtag beschließen. Das wisst ihr. Das würde eine Änderung der EU-Statusrichtlinie erfordern. Das wisst ihr. Ein nationaler Alleingang ist da vollkommen ausgeschlossen. Auch das wisst ihr, aber ihr erzählt den Leuten in Oberösterreich das Gegenteil.

Besser wäre es, um hier weiterzukommen, auch auf europäischer Ebene, wenn die ÖVP-geführte Bundesregierung zurückkehren würde zu jener Rolle Österreichs in Europa, die uns viel gebracht hat. Eine Rolle als Brückenbauer, (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“) eine Rolle als Verbinder, eine Rolle als Vermittler und als Treiber, als Europapartei, als Europaland. Dann könnten wir etwas weiterbekommen. Leider ist das derzeit mit diesem momentanen Kurs von Bundeskanzler Nehammer nicht möglich. Und daher bleibt auch dieser Dringlichkeitsantrag nichts anderes als verunsichernde Show von ÖVP und FPÖ in Oberösterreich. Das ist bedauerlich. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abg. Gneißl.

Abg. **Gneißl:** Danke Herr Präsident, geschätzte Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher, liebe Schüler und Schülerinnen! Ja, helfen, wo Hilfe benötigt wird, und helfen jenen, die Hilfe brauchen und die Hilfe auch annehmen. Wir haben ein klares Bekenntnis zur humanitären Hilfe. Dem darf aber die Sicherheit Österreichs nicht zum Opfer fallen.

Es darf aber auch keine pauschale Verurteilung aller Asylwerber geben. Wir sprechen uns für rechtsstaatliche und zweckgerichtete Lösungen aus. Das heißt, straffällige und rechtskräftig verurteilte Asylwerber haben ihr Aufenthaltsrecht verwirkt und müssen deshalb konsequent abgeschoben werden.

Es braucht aber auch viel schnellere Asylverfahren, damit die Asylwerber Rechtssicherheit haben und die Integrationsleistungen dadurch fokussiert auf jene gerichtet werden können, die letztendlich ein Bleiberecht bei uns in Österreich haben.

Ich möchte kurz auf die Bundeseinrichtung meiner Heimatgemeinde Frankenburg eingehen, die ist in den letzten Wochen auch mehrmals in den Medien vorgekommen. Da gibt es einfach zwischenmenschliche Hürden, wo wir gemeinsam daran arbeiten müssen. Es muss an erster Stelle das Sicherheitsgefühl der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher stehen. Es ist Verständnis und Hilfsbereitschaft gegeben, nur durch manche Vorfälle schwindet das in der Bevölkerung. Das Menschenrecht und das Freiheitsrecht des Einzelnen enden dort, wo es den Nächsten in seinem Recht einschränkt. Zum Teil, wie in den Medien auch gestanden ist, ist es eine unmenschliche Unterkunft, ein Problem ist auch die Betreuung im Verhältnis. Es ist ein Unterschied, ob eine Betreuerin oder ein Betreuer 50 Asylwerber zu betreuen hat oder 300. Natürlich braucht man für ein gutes Miteinander die nötige Infrastruktur. Bis vor wenigen Wochen haben wir 300 Asylwerber auf 5.000 Einwohner gehabt. Die Infrastruktur, mögliche Freizeitgestaltung für diese 300 Menschen haben wir gar nicht bewältigen können, dadurch kommt es zu Zwischenfällen. Da möchte ich jetzt ein großes Danke aussprechen. Wir haben es geschafft, es hat zwar eine Demonstration gegeben, die nicht groß aufgepoppt sind, dass wir mit Verhandlungen und mit Gesprächen auf einen guten Weg kommen. Ein Danke an den Landesrat Hattmannsdorfer, an Landeshauptmann Stelzer und den Innenminister Karner für die Gespräche und die Verhandlungen, weil mittlerweile sind wir auf 248 Asylwerber reduziert worden, und in den nächsten Wochen kommen weitere Reduzierungen. (Beifall)

Es braucht dafür aber auch Hilfe vor Ort, damit Flüchtlingsströme eingedämmt werden und somit die Ressourcen vor Ort viel stärker eingesetzt werden können. Wir helfen, wer Hilfe braucht, aber diese Hilfe darf nicht auf Kosten der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher gehen. Wir stimmen der Dringlichkeit zu. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Vukajlović.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Sehr geehrter Präsident, werte Landesrätin, werte KollegInnen, werte Schüler/innen und Zuseher/innen online, sehr geehrte Koalition! Wie viele derselben Anträge wollen sie noch verabschieden, bevor sie Eigenverantwortung im Land übernehmen? Das ist meine Frage aus dem November-Landtag 2022, die ich hier erneut stellen kann. Ihre Antwort lautet darauf offensichtlich viele, denn es ist die x-te Bundesresolution, wie wir schon von Kollegen Eypeltauer gehört haben, die die Koalition im Landtag einbringt und verabschieden wird. Manche dieser Bundesresolutionen weisen durchaus inhaltliche Parallelen auf, wenn nicht sogar wortidentische Forderungen. Ich habe mir die letzten Landtagssitzungen noch einmal angeschaut bezüglich Bundesresolutionen. Im September

hatten wir sieben davon, im November fünf und heute sind es vier Bundesresolutionen. Großteils bringen ÖVP und FPÖ diese zum Thema Sicherheit und Kriminalität ein. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Das ist richtig!“ Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Ja, das hat sich bewährt!“) Wissen Sie, was mir dabei aufgefallen ist? Abseits davon, dass sie mit den Bundesresolutionen teilweise oder ganz die Verantwortung abschieben, FPÖ und ÖVP wiederholen sich in diesen Anträgen oft, sowohl inhaltlich als auch in der Vorgehensweise. (Zwischenruf Abg. Handlos: „Weil es notwendig ist!“) Die ÖVP tut so, als würde sie im Bund nicht mitregieren und die FPÖ übertrumpft sich jedes Mal ein Stückchen mehr an Fremdenfeindlichkeit.

Dafür nimmt man es dann mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen, die man fordert, nicht so ganz genau. So ist es auch heute. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Das weisen wir zurück, auf das Schärfste!“) Sie wiederholen sich, sie warten nicht einmal eine Antwort ab, sie lassen mich auch nicht ausreden, sie warten auch keine Antwort aus dem zuständigen Ministerium, das meistens das Innenministerium ist, ab. Wieso denn auch? Sie wird vermutlich ähnlich ausfallen wie jene Antwort zu jenen Anträgen im September und November 2022, auf die wir noch warten oder sogar zu den inhaltsähnlichen Anträgen aus 2021, wo wir Antworten vorliegen haben. Vielleicht wird die Rückmeldung zu dieser Bundesresolution ähnlich lauten, wie zuletzt: Geht nicht! Gibt es schon! Gibt es schon! Geht nicht! (Beifall)

Anträge, wie dieser ist, bringen uns in Oberösterreich kein Stück weiter. Man weiß eigentlich wieder einmal nicht, wen sie da meinen. Ich will den Titel nicht wiederholen, weil ich es absurd finde. Vor allem fehlen die Lösungen für Oberösterreich. Was ist ihr Beitrag konkret, von dem die Oberösterreicher/innen etwas haben? Der Antrag ist es offensichtlich nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Zuhörer/innen, vielleicht kommt ihnen das bekannt vor, was ich sage, wenn Sie regelmäßig dem Landtag lauschen und zuhören. Solange die Koalition wiederholt solche Anträge einbringt, solange muss ich das auch machen und muss mich wiederholen. Eigentlich finde ich es unnötig, weil eigentlich würde ich viel lieber ernsthaft diskutieren, ernsthaft über die Herausforderungen und Maßnahmen reden und auch ernsthaft etwas weiterbringen. (Beifall)

Präsident: Als Nächster ist Abgeordneter Wahl am Wort.

Abg. Ing. Wahl, MBA: Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Menschen zuhause in Oberösterreich! Es ist wirklich lähmend, dass gleiche und ähnliche Anträge praktisch laufend eingebracht werden. Ich habe schon den Überblick verloren, wie oft der gleiche oder ähnliche Antrag eingebracht wurde. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Das habe ich mir gedacht, dass du den Überblick verloren hast!“) Das aber geht den meisten Abgeordneten hier herinnen so, weil jetzt reden wir von 2022 und 2021. Wir wissen aber, dass das vorher auch schon mehrfach der Fall gewesen ist, gefühlt jedenfalls zum x-ten Mal dasselbe! Es lähmt dieses Haus, es lähmt die Arbeit, es hindert uns daran, die Dinge anzugehen und zu diskutieren, die wirklich die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher betreffen. Es ist doch ein Wahnsinn, dass man ständig Dinge diskutiert, wo man eine reine Politshow macht und man gar nicht interessiert ist, die Probleme zu lösen. Wenn man das wollte, dann hätte man das schon gekonnt. Herr Landeshauptmann hat ja seine Freunde in der Regierung, und seit 20 Jahren ist ein ÖVPler oder eine ÖVPlerin Innenminister und Innenministerin. Zehn Jahre haben die ÖVP und die Freiheitliche Partei in der Bundesregierung das Justizministerium gehabt seit dem Jahr 2000. Was habt ihr da getan? Warum ist das nicht geregelt? Das gehört längst vom Tisch. Aber wir reden immer noch davon, dass das hinten und vorne nicht passt, und dass man ein Sicherheitsproblem hat.

Aber wir reden nicht davon, dass die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher demnächst die Miete nicht mehr bezahlen können. Wir reden nicht davon, dass sie die Heizkosten nicht mehr zahlen können. Wir reden nicht davon, was die Menschen in Oberösterreich wirklich bewegt, weil man verhindern will, dass man in Wahrheit die Themen und Probleme angeht. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Das glaubst halt du!“) Wenn man das wollte, dann hätte man das längst tun können. Das postuliert ja nichts anderes, wie ein Totalversagen dieser schwarz-blauen oder schwarzen Regierung im Bund, aber auch den Herrschaftsanspruch der schwarz-blauen Regierung in Oberösterreich, die in Wahrheit jede konstruktive Arbeit verhindert, indem es den Landtag mit Anträgen zuschüttet, die eh schon 15 Mal diskutiert worden sind. (Beifall)

Daher sehe ich da die Dringlichkeit nicht. Macht es einfach, es ist genug geredet, es gehört gehandelt. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Zustimmen!“) Danke! (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 419/2023 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Schriftführerin angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 420/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 420/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend zeitgemäße Ausgestaltung des Demonstrationsrechts. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 420/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Ich komme noch einmal kurz zurück auf meine Vorredner. Schutz und Sicherheit sind Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Schutz und Sicherheit ist auch unser ganz besonderes Anliegen. Daher nehmen wir uns als ÖVP und als FPÖ um dieses Thema an. Wenn das von der Opposition geleugnet wird, dann ist das euer Problem. Aber das darf nicht das Problem der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher werden. (Beifall)

Schutz und Sicherheit, das sind ganz einfache Gesetze, die vom Bund zu erlassen sind. Ihr habt es richtig gesagt, wir haben bereits einige Anträge hier beschlossen. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir machen das heute, und wir werden das auch in Zukunft tun, denn die oberösterreichische Volkspartei ist eine erfolgreiche und selbstbewusste Regionalpartei. Wenn wir den Eindruck haben, dass sich die Dinge auf Bundesebene nicht oder in eine falsche Richtung entwickeln, dann sagen wir das auch. Wir sagen das öffentlich, und wir sagen das auch den zuständigen Regierungsmitgliedern. Falsche Richtungen gehören korrigiert. Eines, das könnt ihr mir glauben: Ich frage sicher nicht die SPÖ, die Grünen und schon gar nicht die NEOS, ob wir solche Anträge stellen dürfen, sondern wir stellen sie ganz einfach, weil es uns um Schutz und Sicherheit für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher geht. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wir dürfen aber schon noch unsere Meinung sagen!“) Wir laden euch jedes Mal ein, unterstützt uns dabei, denn wir können auf viele Erfolge in der Vergangenheit zurückblicken. (Beifall)

Bei dem Antrag jetzt, der derzeit diskutiert wird, geht es um das Demonstrationsrecht, auch wieder eine Bundesmaterie. Jetzt wissen wir alle, Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut in der Demokratie, daher ist es auch verfassungsrechtlich abgesichert. Jede Freiheit, das hat Kollegin Gneißl schon gesagt, endet dort, wo in die Freiheit anderer eingegriffen wird oder wo in die Rechte anderer angegriffen wird. Daher gibt es seit 1953 das Versammlungsgesetz des Bundes und andere Bundesgesetze, die die Ausübung der Meinungsfreiheit regeln und damit auch das Demonstrationsrecht festlegen. Jüngste Vorfälle zeigen ganz einfach, dass dieser gesetzliche Rahmen immer mehr ausgereizt wird. Ich erinnere an die Belagerung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Linz durch die Teilnehmer von Corona-Märschen. Ich erinnere an die Blockade von Krankenanstalten, landesweit, durch die Teilnehmer bei diesen Corona-Märschen. Ich erinnere an die Stadtpaziergänge in Steyr, jeden Sonntag um 17 Uhr, wo eine undifferenzierte Anzahl von Personen, meistens von außerhalb, durch die Stadt rennen. Sie wissen nicht einmal genau, was der Grund ist. Jede Woche brauchen sie eine andere Devise und die Steyrer sagen: Jetzt rennen die schon wieder durch die Stadt und kein Mensch tut etwas dagegen. Ich erinnere an die Klimakleber, die ungeniert Straßen blockieren, die arbeitende Bevölkerung verärgern und Einsatzkräfte behindern und nebenbei dem Klimaschutz schaden.

Denn der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Alle haben eines gemeinsam, sie reizen die Grenzen bis zum Gehn nicht mehr aus, wie Kleinkinder. Wie weit kann ich denn gehen? Wir sagen: Es geht nicht mehr weit. Es ist an der Zeit, die Zügel etwas straffer anzuziehen, ohne die Meinungsfreiheit einzuschränken. Und das Versammlungsgesetz an die heutige Zeit anzupassen und deutlich zu regeln, was in einem demokratischen Rechtsstaat geht und was nicht geht. Das dient dem Schutz und der Sicherheit in Oberösterreich.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Höglinger.

Abg. **Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sind wir also im zweiten Akt des unwürdigen Schauspiels: Die schwarz-blaue Landesregierung lenkt von ihrer eigenen Unfähigkeit ab, die Probleme in Oberösterreich anzugehen und zu lösen, indem sie sinnlose Resolutionen nach Wien schickt. Man versteht es. Wenn man keine Lösung für die wahren Probleme hat, es ist angesprochen worden, für die Heizkosten- und Energiekostenthematik, dann macht man eben Ablenkungsmanöver mit Zeitungsüberschriften. Wer ist denn seit Jahren für durchaus mögliche Veränderungen im Bund verantwortlich? Herr Nehammer, Herr Karner, Herr Wöginger, eure Parteifreunde, und ihr macht da jedes Mal diese Geschichte. Also offensichtlich ist es so, die fehlende Problemlösungskompetenz gilt nicht nur für die ÖVP in Oberösterreich und deren Anhängsel, sondern auch für die Bundes-ÖVP. Die fehlende Lösungskompetenz baden wir jeden Monat aus, indem wir immer wieder fast wortgleiche Anträge hier in diesem hohen Haus zu diskutieren haben. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Warum ist der vorliegende Antrag gerade jetzt dringlich? Kollege Dörfel, du hast es angesprochen, wie lange es schon Probleme gibt. Warum haben wir das nicht vor ein oder zwei Jahren besprochen, als die Corona-Leugner, verstärkt durch Rechtsextreme, durch die Straßen von Linz und Steyr marschiert sind und zehntausende Oberösterreichern und Oberösterreichern nicht in die Arbeit gekonnt haben oder in die Schule? Da ist nichts passiert, weil das dem Landeshauptmann nicht in den Wahlkampf gepasst hat, und weil es der FPÖ auch nicht gepasst hat. Deshalb ist nichts passiert. Jetzt auf einmal wird es zum Thema gemacht.

Wir haben uns damals kritisch damit auseinandergesetzt mit verschiedenen Zugängen. Es hat auch Initiativen gegeben, Bürgermeister Vogl oder Bürgermeister Lugner haben das angesprochen, auch darüber zu diskutieren, ob es Änderungen braucht und das Demonstrationsrecht zu überarbeiten ist. Warum ist das damals nicht aufgegriffen worden? Wo war damals das Gerede vom „Schutz des Landes und seiner Bürger muss oberste Priorität haben“? Wo war da die Unterstützung für die Leute, die beschimpft worden sind von den Demonstrierenden? Wo war der Kampfgeist, vor allem der FPÖ, als der Landtag, sozusagen die demokratische Heimstätte in Oberösterreich, tagelang versperrt hat werden müssen wegen der Chaoten und Krawallmacher? Da haben Sie nichts gemacht, weil die Demonstrationen politisch in den Kram gepasst haben. Dass Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte immer wieder von einer Partei gefordert werden, die sich freiheitlich nennt, ist ja eine besondere Ironie. Eure Lösungen, Mauern bauen, Einsperren, höhere Strafen haben mit Liberalität überhaupt nichts zu tun. Die Freiheit, die ihr meint, ist eine übersteigerte individuelle Freiheit, ist letztlich purer Egoismus.

Ich persönlich halte auch nicht alle Formen des Protests für richtig und für gut, die verwendet werden. Aber das werden wir aushalten in der Demokratie. Für Sachbeschädigung und andere Delikte, dafür gibt es eine entsprechende strafrechtliche Handhabe. Ja, vielleicht muss man über den einen oder anderen dosierten Eingriff bei Anmeldungen et cetera reden, aber nicht über dringliches Abstimmen von Überschriften, sondern über eine gute inhaltliche und breite Auseinandersetzung. Wie schlampig ihr mit dem Antrag arbeitet, sieht man ja an dem letzten Punkt, wo da von potentiellen Einsatzfahrzeugen die Rede ist. Was soll das bitte sein? Also entweder es ist ein Einsatzfahrzeug oder keines. Man kann sich denken, was ihr gemeint habt damit, geschrieben habt ihr aber einen Blödsinn. Schon deswegen wäre es mir peinlich, diesem Antrag zuzustimmen.

Es zeigt noch einmal, dass man diese Sachen gescheit anschauen soll, nicht husch-pfusch politisches Kleingeld wechseln. Im Übrigen, auch noch ein Unterschied, die von euch kritisierten Aktivistinnen und Aktivisten lassen, wie man weiß, eine Spur für die Einsatzfahrzeuge frei. Es hat offenbar in Wien sogar Absprachen mit den Rettungskräften gegeben, auch das ist ein Unterschied zu den Corona-Demonstranten, die die Rettungskräfte beschimpft haben. Anstatt sich jetzt mit den Anliegen inhaltlich auseinander zu setzen, leugnet ihr entweder den Klimawandel oder verschleppt die Lösungen. Dann ist es auch wenig überraschend, dass ihr keine gescheite Klimastrategie für unser Land zusammenbringt. Aber über das reden wir später noch.

Für eure Politshow zur Ablenkung, dass ihr nichts zusammenbringt, sind wir nicht zu haben.
(Beifall)

Zweite Präsidentin: Bevor ich Abgeordnete Bauer zum Rednerpult bitte, darf ich die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wels in Begleitung von Mag. Saf-Dieter recht herzlich bei uns begrüßen. Habt eine angenehme und interessante Stunde bei uns. BITTESCHÖN, Frau Abgeordnete Bauer!

Abg. **Bauer:** Herzlichen Dank! Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das österreichische Staatsgrundgesetz und die EMRK garantieren die Versammlungsfreiheit als Mittel der kollektiven Meinungsfreiheit. Das Versammlungsrecht ist Teil des Fundaments einer demokratischen Gesellschaft.

Wie bei allen Freiheitsrechten, ist auch die Versammlungsfreiheit nicht einfach so vom Himmel gefallen, sondern es ist ein in der Vergangenheit hart erkämpftes Freiheitsrecht. Es ist auch

kein Zufall, dass in jedem autoritären Regime die Versammlungsfreiheit eines der ersten Freiheitsrechte ist, das weichen muss. Mir war das wichtig nochmal zu sagen und hervorzuheben, welches Gewicht dieses Freiheitsrecht hat und worum es hier eigentlich geht.

Natürlich, auch das ist heute schon des Öfteren gefallen, gibt es Grenzen meiner eigenen Freiheit, also meine eigene Freiheit ist irgendwo dort begrenzt, wo die eines anderen beginnt. Genau deshalb ist es auch jetzt schon möglich, Versammlungen, die die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährden, zu untersagen. Natürlich muss so eine Untersagung im Einzelfall bewertet werden und auch möglichst restriktiv angewendet werden, aber es gibt deutliche Handhabe und es ist nicht so, dass die Rechte Dritter grenzenlos beeinträchtigt werden können, so wie das im Antrag beschrieben ist.

Wir können also diesem Antrag so nicht zustimmen, weil es mit uns Grünen keine derartigen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit geben wird. Weder hier auf Landesebene, noch auf Bundesebene.

Ich komme noch zu den beiden anderen Forderungen im Antrag, die eigentlich mit der Versammlungsfreiheit wenig zu tun haben. Das sind einmal die täglichen Übergriffe auf Sicherheitsbeamten. Natürlich sind tägliche Übergriffe auf Sicherheitsbeamte auf das Schärfste zu verurteilen, deshalb gibt es auch dazu einen eigenen Straftatbestand. Es gibt den Straftatbestand des Widerstands gegen die Staatsgewalt, und bei Körperverletzung gelten die strafrechtlichen Konsequenzen diesbezüglich. Tätliche Übergriffe auf Sicherheitskräfte bleiben in Österreich ganz sicher nicht unbestraft, und das ist gut so.

Dann kommen wir noch zur Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung beim Blockieren von Einsatzfahrzeugen. Hierzu möchte ich den Strafrechtsprofessor Robert Kert zitieren. Er sagt Folgendes: wenn tatsächlich Rettungswagen aufgehalten werden würden, wie von ÖVP-Politikern behauptet, dann könnte das auch in Österreich jetzt schon gestraft werden. Zum Beispiel durch den Tatbestand Gefährdung der körperlichen Sicherheit. Wir brauchen also keine neuen Straftatbestände dort, wo es sie eh schon gibt. (Beifall)

Ich glaube, wir wissen alle, worum es hier eigentlich geht oder was immer das unterliegende Thema auch ist, das sind KlimaaktivistInnen, das ist für manche Parteien die neue Lieblingsstimmungsmache und Wahlkampfthema. Dazu möchte ich noch jemanden zitieren, und zwar den Herrn Vorsitzenden des Bundesrettungskommandos des Österreichischen Roten Kreuzes, der findet dazu nämlich sehr gute Worte, und zwar wurden Rettungsfahrten oft von Staus oder rücksichtslosen VerkehrsteilnehmerInnen gebremst, das sei man gewohnt, man verlange deshalb aber nicht gleich Gefängnisstrafen für die Verursacher. Außerdem, und das ist ganz wichtig, fordert er Politiker/innen auf, das Rote Kreuz und medizinische Notfälle nicht weiter für die Kriminalisierung jener, die für einen starken Klimaschutz eintreten und dafür Bestimmungen der StVO verletzen, zu instrumentalisieren. Auch dieser Forderung kann ich mich gut anschließen. Er fügt noch was Wichtiges hinzu, und zwar sagt er, ihre Antwort, also die Antwort der Politik, ihre Antwort sollte Dialog und Diskurs sein. Wenn ich mich richtig erinnere, dann war das auch aus den Reihen der Koalitionsparteien damals die Antwort auf die Corona-Maßnahmenproteste. Da war oft die Rede von Handausstrecken und Brückenbauen anstatt die Gesellschaft zu spalten. Da kann ich mich grundsätzlich anschließen, aber ich möchte noch einmal einen gewissen gravierenden Unterschied hervorheben.

Bei den Corona-Maßnahmenprotesten, die waren nämlich nicht immer ausschließlich friedlich. Da kam es immer wieder zu Übergriffen, zum Beispiel auch auf JournalistInnen, das ist bei

Klimaprotesten nicht so, die sind immer friedlich. Wenn im Antrag hier die KlimaaktivistInnen Gewalt unterstellt wird, dann ist das falsch und eine haltlose Unterstellung, die man so nicht stehen lassen kann. (Beifall)

Warum man hier keine anderen Antworten findet als höhere Strafen oder gar Gefängnis, kann ich nicht beantworten, aber unsere Antwort ist stets dieselbe. Wir garantieren das Grundrecht der Versammlungsfreiheit unabhängig davon, ob uns das inhaltliche Anliegen gefällt oder nicht. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. **Gruber:** Danke Frau Präsident, hohes Haus, werte Landsleute auf der Galerie und an den Bildschirmen! Ja, Herr Kollege Höglinger, das ist in der Demokratie so, wir müssen eure Wortspenden aushalten, ihr müsst unsere Anträge aushalten. Das ist so, und das werden wir in Zukunft so halten. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger unverständlich)

Bezüglich der Anträge, da fällt mir jetzt der Begriff vom Herrn Klubobmann Eypeltauer ein, mit dem Segeln, das ist immer ganz gut. Beim Segeln ist das Wichtigste, dass man den Zielhafen kennt. Und die positive Regierungsbeteiligung der Sicherheitspartei der FPÖ hat Herr Klubobmann Dörfel schon ausgeführt, und darum gibt es auch diese Anträge, damit alle wissen, wo die Reise hingehen muss. Und wenn das jemand hier herinnen als Schauspiel darstellt, wie ebenfalls ein Vorredner heute schon gemacht hat, dann finde ich das überhaupt nicht lustig, weil unser Klubobmann hat, glaube ich, schon aufgelistet, warum wir immer mit Nachdruck, mit Adressat Bundesregierung, diese Anträge einbringen. Solche Verhältnisse, die dargestellt wurden, wollen wir in Oberösterreich nicht. (Beifall)

Zum Antrag: ich stelle voraus, jedem ist bekannt, im 19. Jahrhundert hat es wirrige Auseinandersetzungen gegeben, auch blutiger Natur, und das Jahr 1848 ist jedem in Erinnerung. Um eine freie Meinungsäußerung für alle zu gewährleisten, und die Freiheit, wie es schon in unserem Parteinamen drinnen ist, ist für uns das höchste Gut. Das hat mit diesem Antrag überhaupt nichts zu tun, das ist als Überschrift für unseren Zugang auch so gedacht und unverrückbar.

Es sind einige Punkte, die selbstverständlich transparent abgearbeitet werden müssen. Das ist auch schon erwähnt worden. Ich verweise aber auch auf den Punkt vier des Antrages, wo die Verschärfung des Strafrechtes hinsichtlich Übergriffe auf Sicherheitskräfte erwähnt wird. Selbstverständlich, da darf es kein Pardon geben. Dann gibt es den Punkt sechs, diese strafrechtliche Verfolgung, ja Herr Klubobmann Eypeltauer, ich weiß es, du hast deine Rechtsmeinung, aber es gibt auch andere. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: unverständlich) Eine ist von der Frau Kollegin angesprochen worden, sie haben die Möglichkeit dann noch draußen zu sprechen, da brauchen sie nicht nervös sein. (Unverständliche Zwischenrufe)

Nichtsdestotrotz wollen wir darauf hinweisen, dass es selbstverständlich jetzt schon genügend Möglichkeiten gibt, bei angemeldeten Demonstrationen, wir haben aber im Blickpunkt die nicht angemeldeten, und da haben wir sehr wohl noch aus unserer Beurteilung einen Handlungsbedarf, und den möchten wir ebenfalls untersucht wissen. Bei diesen unangemeldeten Demonstrationen oder Leistungsblockaden oder CO₂-Klebern oder wie immer das genannt wird, manche sagen Aktivisten dazu, das kann man jetzt bezeichnen wie man will, für mich ist das in Prinzip eine Gruppe, die Leistungsträger, die in der Früh zur Arbeit fahren, um wirklich ihr tägliches Brot zu verdienen und in guten Unternehmen ihr Tagwerk

verrichten, an dieser Tätigkeit gehindert werden. Ich stelle mir schon die Frage, was ist die Motivation dieser sogenannten Gruppe, dies zu tun? Wo andere vielleicht einer Tätigkeit nachgehen, von wem werden die unterstützt? Warum machen die das? Und dann geht es um das Klima. Unbeschadet dessen, dass der CO₂-Ausstoß natürlich erhöht wird durch diese Maßnahme, wissen wir alle, dass die Klimafrage ja eine globale ist, würde ich sagen.

Jetzt vergleichen wir unsere Auflagen im Vergleich zu Staaten im Osten. Stichwort China etc. Ich würde vorschlagen, dass diese Aktivisten einmal dort sich irgendwo anpicken, in Shanghai oder in Peking, weil da würde es vielleicht mehr bringen. Die Frage ist natürlich, wie man das dort dann sieht, aber bei uns das zu tun und die Leistungsgesellschaft hier derartig zu drangsalieren, das lehnen wir strikt ab. (Beifall)

Wenn man den Fall in Berlin noch dazu heranzieht, wo dann eine Einsatzorganisation mit ihrem Fahrzeug nicht rechtzeitig am Unfallort war. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Falsch! Das sind Fake-News!“) Die Folge sogar der Tod am Ende des Tages war, dann ist das ebenfalls noch einmal eine Kategorie, die strikt abzulehnen und anzuhalten ist. Daher gibt es von uns für diese Beilage die Zustimmung. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer, bitte.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke Frau Präsidentin, Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht einmal vorweg eine Korrektur zu dem, was der Kollege Gruber gerade gesagt hat. Er hat diesen Fall aus Berlin zitiert. Es ist mittlerweile schon lange nachgewiesen, dass das nicht stimmt, was der Kollege Gruber gesagt hat. Nur falls hier jemand in die Irre geführt wurde.

Vielleicht einmal ganz oben anfangen, wie schon vorher und völlig zurecht von meinen Vorrednern auch gemacht zum Thema Versammlungsfreiheit ganz allgemein. Meinungs- und Versammlungsfreiheit ganz allgemein, Herr Klubobmann Dörfel von der ÖVP hat das vorhin so dargestellt, als wäre das Versammlungsrecht irgendwie nicht gut durchdacht, und wir müssen es jetzt endlich einmal auf Vordermann bringen. Dem muss ich grundlegend widersprechen. Wir haben in Österreich sowie in den meisten fortschrittlichen, liberalen Demokratien ein hochgradig ausdifferenziertes und ausjudiziertes Versammlungsrecht, dass auch den modernen Gegebenheiten, einer modernen Gesellschaft natürlich gerecht wird. Das muss man einfach einmal sagen.

Das zweite ist, ja, in einer liberalen Demokratie, in einer freien Gesellschaft machen manche oft Dinge, die man nicht gescheit findet und die man aushalten muss, die man ertragen muss, und wo man eigentlich einfach nur den Kopf schüttelt oder sich auf das Hirn greift oder sich einfach wahnsinnig ärgert. Das geht mir genau so hin und wieder, aber das muss ich akzeptieren und das muss ich aushalten. Vor allem, das lösen wir nicht, indem wir uns überlegen, wie können wir Leute in ihren Ausdrucksweisen und in ihrer Freiheit einschränken, sondern das lösen wir, indem wir miteinander reden, indem wir im Dialog bleiben. Das ist das Wichtigste, und das ist wesentlich wichtiger und wesentlich zielführender als hier Verschärfungen und Einschränkungen zu diskutieren.

Verschärfungen und Einschränkungen, die eigentlich gar nicht notwendig sind. Wir haben das in den Vorreden schon ausgeführt bekommen. In dem Antrag von ÖVP und FPÖ stehen großteils Dinge drinnen, die entweder eh schon funktionieren oder von denen man weiß, dass sie gar nicht möglich sind. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Das weißt du gar nicht, du

warst nicht dabei!“) Trotzdem wird das hier beantragt, wie schon vorher, hauptsächlich damit man ein Statement setzt, weil wenn man es lösen wollen würde, dann würde man sich im Fall der ÖVP ganz einfach an die Bundesregierung wenden können.

Jetzt möchte ich es inhaltlich einmal durchüberlegen. Ich frage mich, wie soll das aussehen, wenn man das Versammlungsrecht weiter einschränkt? Wer entscheidet dann, was legitim ist und was nicht? Sitzt dann irgendwo ein Politiker oder eine Politikerin oder ein öffentlicher Bediensteter unter Weisung eines Politikers, der entscheidet, nein, da ist jetzt der Protest wichtiger, nein, da ist jetzt wichtiger, dass Leute rechtzeitig in die Arbeit kommen? Ist das gescheit? Wo führt das hin? Überlegt euch das einfach einmal durch. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Das haben wir!“) Isoliere einmal die Frage des Protests von der grundlegenden Frage bei der Versammlungsfreiheit. Das muss man schaffen.

Ich sage dir schon eines Christian, ich finde es auch nicht gescheit, dass sich Leute auf den Straßen festpicken. Mich ärgert das, weil die Leute ein richtiges Anliegen in ein Licht bringen, dass dem Anliegen schadet. Vielleicht aus guter Absicht, aber ich kann nur appellieren an alle, die sich an einer Straße festpicken, sich zu überlegen, ob das wirklich das Gescheiteste ist, um auf dieses wichtige Anliegen hinzuweisen, dass viel mehr beim Klimaschutz getan werden muss. Ich finde das nicht gescheit, aber das zu verbieten und als Politiker herzugehen und zu sagen, die Form des Protestes, die passt mir, und diese nicht, das geht nicht, das bringt uns in Teufels Küche. Die Art des Protestes, der Protest, das sind zwei Paar Schuhe.

Eines muss ich auch noch sagen. Die Leute haben ihr Recht aufzubegehren, ein Zeichen zu setzen, weil nichts weiter geht bei der Klimafrage. Gerade heute in einer Tageszeitung lesen wir es wieder. 100-prozentige Leermeldung, eine Nullnummer, die Klimastrategie der schwarz-blauen Landesregierung in Oberösterreich. Es ist längst fünf nach zwölf, und ihr macht nichts. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger weltweit, aber insbesondere auch in Österreich und das trotz einer Grünen Bundesregierungs-beteiligung, das ist ja noch einmal erschütternd, tun einfach nicht genug. Ich verstehe die Verzweiflung von jungen Leuten, die sagen, da werden die Grundlagen unserer guten Zukunft, da werden die Grundlagen unseres friedlichen und freien Zusammenlebens verspielt, weil die Leute, die entscheiden könnten und müssten, es einfach nicht tun. Völlig legitim, und dafür kann man sich eigentlich nur bedanken, und gleichzeitig kann man sagen, aber bitte spart euch die Arten von Protest, die eigentlich niemanden etwas bringen. Das sind zwei Dinge, die zusammengehen. Das ist das, was wir zu diesem Thema sagen muss.

Was man dazu nicht sagen muss und sich sparen könnte, das ist ein Daherreden von Unsicherheit oder ein Schlechtreden von unserer Bundesverfassung. Das lasse ich mir als Verfassungspatriot hier auch nicht bieten. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Herrn Klubobmann Krautgartner zum Rednerpult bitten.

Abg. KO **Krautgartner:** Hohes Haus, werte Zuseher, geschätzte Kollegen, Frau Präsidentin! Das ist doch ein bisschen eine I-Tüpfelreiterei, Herr Kollege Gruber, ob angemeldet oder nicht, da geht es um ein Grundrecht, das wir hart erkämpft haben. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Grundlegender Unterschied!“)

Es geht um Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die haben wir uns hart erkämpft. Du hast glaube ich auch angesprochen, 1848, Ferdinand I. war das, vielleicht weißt du die Anekdote, die ist sehr bekannt, da hat er nämlich beim Fenster in der Hofburg hinausgeschaut und der Metternich hat gesagt, die machen eine Revolution und er hat gesagt, weißt du es?

(Zwischenruf Abg. Gruber: „Dürfen die das?“) Dürfen die denn das, ja genau. Nein, sie durften nicht. Weißt du, was da passiert ist? 1848 sind die unter einer Bluttat ermordet worden.

Durch die Revolution und durch ein Aufbegehren, das hat Herr Kollege Eypeltauer auch schon angesprochen, da geht es um ein Grundrecht, und das ist nicht verhandelbar. Wir können da nicht mitgehen, und ich bin total froh darum, dass auch die Grünen nicht mitgehen, weil der Kollege Kaineder, der heute verhindert ist, in einem Zitat, in einem Video letztens gesagt hat, Aktionismus und Ungehorsam sind Teil einer jeden Veränderungsbewegung und einer Geschichte. Er hat auch von den Vereinigten Staaten gesprochen, von den Afro-Amerikanern, die sich in die Busse gesetzt haben zu den Weißen und die sich verhaften haben lassen.

Bei uns in Österreich und in Oberösterreich gibt es Menschen, die auf die Straße gehen, weil sie Unrecht empfinden. Das ist gut so. Die gehen friedlich auf die Straße und wenn irgendjemand Populismus beschreibt, weil der eine oder andere verhaftet wurde, dann soll es so sein, aber in der letzten Zeit bei Corona, da haben wir das mitbekommen, sind ja hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen auf der Straße gewesen. Ich habe da keine Bluttaten gesehen. Es waren friedliche Bewegungen, friedliche Demonstrationen, da geht es um eine Meinungsfreiheit, und das ist ein hohes Gut. Das dürfen wir uns nicht nehmen lassen.

Dieser Antrag zeigt dort Dinge auf, die nicht stimmen. Das ist sowas wie die Neutralität. Es ist unverhandelbar, und dass das von der FPÖ unterstützt wird, ist ohnehin ein starkes Ding. In Österreich gehen die Leute auf die Straße wegen der körperlichen Unversehrtheit, weil sie sich eben nicht impfen lassen haben. Ja, gut, das Thema haben wir. Sie gehen auf die Straßen, weil die Gehälter nicht passen. Das ist eine Meinungsfreiheit. Sie gehen auf die Straßen, weil Konzerne Milliarden Euro abschöpfen bei Strom und bei anderen Dingen, und daheim können sich die Leute den Strom und das Essen teilweise nicht mehr leisten. Sie gehen auf die Straßen, weil sie es satt haben, so wie die Regierenden dieses Land führen.

Jetzt komme ich wieder zum Kollegen Kaineder, schade, dass er nicht hier ist. Ich bin froh, dass ihr zustimmt, auch dem Klub der Grünen, dass das unverhandelbar ist, ebenso wie die Neutralität unverhandelbar ist. Liebe Kollegen aus der FPÖ, ihr sollt vielleicht einmal mit euren Leuten reden, allen voran einem Vizebürgermeister in Steyr, der wortwörtlich sagt, ich suche es mir gerade, der Dr. Zöttl, Vizebürgermeister aus Steyr bei der Gemeinderatssitzung, da war das Thema wegen den Steyrer Spaziergängen, da geht es um die Meinungsfreiheit. Wortwörtlich, wir leben in einer Demokratie, die lebt vom Diskurs, zumindest war es bis vor kurzem so. Wir haben uns das immer hoch auf die Fahnen geheftet, dass man auch den Gegner respektieren muss und die andere Meinung. Wenn Leute auf die Straße gehen und ihren Unmut kundtun, friedlich auf die Straße gehen, ist das ein demokratisches Recht.

Da sieht man offensichtlich die Einigkeit der Uneinigkeit der FPÖ, weil Freiheit definiert der Kollege in Steyr offensichtlich anders als ihr das definiert, weil ihr wollt mit dem Antrag, den ihr unterstützt, die Meinungsfreiheit in Österreich über Bord werfen, durch die einzelnen Punkte, die ihr auflistet. Das geht sich nicht aus. Wir können nicht ein Grundrecht plötzlich verändern, nur weil ein paar mit einem Superkleber sich auf die Straße kleben. Da gibt es auch andere Möglichkeiten, die hat Herr Klubobmann Eypeltauer auch schon angesprochen, weil da gibt es gesetzliche Vorgaben dafür.

Es handelt sich um ein Menschenrecht, das unverrückbar ist genauso wie die Neutralität und deswegen stimmen wir dem Antrag aus Prinzip nicht zu, weil wir sowas einfach nicht tun können. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Sehr geehrte Damen und Herren, ich schließe die Wechselrede, und wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 420/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 421/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 421/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verschärfung der Untersuchungshaft. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 421/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Und zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber. Bitte!

Abg. **Gruber:** Ja, Frau Präsidentin, hohes Haus, geschätzte Nachwuchstalente auf der Galerie, werte Landsleute, die uns online folgen! Ja, zu meinem Vorredner, wunderbar, sinnerfassend lesen ist eines, sinnerfassend zuhören eine zweite Qualitätssteigerung. Also das wäre einmal gescheit, gut, dass alles aufgezeichnet wird, weil dann kann man bei meiner Wortmeldung zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt genau nachhören, was ich gesagt habe, Punkt 4 und Punkt 6, und das ist der feine Unterschied. Und zwischen dem Herrn Vizebürgermeister, der angesprochen wurde, und uns als Landtagsklub gibt es überhaupt keine unterschiedliche Betrachtungsweise, sondern wir sehen das genau gleich, und darum bitte noch einmal nachhören, bevor da irgendwelche Geschichten erzählt werden, zum Ersten.

Zum Zweiten, ja wenn da immer irgendwelche Dinge doziert werden (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: unverständlich), ja dozieren Herr Klubobmann Eypeltauer, täte ich dir raten, machst du im Future-Lab von den NEOS, aber nicht da herinnen, du musst zur Kenntnis nehmen, dass es unterschiedliche Meinungen da herinnen gibt. Und für die Klima-Menschen täte ich einmal sagen, klaben statt kleben, sie sollen sich bei den Bezirksabfallverbänden melden, da können sie bei der Hui statt Pfui Aktion mitmachen. Da machen sie einmal was Gescheites, und dann haben alle was davon.

So, zunächst zum Antrag. Haben wir wieder eine Auflistung. 2017, Tunesier ermordet betagtes Ehepaar in Linz. 2018, Afghane ermordet Sechzehnjährige im Kinderzimmer in Steyr. 2019, afghanischer Asylwerber tötet Rot-Kreuz-Mitarbeiter und Altbauer in Wulowitz. März 2022, Sechzehnjährige soll von vier Burschen beim Linzer Bahnhof vergewaltigt worden sein. Mai 2022, Afghane soll ein fünfzehnjähriges Mädchen aus der Ukraine in Weyer vergewaltigt haben. Der bundesweite traurige Fall der Leonie, glaube ich, ist eh allen noch bekannt. Und in all diesen Fällen hätte der Täter nach dem jüngsten VfGH-Entscheid nicht zwingend in U-Haft genommen werden müssen.

Und genau deswegen gibt es von uns diesen Antrag, um die Bundesregierung aufzufordern, hier eine Kurskorrektur, was das Thema U-Haft betrifft, vorzunehmen. Was ist der derzeitige Status? Seit 1. Dezember 2022 ist der Paragraph 173 Absatz 6 der Strafprozessordnung aufgehoben worden, und jetzt muss unabhängig davon, der Straftat geprüft werden, ob Flucht-, Verdunkelungs-, Wiederholungs- oder Tatbegehungsgefahr besteht. Und das wollen wir in dieser Art und Weise nicht. Die Ausgangslage, der Anlassfall, warum das so stattgefunden hat, glaube ich, ist eh bekannt. Das war ein vermutlicher Terrorist, der dagegen aufgestanden ist und vor dem VfGH gewonnen hat und daher diesen Entscheid zur Folge gehabt hat.

Und ich muss ganz ehrlich sagen, das können wir in unserem Rechtsstaat in dieser Art und Weise nicht dulden. Und wenn eine Einvernahme durch die Exekutive stattgefunden hat und dort bereits ersichtlich ist, dass es sich um einen mutmaßlichen Mord handelt und dann immer noch diese Vorgehensweise so ist, wie es derzeit in dieser Entscheidung widerspiegelt, dann muss ich ganz offen sagen, dann ist es höchst an der Zeit, hier eine Kurskorrektur vorzunehmen. (Beifall)

Und die Frau Kollegin der Grünen, die ist jetzt leider hinaus gegangen, und genau diese Aufzählungen sowohl vom Klubobmann Mahr als auch von mir werden noch Resolutionssalven da herinnen hervorrufen, solange bis die Bundesregierung das endlich in Ordnung bringt, nicht mehr und nicht weniger. Und ich glaube, das steht einem Landtag zu, dass er Richtung Bundesregierung Kurskorrekturen einfordert, weil dort liegt nämlich die notwendige Kompetenz. Für die FPÖ Oberösterreich zählt, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Ich glaube, das wird eskalieren!“) unsere Landsleute sollten sich auf die unerschütterlichen Pfeiler unseres Rechtsstaates verlassen können. Und für das werden wir gemeinsam sorgen. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das hat ja mit der Sache nichts zu tun!“)

Zweite Präsidentin: Ist jemand zu Wort gemeldet? Ja, bitte Herr Abgeordneter Aigner!

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen im Oberösterreichischen Landtag, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Offensichtlich ist heute ein Großkampftag gegen die Grund- und Freiheitsrechte, (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Na, jetzt übertreibe nicht!“) welche die ÖVP und FPÖ ausgerufen haben. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Da sind wir gespannt!“) Na bitte, ich werde es euch jetzt gleich erklären, hört mir zu.

Ich bin zwar hauptberuflich und in meinem Zivilberuf Steuerberater und nicht Strafrechtler. Nichtsdestotrotz ist es nicht ganz so schwierig, auf diese von euch angesprochene Bestimmung des Paragraphen 173 Absatz 6 StPO einzugehen und darzustellen, warum es nicht notwendig ist, so wie ihr das fordert, zu reparieren. Warum? Es gibt ein Bundes-Verfassungsgesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit. Und dieses Verfassungsgesetz sieht den Eingriff in die persönliche Freiheit als den gravierendsten Eingriff in die Grundrechte des Einzelnen und es führt in Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 2 aus, dass durchaus in diese Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen werden kann, und zwar wenn Fluchtgefahr, Verdunkelungsgefahr oder Wiederholungsgefahr besteht, und zwar nur dann, wenn detailliert und einzeln geprüft worden ist.

Und genau diese Prüfung, diese Detailprüfung und diese Einzelfallprüfung ist auch im Paragraph 173 der Strafprozessordnung angeführt, nämlich in Absatz 2, vor dem von euch erwähnten Absatz 6. Es wird sicherlich keinen Staatsanwalt geben, der einen Antrag auf Untersuchungshaft unterlässt, wenn einer dieser drei Punkte Flucht, Verdunkelung und Wiederholung nur ansatzweise gegeben sind. Und wenn der Antrag da ist, dann wird es keinen Richter geben in Österreich, der diesen Antrag ablehnt. Das heißt, es kann die U-Haft sowieso verhängt werden.

Was kann aber nicht verhängt werden? Eine pauschale Untersuchungshaft nur deswegen, weil die zur Last gelegte Tat mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren belegt ist. Zur Last gelegt heißt, dass nach der Unschuldsvermutung ja der Verdächtige oder Beschuldigte einmal bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig gilt, und genau deswegen diese Einzelfallprüfung detailliert vorzunehmen ist.

Es steht jetzt im neuen Absatz 6, der von euch repariert werden soll oder den ihr wollt, dass er repariert wird, wenn es sich um eine Verbrechen handelt, bei dem nach dem Gesetz eine mindestens zehnjährige Freiheitsstrafe zu erkennen ist, muss die Untersuchungshaft verhängt werden, es sei denn, und jetzt kommen wir zu der Einzelfallprüfung, dass aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass das Vorliegen aller angeführten Haftgründe auszuschließen sei. Und diese Haftgründe sind, ich sage sie noch einmal, Flucht, Verdunkelung und Wiederholung. Das heißt, wenn das gegeben ist, dann kann unabhängig von einer Mindestfreiheitsstrafe ohnehin die Untersuchungshaft verhängt werden.

Wir sind absolut dagegen, dass nur deswegen, weil die zur Last gelegte Tat mit einer Mindestfreiheitsstrafe belegt ist, pauschal Menschen in Untersuchungshaft genommen werden, solange nicht die Schuld erkannt ist. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich darf es ganz kurz machen, wir NEOS sind ganz strikt gegen den Vorschlag, dass man es ermöglicht, dass in Österreich wer, der noch nicht verurteilt ist, für den die Unschuldsvermutung gilt, eingesperrt wird. Einer der strengsten, einer der tiefgehendsten Eingriffe überhaupt, die man sich vorstellen kann in die persönliche Freiheit, soll nach Vorstellung der Freiheitlichen und der ÖVP hier ganz einfach schon deswegen ermöglicht werden, weil jemand dringend verdächtigt ist, eine gewisse Tat vollbracht zu haben. Das finde ich nicht in Ordnung. Das widerspricht eigentlich auch der Unschuldsvermutung.

Und genau deshalb haben wir ja, das wurde schon ausgeführt, deshalb haben wir ja schon jetzt eine hochgradig ausdifferenzierte Strafprozessordnung auf Basis einer hochgradig ausdifferenzierten und historisch bewährten Bundesverfassung. Und es gibt überhaupt keinen Bedarf, dass irgendwelche Wald- und Wiesenverfassungsjuristen aus der ÖVP oder aus der FPÖ hergehen und da reinschustern.

Davor warne ich und warne vor allem davor, dass wir das hier im Oberösterreichischen Landtag machen, wo wir überhaupt keine gesetzgeberische Kompetenz für das Thema Verfassungsrecht, Bundes-Verfassungsrecht haben, wo wir überhaupt keine gesetzgeberische und (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Aber welche Anträge ich stelle, musst du schon mir überlassen!“) offenbar auch inhaltliche Kompetenz zumindest da drüben haben, was die Themen des Strafrechts und der Strafprozessordnung betrifft.

Davor warne ich, vor diesen Debatten und davor, das hier abschließend zu diskutieren. Auch hier gilt wieder, braucht es nicht beziehungsweise geht nicht, ÖVP und FPÖ verunsichern die Bevölkerung, machen hier ihre Show und könnten sich, wenn es ihnen so wichtig wäre, im Falle der ÖVP ganz einfach an ihre Regierungskollegen wenden im Bund, den Innenminister, an die Justizministerin, die zwar grün ist, aber eine Koalitionskollegin der ÖVP oder im Fall der FPÖ, ihr habt ja Abgeordnete im Nationalrat, die auch sehr wortgewaltig sind, im Übrigen auch rhetorisch und auch sonst wesentlich versierter, gerade auch bei den Themen, als ihr hier, und denen könnt ihr diese Anregungen zukommen lassen. Die werden dann auch nicht recht haben, aber dort ist der Ort, wo man über so was debattiert und nicht hier im Oberösterreichischen Landtag.

Und dringlich, dringlich ist das nicht. Ich kann mich noch erinnern, vor sechs, vor sieben Jahren war ich Mitarbeiter einmal kurz im Parlamentsklub von NEOS, Justizausschuss, Justizreferent. Da haben wir diese Anträge von der FPÖ auch schon diskutiert. Ihr wisst ja ganz genau, dass

das zu nichts führt, außer zu Aufregung und zu Verunsicherung bei der Bevölkerung. Und ich finde nicht, dass das das ist, was wir im Oberösterreichischen Landtag tun sollten. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste hat sich die Frau Klubobfrau Engleitner-Neu zu Wort gemeldet.

Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder des Landtags, liebe ÖVP, liebe FPÖ, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich echt, was los ist mit euch? Weil so wie es aussieht, schürt ihr mit euren Resolutionen und speziell mit dieser Resolution Angst. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Redet ihr auch einmal mit der Bevölkerung?“) Und es sind Falschinformationen, die ihr in eurem Antrag, was die österreichische Justiz betrifft, einfach auch präsentiert. Und genau das tut ihr nämlich mit eurer Bundesresolution. Ihr bringt Falschinformationen, Informationen, die nicht richtig sind. Diese Resolution ist fehlerhaft und vermittelt ein falsches Bild einer unabhängigen Justiz.

Ihr macht unseren Landsleuten da Angst mit euren Reden, mit euren Presseaussendungen, und das Wichtigste ist, es ist nicht begründet, weil die Justiz arbeitet vorbildlich, genau und unabhängig (Beifall) und das Wichtigste, sie schützt unsere Landsleute vor Verbrechen. Und das Wichtigste zu diesem Thema, sie verhängt genau dort, wo die Haftgründe vorliegen, die Untersuchungshaft.

Und dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle einmal bei allen Richterinnen und bei allen Richtern und auch bei dem nicht exekutiven, nicht richterlichen Personal bei der Justiz bedanken (Beifall). Um was es hier geht, haben wir schon gehört, es geht um eine Aufhebung einer verfassungswiderrechtlichen Bestimmung. Ja, man hat eine Bestimmung in einen verfassungsgemäßen Zustand herbeigeführt.

Ich habe mich, bevor ich mich da herausgestellt habe, mit Strafrechtsexperten abgesprochen, ich bin ja selber auch in der U-Haft tätig gewesen. Ich habe mit Richtern gesprochen, ich habe mit Gerichtspräsidenten gesprochen, ich habe mit anderen Juristen gesprochen, mit Praktikern im Strafvollzug und alle, alle, mit denen ich gesprochen habe, mit denen ich noch Rücksprache gehalten habe, haben uns gesagt, dass dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofs keine, und ich wiederhole, keine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellt.

Die Praktiker sagen sehr richtig, dass es eure Resolution nicht braucht. Und warum ist das so? Weil bei einem schweren Verbrechen eigentlich immer Haftgründe vorliegen und diese auch vor diesem Urteil bereits geprüft werden müssen. Ihr stellt euch hin, und das verschweigt ihr in euren Resolutionen, ich weiß es nicht, hat man es jetzt vergessen, weil ihr so viele Resolutionen schreiben müsst, weiß ich nicht, weil man es nicht besser weiß oder weil man es absichtlich macht.

Ich würde auch euch empfehlen, dass ihr mit Strafrechtsexperten sprecht, auch bei der Formulierung im Beschluss, weil es ist ein Unterschied, ob ich Paragraph schreibe oder ob ich Absatz schreibe. Aus unserer Sicht ist es einfach keine solide Arbeit, es ist unredlich, und es ist einfach falsch und irreführend. Und das haben sich unsere Landsleute nicht verdient, und bei diesem Spiel tun wir auch nicht mit, bei dieser Art von Showpolitik, dass man schnell was rausgibt, weil, und das ist uns ganz wichtig, wir respektieren die Verfassung, und wir sind auch für die Wahrheit und auch für die Richtigkeit von Anträgen, und daher lehnen wir vehement die Dringlichkeit ab. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Herrn Abgeordneten Froschauer das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und zu Hause an den Bildschirmen! Ich tue mir schwer, wenn ständig dieser Begriff sinnlose Resolutionen gebracht wird, wenn eine Willenskundgebung des Oberösterreichischen Landtags als sinnlos dargestellt wird und damit stark entwertet wird. Es muss möglich sein in einer Demokratie, unterschiedliche Zuhänge zu haben, es ist aber wichtig in Diskussionen um solche Materien dann auch nichts wegzulassen.

Es ist wichtig, Begriffe richtig einzusetzen, wenn sich dann einer rausstellt, in der Diskussion vorher, da haben wir den Kollegen Höglinger gehabt, der gesagt hat, der sich lustig gemacht hat über den Begriff potentiell Einsatzfahrzeug. Ein Einsatzfahrzeug ist halt erst dann ein Einsatzfahrzeug, wenn Blaulicht und/oder Folgetonhorn in Betrieb sind. Und zuvor ist es ein Fahrzeug, das die Voraussetzungen erfüllt und somit ein potentiell Einsatzfahrzeug. Also nicht kritisieren, wenn ich mich nicht auskenne. Ich habe so das Gefühl, soviel Meinung bei so wenig Ahnung. (Beifall)

In dem Fall reden wir über die verschärften Bedingungen zur Verhängung einer Untersuchungshaft. Und da reden wir nicht von einer Strafhaft. Das ist eine ganz andere Geschichte. Da reden wir nicht von einer Verurteilung. Da reden wir davon, dass im Zuge von Ermittlungen in der heißen Phase, ja, und ich habe nicht jemanden gefragt, sondern ich war selber jahrelang Kriminalbeamter, ich bin dort gestanden, wo es gebrannt hat, im Gegensatz zu manch anderen, die hier heraußen diskutieren. Reden wir davon, dass mittlerweile eine Umkehr im Bereich der zusätzlich notwendigen U-Haft-Gründe angesprochen wurde. Das heißt, dass also zusätzlich zum, aufpassen, geh Herr Kollege Eypeltauer, dass zusätzlich zum dringenden Tatverdacht, der ohnehin notwendig ist, geprüft werden muss, und zwar eine sogenannte Einzelfallprüfung der Tatbegehungs-, Wiederholungs-, Verdunkelungsgefahr, wie es der Kollege Aigner angesprochen hat.

Es muss in dieser Phase zu raschen Entscheidungen kommen, immer, immer unter dem Aspekt des dringenden Tatverdachts, nicht weil sich das wer überlegt, das könnte vielleicht sein, sondern man muss schon sehr genau schauen, was bedeutet denn dringender Tatverdacht? (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Fülle von Umständen!“) Da sind also eine Fülle von Umständen, ganz richtig, eine Fülle von Umständen notwendig, um diesen dringenden Tatverdacht zu begründen. Und dann muss Zeit sein, diese Ermittlungen abzuführen. Also es ist ja durchaus zu respektieren, dass ein Bundes-Verfassungsgericht einen Teil eines Gesetzes aufhebt, und nachdem diese Gesetze von Menschenhand gemacht sind, muss es auch möglich sein, diese Gesetze zu reparieren, weiterzuentwickeln.

Aber im Sinne dessen, dass diese Einzelfallprüfung eine zusätzliche Hürde darstellt in einer kritischen Phase einer Ermittlung, dass sie Ressourcen bindet und dass sie den Prozess insgesamt verlängert, glauben wir, dass es dringlich notwendig ist, hier diesen Passus im Paragraph 173 Absatz 6 der Strafprozessordnung zu reformieren. Vielen Dank! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Bauer zu Wort gemeldet.

Abg. **Bauer:** Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Verfassungsgerichtshof hat hier natürlich richtig entschieden. Ich glaube, das steht außer Frage. Ich möchte auch nicht zu viel wiederholen. Es ist schon irrsinnig Richtiges und Wichtiges gesagt worden. Dass Freiheitsentzug ein ganz heikles Thema ist, und dass es hier eine wichtige Menschenrechtsfrage ist, muss ich, glaube ich, auch nicht dazusagen.

Es gibt zwei gesetzliche Gründe, warum man jemandem die Freiheit entziehen kann, und das ist einmal als Strafe nach einer Verurteilung und dann, wenn man sozusagen einer mit Strafe drohenden Handlung verdächtigt wird, und wenn gleichzeitig eines der drei Merkmale besteht. Nämlich, die Möglichkeit, dass sich diese Person dem Verfahren entzieht, also Fluchtgefahr besteht, dass sie Beweismittel beeinträchtigt oder dass diese Person eine weitere Straftat begeht.

Frau Kollegin Engleitner-Neu hat es eh schon sehr gut ausgeführt, aber ich werde es noch einmal ganz simpel sagen. Das heißt, wenn klar ist, dass jemand gefährlich ist für die Allgemeinheit oder für Einzelpersonen, dann wird diese Person natürlich bei der Verdächtigung eines schweren Straftatbestandes in Untersuchungshaft kommen.

Ich habe nämlich sehr hohes Vertrauen in die Justiz, dass sie da die richtige Entscheidung trifft, und diese auch in der nötigen Geschwindigkeit trifft. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Da liegt aber schon ein Geständnis vor!“) Die Bundesregierung wird sich natürlich diese Verfassungsgerichtshof-Entscheidung anschauen und gescheit evaluieren, falls es Sicherheitslücken geben sollte, die ich nicht sehe, sich das natürlich anschauen.

Aber wir werden auch keinem Antrag zustimmen, weil im Beschlusstext dezidiert die Forderung genannt wird, im gleichen Zustand wie vor dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes wiederherzustellen und diesen dann potentiell zu umgehen. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Sehr geehrte Damen und Herren! Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 421/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 422/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 422/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Konsequenzen für junge Gewaltverbrecher.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 422/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Csar.

Abg. **Dr. Csar:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Kollege Höglinger hat erst von vier Akten gesprochen. Wir sind jetzt beim vierten Akt, der vierte Akt für würdige, für verantwortungsvolle Maßnahmen, für die Sicherheit der Bevölkerung von Oberösterreich, für die gute Lebensqualität in Oberösterreich und für eine demokratische Diskussion.

Ich hoffe, dass die Oppositionsparteien jetzt endlich einmal bei einer Maßnahme auch zustimmen und auch die Verantwortung übernehmen. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das sind keine Maßnahmen, das Gegenteil ist der Fall!“) Herr Kollege Höglinger, Sie kennen sich einfach diesbezüglich nicht aus.

Unser Antrag geht als Resolution Richtung Bundesregierung, und diese Bundesregierung ist kompetent nach der Verfassung, sich mit dieser Materie auseinanderzusetzen, und daher hat der Landtag die rechtliche und eindeutige Kompetenz, eine Resolution an die Bundesregierung zu richten, damit sie dort auch in kompetenter Art und Weise sich damit auseinandersetzt.

Das sollten eigentlich alle Herrschaften, die hier im Landtag sitzen, auch wissen. Um was geht es heute in dieser Beilage, die wir jetzt auch diskutieren und auch abstimmen sollen? Es geht darum, und vorweg auch eine Schlagzeile, die uns auch in letzter Zeit immer wieder beschäftigt hat, seien es Raubüberfälle in kürzester Zeit auf Taxifahrer in Oberösterreich durch 13jährige Täter.

Die Polizei hat ein sehr hohes kriminelles Potenzial attestiert, weil mehr oder minder aus Langeweile zugeschlagen und gehandelt wurde. Der Herr Landespolizeidirektor Mag. Pils hat dazu gemeint, dass bei solchen schwerwiegenden Delikten man eine Handhabe braucht, und zwar in Richtung Gesetzesänderung zur Strafmündigkeit. Warum? Weil diese Täter unter 13 Jahre alt waren und damit keine Bestrafung, keine Konsequenzen der Tat zu befürchten haben.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir alle oder viele von uns haben Kinder. Kinder, die vielleicht auch schon 13 oder 14 Jahre alt waren oder bald so alt werden, und für uns ist alles nicht vorstellbar, dass Kinder, Jugendliche mit diesem Alter so ein kriminelles, brutales Vorgehen an den Tag legen.

Kinder in jungen Jahren, und das erschüttert uns alle und soll uns auch erschüttern, wenn man davon hört, dass die Kinder fähig sind, solche Taten zu machen. Es ist auch unvorstellbar, dass diese Jugendlichen, diese Kinder, diese jungen Erwachsenen unschuldigen Menschen solch ein Leid zufügen.

Wir als Politik müssen auch Verantwortung übernehmen, gleichgültig ob wir Eltern sind, gleichgültig, ob wir Kinder haben. Wir sind verpflichtet, darüber zu überlegen, was können wir besser machen? Diese Verantwortung diskutieren wir heute. Worum geht es uns? Es geht uns um eine gute Entwicklung unserer Kinder. Es geht uns um eine gute Entwicklung unserer Gesellschaft in Oberösterreich, in ganz Österreich.

Wir wissen alle, dass die Gesellschaft sich gut entwickelt, wenn das Elternhaus auch passt, dass die Eltern genügend Zeit haben, ihre Kinder zu erziehen und auch für ihre Kinder da zu sein. Ein weiterer Baustein ist auch die Schule oder auch der Freundeskreis. Ein wichtiger Baustein ist auch die Gesellschaft, wo auch zahlreiche Informationen an die Jugendlichen, an die Kinder weitergegeben werden, wie auch die Freizeitbeschäftigungen.

Wir wissen aber auch, dass wir in einem Zeitalter leben, wo viele Videos und Internetspiele sind, die gewaltverherrlichenden Inhalt zeigen und zugänglich für alle sind. Der Egoismus, der Egotrip ist uns allen bekannt und ist auch wieder eine Herausforderung für unsere Zeit.

Gott sei Dank gibt es auch eine Jugendwohlfahrt, und die Jugendwohlfahrt nimmt sich auch um dieses Thema an, leistet eine hervorragende, eine wertvolle Arbeit, aber die Jugendwohlfahrt kann nicht überall sein, und die Jugendwohlfahrt erreicht auch nicht alle Jugendlichen.

Aber eines muss sich durch unsere Gesellschaft mit einem roten Faden durchziehen. Es ist nicht akzeptabel, dass Straftaten, gleichgültig, wie alt die Täter sind, akzeptiert werden. Dieses Bewusstsein gehört in die Köpfe aller Menschen hier in Österreich, gleichgültig, ob Kinder oder Erwachsene. Unsere Rechtsordnung regelt auch das Zusammenleben unserer Menschen hier in Österreich, in unserem Staat. Ein ganz wesentlicher Parameter ist jener, dass die Strafmündigkeit derzeit mit 14 Jahren festgelegt ist.

Das heißt, dass ab diesem Alter jeder Mensch für sein Handeln strafrechtlich und zivilrechtlich Verantwortung zu übernehmen hat. Das heißt aber nicht, dass bis zu diesem 14. Lebensjahr jede Tat akzeptiert und erlaubt ist. Das stimmt einfach nicht, und das wollen wir auch nicht in Österreich so haben.

Es muss uns allen klar sein, dass wir über dieses Alter von 14 Jahren diskutieren müssen. Ist das noch richtig oder nicht mehr? Dementsprechend müssen wir auch den Blick hinüber machen zu anderen Staaten wie beispielsweise in die Schweiz, wo das Strafmündigkeitsalter auch herabgesetzt wurde. Auch in Österreich haben wir schon vieles diskutiert, wie beispielsweise die Volljährigkeit, die von 21 Jahren auf 18 Jahre herabgesetzt wurde, das Wahlrecht auf bis zu 16 Jahre.

Im Vordergrund muss stehen die Bewusstseinsbildung darüber, dass solches nichtstrafrechtliches Verhalten nicht akzeptabel ist und dass das auch für alle wichtig ist. Apropos Bewusstseinsbildung, ich komme schon zum Ende. (Zweite Präsidentin: „Herr Abgeordneter, bitte zum Schlusssatz zu kommen!“)

Ja, auch wir können zur Bewusstseinsbildung beitragen. Darum bitte ich euch alle, und da gibt es den ganz gescheiten Satz: Achten wir auf unsere Gedanken, denn sie werden Worte. Achten wir auf unsere Worte, denn sie werden auch zu Taten. In diesem Sinne ersuche ich alle um ihre Zustimmung. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wünscht noch jemand von den Abgeordneten das Wort? Bitte, Frau Abgeordnete Bauer!

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Resolution fordern die Antragsteller die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu setzen, um für die aktuelle Entwicklung der Jugendkriminalität Sorge zu tragen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Entwicklung der Straftaten, ausgeübt von Jugendlichen, in den letzten Jahren, damit wir ein klares statistisches Bild haben. Das sind Zahlen von der Statistik Austria, und wenn man sich die anschaut, ist es relativ klar, dass die in den letzten Jahren immer gesunken ist und jetzt so tendenziell nicht steigt, aber gleichbleibend ist in den letzten drei Jahren.

Mir ist das ganz wichtig, bevor wir hier wieder anfangen, künstlich Angst zu schüren, und das ist kein Zufall, dass die Kriminalitätsstatistik so aussieht wie sie aussieht. Unsere Sicherheitskräfte haben die Jugendkriminalität gut im Griff, und verschiedene Jugendeinrichtungen sind tagtäglich erfolgreich in der Prävention tätig und sorgen dafür, dass Jugendliche erst gar nicht straffällig werden.

Ich möchte es überhaupt nicht abstreiten, dass der genannte 13-jährige, der jetzt immer, immer wieder als Einzelbeispiel genannt wird, extrem fordernd ist für unsere Sicherheitskräfte

und auch für die betreuenden Einrichtungen. Der stellt sie vor enorme und teilweise auch unlösbare Herausforderungen.

Ganz wichtig ist aber, dass wir derart weitreichende Gesetzesänderungen wie das Herabsetzen der Strafmündigkeit nicht an irgendwelchen Einzelfällen festmachen können. Man muss sich nämlich schon die Frage stellen, ob das gesamtgesellschaftlich notwendig und sinnvoll ist, und zwar sinnvoll in der Frage, ob es unser Ziel erreicht, nämlich das Ziel, dass es weniger straffällige Jugendliche gibt.

Die Antwort auf diese Frage ist nein, denn wir wissen aus der kriminologischen Forschung, dass höhere Straftaten gerade bei Jugendlichen keine präventive Wirkung haben, und dass gerade bei Jugendlichen höhere Strafen zu viel höheren Rückfallquoten führen, und dass die Gefahr der Radikalisierung sich enorm erhöht.

Wem das jetzt bekannt vorkommt, dem kann ich nur zustimmen, denn genau dasselbe habe ich vor ein paar Monaten hier heraußen schon gesagt, weil wir vor ein paar Monaten eine de facto fast inhaltlich idente Resolution damals an den Bund geschickt haben.

Wir haben dort noch keine Antwort bekommen, aber das ist des Öfteren schon gefallen. Ich bin ja nicht die Einzige, aber ich komme mir hier heute öfter vor wie bei Täglich grüßt das Murmeltier. Deshalb werden wir inhaltlich diesem Antrag nicht zustimmen. Ich habe es vorher schon erklärt, aber auch deshalb, weil wir diese Resolution schon geschickt haben.

Ich glaube, es gibt vieles im Bereich der Jugendlichen und der Unterstützung von Jugendlichen und der Prävention von Jugendkriminalität, was wir hier in diesem Land selbst tun können. Und zwar ist das eine große ressourcentechnische Frage bei den Freizeiteinrichtungen und bei den Betreuungseinrichtungen. Da können wir als Land Oberösterreich direkt etwas machen.

Da können wir direkt unterstützen, und ich glaube, dass damit unsere Zeit um einiges besser verwendet ist, als zum zweiten Mal die gleiche Resolution an die Bundesregierung zu schicken. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Aigner zu Wort gemeldet.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Raum, liebe Zuhörer auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Ein Delikt ist ein Verstoß gegen ein Gesetz. Ich glaube, das wissen wir alle.

Es geht um die Deliktsfähigkeit. Das heißt, ist man sich der Tragweite der unerlaubten Handlung denn überhaupt entsprechend bewusst, und ab welchem Alter ist man in der Lage, sich dessen bewusst zu sein. In Österreich ist es so, dass im Gesetz festgeschrieben ist, mit 14 Jahren ist man soweit, dass man weiß, was ein Delikt ist und wann man sich gegen ein Gesetz verhalten hat, gegen ein Gesetz verstoßen hat.

Und zwischen dem 14. und dem 18. Lebensjahr ist man vermindert deliktsfähig. Im Regelfall bemisst sich die Strafe bei der Hälfte des üblichen Strafrahmens. Jetzt haben wir die Situation, dass sich offensichtlich immer mehr junge Menschen vor österreichischer Deliktsfähigkeit, also jünger als 14 Jahre nicht dem Gesetz gemäß verhalten.

Es gibt aber auch bereits Maßnahmen, das muss man auch sagen, die ergriffen werden und die auch umgesetzt werden, nämlich im Bereich der Unterstützung, in der Erziehung durch Beratungen, durch Therapien und wenn das nicht fruchtet oder wenn das Elternhaus nicht entsprechend ausgestattet ist oder die persönliche Umgebung, dann gibt es die Unterbringung in Pflegefamilien, in Jugendheimen oder in Wohngemeinschaften.

Es ist die Verschärfung gefordert, wenn solche Maßnahmen oder vielleicht eine Veränderung als solche Maßnahmen nicht fruchten und nicht greifen. Im Antrag sind da Länder angeführt, und wenn man auf das eingeht, haben wir zum Beispiel in der Schweiz bereits ab dem zehnten Lebensjahr eine Deliktsfähigkeit von jungen Menschen.

Aber nicht in dem Sinn, dass dort eine Strafe ausgesprochen wird, sondern dort nicht die Tat, sondern der Täter und dessen persönliche Lebensumstände im Mittelpunkt steht. Und so soll es gelingen, durch Erziehung und Schutz der Menschen dafür zu sorgen, dass sie nicht wieder straffällig werden.

Also, das ist nicht im Bereich der Strafe, sondern der Prävention und der Vorsorge angesiedelt. Es gibt auch die Möglichkeiten von Pflegeheimen und Ähnlichem zum Beispiel, wie in Österreich. In den Niederlanden ist man zwischen zwölf und 18 Jahren schon bereits deliktfähig, nach Jugendstrafrecht. Auch da gibt es eine Alternative zum Staatsanwalt und zum Richter bei leichten Delikten.

Dieses Programm nennt sich Halt. Das setzt aber auch wiederum bereits bei der Prävention an. Das heißt, es geht darum, dass aufgeklärt wird, in Schulen, in Vereinen, bei Jugendorganisationen, dass sie gar nicht straffällig werden. Und nur dann, wenn Straffälligkeit eingetreten ist, wird gearbeitet wiederum, dass kein Rückfall stattfindet.

Da ist aber die Voraussetzung schon eine gewisse Reue. Das heißt, sie müssen geständig sein, sie müssen einsehen, dass sie etwas gemacht haben, was rechtlich nicht in Ordnung war. Sie müssen sich entschuldigen. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, wenn man sich das eingesteht und dann dem Opfer, demjenigen, dem man etwas gestohlen hat, oder wenn man Sachbeschädigung gemacht hat, auch gegenübersteht und Entschuldigung sagen muss.

Man muss auch Schadenersatz leisten mit geringen Eurobeträgen. Was da sicher besser ist, das ist der Bereich der sozialen Dienste und der Arbeit. Wenn ich mir jetzt den Antrag anschau, da fordern die antragstellenden Fraktionen effektive Maßnahmen. Jetzt haben wir in den vorherigen Anträgen immer Punkte gehabt, vier Punkte, sechs Punkte, ganz dezidierte Forderungen.

Und jetzt fordern wir effektive Maßnahmen. Da stellt sich für mich die Frage, welche Maßnahmen sollen das sein? Wollen wir jetzt Dreizehnjährige, die ein Taxi klauen, die wiederholt solche Taten begehen, einsperren und hoffen wir dann, dass es bessere Menschen werden? Das kann ich mir nicht vorstellen, dass die dann bessere Menschen werden, weil nämlich genau in dem Alter, 10, 12 und 14 Jahre, etwas geschieht.

Man entwickelt sich zu einem Erwachsenen, und da kann man ganz aktiv eingreifen, durch Prävention. Es wird sicherlich bei den handelnden Polizisten, bei den Staatsanwälten und auf Gerichten da natürlich Akten geben, die geführt werden. Das heißt, die Herrschaften starten dann, wenn sie deliktfähig sind mit 14 Jahren, ohnehin mit einem gewissen Ausmaß vorbelastet. Genau da sollten wir aber auch ansetzen.

Wie ansetzen? Dass man sich die Leute einmal herholt, zur Brust nimmt und sagt, schau, das ist jetzt der Akt, den es über dich gäbe, wenn du deliktfähig wärst. Das ist ein Staatsanwalt, vor dem würdest du jetzt sein, und das ist ein Richter. So würde es aussehen. Das hat vielleicht einen gewissen erziehenden Effekt und ein bisschen Abschreckung in dem Wissen, dass der noch nicht fällig ist, aber er weiß auch, dass er irgendwann einmal 13, irgendwann einmal 14 Jahre alt wird, und dann kann das alles ziehen.

Und wenn man es dann noch schafft mit erhöhter Polizeipräsenz, und die kennen ihre Pappenheimer, wie man so schön sagt, auch aufzuzeigen, wir sind da, und wir erwischen dich, dann kann man da sicher sehr gut eingreifen und so den jungen Menschen in Österreich einen guten Start in ein deliktfähiges Alter ab 14 Jahren gewähren.

Wenn es unbelehrbare Wiederholungstäter sind, dann gibt es ja ohnehin schon gewisse Vorerhebungen, auch wenn sie dafür nicht abgestraft worden sind, was dann entsprechend berücksichtigt wird. Also, wir setzen da auf Prävention. Wir wollen, dass mit den jungen Menschen aktiv gesprochen wird, dass ihnen dargestellt wird, was wäre, wenn ihr deliktfähig wärt. So kann sicher man viele abholen, und wenn nicht, der bekommt es dann eh mit dem Strafrecht zu tun. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer zu Wort gemeldet. Bevor ich Herrn Klubobmann das Wort erteile, möchte ich die Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftskundlichen Oberstufenrealgymnasiums der Franziskanerinnen Wels recht herzlich bei uns begrüßen. Habt eine ganz interessante Stunde bei uns. Bitte sehr!

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke, Frau Präsidentin! Wir geben uns Mühe, dass es interessant ist. Geschätzte Frau Landeshauptfrau, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger da oben, da im Kastl gerade oder vielleicht später! Vielleicht vorweg eine Anmerkung, ÖVP und FPÖ beantragen eine Resolution an den Bund, der aktuellen Entwicklung in der Jugendkriminalität Sorge zu tragen.

Jetzt kann man dann natürlich haarspalten und sagen, meint ihr damit, dass ihr das gut findet und dass das weiter so sein soll? Natürlich meint ihr das nicht, aber deutsch ist es nicht. Aber was noch viel wichtiger ist, wir haben es gerade schon gesehen in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik, die die Kollegin Bauer hergezeigt hat. Die Jugendkriminalität sinkt. Das was ihr meint, ist unter 14 Jahren. Das ist dann eigentlich streng genommen Kinderkriminalität quasi, und das ist ein ganz ein wichtiger Ansatzpunkt. Es geht um Kinder.

Und da gibt es tatsächlich auch Zuständigkeiten des Landes. Kinder- und Jugendhilfe haben wir schon gehört. Familienhilfe haben wir schon gehört. Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Volksschulen, Mittelschulen. Da haben wir überall Handhabe. Da können wir überall was machen. Aber das Einzige, was ÖVP und FPÖ hier in Oberösterreich einfällt, um ein Problem, dass sie identifizieren, zu lösen, das ist die politische Bankrotterklärung, der Hilferuf an den Bund.

Das ist doch peinlich Leute. Ihr habt alle Macht in diesem Land. Ihr stellt die Mehrheit in diesem Landtag. Die ÖVP stellt die Mehrheit in der Landesregierung, bei den Regierungsmitgliedern. Wir haben viele, viele Möglichkeiten hier in Oberösterreich, etwas zur Prävention gegen Kinder- und Jugendkriminalität zu tun. Und das Einzige, was ihnen einfällt, ist zu sagen: Strengere Strafen!

Das ist deshalb besonders schade, weil, auch das wurde schon zurecht ausgeführt, jeder Mensch, der sich damit beschäftigt, weiß, dass höhere Strafen alleine überhaupt gar nichts

dazu beitragen, dass es weniger Kriminalität gibt. Was schon etwas dazu beiträgt im Bereich dessen wo die Polizei verantwortlich ist. Das ist die Aufklärungsquote. Wenn ich mir relativ sicher bin, dass ich irgendwann einmal erwischt werde, dann überlege ich es mir vielleicht zwei oder drei Mal. Aber wenn die Strafe besonders hoch ist, aber ich davon ausgehe, dass ich eh nicht erwischt werde, dann hält mich das wahrscheinlich nicht davon ab. Ich versuche mich gerade reinzusetzen. So schwer es mir auch fällt.

Politische Hilflosigkeit, finde ich, ist das oder weil man wieder einmal, so wie bei den letzten drei Anträgen, diese Bühne hier im Land Oberösterreich nutzt, um zu verunsichern, um die eigene rechtspopulistische Agenda voranzutreiben, und um irgendetwas zu finden, wo man sich einig ist als ÖVP und FPÖ.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt haben wir hier wieder eine Resolution, von der diejenigen, die sie stellen, genau wissen, da kommt nichts raus. Weil um das geht es ihnen ja gar nicht, darum, Ergebnisse zu produzieren. Wir haben eine Resolution, die vom Gesetzgeber im Bund etwas verlangt, was die aller-, allerletzte Möglichkeit sein muss. Das, was wir als allerletzter tun, wenn wir wirklich nicht wissen, wie wir ein Problem lösen, nämlich Strafen erhöhen, Kinder einsperren!

Und davor gibt es einen ganzen Haufen Dinge, die wir tun können. Wie schon gesagt, auch von der Landesregierung, von diesem Landtag, um tatsächlich Prävention zu schaffen, dass weniger Kinder oder Jugendliche im deliktstfähigen Alter auch straffällig werden bzw. sich in einer Form verhalten, die wenn sie älter werden, straffällig wäre.

Es liegt am Tisch, warum es zur Jugendkriminalität kommt. Das wisst ihr auch alle. Das habt ihr euch auch sicher angeschaut. Es ist kein Rätsel, sondern es ist wissenschaftlich und praktisch belegt. Jugendliche, die sich nicht als Teil einer Gesellschaft fühlen. Jugendliche, die keine Chancen, einen sinnvollen Beitrag zu dieser Gesellschaft sehen. Das heißt nicht, dass die Chancen nicht da sind. Es heißt nur, dass sie sie nicht sehen.

Jugendliche, die von klein auf Diskriminierungserfahrungen oder Gewalterfahrungen machen in der Familie und außerhalb, die neigen dann selbst zur Gewalt. Das ist Psychologie. Das ist nicht Politik. Und das sind Fakten. Und die Lösung, die wir hier gestalten könnten in Oberösterreich, ich würde hier genau ansetzen. Mit einer Lösung, mit der wir wirklich viel hebeln könnten. Mit der Jugendarbeit, mit der Sozialarbeit, mit natürlich einer besseren Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden, mit der Polizei.

In den Bildungseinrichtungen, mit starken Bildungseinrichtungen, wo wir schon im Kindergarten anfangen, hohe Betreuungsverhältnisse zu haben. Im Bereich des Spracherwerbs zu fördern, wo wir schon im Kindergarten damit anfangen, dass die Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen genug sind. Und ausreichend Zeit und Energie haben, dass sie ihre Expertise bei der Erziehung und bei der Bildungsarbeit auch wirklich umsetzen können. Und in den Volksschulen. Und in den Mittelschulen.

Mit Schulsozialarbeit. Mit jener Schulsozialarbeit, von der es immer noch viel zu wenig gibt in Oberösterreich. Wir haben das Thema an einer anderen Stelle hier im Landtag schon behandelt. Und wenn es um Konsequenzen geht, wenn es darum geht, dass Kinder oder Jugendliche, dass denen klar ist, dass es Konsequenzen gibt, wenn man sich aufführt. Ich glaube, das ist ihnen schon klar. Also die Aussage, ich glaube der Kollege Csar war das, der ganz am Anfang gesagt hat: Es gibt keine Konsequenzen. Ja freilich gibt es die! Es gibt Erziehungsmaßnahmen bis hin zu einer Unterbringung in einer Wohngemeinschaft, und es gibt, auch das ist richtig, spätestens, wenn dann das deliktstfähige Alter erreicht wird, natürlich

wenn man sich so etwas noch einmal leistet, auch ganz ernsthafte Konsequenzen. (Glockenzeichen)

Ich komme zum Schluss. Ich verstehe, dass es frustrierend für Strafverfolgungsbehörden ist, wenn man nicht voll und härtest durchgreifen kann, wenn Kinder sich entsprechend aufführen. Aber wir müssen dabei ansetzen, dass es möglichst selten überhaupt so weit kommt, dass sich Kinder und Jugendliche entsprechend so aufführen.

Für ersteres haben wir keine Handhabe als Landesgesetzgeber. Für letzteres haben wir, ich habe es aufgezählt, einen gewaltigen Hebel, den wir betätigen können, und der beginnt wie so oft in den Elementarbildungseinrichtungen, in den Kindergärten. Da müssen wir vorankommen, dann verhindern wir viel, auch Kinder- und Jugendkriminalität, aber dann schaffen wir auch viel. Chancen an Teilhabe, an Beteiligung und für ein glückliches Leben, und darum muss es gehen, auch hier im Landtag. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wünscht in dieser Debatte noch jemand das Wort? Bitteschön Herr Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier im Haus bzw. vor den Fernsehern! Ich gebe dir recht, Kollege Eypeltauer, wenn jemand einmal etwas macht, ist Aufklärung und so weiter hervorragend. Auch diese Damen und Herren, die ununterbrochen jetzt Einbrüche und Überfälle machen, sind aufgeklärt worden, und es hat nichts geholfen.

Weil wenn jemand ständig mit dem Gesetz in Konflikt kommt, weil er weiß, dass er aufgrund seines Alters nicht bestraft werden kann, dann läuft hier grundsätzlich einiges falsch. Und wenn wir uns die Vorfälle ansehen von Halloween, und die Serie von Autodiebstählen oder nach den brutalen Überfällen, wo allesamt unter 14-jährige zu den Tatverdächtigen gehören, dann muss man sagen, das ist kein Einzelfall, sondern das sind Probleme, die wir derzeit haben und ein Argument, dass Jugendliche das Unrecht von diesen Taten nicht erkennen können, ist für mich nicht schlüssig. Denn wenn ein 13-jähriger Räuber bei der Polizei aussagt, dass es lustig ist, anderen auf den Kopf zu treten, brauchen wir, glaube ich, diese Fälle nicht mehr diskutieren. Wir reden nicht von einem, der einen Schlecker irgendwo entwendet, sondern wir reden von jenen Leuten. Und umso unverständlicher ist es, dass diese Täter aufgrund der Strafunmündigkeit von 14 Jahren weiterhin für die Justiz nicht greifbar sind.

Und sie erhalten derzeit überhaupt keine Strafe, und das ist, meine Damen und Herren, für uns Freiheitliche völlig inakzeptabel. Und auch die Bevölkerung hat kein Verständnis mehr. Darum haben wir den Antrag wiederum eingebracht, weil die Bevölkerung da draußen sagt, tut endlich was! Und nicht nur die Bevölkerung, auch die Exekutive.

Die Strafmündigkeit muss, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf den Prüfstand, und man kann und soll doch über so ein Thema reden!

Jetzt sage ich fast lobend zu dir, Frau Klubobfrau, hast du nicht am 13.11.2022 nach den Halloween-Vorfällen gesagt, die Menschen müssen zur Verantwortung gezogen werden? Das warst doch du, die am 13.11.2022 das gesagt hat. Ja, und ich gebe dir absolut Recht. Gut, dann müssen wir aber auch die dementsprechenden Voraussetzungen schaffen. Und es ist aus unserer Sicht einfach notwendig, über Sanktionen zu reden.

Hier geht es um keine Kavaliersdelikte, meine Damen und Herren, sondern Angriffe auf unser Sicherheitspersonal, unseres Rechtsstaates. Und wir möchten uns an dieser Stelle bei der Exekutive, bei all jenen, die damit beschäftigt sind, recht herzlich bedanken, die unseren Rechtsstaat aufrechterhalten. (Beifall)

Und ich glaube schon, dass die jungen Täter ganz genau wissen, was sich gehört und was sich nicht gehört. Mit Kuschelkurs, mit Samthandschuhen, bin ich davon überzeugt, wird das nicht funktionieren. Daher sehen wir sehr kritisch diesen überhasteten 10 Punkte-Plan der SPÖ gegen Jugendkriminalität. Der geht meines Erachtens ja komplett in die falsche Richtung, zur Verantwortung ziehen, wie es die SPÖ-Klubobfrau richtigerweise sagt. Da sieht man relativ wenig, die angekündigten Lösungen der SPÖ, sind nämlich genau das Gegenteil. Nämlich ein Einknicken vor kriminellen Minderjährigen. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mit Sicherheit der verkehrte Weg.

Ich zitiere aus den SPÖ Förderungen: Mehr Freizeitangebote, mehr Therapieplätze und höhere Tagessätze für die Betreuung von minderjährigen Asylwerbern. Also mehr Geld! Für mich ist ganz klar, Landesrat Lindner will die ausländischen minderjährigen Straftäter also mit Geld belohnen. Das ist unglaublich und zeigt mir wieder einmal ganz klar auf, welche Personengruppe der SPÖ wichtig ist. Es wäre ja für die SPÖ relativ leicht, sich bei ihrem Schattenobmann Doskozil ein paar Tipps zu holen, und ein erster Schritt wäre auf alle Fälle, dass ihr heute dem Antrag zustimmt.

Es muss, meine sehr verehrten Damen und Herren, speziell für die SPÖ, ein Umdenken stattfinden. So geht es mit der Sicherheit in Oberösterreich nicht weiter. Und das sollte allen Abgeordneten im Landtag auch etwas wert sein. Und wenn man sich, und das sage ich auch dazu, nicht auf die generelle Senkung der Strafmündigkeit einigen kann, dann sollte man wenigstens die Möglichkeit schaffen, eine Einzelprüfung durch Psychologen sicherzustellen.

Bewusstes kriminelles Handeln von unter 14-jährigen muss künftig jedenfalls Konsequenzen haben. Die Politik ist hier gefordert, und wir Freiheitliche sind dabei. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Heitz!

Abg. **Heitz:** Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Menschen an den Bildschirmen! Wenn die ÖVP in Oberösterreich mit der Politik ihrer Bundespartei unzufrieden ist, beschäftigt sie uns hier im Landtag! (Beifall)

(Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Bist du mit deiner Partei, der SPÖ, zufrieden?“) Dabei ist die ÖVP schon ganz, ganz lange mit den Justiz- und Innenresorts in der Verantwortung für das, was wir hier heute diskutieren. Im Justizressort hat die ÖVP von 2008 bis 2019 die Ministerinnen und Minister gestellt. Im Innenressort, mit zwei Jahren Unterbrechung durch den Minister Kickl, schon 23 Jahre. Und damit ist auch ganz, ganz klar, wo die Verantwortung liegt, wenn jetzt etwas nicht passt, nämlich bei der ÖVP.

Und immer dann, wenn in der Landespolitik ein Ablenkungsmanöver gebraucht wird, wenn man ablenken will von Problemlagen im Land, wird die Sicherheit in unserem Land in Frage gestellt und werden sicherheitspolitische Verschärfungen gefordert. Diese Taktik ist ja jetzt wohl offensichtlich. Inhaltlich möchte ich zuerst einmal anführen, dass ich es nicht für zielführend halte, Diskussionen anhand von Extrem-Beispielen zu führen.

Betroffen von einer Herabsetzung der Strafmündigkeit, wie es im Antrag gefordert wird, sind nämlich dann alle Jugendlichen, und nicht nur die paar wenigen, die das System besonders herausfordern.

Wenn wir etwas für die positive Entwicklung der Jugendlichen in unserem Land tun wollen, so wie es der letzte Satz in der Resolution suggeriert, dann können wir im Land selber etwas tun. Tut etwas, sagt ja die Bevölkerung, hat uns der Kollege Mahr gesagt. Wir könnten etwas tun. Wir könnten unsere Bemühungen in der Jugendarbeit intensivieren. Bei den Jugendzentren. bei Streetwork, und die Stadt Linz macht es vor, Sozialarbeit schon im Kindergarten. Nicht erst in der Schule. Problematische Dreizehnjährige haben meist eine äußerst problematische Lebensgeschichte, und wenn man schon im Kindergarten erkennt, welche Familien in ihrer Erziehungs- und Beziehungsarbeit Unterstützung brauchen, dann kommt es gar nicht so weit, dass ein Dreizehnjähriger ein Verhalten zeigt, das andere auf die Idee kommen lässt, ihn einsperren zu wollen.

Strafrechtliche Konsequenzen, wie zum Beispiel die Haft, sind niemals produktiv. Die Rückfallquote hoch. Erfahrungsgemäß wirken solche Strafen im jugendlichen Alter kaum im Sinne einer Verbesserung der Situation der Jugendlichen. Im Gegenteil, es gibt Wahrnehmungen aus der Praxis, dass während der Haft bestimmte Netzwerke geknüpft werden, die Jugendliche später in kriminellen Milieus verfestigen, und das kann doch bitte auch keiner wollen.

Aus sozialarbeiterischer Sicht ist die Herabsetzung der Strafmündigkeit grober Unfug. Strafrechtliche Konsequenzen geben den Jugendlichen keine Orientierung, lieber Peter Csar, bitte erkundige dich bei den Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe, die werden dir das bestätigen.

Wenn wir wirklich etwas für die positive Entwicklung für die Jugendlichen in diesem Land tun wollen, dann könnten wir in der Resolution zum Beispiel anführen, dass die Jugendkontaktbeamten bei der Polizei wieder mehr werden. Die hat man nämlich in den letzten Jahren eingespart. Diese Beamten haben jetzt bei der Aufarbeitung der Ereignisse der Halloween-Nacht erfolgreiche Arbeit und wertvolle Arbeit geleistet, und die gehören eigentlich verstärkt. Aber davon liest man im Antrag nichts. Dafür liest man eben von den europäischen Vergleichen, und in den meisten Ländern der Europäischen Union liegt die Grenze für die Strafmündigkeit bei 14 bis 15 Jahren. So wie bei uns in Österreich.

Und in nur ganz wenigen Ländern liegt sie darunter, die im Antrag erwähnte Schweiz hat der Kollege Aigner schon erwähnt, die haben aber mit uns ein ganz und gar nicht vergleichbares System. Da gibt es nämlich die multiprofessionellen Teams aus Sozialarbeit, Kinder- und Jugendpsychiatrie bzw. Psychotherapie, die bei uns in der Kinder- und Jugendhilfe verankert sind, gibt es dort zum Beispiel bei der Staatsanwaltschaft. Ja, also da geht kein einziger strafmündiger Zwölfjähriger in Haft. Also rein fachlich gesehen, ist das ein völlig unzulässiger Vergleich. Ungarn wäre ein besseres Beispiel. Da liegt die Strafmündigkeit neuerdings bei 12 Jahren, aber einer Orbanisierung Österreichs im Bereich der Jugendlichen werden wir ganz sicher nicht zustimmen. (Beifall. Glockenzeichen.)

Deswegen zählt Ungarn auch nicht zu den sichersten Ländern der Erde. Österreich dagegen schon. Und das führt mich wieder zurück zu meinen Eingangsgedanken, die vorliegenden Anträge sind Ablenkungsmanöver, sollen ablenken von der Misere in Ohlsdorf. Ablenken von der Misere im Gesundheitssystem, die wir heute noch diskutieren werden. Und auch ablenken

von dem, was den Menschen tatsächlich unter den Nägeln brennt. Nämlich die Teuerung. (Zweite Präsidentin: „Sehr geehrte Frau Abgeordnete, bitte zum Schlusssatz zu kommen!“)

Aktuell werden die Gaszähler im Land abgelesen. Und die Menschen zittern vor der Abrechnung, die in den nächsten Wochen ins Haus flattern wird, und da haben wir uns beim Kollegen Doskozil etwas abgeschaut, und deswegen gibt es nachher dann unseren Initiativantrag zum Wärmepreisdeckel.

In diesem Sinn, darf ich noch einmal kurz erklären, werden wir dem vorliegenden Initiativantrag nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 422/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 423/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.

Bei der Beilage 423/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Optimierung der Oö. Klima- und Energiestrategie mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Sozialpartner/innen, Industrie und Umwelt-NGOs. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 423/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Und zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Antlinger. Bitte.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und zuhause vor den Bildschirmen!

Ja, Klimaschutz und Wirtschaft werden heute von vielen immer noch als Gegensätze betrachtet, die zentrale Frage dabei lautet aber, ist es möglich, die Klima- und Energiewende so zu gestalten, dass der Wirtschaftsstandort in Oberösterreich dadurch nachhaltig und fair gestärkt wird?

Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Antwort darauf ist ja, weil ich davon überzeugt bin, dass es nicht nur möglich ist, sondern notwendig ist, um den Wirtschaftsstandort in Oberösterreich auch zukunftsfähig zu halten. Denn wenn unser Bundesland diese Entwicklung verschläft, verlieren unsere heimischen Leitbetriebe den Anschluss an die Welt von morgen, und insofern ist es höchste Zeit, diesen vermeintlichen Gegensatz endlich zu kübeln.

Klimaschutz, nachhaltige und faire Standortpolitik und Vollbeschäftigung sind inzwischen kein Entweder - oder mehr, sondern ein Sowohl - als auch. Und durch die Ausarbeitung der Oö. Klimastrategie hätte unser Bundesland eigentlich die Chance gehabt, genau dieses Sowohl - als auch zu schaffen. Präsentiert wurde mit der Klimastrategie aber leider genau das, was ich bereits in der Budgetdebatte im Dezember vermutet habe.

Ein Papier, das leider in den politischen Hinterzimmern von ÖVP und FPÖ ausgearbeitet wurde. Politisch mutlos und leider auch ohne dem viel geprägten Hausverstand. Liest man jetzt die 160 Seiten der Oö. Klimastrategie, werden einem relativ schnell die Schwächen

bewusst. Und es war erst heute in der Zeitung und schon kurz auch Thema heute. Die Wissenschaft sieht es übrigens genauso. Sie sieht genauso, dass diese Klimastrategie Schwächen hat. Da steht nämlich, es geht fast zu hundert Prozent in die falsche Richtung.

Nämlich anstatt konkrete Ziele zu formulieren, liest sich das Dokument eher mehr als eine Auflistung von mehr oder weniger guten Ideen, was man denn, wenn man nur wollte, alles machen könnte.

Vergeblich sucht man in der Strategie aber nach konkreten Zielvorgaben, was wir als Bundesland erreichen wollen und sollen. Zwar werden an verschiedenen Stellen Indikatoren aufgelistet, die entsprechenden Zielwerte dazu fehlen am Ende des Tages aber wieder. Und eines ist auch klar, ohne diese klar formulierten Ziele fehlen das Monitoring bzw. auch die Strategien für den Fall von Zielverfehlungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach den vielen Diskussionen, die wir hier im hohen Landtag zu diesem Thema schon geführt haben und nach der Präsentation der Klimastrategie überkommt mich mittlerweile der Verdacht, dass die schwarz-blaue Mehrheit in diesem Land die Probleme des Klimawandels gar nicht angehen will.

Viel bequemer erscheint es nämlich, so weiterzumachen wie bisher, so wird in der Klimastrategie nur Altbekanntes neu aufbereitet. Klar ist aber auch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass es beim Klimaschutz aktives Handeln statt verwalten braucht. Daher diskutieren wir heute auch diesen Antrag, weil ich davon überzeugt bin, dass wir bei einem so wichtigen Thema wie dem Kampf gegen den Klimawandel eine breite Gesprächsbasis brauchen und gemeinsam mit der Industrie, den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern, NGOs, Verbänden, dem oberösterreichischen Klimarat beispielsweise, hätten ÖVP und FPÖ viele Expertinnen und Experten einladen können, um gemeinsam eine Klimastrategie für Oberösterreich zu erarbeiten.

Eine Klimastrategie, bei der unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher profitieren durch gesicherte Arbeitsplätze, durch eine nachhaltige Standortpolitik, durch den Mut der Politik, und dazu wurden wir gewählt, durch den Mut der Politik, Veränderungen im Sinne der Menschen anzugehen und nicht einfach zu verwalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das kann auch nicht von einem Hinterzimmer hergestellt werden, dafür ist ein breiter Dialog mit allen Anspruchsgruppen und betroffenen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren erforderlich.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ, nutzt bitte zumindest heute die Chance, die Klimastrategie auf breite Beine zu stellen, um unseren Betrieben, den Menschen in Oberösterreich zu signalisieren, dass ihnen und uns da herinnen die Zukunft unseres Bundeslandes mehr wert ist, als so weiter zu tun wie bisher. Vielen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Schießl zu Wort gemeldet.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es geht hier um die Klima- und Energiestrategie Oberösterreichs, die ja heute erst dringlich eingegangen ist, und die normale Vorgehensweise wäre dadurch auch gewesen, wir hätten das Ganze im nächsten Ausschuss ordentlich durchbesprochen und hätten dort alles fragen können.

Deshalb ist dieser dringliche Antrag für mich jetzt nicht ganz nachvollziehbar. Ihr wisst weder wer in diesem Prozess miteingebunden war, das hätten wir im Ausschuss alle miteinander erfahren können. (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Wir nicht, oder?“) Ihr fordert zusätzliche Stakeholder in eurer Anfrage, ohne zu wissen, wer hier die Expertisen bereits eingebracht hat. Ich glaube auch, dass die Last Generation, die Klimakleber (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Nachgefragt haben wir! Keiner!“) bitte, du kannst dich dann zu Wort melden. Wir können auch draußen noch einmal reden, du kannst dich nicht mehr zu Wort melden, aber wir können das draußen bereden. (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Ja!“)

Ich glaube auch, dass die Last Generation, die Klimakleber nicht eingebunden waren, ich glaube auch, dass Fridays for Future nicht eingebunden waren, aber ich bin überzeugt davon, dass alle Behörden, alle Fachabteilungen und alle Experten des Landes hier miteingebunden waren, und die haben schon oft bewiesen, wie sie diese Dinge angehen und welche Expertisen hier stattfinden und wie gut sie das machen.

Und es wäre interessant, ob ihr euch das schon ganz genau durchgelesen habt. Ich bin der Überzeugung, das ist eine tolle Grundlage für das Land Oberösterreich, vor allem im Bereich Energie und ich gratuliere, obwohl er jetzt nicht da ist, Landesrat Achleitner und seinem Team für die kompetente Erstellung dieser Strategie, die ist gelungen.

Und wenn man sagt, nicht weiter so wie jetzt, wie es der Kollege Antlinger gesagt hat, da frage ich mich, was haben wir denn da so falsch gemacht, wenn wir in Oberösterreich, in den Bereichen Wasserkraft, Biomasse und Sonnenenergie führend sind in ganz Österreich, führendes Bundesland in diesem Bereich? (Unverständlicher Zwischenruf)

Da können wir nicht so viel falsch gemacht haben, und dann ist es gut, wenn wir so weitermachen und weiterhin führend in diesen Gebieten bleiben. Mir ist eh klar, dass man als Opposition alles madig machen muss, es ist immer alles schlecht, was wir machen, es ist egal wen wir einbinden, was wir einbinden, das ist euch völlig wurst. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das stimmt ja nicht!“)

Das ist eh immer so, aber es gibt halt auch ein Sprichwort: Viele Köche verderben den Brei. Und das kommt auch nicht von irgendwo. Wir haben heute schon eine mündliche Anfrage zu diesem Thema auch gehabt, wo wir schon sehr viel über das gehört haben und eine Entwicklung einer solchen Strategie ist gar nicht so einfach, wie man sich das vielleicht vorstellt. Da gibt es Vorgaben, die man zum einhalten hat, da können wir viele Sachen gar nicht so beeinflussen, zum Beispiel auch eine Förderlotterie vom Bund, was heute schon angesprochen wurde, was wir als Land Oberösterreich nicht beeinflussen können, wenn es um Photovoltaikanlagen geht, EU und nationale Vorgaben im Bereich Umweltschutz, die da mithineinfließen müssen, wo wir nicht auskönnen, wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir halt den Leuten auch mal sagen, okay, das beschneiden wir, dann können wir in diesem Bereich vielleicht Windräder, haben wir ja bei der letzten Ausschusssitzung schon wieder diskutiert, dann können wir da eventuell noch sehr viel machen. Aber da muss man sich fragen, wollt ihr das auch?

Das euch das mit der Windenergie sauer aufstoßt, das habe ich eh gesehen bei der letzten Ausschusssitzung, da hat man gehört es gibt eine naturverträgliche Windkraft, und ich habe ganz klar gesagt, eine naturverträgliche Windkraft hat es nie gegeben und wird es nie geben, denn eines ist schon klar, dass vor allem im Bereich der Erzeugung einer Windkraftanlage, der Installation einer Windkraftanlage und auch beim Betrieb einer Windkraftanlage der Naturschutz hinten massiv ansteht.

Das ist so, das sind Fakten, die kann man nicht wegdiskutieren, und vielleicht kennt ihr auch gewissen Zahlen noch nicht oder was. Ein 5 MW Windrad benötigt zum Beispiel 2.000 Tonnen Beton, 750.000 Tonnen Stahl, enorme Mengen an Kupfer und seltenen Erden, die von weiß Gott wo auf dieser Welt zu uns eingeführt werden müssen. Wenn ich das alles miteinrechne, dann möchte ich nicht wissen, wie die CO₂-Bilanz eines Windrads aussieht. (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Dazu braucht man Spezialstahl der voest!“ Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Darum wollen wir ja eine Strategie machen!“)

Ich habe euch auch lange zugehört. Ihr könntet mir auch zuhören, das würde der Respekt eigentlich fordern, aber es ist halt schade. Es ist eben das Traurige, die Argumente zu bringen und die Gegenargumente sich nicht einmal anhören zu wollen, das ist eine Sache geworden in diesem Landtag, die wirklich zu verurteilen ist.

Nichtsdestotrotz, wenn wir noch bei den Windrädern sind, weil es immer wieder um den Standort geht. Ein Windrad, das an einem Standort steht, wo wir nur 2.000 Stunden haben, da ist es halt besser, es steht dort, wo wir 8.000 Windstunden haben, und das sind einfach Sachen, die müssen wir ordentlich diskutieren, damit wir da auch auf einen grünen Zweig kommen. Das werden wir bei der nächsten Ausschusssrunde machen, wie gesagt, wir lehnen die Dringlichkeit ab.

Und abschließend noch, weil Industrie auch erwähnt worden ist: Industrie, Gewerbe, Kommunen und die Menschen in Oberösterreich wollen und brauchen verlässliche, grundlastgeführte Stromversorgung über das ganze Jahr gewährleistet. Und wenn man einen Winter hat wie dieses Mal auch wieder, zwei bis vier Wochen haben wir bereits eine Dunkelflaute in diesem Winter gehabt, und dann ist es halt nochmal so, dass weder Photovoltaik noch Windkraft Energie liefern. Deswegen muss man sich das ganz genau anschauen und sich ganz genau überlegen, an welchen Rädern man da dreht, bevor man irgendetwas übers Bein bricht. Wir lehnen die Dringlichkeit ab, diskutieren wir im Ausschuss weiter. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächstem erteile ich Herrn Klubobmann Eypeltauer das Wort.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler, Oberösterreichern und Oberösterreichern!

Dass da kein falscher Eindruck entsteht, darf ich jetzt noch einmal was wiederholen, was der Kollege Antlinger vorher richtigerweise gesagt hat. Nicht die Opposition hier in diesem Landtag erklärt die Klimastrategie der schwarz-blauen Landesregierung in Oberösterreich für eine Nullnummer, sondern man kann es heute in einer Tageszeitung nachlesen. Die Experten und Expertinnen, die Wissenschaft von außerhalb der Landhausmauern erklärt diese Klima- und Energiestrategie für eine Nullnummer und für eine Leermeldung. (Beifall. Zwischenruf Abg. Handlos: „Experten von Fridays for Future!“)

Wir tragen diese Ansicht und diese Meinung von Leuten, die sich auskennen und von Leuten, die unabhängig sind, in diesen Landtag, in das Landesparlament, in die Volksvertretung und das ist, glaube ich, gut und richtig so. (Unverständliche Zwischenrufe von rechts.)

Die Freiheitlichen rufen jetzt dazwischen, das ist total in Ordnung. Der Kollege Schießl hat sich vorher beschwert, dass Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ dazwischenrufen, liebe Schülerinnen und Schüler, ich sage euch das nur, damit ihr euch nichts denkt. Ein Zwischenruf ist in einem Parlament völlig in Ordnung und völlig normal, das steht sogar in manchen

Geschäftsordnungen drinnen, das ist nicht respektlos oder was, sondern das ist ein reger Meinungs austausch, und das brauchen wir und das taugt mir, dass wir das mit euch auch immer machen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Der Vierte Präsident hat gesprochen!“)

Jetzt möchte ich inhaltlich etwas sagen. Wir stehen mit dem Klimawandel, mit der drohenden Klimakatastrophe vor der größten Herausforderung der Menschheit seit jeher. Und damit vor der größten Herausforderung der gesamten Gesellschaft, auch der Gesellschaft in Oberösterreich und insbesondere jene Teile der Gesellschaft, die jetzt vielleicht selber noch gar nicht mitreden und mitgestalten können, die teilweise zum Beispiel da oben sitzen, aber die sich anschauen müssen, wie hier Generationen von Entscheiderinnen und Entscheidern, die seit Jahrzehnten zukunftsvergessen waren, auch weiterhin zukunftsvergessen sind und die dann im Übrigen teilweise völlig zu Recht protestieren. Wir haben heute schon diskutiert darüber, Protestformen, das Festkleben an Straßen und so weiter.

Ich verstehe die Motivation dahinter, weil das haltet ja wirklich nicht aus. Und besonders schlecht haltet das aus, wenn du mitbekommst wie sich der Landeshauptmann Thomas Stelzer hinstellt und erklärt, das ist jetzt die große Klima- und Energiestrategie, und dann schaust du einmal rein und redest mit Leuten, die sich auskennen und stellst fest, das ist eine Nullnummer. Warum ist es eine Nullnummer? Es baut auf bestehenden Strategien und Planungen auf, das heißt im neuen Gewand kommt etwas daher, was es eigentlich eh schon gegeben hat und was schon, wie es es gegeben hat, nicht genug war.

Die oberösterreichische Klima- und Energiestrategie enthält bekannte Fakten, bekannte Ideen, aber keine neuen Maßnahmen, keine neuen Pläne und vor allem, und das ist das große Problem, und das habe ich zuletzt beim Budgetlandtag gesagt und auch schon davor, keine langfristigen Pläne, keine langfristigen, messbaren Ziele, anhand derer man beurteilen kann, ob das jetzt eigentlich etwas Gescheites war oder nicht oder anhand derer man beurteilen kann als Bevölkerung, als Oberösterreicherin, als Oberösterreicher, ob die Landesregierung eigentlich ernsthaft Ziele verfolgt, und inwieweit sie diese erreichen kann.

Das verdient einfach den Namen Klima- und Energiestrategie nicht. Keine konkreten und messbaren Ziele, das ist eine Leermeldung. Dabei wäre, und das muss man schon auch sagen, das Papier voll von guten Ideen und vor allem die Einleitung, wo geschildert wird, was der Rahmen ist, in dem wir uns bewegen, die ist vollkommen richtig. Nur es ist richtig brutal, wenn du dir das durchledest und am Anfang denkst du dir, okay ja sie haben es verstanden und was kommt jetzt, und dann, nix.

Es ist echt arg, da gehe ich auch bald demonstrieren. Ich weiß noch nicht, ob ich mich festpicke, aber ganz ehrlich, es ist notwendig, dass wir konkrete Ausbaupläne machen. Bei der Solarenergie, da läuft es schon recht gut, wir haben heute diskutiert, da ist auch der Bund involviert, und da funktioniert es nicht so gut mit dem Abholen der Förderung. Das ist ein System, das man verbessern muss, da hat der Landesrat Achleitner völlig recht. Aber nicht immer auf den Bund zeigen bei allem, schauen, was kann man selber besser machen?

Bei der Windkraft. Wir haben noch immer einen Windkraftverhinderungsplan, wir haben in den letzten sechs Jahren ein einziges Windrad gebaut in Oberösterreich, und dann steht der Kollege Schießl da von der Koalitionspartei FPÖ und erklärt wie umweltschädlich oder naturschädlich die Windkraft ist und wie viel Beton man nicht braucht für ein Windrad, (Zwischenruf Abg. Schießl: „A mei, ist es nicht so?“) ja freilich eh, aber was ist denn die Alternative? Das ist ja absurd, es ist doch völlig absurd. So ist es, wir sind es mittlerweile schon gewohnt, auch wenn es schwerfällt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen ich darf schließen. Ja, natürlich haben da Expertinnen und Experten mitgearbeitet und natürlich steht da vieles drinnen, was vollkommen richtig ist. Erstens es ist nur nicht neu, zweitens der Vorsatz der Strategie war ja vor allem, verwaltungstechnische Prozesse zu verbessern, alle Ressorts und Abteilungen miteinander zu vernetzen im Sinne des Klimaschutzes und damit die Qualität und Geschwindigkeit der Umsetzung von dem, was man eh schon vorhat, zu steigern.

Das ist eh gut, nur das ist nicht das, was sich die Bevölkerung da draußen von einer Klima- und Energiestrategie verspricht, und das ist nicht das, was wir brauchen. Wir brauchen mutige, ambitionierte, planvolle und transparente Aktionen für echten Klimaschutz und nicht das, was ihr da vorlegt, und deshalb ist es richtig und wichtig und völlig berechtigt, dass wir NEOS, die Grünen und die SPÖ hier und heute einen dringlichen Antrag stellen, in dem wir fordern, das gehört ordentlich gemacht, das gehört, wenn es sein muss, im Ausschuss ordentlich diskutiert, das gehört vor allem zurück an den Start und gemeinsam mit allen, die sich auskennen, die unabhängig sind, die da draußen in der Zivilgesellschaft und in der Wissenschaft stehen, gemeinsam mit denen allen erarbeitet, damit wir diese Herausforderung auch gemeinsam und in einem Schulterschluss bewältigen können. Danke schön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Mayr zu Wort gemeldet.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorher mitbekommen, dass es ein wenig Unruhe gibt, wenn man ein Zitat vorliest, das heute in einer großen oberösterreichischen Zeitung als Befund der Klimaallianz genannt wird für diese Klimastrategie, wenn gesagt wird, es geht fast zu 100 Prozent in die falsche Richtung.

Da hat es vorher schon ein bisschen Aufregung gegeben, wenn man weiterliest, dann sieht man, diese Klimastrategie ist eine riesige Enttäuschung, das ist ein Zitat aus diesem Artikel von der Klimaallianz. Und jetzt kann man natürlich sagen, ja mir doch egal, was irgendwelche NGOs sagen, was irgendwelche Zusammenschlüsse von Fachexpertinnen und Fachexperten von Organisationen sagen. Es ist legitim, dass man sagt, dieser Befund von Fachpersonen, von Expertinnen und Experten ist mir völlig egal. Das ist legitim, dass man das macht. Die Frage ist nur: Was wäre eine Herangehensweise gewesen, um nicht eine Klima- und Energiestrategie in den Landtag zu bringen, wo das Fachurteil vernichtend ist?

Wie hätten wir das anders angehen können? Und ich spare mir jetzt zum größten Teil, dass ich auf den Inhalt von dieser Klima- und Energiestrategie eingehe, weil wir werden das in den kommenden Wochen und Monaten noch ausführlich diskutieren, wir werden dazu kommen, wir werden auch dazu kommen müssen.

Ich rufe kurz in Erinnerung, wir haben im Jahr 2021, noch letzte Legislaturperiode, das erste Mal so einen Antrag gestellt auf eine Klima- und Energiestrategie, weil das Land Oberösterreich einen Plan braucht, wie man mit der größten Herausforderung unserer Generation umgeht. Unser Antrag hat unter anderem beinhaltet, erarbeiten wir diese Klima- und Energiestrategie gemeinsam mit der Bevölkerung, erarbeiten wir es gemeinsam mit der Bevölkerung. Übrigens, Hinweis letzter Klimaplan der schwarz-Blauen Bundesregierung, die Ende des letzten Jahrzehnts in Kraft getreten ist, Mission 2030, ist gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeitet worden.

Was ja auch völlig richtig ist, weil die Maßnahmen, die da getroffen werden, die funktionieren nur dann, wenn man sie gemeinsam mit der Bevölkerung ausarbeitet und wenn man den Weg dann auch gemeinsam mit der Bevölkerung geht.

Was ist jetzt passiert bei der Erstellung dieser Klimastrategie, ich glaube Kollege David Schießl hat gesagt, wir wissen doch gar nicht, wer aller dabei war bei der Erarbeitung. Wir wissen aber auf jeden Fall wer aller nicht dabei war bei der Erarbeitung, und das ist das, auf das es letztendlich ankommt. Wir wissen, dass die Wissenschaft, die externe, von den Universitäten und woher auch immer, nicht eingebunden war, wir wissen das die Klimaallianz, die Expertinnen und Experten von dort nicht eingebunden waren, wir wissen, dass die Jugendbewegungen wie Fridays for Future nicht eingebunden waren. Wir wissen ja mittlerweile, wer aller nicht mitreden hat dürfen und warum jetzt auf einmal der Schock umso größer ist, wenn dieses Dokument publiziert wird.

Natürlich kann man sagen, warten wir doch auf die Ausschusssrunde und setzen uns dann auseinander, aber wenn so ein Dokument mehr oder weniger wortlos ins Internet gestellt wird und man sich diese 160 Seiten anschaut, dann verstehe ich, dass dieser Befund auch wegen der Nichteinbindung von so vielen relevanten Gruppierungen derartig desaströs ausfällt.

Ich halte diesen Antrag, der heute gestellt wird, auch deswegen für richtig, weil man diese Einbindung nachholen muss, und zwar dringend, und zwar bevor dieses Papier den Landtag passiert, bevor wir mal eine siebenminütige Ausschlussdiskussion haben, wo drei Klubs sagen eher nicht so gut und drei Klubs sagen passt super, schicken wir es in den Landtag, alles hat sich erledigt.

Das ist ein strategisches Grundlagenpapier für die Entwicklung des Landes Oberösterreich. So etwas muss man gemeinsam angehen und nicht gegeneinander. David Schießl hat jetzt vorhin noch etwas angesprochen, nämlich die Windkraft. Ich habe diese Klima- und Energiestrategie gelesen und es ist, wenn man zu den Maßnahmen kommt im Großen und Ganzen eine Auflistung dessen, was wir schon wissen.

Wir haben Punkte aus dem Programm der Bundesregierung drinstehen, wir haben Punkte aus dem Programm der Landesregierung drinstehen, und es ignoriert völlig, dass diese Programme schon ein paar Jahre alt sind und dass sich die Welt völlig geändert hat. Dass wir in einer Welt leben, in der Krieg herrscht, in einer Welt leben, wo eine Energiekrise herrscht, in einer Welt leben, wo die Energiepreise explodieren. Auf diese neuen Herausforderungen antwortet Schwarz-Blau mit den Antworten von gestern, und das halte ich für fatal.

Schlussatz vielleicht noch, weil dieser Antrag gemeinsam eingebracht worden ist und mir das ein Anliegen ist, dass Klimaschutz ernsthaft angegangen wird, dass man sich Klimaschutz nicht auf die Fahnen heftet und dann entgegen den eigenen Ankündigungen handelt.

Jetzt drehe ich mich kurz in die andere Seite von diesem Saal. Ich habe es wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass die Sozialdemokratie heuer zu Beginn des Jahres gesagt hat, das wird das Jahr des Klimaschutzes, Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen, dann verstehe ich es nur beim besten Willen nicht, dass nicht einmal drei Wochen nach dieser Ankündigung, dass das das Jahr des Klimaschutzes wird, der Linzer Bürgermeister und ich glaube stellvertretender Parteivorsitzender von euch auf die Idee kommt, Fracking zu fordern und gleichzeitig noch auf die Idee kommt, dass man KlimaaktivistInnen mit dem Strafrecht und damit mit dem Gefängnis bestraft (Unverständlicher Zwischenruf). Also Klimaschutz predigen und dann nicht danach handeln, das halte ich ebenso für völlig verantwortungslos. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Häusler das Wort, bitte schön. Ich bitte nun, jetzt den Lärmpegel wieder etwas zu senken, ja.

Abg. **Häusler, BSc**: Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Menschen im hohen Landtag, wertees Regierungsmitglied, liebe Menschen auf der Galerie und vor allen Dingen, liebe Menschen zu Hause an den Bildschirmen! Ja, eine sehr heiße Diskussion mit verschiedensten Ansichten zum Thema, und dann ist es immer ganz gut, wenn man am Ende des Tages noch ein bisserl was drüberstreuen darf.

Darum darf ich mich ganz kurz für unsere Fraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag äußern. Auch für uns steht außer Frage, dass das Wichtigste in der Demokratie natürlich das Mitspracherecht ist. Und in wichtigen Entscheidungen ist es natürlich essentiell, dass sich auch die Zivilgesellschaft zu Wort melden darf.

Das zeichnet nämlich auch den unschätzbaren Wert einer Demokratie aus. Nichtsdestotrotz hat so ein Mitspracherecht nicht sehr viel Wert, wenn die Diskussion, also das Thema, um das es geht, ohnehin nicht ergebnisoffen ist. Das wäre auch in dieser Diskussion festzuhalten. Die Klima- und Energiestrategie und die Optimierung dieser, die ist eben nie ergebnisoffen.

Die Klima- und Energiestrategie verfolgt da eine einseitige vorgegebene Richtung, die, wie wir heute schon öfter gehört haben, ohnehin schon politisch fixiert ist, und das wird auch nichts daran ändern, wenn wir im Ausschuss darüber diskutieren.

Die ganze Strategie ist nämlich im Glauben, dass die einzige Wahrheit im Narrativ des IPCC zu finden ist. Wir kennen solche Verherrlichungen von Meinungen bereits aus den letzten drei Jahren, so hat dieser Bericht die Wahrheit für sich im Moment im Thema Klima gebucht, so hat es in den letzten drei Jahren und auch weitergehend die WHO, die Wahrheit in Gesundheitsfragen für sich gebucht.

Die einzige Kernaussage, auf das sich diese ganze Klima- und Energiestrategie ja stützt, sind die Aussagen von der IPCC, und das ist die absolute und einzige Wahrheit. Thema CO₂ wird da auf allen Ebenen durchgezogen. Völlig egal, ob es dem Klima oder den Menschen nützt oder auch nicht.

Und befremdlich in diesem Dringlichkeitsantrag ist für mich auch die Bezeichnung anerkannter Umwelt-NGOs. Also, wer bitte, erkennt wen an, was ist die richtige Meinung, wer darf mitreden, wer ist der Mitentscheider, welche Stimmen werden gehört und welche nicht?

Sprechen wir da von realen Graswurzelbewegungen oder von bezahlten Protestierern, Blockierern, Verschmutzern oder Straßenaufklebern? (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Nein, das steht im Gesetz!“) Ja, danke, Herr Kollege Eypeltauer! Auch wir fordern da, zurück an den Start mit dieser ganzen Strategie, wir können dem natürlich zustimmen.

Ja, aber wenn wir neu starten, starten wir komplett neu, und ich habe es auch im November schon in einer aktuellen Stunde gesagt, Wissenschaft ist keine demokratische Abstimmung, und nur weil 97 Prozent der Wissenschaftler etwas behaupten und die einheitliche These unterstützen, heißt das nicht gleich, dass diese These nicht ebenso durch eine einzige neue Erkenntnis falsifiziert werden kann.

Und aus diesem Grund werden wir dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen, weder inhaltlich noch in der Dringlichkeit, denn, nicht weil wir nicht die Einbindung von zusätzlichen Stimmen als Entscheidungsfinder unterstützen, sondern weil eine Diskussion immer ergebnisoffen sein muss, und wir sind auf der Suche nach einer Lösung. Ja. Das bietet uns diese Klima- und Energiestrategie zwar nicht, aber mit dem geforderten Antrag gehen wir trotzdem nicht mit. Herzlichen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächsten darf ich Herrn Abgeordneten Mühlbacher zum Rednerpult bitten.

Abg. **Mühlbacher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher hier im Saal, zu Hause im Internet, geschätzte Damen und Herren! Vieles wurde schon von vielen Rednerinnen und Rednern gesagt.

Ich darf auf ein Beispiel eingehen. Kollege Antlinger! Du weißt, dass diese Klimastrategie von allen Abteilungen des Landes erarbeitet wurde. In diesen Abteilungen und Ressorts sitzen Menschen und Mitarbeiter des Landes Oberösterreich. Du hast gesagt, die Klimastrategie wurde ohne Hausverstand erstellt. (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Ohne politischen Hausverstand!“)

Ich sage, die Mitarbeiter des Landes Oberösterreich haben sehr wohl Hausverstand und haben ein gutes Papier erarbeitet. (Beifall) Worum geht es in der Klima- und Energiestrategie? Es geht um klare Ziele 2030. Es geht darum, Oberösterreich bis spätestens 2040 klimaneutral zu machen, und es geht um klare Perspektiven bis zum Jahr 2050.

Es geht um Zielsetzungen, Energieeffizienz in Erneuerbare Energien, Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität, Wettbewerbsfähigkeit für unsere Wirtschaft und für unsere Landwirtschaft. Es geht um Innovationen, Standort, Forschung und Entwicklung. Es geht aber auch um Akzeptanz, zum Beispiel beim regionalen Leitungsausbau. Ist ja nicht immer so.

Und es geht darum, wie schon erwähnt, dass ab jetzt mit dieser Klima- und Energiestrategie zum ersten Mal alle zuständigen Ressorts und Abteilungen vernetzt werden und somit die Qualität und Geschwindigkeit in der Umsetzung der Klimaziele stetig und erheblich steigt.

Darüber hinaus werden erstmalig, und ich darf meinen Vorrednern zum Teil widersprechen, alle relevanten Landes- und Bundesstrategien mit einbezogen. Einige sind erwähnt. Der Energie- und Klimaplan, die Energie Leitregion 2050, PV-Strategie und viele mehr.

Integriert, und jetzt zum springenden Punkt, und mit einbezogen werden übrigens auch alle in ihrem Antrag angeführten Einrichtungen und Institutionen. Die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die Industrie, die Wissenschaft und auch die Umwelt-NGOs. Dazu gibt es zwei Prozesse, teilweise schon durchgeführt und heuer weitergeführt, den Klimadialog, letztes Jahr im April, jetzt eben Mitte April die nächste Sitzung.

Der Prozess Vision für ein klimafittes Oberösterreich, auch hier wird Mitte April ein neuer Termin stattfinden, und hier werden jeweils die Vertreter der Zivilgesellschaft, Sozialpartner, wie schon erwähnt Industrie, Wissenschaft und die Umwelt-NGOs eingeladen und mit eingebunden.

Des Weiteren, und das ist ihnen auch bekannt, wird Anfang März der Umweltbeirat und im April der Klimarat tagen. Auch hier wird es zu klaren entsprechenden Berichterstattungen kommen, und wir werden uns intensiv über die Strategie austauschen können. Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist ein laufender Prozess, der kontinuierlicher Adaptierung bedarf.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn es eine Vorzeigeregion in Österreich gibt, wo erneuerbare Energien und Klimaschutz herrschen, dann in Oberösterreich, und das schon seit vielen Jahren.

Laut Statistik Austria kommen knapp 80 Prozent des Stroms und 60 Prozent der Raumwärme aus erneuerbarer Energie. Wir sind bei Wasserkraft, auch das wurde erwähnt, Biomasse und Solarenergie an der Spitze aller Bundesländer und wir bekennen uns jetzt zum klaren Ziel, Oberösterreich bis spätestens 2040 klimaneutral zu machen.

Wir müssen es schaffen, die Transformation der Industrie und Wirtschaft so zu bewältigen, dass diese zum einen verträglich für die Gesellschaft ist und zum anderen Arbeit, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichert.

Meine Damen und Herren! Beim Thema Klima und Energie ist permanentes Handeln gefordert. Wir wollen und werden uns damit intensiv inhaltlich im Ausschuss für Standortentwicklung beschäftigen. Vielen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 423/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 423/2023 dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Sehr geehrte Kollegen! Ich möchte nur aufmerksam machen, dass wir nach dieser Beilage, die ich jetzt aufrufe, die aktuelle Stunde anschließend machen. Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 426/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.

Bei der Beilage 426/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Wärmepreisdeckel für Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 426/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Engleitner-Neu, bitte.

Abg. Engleitner-Neu, M.A., M.A.: Vielen Dank Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Schüler sind nicht mehr da, aber die Zuseher/innen vielleicht im Internet! Ein warmes Zuhause zählt auch zu den Grundbedürfnissen einer jeden Person, und niemand sollte in seiner Existenz bedroht sein, wenn er die Heizkostenrechnung oder die Vorschreibung dazu bekommt und das ist aber leider im Moment bei vielen österreichischen, oberösterreichischen Haushalten der Fall.

Die Kosten für die Pellets steigen. Die Stromkosten steigen. Die Vorschreibung für das Gas hat sich zum Teil vervierfacht. Wir haben heute gehört, dass auch die Rückzahlungen für Kredite massiv gestiegen sind. Da geht es um ein paar tausend Euro, und das ist auch für viele Häuslbauer einfach jetzt existenzgefährdend.

Wir bekommen fast täglich Beispiele, wo Leute, wo junge Familien uns in den Gemeinden, wo uns Pensionistinnen und Pensionisten schreiben oder uns anrufen oder uns persönlich von ihren Schicksalen erzählen.

Und ich habe eines mitgenommen. Wenn man sich anschaut die Vorschreibung von der EnergieAG, das ist kein Beispiel aus der Luft gegriffen, sondern es ist ein tatsächliches

Beispiel, wo jemand im November eine Vorschreibung bekommen hat, die war 163 Euro im Monat und am 28. Dezember die Vorschreibung bekommt, dass er auf einmal ab 1. Jänner 530 Euro zahlen muss, dann ist das existenzbedrohend, weil das ist eine Vervielfachung, und wenn man sich das ausrechnet, sind das 6.300 Euro.

Das hat man nicht einfach im Geldtascherl, und das haben auch viele einfach nicht auf der hohen Kante, dass man das bezahlen kann. Das ist ja nur ein Beispiel von vielen, das einfach zeigt und das wir aufzeigen, dass es sich bei vielen einfach nicht mehr ausgeht.

Und diese Schilderungen, die wir hören, die sind einfach existenzbedrohend. Da sind Schicksale, und die Leute sind verzweifelt, und ich habe selber ein Beispiel gehört, und dann ist es nämlich nicht nur existenzbedrohend, sondern dann finde ich es auch lebensgefährlich, weil, wenn mir wer erzählt, dass man sich im Wohnzimmer ein kleines Zelt aufstellt und da eine Kerze reinstellt, damit man heizt, damit man nicht erfriert, dann ist es einfach ein Wahnsinn. Ich kann es nicht anders ausdrücken. Es ist einfach lebensgefährlich, denn da kann man sterben.

Viele haben ja dann die Lösung, weil sie einfach nicht wissen, wie sie die Vorschreibungen zahlen sollen, dann senke ich halt einmal die Vorschreibungen. Aber das ist ja ganz kurzfristig gedacht, weil wenn dann die Endabrechnung kommt, dann kommt die riesen Keule und dann weiß man erst recht nicht, wie man es zahlen soll.

Dass unseren Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern, glaube ich, das sehr bewusst ist, auch Energie sparen und dieses Thema, die bemühen sich, die schauen eh. Die drehen die Heizungen zurück. Vielleicht hat jemand auch den Bericht gehört vorgestern im Report, wo eine Frau gesagt hat, sie hat jetzt auch im Winter den Kühlschrank abgedreht, aber da waren die Temperaturen wieder viel zu hoch, und dann werden Sachen erst recht kaputt. Sie schauen eh und ich glaube, dass sie Energie sparen können, und trotzdem geht es sich nicht aus, und trotzdem können sich viele das einfach nicht mehr leisten.

Weil, diese Mehrkosten, die auf uns zukommen oder die auf die Leute zukommen, sind nicht nur für Leute mit niedrigem Einkommen einfach existenzgefährdend, sondern auch für Haushalte mit einem mittleren Einkommen einfach kaum mehr tragbar.

Und man darf ja auch nicht vergessen, dass gerade auch Leute mit einem mittleren Einkommen keinen Anspruch auf Heizkostenzuschuss haben. Das trifft es ja auch. Wir sind immer noch das Schlusslicht bei den Maßnahmen. Schauen wir in andere Bundesländer, zuerst war die Anregung, es gibt Landeshauptleute, die sehr wohl ihren Leuten unter den Arm greifen, und die konkret einen Wärmepreisdeckel eingeführt haben, den auch wir uns zum Anlass nehmen, diesen Initiativantrag heute einzubringen.

Schauen wir uns dieses Modell an, das seit 1. Jänner 2023 im Burgenland Burgenländerinnen und Burgenländern hilft, die schlimmsten Kosten zu verhindern. Es ist ein Modell, das sozial gerecht gestaffelt ist. Es werden gefördert 90 Prozent des Vorjahres, weil man natürlich auch da sagt, die Leute sollen schon natürlich diesen Energiesparaspekt berücksichtigen, und das ist auch gut und wichtig, und natürlich wird auch der Klimaschutz wichtig genommen, weil man einfach schaut, wie können die Leute umsteigen, was ist zumutbar?

Sie fördern maximal mit 2.000 Euro und sie zahlen in zwei Tranchen aus. Das Tolle an diesem Modell ist, dass es nicht nur wenige bekommen, die ein niedriges Einkommen haben, sondern viele mittlere Einkommen, die das genauso brauchen.

Wir sind überzeugt davon, dass man dieses Modell auch in Oberösterreich einsetzen kann. Man kann Geld in die Hand nehmen. Es gibt eine Dividende von der EnergieAG mit 28 Millionen Euro. Es gibt auch Geld vom Bund. Also, wenn man will, kann man das, und ich finde es halt toll, der burgenländische Landeshauptmann hat 40 Millionen Euro in die Hand genommen, weil es ihm seine Burgenländerinnen und Burgenländer wert sind.

Dann frage ich die ÖVP, wieviel, unser Landeshauptmann ist jetzt nicht da, wieviel ist das der ÖVP wert? Wieviel Geld nehmen wir in die Hand für unsere Oberöreicherinnen und Oberöreicher? Ich glaube, dass das wichtig ist, jetzt zu handeln und jetzt etwas zu tun, denn im Sommer ist es zu spät, weil da ist es fünf nach zwölf. Ich ersuche daher aufgrund der Dringlichkeit dieses Themas auch der Dringlichkeit zuzustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Schießl zu Wort gemeldet.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Keine Angst, so schlimm wird es nicht. Dass wir in diesem Bereich einen Handlungsbedarf haben, das ist auch so. Das spreche ich auch nicht ab, und es ist wirklich schade, dass Menschen derzeit unter die Räder kommen.

Aber in der Politik muss man sich halt schon ganz genau überlegen, an welchen Schrauben man dreht, denn es kann sonst schnell einmal passieren, dass man die Büchse der Pandora öffnet. Es ist auch traurig, dass man Länder da im Regen stehen lässt, weil die Maßnahmen vom Bund nicht gesetzt und ergriffen werden.

Ihr bezieht euch heute da mit dieser Beilage auf das Burgenland. Dass das im Burgenland funktioniert, glaube ich, schaut auch wirklich nicht schlecht aus, nur, ob ich das in Oberösterreich so eins zu eins umsetzen kann, wie ihr das eingebracht habt, das kann ich jetzt nicht beurteilen.

Mir ist halt eines aufgefallen, bei den Recherchen auch zu dieser Beilage, dass sowohl Kärnten und auch Wien das nicht übernommen haben. Wenn das so gut und so gescheit ist im Burgenland, warum haben vor allem sozialdemokratisch geführte Länder das nicht übernommen?

Ich habe das ganz genau angesehen. Wie gesagt, ich habe dazu wirklich nichts gefunden, dass die da auch nur annähernd irgendwas in diese Richtung initiiert hätten. Eines ist uns klar, wir müssen da Steuergeld in die Hand nehmen, und wenn wir Steuergelder in die Hand nehmen, dann müssen die natürlich treffsicher eingesetzt werden. Das muss bei den Härtefällen ankommen, und man darf das nicht, wie es schon oft jetzt in dieser ganzen Dimension passiert ist, mit der Gießkanne ausgießen, denn dann wird man sich irgendwann einmal nichts mehr leisten können. Das muss uns auch klar sein, und dass die Gießkanne von heute die Schulden von Morgen sind, was unsere Kinder und Enkelkinder ausbaden müssen, das muss uns auch, bei all diesen Beschlüssen, die da gefasst werden, klar sein.

Und als Beispiel nur, wie man mit einer Gießkanne umgeht, im Februar wird ja der nächste Klimabonus ausbezahlt, und den bekommen 108.000 Asylberechtigte und 78.000 Ukrainer, die die Voraussetzungen von 183 Tagen Aufenthalt hier bei uns bereits haben, und das kostet uns 93 Millionen Euro.

Das sollte auch zu denken geben, wenn man von einer Gießkanne redet. (Zwischenruf Abg. Schaller: „COFAG, 20 Milliarden Euro!“) Deshalb, habt ihr euch das durchgerechnet, was

dieses Burgenland-Modell in Oberösterreich kosten würde? Denn, wenn ich das heute beschließen möchte, muss ich auch die Kostenwahrheit dazu haben.

Ihr habt jetzt im Burgenland von 40 Millionen Euro geredet, was kostet das uns in Oberösterreich, wenn wir dasselbe Modell machen täten? Sind das 100 Millionen Euro, 200 Millionen Euro, 300 Millionen Euro? Wir wissen es nicht. Das brauchen wir aber, um so etwas zu beschließen, denn alles einfach nur zu deckeln und zu fördern, ist halt eine schwierige Sache, und dann werden wir auch in Oberösterreich irgendwann aufwachen, dass wir uns gewisse Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, einfach nicht mehr leisten können.

Es ist heute eh schon erwähnt worden, im Energiebereich der Netzausbau, der so dringend notwendig ist, im niederrangigen Stromnetz und Trafonetz, das steht dann womöglich hinten an, wenn ich mir das nicht mehr leisten kann. Das muss uns einfach klar sein, wenn wir solche Maßnahmen setzen.

Darum, die Probleme müssen wir da bei der Wurzel anpacken, und dann brauchen wir auch diese Stützungen und Deckelungen, so wie sie jetzt derzeit natürlich überall kommen, nicht mehr so extrem, wie wir sie jetzt haben.

Es sind die Energiepreise heute auch schon angesprochen worden. Der Herr Klubobmann ist leider jetzt nicht da, die Energiepreise sind für den Verbraucher noch hoch, das ist richtig, aber auf dem Großhandelsmarkt, schaut es euch da an, da sind wir beim Gaspreis derzeit sogar unter dem Preis als wie in der Vorkriegszeit, vor der Ukraine.

Also, man muss das schon anschauen, und auch das wird natürlich dann sukzessive bei den Leuten wieder ankommen, und das muss man in diese Strategien schon mit reinrechnen, weil sonst überfordert man das Ganze natürlich auch dementsprechend.

Ja, zu dem, was ich da dann natürlich auch noch dazusagen muss, jetzt wollen wir da wieder zuschießen, deckeln oder was weiß ich. Da hätte man natürlich auch Möglichkeiten gehabt seitens der Bundesregierung, da schon vorbeugend etwas zu machen, zum Beispiel die CO₂-Steuer nicht einzuführen. Was man aber einfach gemacht hat, wo man die Menschen wieder zusätzlich belastet hat. Was man sich in Zeiten wie diesen einfach auch gut überlegen sollte und müsste, aber hat man da in dem Bereich einfach nicht gemacht.

Man lässt die Länder da, wie gesagt, im Regen stehen, und das ist natürlich traurig. Wir werden in Oberösterreich natürlich alles versuchen und alles in die Hand nehmen, hier Abfederungen zu leisten, das ist ganz klar. Weil auch ich sage, es kann nicht so sein, dass es in Oberösterreich irgendeine Familie, irgendeinen Haushalt, irgendeinen Menschen gibt, der im Winter frieren muss, soweit muss es auf jeden Fall gehen. Reden wir im Ausschuss weiter, was wir da alles machen können, wenn das notwendig ist, welche Stricke und welche Rädchen wir hier drehen, damit es hier wirklich zu Entlastungen kommt, wo es notwendig ist. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Scheiblberger das Wort.

Abg. **Scheiblberger:** Geschätzte Frau Landtagspräsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Es ist unbestritten, dass die Folgen des Ukrainekrieges die Menschen stark herausfordern und belasten. Die Teuerung ist in allen Bereichen spürbar und belastet die Haushalte vor allem im Wohn- und im Energiebereich, das haben wir gerade gehört. Genau aus diesem Grund hat auch der Bund rasch reagiert und hat Unterstützungsmaßnahmen gesetzt, die erste Maßnahme ist die

Stromkostenbremse, die mit 1. Dezember 2022 eingeführt wurde, die rund drei bis vier Milliarden Euro umfasst, die einen Haushalt mit bis zu 500 Euro im Jahr unterstützt. Eine weitere Maßnahme wurde erst letzte Woche gesetzt, und zwar die Ausweitung vom Wohnschirm des Sozialministeriums, hier sprechen wir auch von einer Aufstockung von 134 Millionen Euro, außerdem werden hier in diesem aufgestockten Wohnschirm die Vorauszahlungen von Energiekosten und auch Rückstände aufgenommen, dadurch wird auch sofort eine Wirkung erzielt. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Dann möchte ich auch noch erwähnen, dass das Land Oberösterreich rasch reagiert hat, dass es den Heizkostenzuschuss erhöht hat und den Bezieherkreis ausgeweitet hat. Nicht zu Letzt, das kommt erst jetzt bei den Menschen an, gibt es den Heizkostenbundeszuschuss auch in einer Höhe von 75 Millionen Euro, hier werden die Auszahlungsmodalitäten gerade noch abgestimmt, sie werden über die Gemeinden abgewickelt. Also hier ist noch Hilfe für die Menschen bereit, ich möchte das einfach deswegen erwähnen, weil es sich angehört hat bei meiner Kollegin Engleitner-Neu, wie wenn hier überhaupt nichts passiert. Uns sind die Probleme und die Sorgen der Menschen sehr wohl bekannt, wir werden auch entsprechend reagieren und haben bereits reagiert. Ich möchte auch auf die Anti-Teuerungspakete hinweisen, es hat drei Pakete gegeben, im Februar 2022 mit 1,7 Milliarden Euro, im März hat es eines gegeben mit zwei Milliarden Euro, schließlich auch im Juni 2022 in einer Höhe von 32,7 Milliarden Euro. Es wird wirklich viel getan für die Menschen, wir versuchen auch bestmöglich zu unterstützen und zu entlasten, ob die Lösung hier so ein Wärmepreisdeckel nach burgenländischem Vorbild sein kann, darüber müssen wir erst diskutieren und auch nachfragen. Wir haben schon gehört, dass das 20 Millionen Euro im Burgenland bewirkt hat, wir haben das hochgerechnet für Oberösterreich, hier sprechen wir von einer Summe über 200 Millionen Euro. Wenn man bedenkt, dass das wirklich 20 Prozent unseres Sozialbudgets sind, dann muss ich schon hinterfragen, ist das wirklich eine seriöse Finanz- und Sozialpolitik? Aus unserer Sicht ist das nicht seriös, deswegen können wir diesem Dringlichkeitsantrag heute nicht zustimmen, wir sind aber gerne bereit, im Ausschuss für Standortentwicklung weiter zu diskutieren. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, als Nächster darf ich der Abgeordneten Ines Vukajlović das Wort erteilen, bitte.

Abg. Vukajlović, MSc BA: Danke, sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Zuseherinnen, die da sind und Online zuschauen! Wir haben jetzt schon einiges über die steigenden Herausforderungen gehört, was die Heiz- und Wohnkosten betrifft. Wenn es vier von zehn Menschen in Österreich im Alltag belastet und heißt, dass sie mit dem Einkommen nur knapp oder gar nicht auskommen, dann heißt es für uns Grüne, wir können uns der Dringlichkeit des Antrages nur anschließen und auch dem Appell, dass es Maßnahmen des Landes zur Entlastung von Haushalten genau in dem Lebensbereich braucht, nämlich Haushalte mit weniger Einkommen und mit mittleren Einkommen, die von diesen überhöhten Heizkosten belastet sind.

In den schwierigen Zeiten gibt es auch gute Nachrichten, die Kollegin von der ÖVP hat jetzt schon einiges ausgeführt, was von der Bundesregierung kommt. Die Pakete und Maßnahmen haben eine starke grüne Handschrift, wenn ich mir anschau: Die drei Anti-Teuerungspakete, die Valorisierung der Sozialleistungen oder auch die Strompreisbremse. Das ist nicht nichts, das stimmt, es federt aber auch nicht alles ab, das ist klar. Wir haben jetzt vom Wohnschirm gehört, der jetzt noch dazu kommt, der bei Rückständen bei Energiekosten und Problemen bei Vorauszahlungen hilft. Das größte Paket, das nächste Woche im Nationalrat beschlossen wird, das sind die 500 Millionen Euro Heiz- und Wohnkostenzuschuss, 500 Millionen Euro mit

dem Ziel, Menschen bei der Zahlung ihrer hohen Heiz- und Wohnkosten zu unterstützen. Oberösterreich kriegt davon 75 Millionen Euro. Es ist jetzt positiv zumindest zu hören, dass es da jetzt schon Modalitäten gibt, die überlegt werden, wenn der Bund viel Geld in die Hand nimmt und einen Spielraum schafft, einen Spielraum für Entlastungen, für Förderungen und für Verbesserungen, gerade auch für die Bundesländer. Oberösterreich ist immer ganz vorne dabei, dass wir nach Bundesmitteln und Bundesmaßnahmen schreien, das sieht man bei den heutigen Bundesresolutionen. Dann wäre schon die Frage relevant, oder die Antwort auf die Frage: was genau ist denn der Plan von Schwarz-Blau in Oberösterreich? Wie wird die Koalition die Unterstützung transparent und effektiv einsetzen? Wo ist der Plan, wann erfahren wir davon? Das ist eine ernstgemeinte und keine rhetorische Frage, weil in ein paar Wochen, weniger als in einem Monat bekommt Oberösterreich diese Millionen. Wir wissen eigentlich nicht, wie wir damit umgehen, wie wir die einsetzen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Es gibt noch keinen Beschluss!“) Das kann man sich durchaus bei anderen Bundesländern anschauen, wie sie das machen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Von keinem Bundesland!“) Der vorliegende Antrag der SPÖ macht das jetzt mit dem Beispiel Burgenland, das kann man sich anschauen, das müsste man aus unserer Sicht ein bisschen adaptieren, weil es gibt auch Nachteile, was jetzt die Anreize und Anregungen zum Energiesparen betrifft. Aber es gibt auch andere Bundesländer, wie Salzburg oder das Modell in Wien, die nämlich eine Förderung haben, die nicht nur Haushalte unter der Amutsgefährdungsschwelle oder an dieser Schwelle betrifft, sondern auch den betroffenen Mittelstand erreicht und Alleinerziehenden den Rücken stärkt.

Fakt ist, wir haben die steigenden Wohn- und Heizkosten, bei denen die Menschen Unterstützung brauchen. Fakt ist auch, wenn vier von zehn Menschen in Österreich sagen, dass sie Probleme haben, die grundsätzlichen Kosten im Alltag zu tragen, dann müssen wir da ansetzen.

Das ist jetzt der nächste Schritt, was machen wir mit diesen 75 Millionen Euro, die in Oberösterreich sind oder die da kommen werden? Eine Möglichkeit und Option ist, an der wir nicht vorbeikommen, dass wir den Heizkostenzuschuss wesentlich erhöhen und auch den Bezieher/innenkreis erweitern. Aus sozialpolitischer Sicht muss man da ansetzen. Einerseits darf der Zuschuss nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden, denn eine Unterstützung soll nicht die andere schmälern, das darf sie eigentlich nicht. Das Zweite, wir brauchen weiterhin Anreize für Energiesparmaßnahmen und Effizienzmaßnahmen, denn auch wenn wir jetzt nicht in einfachen Zeiten sind, dürfen wir nicht vergessen: Die Klimakrise findet statt, wir müssen in allen Maßnahmen, die wir machen, auch den Klimaschutz und sozialverträgliche Maßnahmen dabei mitdenken.

Zusammengefasst, wir schließen uns der Dringlichkeit des Antrages an und plädieren dafür, dass die Bundesmittel transparent genutzt werden und auch zielgerichtet bei den Oberösterreichern/innen ankommen. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön, mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 426/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist, ich weise die Beilage 426/2023 daher dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Entsprechend den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 unterbreche ich die Dringlichkeitsdebatte, wir kommen nun zum vorgezogenen ersten Teil der Tagesordnung und somit zur aktuellen Stunde mit dem Thema „Zustand der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich“. Ich erteile der Abgeordneten Mag. Dr. Julia Bammer, die ich an dieser Stelle auch persönlich herzlich in diesem hohen Haus wieder zurück und willkommen heiße, als Sprecherin des antragstellenden Klubs das Wort.

Abg. Mag. Dr. Bammer: Danke Herr Präsident, hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, guten Nachmittag an alle, die uns jetzt zuschauen da oben oder vor den Bildschirmen! Wir NEOS haben die aktuelle Stunde einberufen, weil unser Gesundheitssystem krankt, es ist erkrankt, es ist ein Patient, den wir jetzt dringend behandeln müssen. Ich möchte betonen, weil mir das nachher vielleicht im Mund umgedreht wird, dieses Wort, ich möchte betonen, dass ich da nicht die Menschen, die da draußen an vorderster Front stehen und im System arbeiten, meine, sondern dass ich das System durch die Gesundheitspolitik meine, was hier der Patient ist, den wir jetzt behandeln müssen. Im Sinne der neuen Ehrlichkeit, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, du hast diesen Begriff benützt, da müssen wir ganz ehrlich sagen, der Patient hat seit Jahren Beschwerden, strukturelle Probleme und ignoriert beinhart die Ratschläge von den ExpertInnen, dass wir es mit einem Ärztemangel zu tun haben werden, dass die Leute älter werden, dass wir länger Versorgung brauchen, das alles wissen wir schon lange.

Der Patient raucht und trinkt weiter, ernährt sich ungesund und ignoriert seine Vorsorgeuntersuchungen, obwohl man ihm empfohlen hat, seinen Lebensstil zu ändern. Passiert ist nichts bzw. mal hie und mal da eine Tablette zur Behandlung der Schmerzen, wenn es irgendwo weh getan hat, um die Symptome zu lindern, hat die Politik zu Einmalzahlungen gegriffen, groß beteuert und groß bedankt, aber strukturell verändert und gesund werden kann der Patient so nicht. Der Patient muss sein Leben nachhaltig ändern, auch wenn das anstrengend ist, auch wenn das schwierig ist, jeder weiß, der raucht und gerne einmal trinkt, es ist schwierig, auf Genussmittel zu verzichten. Wir brauchen eine nachhaltige Veränderung, wir brauchen die Attraktivierung des niedergelassenen Bereichs, wir sind ein Flächenbundesland, wir brauchen eine starke ländliche Versorgung, wir brauchen die EU-Mittel nicht nur für die PVZs, wir brauchen die EU-Mittel auch für den niedergelassenen Hausarzt in der ländlichen Region. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die degressive Honorierung endlich ein Ende hat, das zweihundertste Semmerl beim Bäcker ist auch nicht das günstigste, das fünfhundertste ist schon gar nicht gratis. Wir brauchen 2023 außerdem einen modernisierten Leistungskatalog, wir könnten mit Tagesrandordinationen versuchen die Ambulanzen zu entlasten, wir müssen mit den Patienten Stromlenkungen probieren, dass die Krankenhäuser entlastet werden. Das gehört in die Bildung, in die Pflichtschulen, ein Kind muss von Kind an lernen, mit welchem Aua es wo hingehet. Auf Bundesebene brauchen wir ein neues Finanzierungskonzept, wir brauchen außerdem in der psychischen Gesundheit den Ausbau von kassenfinanzierten Stellen, nach denen wir schon lange rufen, generell muss die Vorsorgemedizin stärker werden.

Wenn da jetzt nichts passiert, wir nicht endlich ehrlich, neu ehrlich darüber diskutieren, dann stirbt uns dieser Notfallpatient weg mit sehendem Auge. Wenn es jetzt in den weiteren Wortmeldungen dazu kommt, dass sie erklären, dass sie hie und da nicht zuständig sind, wie erklären Sie es den Menschen draußen, die Sie gewählt haben? Es ist ihre Verantwortung, die Menschen da draußen haben ihnen das Vertrauen am Wahltag geschenkt, versteckt euch nicht hinter Institutionen und Zuständigkeiten. Macht mit eurer Macht etwas Positives, Leadership, Verantwortung übernehmen und sich mit den Stakeholdern ehrlich an einen Tisch für nachhaltige Veränderungen einsetzen. (Beifall)

Wir sind mit einem Antrag, der nachher noch diskutiert wird, auf alle Fraktionen zugegangen, liebe ÖVP, FPÖ und MFG, die hier nicht zugestimmt haben, ihr habt heute noch die Wahl, lasst ihr den Patienten gesund weiterleben oder lasst ihr ihn sterben. Danke. (Beifall) Ich bin euch abgegangen, ich weiß es.

Dritter Präsident: Danke. Als nächstem Redner erteile ich Klubobmann Christian Dörfel das Wort.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gut, dass wir weiterhin über die Gesundheit reden, weil die Gesundheit ist das Wichtigste. Und gleich vorweg, sterben lassen wir überhaupt niemanden. Das ist wieder einmal eine Zuspitzung, die ich jetzt nicht weiter kommentieren möchte.

Wenn wir über die Gesundheit reden, dann sollen wir bei den Fakten beginnen. Da sehen wir, noch nie gab es so viele Ärzte in Oberösterreich wie jetzt. Es sind über 1.000 Ärzte. Noch nie hatten wir so viel Personal in den Krankenanstalten wie jetzt, es sind über 17.000. Noch nie haben wir so viel in unsere Gesundheitseinrichtungen investiert wie jetzt, 1,2 Milliarden Euro alleine heuer mit dem Ziel, gute Arbeitsbedingungen für beste medizinische Leistungen in allen Teilen unseres Landes sicherzustellen.

Wir alle wissen, wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Jeder, der im Ausland, im Urlaub einmal auf ärztliche Hilfe angewiesen war, der kann das nur bestätigen. Trotzdem wird über unser Gesundheitssystem diskutiert wie selten zuvor. Es ist richtig, ganz Österreich steht vor ähnlichen Herausforderungen. Nicht nur Österreich, sondern europaweit. In anderen Bundesländern sind diese Herausforderungen noch größer, es gibt viele Erklärungen dafür, Pandemie, Fachkräftemangel, Alterung, längere Ausbildung und Teilzeit. Aber wir suchen nicht nach Ausreden, sondern nach Antworten für die Sorgen der Menschen und auf die Fragen der Zukunft. Dabei ist weder Krankreden oder Gesundbeten angebracht und hilfreich.

Wenn es um die Gesundheit der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher geht, dann haben wir zuerst einmal eine Verantwortung, das ist Ehrlichkeit, da gebe ich meiner Vorrednerin komplett recht. Wir brauchen einen ehrlichen Blick, wo die Probleme liegen, wenn Probleme angesprochen werden, dann heißt es zuhören, ernst nehmen und sich kümmern, das tun wir. Wir brauchen das Bewusstsein, dass viel davon auf Bundesebene gelöst werden muss, dass das nicht von heute auf morgen geht. Wir brauchen das Wissen, dass mehr Mitarbeiter und mehr Geld im System nicht die Fehler am System ändern und beheben können. Viele Zahnräder greifen hier ineinander, damit das Werkel rund läuft, wenn ich das so salopp sagen darf. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Vor allem brauchen wir eine ehrliche Zusammenarbeit, wenn es Kritik gibt, dann hören wir zu, wenn es Vorschläge gibt, dann nehmen wir sie ernst. Aber wenn es nur um Parteitaktik geht, dann müssen wir mahnen, da sind wir sicher nicht dabei, denn für Stimmungsmache ist die Gesundheit der Menschen in unserem Land zu wichtig. Wir sollten Gutes anerkennen und gemeinsam nach Besserem streben, das wäre unser Ziel. Daher lade ich alle hier im Haus, alle Parteien ein, reden wir offen und ehrlich, suchen wir nach vernünftigen Lösungen für die bestehenden Herausforderungen und setzen wir gemeinsam die Maßnahmen, die für uns als Land möglich sind, und arbeiten wir zusammen an den Maßnahmen, die nötig sind, darum ersuche ich. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder**: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der aktuellen Stunde, der Zustand der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich, eröffnet ein breites Diskussionsfeld. Zum einen möchte ich in der heutigen Debatte darauf hinweisen, wie wichtig die Oberösterreichische Landesregierung eine ausreichende Gesundheitsversorgung nimmt, zum anderen möchte ich einige Verbesserungsvorschläge nennen, damit dies auch in Zukunft möglich bleibt. Oberösterreich hat für das Jahr 2023 rund 1,2 Milliarden Euro für den Gesundheitsbereich budgetiert, das ist ein gewaltiger Anstieg von 20 Prozent bzw. 200 Millionen Euro. Also zu behaupten, es wird von Landesseite zu wenig in das Gesundheitssystem investiert, das halte ich für entbehrlich. Nachdem auch mehrere Fraktionen in der Landeszielsteuerungskommission bzw. in der Gesundheitsplattform vertreten sind, da dürfte allgemein bekannt sein, dass sinnvolle Schwerpunkte gesetzt werden, beispielsweise Maßnahmen zur Patientenlenkung oder die Anschaffung von MRT-Geräten im ländlichen Spitalsbereich.

Kurzum, Oberösterreich ist im Rahmen seiner Möglichkeiten stets bemüht, für alle Betroffenen, für Patienten und für Bedienstete ein gutes Umfeld zu bieten, dass es natürlich auch an gewissen Stellen zu Reibungsverlusten kommt, das ist bei so einem komplexen System auch logisch. Dass beispielsweise Betten wegen Personalmangel gesperrt werden müssen, das offenbart ein strukturelles Problem, wo wir rasch eine Trendwende benötigen werden. Ich möchte deshalb auch die von Gesundheitsminister Rauch am Wochenende angekündigte große Gesundheitsreform ansprechen, denn das komplexe System beginnt auf Bundesebene und ist durchaus problematisch, da sowohl die Finanzierung als auch die Abläufe und Kompetenzen zersplittert und somit undurchsichtig sind. Um eine groß angelegte Reform durchzuboxen, da muss man zuerst an vielen Institutionen und Stakeholdern vorbei, da wünsche ich dem Minister einen langen Atem. Er wird auch an seinem Durchsetzungsvermögen gemessen werden, nur ist die Bundesregierung leider zurzeit ein Ankündigungsriese, aber ein Umsetzungszwerg, das haben sie eindrucksvoll zum Thema Asyl bewiesen. Wenn allerdings diese Reform wirklich, so wie angekündigt, umgesetzt wird, dann wäre es in der Tat eine ganz gute Sache, denn die Problemanalyse ist richtig, wenn auch leider offensichtlich. Es beginnt mit einem Ende der zersplitterten Zuständigkeiten, die sich ja unweigerlich bis auf Landesebene durchziehen. Auch die Sozialversicherungen müssen mehr Engagement zeigen, um zum Beispiel bundesweit Hausärzte in den ländlichen Bereich zu bringen. Dann benötigen wir eine einheitliche Finanzierung im stationären und ambulanten Bereich. Außerdem muss mehr Fokus auf Prävention gelegt werden, denn die gesunden Lebensjahre sind in Österreich erneut um zwei Jahre gesunken. Also es gibt viel zu tun.

Dass Gesundheit viel kostet, ist keine Frage. Allerdings merke ich schon kritisch an, dass hier Geldmittel auch verschwendet werden und wurden. Und damit bin ich beim Thema Corona. Wenn ein Land wie Österreich, mit neun Millionen Einwohnern, alleine für die Jahre 2022 und 2023 rund 42 Millionen Impfungen um knapp eine Milliarde Euro kauft, dann frage ich mich, wie man auf solche Entscheidungen kommt? Alleine für diese beiden Jahre wären das fünf Impfdosen pro Person. Es war mehr als klar, dass viele Impfdosen deshalb auch ablaufen. Mittlerweile wurden bereits Millionen Impfdosen verschenkt oder vernichtet und damit auch das Steuergeld unserer Bürger. Das ist eigentlich ein Wahnsinn.

Die gleiche Problematik sehe ich auch bei der Anzahl der Testungen. In Österreich wurde zehn Mal mehr getestet als zum Beispiel in Deutschland. Hier wurde sehr viel Geld aufgewendet. Der konkrete Nutzen für die Bevölkerung war so überschaubar. Und dass die 75 Millionen Euro für die Impfwerbung bei den Gemeinden wo anders besser aufgehoben sind, hat die Bundesregierung mittlerweile auch schon eingesehen.

Ich merke jedoch noch in aller Deutlichkeit an, bei diesen Dingen war die Überschrift: Koste es was es wolle. Aber bei wesentlichen Dingen der Gesundheitsversorgung sträubt sich der Bund allerdings und dreht jeden Euro zwei Mal um. Ich nenne ein kleines Beispiel: Jene Opfer, die sich in den 70er-Jahren bei einer Blutplasmaspende unverschuldet mit Hepatitis C infiziert haben, kämpfen seit Jahren für eine Versehrtenrente, weil sie ihr Leben lang eingeschränkt und teilweise erwerbsunfähig waren. Doch die aktuelle Bundesregierung vertröstet sie ein ums andere Mal. Diese unverschuldet in Notlage geratenen Personen dauerhaft abzusichern würde gerade einmal 400.000 Euro im Jahr kosten. Da fordere ich erneut den Bund auf, diese Versehrtenrente endlich zu gewähren. Ich muss ganz ehrlich sagen, es ist fast eine Schande, wie hier mit österreichischen Bürgern umgegangen wird, die eigentlich etwas Gutes tun wollten, nämlich Blutplasma spenden, und dann zu Bittstellern verkommen und alleine gelassen werden.

Zum Ärztemangel wird der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner noch einige Dinge ansprechen, wo der Bund dringenden Handlungsbedarf hat. Das hat er auch in einem offenen Brief diese Woche an den Gesundheitsminister Rauch unmissverständlich kommuniziert.

Ich möchte mich auch anschließend bei allen Mitarbeitern im Gesundheitsbereich recht herzlich bedanken. Sie schultern die wertvollen und wichtigen Aufgaben, die für die umfassende Gesundheitsversorgung unverzichtbar sind. Vielen Dank. (Beifall)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Präsident Peter Binder das Wort.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Danke Herr Präsident, geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher oder Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe mir extra heute ein bisschen einen Schnupfen zugelegt, damit ich authentisch über das Gesundheitsthema reden kann, aber auch über das Thema Gesundheitskompetenz, weil mit ein bisschen einem Schnupfen kann man ins Landhaus gehen, muss aber nicht ins Krankenhaus.

Täglich grüßt das Murmeltier, ist nicht nur eine geläufige Redewendung und der Titel eines bekannten Films, sondern ist eigentlich auch passend dafür, dass wir beinahe in jeder Sitzung, um nicht zu sagen landtäglich, über die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich diskutieren. Das ist aber jetzt nicht, weil es so lustig ist, oder weil wir sonst nichts zu diskutieren hätten, sondern das hat zwei ganz wesentliche Gründe:

Zum einen, wir haben auch die Kompetenz dazu. Wir haben die Kompetenz, die Zuständigkeit für die Krankenanstalten in diesem Land, und wir haben die Kompetenz und die Verantwortung für den regionalen Strukturplan Gesundheit, der letztendlich die gesamte Gesundheitsversorgung in Oberösterreich umfasst. Das ist der erste wesentliche Grund, warum wir dieses Thema hier regelmäßig diskutieren.

Der zweite Grund ist, es ist auch von höchster Relevanz. Von höchster Relevanz für die Menschen, die in Oberösterreich leben, die sich zwei Dinge wünschen, nämlich ein gesundes Leben, möglichst lange, und wenn sie dann doch krank werden, dass sie möglichst rasch und unkompliziert den Zugang zur jeweils notwendigen Gesundheitsleistung erhalten.

Apropos unkompliziert, da gibt es noch eine andere geläufige Redewendung in Österreich, aus einer oft missverständlich zitierten Rede eines Bundeskanzlers. Es ist kompliziert. Ja warum ist es kompliziert? Der Rechnungshof, der Bundesrechnungshof hat das einmal in

einem Bericht über die Mittelflüsse im Gesundheitswesen im Jahr 2017 hervorragend dargestellt. Wenn Sie ein modernes Kunstwerk für ihre Wand, oder einfach eine Grafik suchen, die wirklich aufzeigt, wie verwirrend und kompliziert die Zuständigkeiten im Gesundheitsbereich sind, dann lesen Sie bitte diesen Rechnungshofbericht und schauen Sie auf die Seiten 38 bis 39. Da ist das in einer Grafik dargestellt. Wie gesagt, es könnte auch ein modernes Kunstwerk sein.

Vom Bund, der schon angesprochen worden ist, über die Länder, die ich besonders erwähne, die eine Kompetenz haben, über die Gemeinden, die mitfinanzieren, in Oberösterreich ganz besonders viel, die Sozialversicherungen, die ja auch nicht nur eine Sozialversicherung ist, sondern wo es viele verschiedene gibt. In Summe, und da hat der Rechnungshof ja zum Beispiel die Gemeinden schon wieder nur als einen Akteur zusammengefasst, sind es über 60 Akteure, die im Jahr rund 40 Milliarden Euro für die Gesundheitsversorgung verteilen.

Und weil das so kompliziert ist, und weil es über all die Jahre immer Herausforderungen gegeben hat und immer auch Mängel aufgetreten sind, hat es auch Reformen gegeben. Zum Beispiel hat man 1997 die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung eingeführt. Was dazu geführt hat, dass Leistungen mit Punkten bemessen wurden, die Sozialversicherung einen gedeckelten Pauschalbetrag zu den Krankenanstalten zahlt und der Abgang in den Krankenanstalten, also das Defizit, alles, was nicht über die Leistungen hereinkommt und über diese Leistungsverrechnung, das zahlen die Länder, oder wiederum auch die Gemeinden, die mitfinanzieren.

Oder 2013 die große Gesundheitsreform, wo man eine Bundeszielsteuerungskommission und Landeszielsteuerungskommission eingerichtet hat, um einerseits Gesundheitsziele festzulegen und an deren Erreichung zu arbeiten, und andererseits, und das war halt im Vordergrund, auch eine Kostendämpfung zu erreichen.

Ja, und die letzte Gesundheitsreform war die sogenannte Fusion der Sozialversicherungen, der Gebietskrankenkassen. Ich meine, ich verhehle ja nicht, ich bin ja nicht unbedingt ein Gegner, dass man manchmal auch Dinge überdenkt, effizienter gestaltet und zusammenlegt, aber bei dieser Fusion hat man eine Patientenmilliarde versprochen. Man hat versprochen, es kommt eine Milliarde Euro mehr Geld auf die Straße, die wir für die Gesundheitsversorgung der Menschen ausgeben können. Herausgekommen sind Mehrkosten von 200 Millionen Euro, das heißt man hat 1,2 Milliarden Euro mit dieser Reform verbrannt, weil es eben keine durchdachte Reform war, weil es einfach nur ein Umfärben von Apparaten war. Und das hat nach einer etwas längeren Nachdenkphase ja mittlerweile sogar unser Landeshauptmann erkannt, wie ich letztlich kürzlich einem Kurier-Interview entnehmen konnte.

So, und darum komme ich zum Schluss unserer Ausführungen, und warum wir auch den Antrag gerne wieder mitgezeichnet haben, auch wiederholt liegt ein Antrag auf dem Tisch, der sagt, wir müssen uns jetzt dringend mit der Gesundheitsversorgung auseinandersetzen, weil wir die Verantwortung haben, weil es nicht mehr sein kann, dass wir einfach nur die heiße Kartoffel immer hin- und herschieben und einmal sagen, wie heute schon bei einer Anfragebeantwortung, ja die Sozialversicherung ist eher schwierig, mit der Ärztekammer arbeiten wir eh bestens zusammen. Ein Landeshauptmann in einem anderen Bundesland sieht das wiederum anders, der sieht halt bei der Ärztekammer viel Verantwortung. Aber um das geht es nicht.

Es braucht, und gerade weil heute der 130. Geburtstag des ruhenden Landeshauptmanns Gleißner ist, und gestern bei der Gedenkveranstaltung der aktuelle Landeshauptmann

Thomas Stelzer dieses Miteinander, das Klima des Miteinanders wieder so heraufbeschworen hat, genau das braucht es jetzt. Es braucht jetzt endlich diesen Schulterchluss, das Miteinander. Es braucht Transparenz und Aufklärung über die Herausforderung. Es braucht das Annehmen der Verantwortung.

Was es inhaltlich braucht, hat die Kollegin Bammer vorhin gesagt. Es braucht also wirklich ein Zusammenkommen aller Stakeholder, und dazu zähle ich nun einmal auch ein respektvolles Anhören und Ernstnehmen aller Landtagsfraktionen dazu, damit wir uns miteinander mit den Herausforderungen auseinandersetzen, die Lösungsansätze diskutieren, am besten in einem Konklave, bis halt dann weißer Rauch aufsteigt und wir einen Kompromiss gefunden haben, der dazu führt, dass nicht alle mit allem zufrieden sind, sondern alle ein bisschen unzufrieden sind. Das ist die Natur eines Kompromisses. Und das braucht es.

Und was es für diese Diskussion dann auch braucht, ist eine ordentliche Grundlage, nicht nur das Zahlenwerk, das wir zur Genüge kennen und diverse theoretische Zielvorstellungen, sondern wir müssen endlich auch einmal wissen, wie empfindet denn die Bevölkerung das alles? Wie empfindet die Bevölkerung die Gesundheitsversorgung? Wo sehen sie Gutes, wo sehen sie die Mängel?

Da gibt es ein gutes Beispiel: der Gesundheitsstadtrat der Stadt Linz hat eine Gesundheitsbefragung initiiert. So etwas wünschen wir uns auch für Oberösterreich. Einen entsprechenden Antrag werden wir heute noch einbringen, nicht dringlich, weil wir mit euch diskutieren wollen, was in dieser Befragung alles abgefragt werden soll. Darum gehört das definitiv in einen Ausschuss.

Also dieses Miteinander, dieses Konklave, das fordern wir ein, um endlich nicht mehr mit dem Finger auf andere Institutionen zu zeigen, sondern alle an einen Tisch holen, miteinander diskutieren und an Lösungen arbeiten.

Zum Schluss, weil das auch schon gekommen ist, die Aufforderung an den Bund, ein Kompliment an die FPÖ, die zeigt, wie es anders gehen kann, am Anfang der heutigen Debatte vier Resolutionen an den Bund, wie wir sie schon kennen. Beim Thema Gesundheit habt ihr gezeigt, man muss das nicht hier immer diskutieren und Resolutionen schicken, es reicht ein Brief an den Gesundheitsminister, den man abschickt, dann sparen wir uns die Zeit für die Dinge hier herinnen, die wichtiger sind zu diskutieren. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zur Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz. Bitte.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Bevor ich mit meiner Rede starte, möchte ich mit einem ganz großen Danke anfangen. Ein Danke an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die trotz der vielen Herausforderungen der letzten schwierigen Jahre, vieler neuer Herausforderungen, immer noch unser Gesundheitssystem in Oberösterreich, die Versorgungssicherheit und die Qualität hochhalten. Danke. (Beifall. Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ja, das Gesundheitssystem zu reformieren ist eine Herkulesaufgabe. Eine Herkulesaufgabe, die sich der Gesundheitsminister auch stellt und auch klar sagt, wo seine Kompetenzen sind und alle an den Tisch holt, weil ich glaube, genau das ist die große Chance, hier einfach Kompetenzen auch zu bekommen und zu verbinden.

Sozialversicherungen sind selbstverwaltet, die Länder, Gemeinden usw. zahlen durch, und wenn man sich dieses eine, ich habe jetzt nicht den Rechnungshofbericht genommen, aber wenn man sich nur den einen Zettel herausnimmt aus dem Gesundheitsfondsbericht (Abgeordnete Schwarz zeigt ein Blatt Papier ins Plenum.) sieht man schon, wie kompliziert nur die Finanzierung im Krankenhausbereich ist. Da rede ich noch gar nicht von allen anderen. Also da hier es zu Veränderungen und zu Transparenz zu bringen, ist sicher eine Notwendigkeit.

Es braucht auch alleine im Fondsbericht acht Seiten, damit man das LKF-System erklärt, also dass wir hier noch Luft nach oben haben, um Verbesserungen zu haben, ist glaube ich allen klar. Dem werden wir uns auch stellen müssen, um eben hier eine weitere Absicherung und Verbesserung der Gesundheitsversorgung langfristig auch zu erreichen und vor allem auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Also was können wir in Oberösterreich machen? Ich nehme mir den stationären Bereich heraus im Krankenhausbereich. Es ist schon angesprochen worden, wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, er wird es eh wahrscheinlich sagen, etwas will bezüglich mehr Studierende, dann muss er bitte nicht nur dem Gesundheitsminister schreiben, sondern dem Bildungsminister. Aber vielleicht kann man dann eh vielleicht noch den Brief kopieren und rüberschicken, wenn das notwendig ist.

Aber was auch ganz wichtig ist, und was wir in den Krankenhäusern machen können, ist, genug Ausbildungsstellen zu schaffen. Ja, die haben wir. Und ich glaube, wo wir einfach auch noch einmal schauen müssen, passen die Ausbildungsstellen zusammen mit dem Stellenplan? Das heißt nicht nur dort abzubilden, sondern wenn jemand ausgebildet ist, darf der noch bleiben und wer neuer dazukommen? Das heißt, wir brauchen hier auch einen Spielraum, damit wir eben genug Ausgebildete, aber auch Neue wieder dazubekommen können. Und ich glaube, hier haben wir Möglichkeiten und sind teilweise auch schon in der Startphase, das umzusetzen.

Ich werde nicht müde, hier vorne von der Akademisierung der Pflege weiter zu reden, weil es ganz entscheidend ist, gerade im akut-stationären Bereich, die Ausbildung im Pflegebereich weiter voranzubringen. Wir dürfen nicht in Österreich das einzige Land sein, wo es keine akademisierte Pflegeausbildung gibt. Die, die jetzt herkommen zu uns, die haben alle eine akademische Ausbildung von anderen Ländern. Warum nicht bei uns?

Und ja, wir müssen natürlich auch die Pflegeassistenz und die Pflegefachassistenz weiterentwickeln und vor allem auch die Kompetenzen weiterentwickeln. Da bin ich vollkommen d'accord. Aber wir dürfen nicht das eine mit dem anderen abtauschen, sondern hier ganz klare Schritte setzen, weil sonst geht es im Team nicht anders, auf Augenhöhe, wenn die Pflege nicht auch genau diese Kompetenz bringt und auch eine Einstufung bekommt, die ihrem Verantwortungsbereich auch klarkommt.

Und ja, ich möchte auch das Thema Pflegegehaltszuschuss ansprechen. Ich weiß, da macht man sich jetzt nicht groß Freunde, und ich weiß, es ist eine Gruppe herausgegriffen worden, für die eine Gruppe ist es zu wenig, und die anderen sagen alle, ich mache das auch, ich möchte auch etwas haben. Und jetzt sollte man nicht auseinanderdividieren und sagen, ja, das war ein Geld vom Bund, was er nicht notwendigerweise geben hätte müssen, und jetzt schauen wir mit der Gewerkschaft zusammen, wie können wir die anderen Berufe genauso besser einstufen, damit alle von diesem Bereich profitieren, denn wir wollen alle, dass jene, die in diesem Bereich arbeiten, eine gute Bezahlung bekommen und eine gute Einstufung.

Das muss unser Ziel sein. Vor allem gerade dort, wo wir multiprofessionelle Teams haben. Wir haben Teams, wo einfach mehr Gruppen zusammenarbeiten müssen, und genau da braucht es auch neue Möglichkeiten der Einstufung. Und ich glaube, weil Peter Csar noch bei der Tür steht zum Rausgehen, ich glaube da sind wir auch gefordert mit der Einreichungsverordnung, mit all diesen Dingen. Wie können wir das auf bessere Füße stellen, damit wir eben hier wirklich diese Teams in den Krankenhäusern, aber auch in anderen Bereichen abdecken können?

Ein Wort zu den Ambulanzen. Es ist heute schon gesprochen worden von einer speziellen Ambulanz. Wir müssen einerseits die Ambulanzen ein Stück weit zurückfahren. Nur dort, wo es Schwerpunkte braucht, die müssen wir steigern. Und eines, und es war schon die spannende Veranstaltung auch, die du eingeleitet hast mit der Psychiatrie und psychiatrischen Versorgung, hier stärker noch die Ambulanzen auszubauen, dass man mit den gleichen Köpfen, die man hat an Fachpersonal, vielleicht mehr Leute in kürzerer Zeit auch sehr niederschwellig versorgen kann, um eben wirklich schwere Fälle zu vermeiden. Und hier braucht es auch regional viel mehr Ausbildung. Nicht nur mehr niedergelassene Psychiater und Psychiaterinnen, sondern einfach insgesamt ein Neudenken auch dieser Strukturen, damit wir gerade Jugendliche in der Psychiatrie abfangen können und sie nicht dort im Regen stehen lassen.

Ein zweiter Bereich ist ganz spannend, nämlich auch mit dem niedergelassenen Bereich. Und hier braucht es, das kann nicht die Politik, und schon gar nicht der Minister alleine entscheiden, die Zusammenarbeit zwischen den Versicherungen, zwischen der Ärztekammer. Und was das gerade heißt, wissen wir an allen Ecken und Enden. Es ist nicht immer ganz einfach, mit einer sehr guten beruflichen Vertretung zu verhandeln. Aber das ist entscheidend, weil die müssen ja auch nachher das ausüben. Wir brauchen hier mit der Politik gemeinsam Wege, wie können wir die regionale Versorgung sichern? Wie können wir die Medikamentenversorgung sichern, abgesehen von dem, dass jetzt manche vergriffen sind, sondern Apotheken, Hausapotheken, Ärztinnen und Ärzte? Wie können wir einen Honorierungskatalog so aufstellen, nämlich eine Finanzierung davon, wo wirklich alle in der Region sagen, ja genau, mit diesen Voraussetzungen mache ich auch eine Praxis auf.

Und wir sehen eigentlich, und das ist einfach ein ganz ein wichtiger Punkt, wir sehen, dass gerade die PVE, PVZ, Primärversorgungszentren, Primärversorgungseinheiten ein möglicher Weg sind, neben den freiberuflich tätigen Ärztinnen und Ärzten. Und auch dort merkt man, dass das Zusammenspiel von mehreren Berufen eigentlich die Qualität sichert. Dort gibt es Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die nicht nur rein das Medizinische machen, sondern auch einen anderen Bereich anschauen. Und hier glaube ich, haben wir auch noch in der Zukunft viele Möglichkeiten.

Und ich möchte auch eine Lanze, verzeiht mir das bitte, für den Berufsverband der Arzthelfer/innen und Arztassistenten, OrdinationsassistentInnen brechen, auch hier braucht es eine Weiterentwicklung der Ausbildung. Ich weiß, das ist da herinnen nicht die richtige Stelle, aber ich möchte einfach auch das hier deponieren, wir haben tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Praxen. Die kann man auch einsetzen im Krankenhaus, ist momentan noch nicht möglich, aber genau hier müssen wir dranbleiben, um eben die verbesserte Versorgung zu gewährleisten.

Was der Gesundheitsminister, das Gesundheitsministerium, damals noch unter Gesundheitsminister Mückstein, eben angestoßen hat, mit den EU-Geldern, ja das ist einmal eine befristete Finanzierung der Community Nurses. Aber die machen genau das, was wir

brauchen, was wir heute schon so viel geredet haben. Es geht um eine Gesundheitsförderung, um eine Prävention, gemeinsam hinzuschauen, sehr gemeindenah, da schaue ich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an, weil das einfach genau der Punkt ist, dort auch die Schnittstelle zu haben, was braucht es an Sozialstrukturen? Und das Social Breeze Driving, was wir in Österreich erst anfangen, das heißt der Arzt verschreibt auch Gesundheitsleistungen, Sozialleistungen, einmal eine Turnrunde, einen Ernährungsworkshop, und solche Sachen. Genau das passiert auf der Gemeindeebene.

Dazu, und da gibt es eine Finanzierung, danke auch dafür, dass da jetzt eine gemeinsame Finanzierung zustande gekommen ist zwischen Kassa, Bund und Land, weil man hier genau auch sieht, es braucht in der Region, wenn wir das schaffen, dass wir die Community Nurses und im zweiten Punkt die School Nurses wirklich so attraktiv machen, damit wir genau dort auch genügend Personal vor Ort haben, dann können wir so viele Menschen abfangen, die nicht ins Krankenhaus und auch nicht zum Arzt müssen und dort auch Gesundheitskompetenz bekommen. Wenn ich das Gefühl habe, ich bekomme in einem Gesundheitszentrum auch die Unterstützung, wenn ich dort anrufe, dann kann ich mich zurücklehnen und auf einen hausärztlichen Notdienst warten, und ich muss nicht sofort in eine Ambulanz rennen. Genau das kann das alles abdecken. Das ist meine Leidenschaft, und ihr merkt es auch selber, das ist das, wo ich weiß, da können wir etwas machen, und da müssen wir nicht warten, dass irgendwer etwas sagt.

Das sind Sachen, die müssen wir angehen. Da geht es um Finanzierung. Unterm Strich ist eine vorbeugende Behandlung viel besser, ein niederschwelliges Beratungsangebot, eine Gesundheitskompetenz zu entwickeln in den Schulen, in den Kindergärten. Das sind die Zukunftspläne. Da haben wir genau die Hebel in der Hand, wo wir die Bevölkerung mit Gesundheitskompetenz einfach auch gesund erhalten. Es geht nicht darum, die beste Versorgung zu bringen, wenn es soweit ist, sondern ganz viel wichtiger ist, genau diese Versorgung vorher zu machen, damit weniger Leute krank werden, damit wir mehr gesunde Lebensjahre haben, denn das bringt uns allen etwas. Das wollen wir auch in Oberösterreich, in Österreich, daher ein Ja zum Gesundheitssystem.

Es braucht noch für bestimmte Zielgruppen neue Herangehensweisen und da wird meine Kollegin die restliche Zeit nutzen, die doch noch einiges ist. Danke für euer Zuhören, weil ich merke, es sind alle dabei. Das freut mich. Das Gesundheitssystem können wir auch in Oberösterreich weiterhin gut gestalten. Miteinander geht es besser als gegeneinander. Danke!

Dritter Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich Abgeordneter Häusler das Wort.

Abg. **Häusler, BSc:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Menschen im hohen Landtag, liebe Regierungsmitglieder, liebe Menschen auf der Galerie und vor allem auch liebe Menschen zuhause an den Bildschirmen! Nutzen wir diese aktuelle Stunde einmal, um die grundlegende Aussage über die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich zu reflektieren. Aufgabe der Gesundheitsversorgung ist ja, die Gesundheit zu erhalten, zu fördern und, im Falle einer Erkrankung, sie wieder herzustellen. Die Gesundheitsversorgung wird von Angehörigen der Gesundheitsberufe und verwandten Gesundheitsbereichen erbracht. Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Hebammenkunde, Krankenpflege, Optometrie, Audiologie, Psychologie, Ergotherapie, Physiotherapie, Sporttraining und andere Gesundheitsberufe bilden alle die Gesundheitsversorgung. Es umfasst Arbeiten in der Primärversorgung, Sekundärversorgung und Tertiärversorgung sowie im öffentlichen Gesundheitswesen.

Ich glaube, dieser Kernaussage würden bestimmt 99 Prozent der Anwesenden zustimmen. Oder? Ja! Das ist nämlich auch das, was uns zeigt, warum wir in unserer Gesellschaft in Sachen Gesundheit in der derzeitigen Lage sind. Wo bleibt der Mensch in diesem ganzen Konstrukt? Heute ist es ein paar Mal gefallen, die Kollegin der NEOS, die jetzt nicht anwesend ist, bezeichnet den Menschen in dem System ohnehin pauschal als Patienten. Das möchte ich auf keinem Fall unterstützen. Alleine dieses Wortspiel, gleich den Menschen als Patienten zu bezeichnen, wissen wir, wo das hinführt, das heißt automatisch ist man pathologisch. Wir sprechen und wir hören von Maßnahmen und von ausführenden Stellen. Der einzige, der nie erwähnt wird, ist der Mensch. Da ist es komplett egal, um was es geht, es ist egal, ob es um den regionalen Strukturplan oder das Thema Community Nurse geht, auf das ich später noch ganz kurz eingehen möchte.

Der Mensch wird und wurde in diesem Gesundheitsversorgungssystem zum handlungsunfähigen Objekt erzogen. Dem müssen wir ins Auge schauen. Hier wird sich sicher der eine oder andere die Frage stellen, warum sollte der Gesetzgeber so etwas zulassen? Das kann ja sicher nicht die staatliche Einstellung von einer Gesundheitsversorgung sein. Die Antwort darauf ist ganz klar, und die dürfte auf der Hand liegen, Krankheit ist ein Geschäft. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein Zufall, sondern wie auch in ganz vielen anderen Bereichen des Lebens geht es immer wieder um das Gleiche, um den Konditionierungsmechanismus. Die Urheber dieser Schieflage sind gewinnorientierte Unternehmen.

Krankheit ist ein Geschäft für die beteiligten Lobbyisten. Uns ist alles klar, gesundheitspolitische Entscheidungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Menschen, sondern auf die wirtschaftliche Situation einer Vielzahl von Unternehmen und Einrichtungen der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Das darf ich als bekennende Verschwörungstheoretikerin, glaube ich, behaupten. Darum habe ich es in dieser Causa so offen angesprochen.

Somit hätten wir das jetzt einmal gesagt. Alle anderen Argumente, die hier schon gefallen sind, die sind ganz einfach nur ein Resultat von einem zugrundeliegenden Ursprungsproblem. Beleuchten wir es einmal. Wir haben es gerade vorhin gehört mit den Arzneimittelengpässen, Beispiel Pharmedia. Das beste Beispiel ist die Weltgesundheitsorganisation, die seit Jahren eine massive Verschwendungssucht betreibt und mit einer derartigen Inkompetenz de facto von der Pharmaindustrie finanziert wird. Wäre diese Institution nämlich tatsächlich an unserer Gesundheit interessiert, würde sie nämlich entsprechend ihrem Auftrag auch gegen die massiven Marketingstrategien der diversen Hersteller von Junk-Food vorgehen, die uns Produkte verkaufen, die im Prinzip aus Zucker, Salz und Fett bestehen.

Das macht sie nicht. Ganz einfach, sie würde am eigenen Ast sägen, auf dem sie sitzt. Nahrungsmittelkonzerne sorgen nämlich dafür, dass Übergewicht, Gefäßkrankheiten und Diabetes sich auf der ganzen Welt massiv ausbreiten und im Anschluss an diese Verbreitung dieser Krankheit kann die Pharmaindustrie gewinnbringend die Lösung dann verkaufen. Also die Eroberung der WHO durch Konzerne und Stiftungen ermöglicht nämlich auf diese Art und Weise einen doppelten Profit, einmal bei der Verursachung der Krankheit und dann bei der Behandlung, ein Beispiel ist Prävention und Gesundheitskompetenz. Der Begriff Prävention ist laut Definition eine zielgerichtete Maßnahme und Aktivität, um Krankheiten und gesundheitliche Schädigungen zu vermeiden, das Risiko einer Erkrankung zu verhindern oder ihr Auftreten zu verzögern. Sie können sich sicher vorstellen, was bei mir beispielsweise persönlich überhaupt das Wort Maßnahmen auslöst. Das ist eine von außen aufgedrückte Meinung, die das Denken behindert und den Menschen wieder einmal zum Objekt macht. Was

stirbt am Ende des Tages? Die Fähigkeit zur Selbstwirksamkeit. Da hat Kollegin Bammer einen ganz netten Satz gesagt: Wenn wir unseren Kindern schon zeigen, wo sie mit ihrem Aua hingehen sollen, zum Doktor anscheinend. Eine ganz lustige Aussage, die ich jetzt einfach einmal so stehen lasse.

Unser Gesundheitsressort in Oberösterreich plant in den kommenden Jahren als Ziel Nummer Eins die Prävention in Angriff zu nehmen. Du, liebe Gesundheitslandesrätin, hast ja in einer letzten Presseaussendung dazu gesagt: Gute Information und Kommunikation sind wichtig, um richtige Entscheidungen für die eigene Gesundheit treffen zu können. Da beißt sich der Satz sowieso schon in sich, denn wer gibt Information, wer kommuniziert sie und wer trifft am Ende die Entscheidung? Das heißt, da sind wir schon wieder in der Schleife drinnen, was wird medial propagiert und wo ist der Mensch dann in seiner Eigenständigkeit wieder daheim? Das beweist auch die ansteigende Anzahl unserer Wohlstandskrankheiten, die ja praktisch der Indikator dafür sind, dass die vielen, vielen Präventionskonzepte in den letzten Jahren ohnehin nicht gefruchtet haben.

Wohl gemeinte Projekte, wir kennen sie alle, die Gesunde Gemeinde, Gesunder Kindergarten, Gesunde Krabbelstube, die schlagen alle ins Leere, denn sonst hätten wir nicht wieder die nicht gesunden Lebensjahre. Ebenso rühmt man sich mit einer ganz tollen Präventionsmaßnahme. Zusätzliche, ausufernde Mittel werden bereitgestellt für diverse Impfkampagnen, am besten quer durch die zahlreichen Erregerfamilien. Wir sehen es an den Zahlen, auch das macht unsere Spitäler nicht leer von Infektpatienten. Wieder dasselbe, Konditionierung, das Volk wird aus der Eigenverantwortung entbunden, der Mensch ist zum Objekt geworden und nicht aufgefordert, aus seinem Inneren heraus seinen eigenen Gesundheitszustand zu reflektieren. Das ist eine ganz klare Trennung von Körper, Geist und Seele in eine dualistische Maschinenmedizin. Ähnliches natürlich gilt auch mit der Verknüpfung psychischer Krankheiten.

Trotzdem, alle Jahre wieder, die Politik spricht von Maßnahmen und Projekten. Die meisten dieser Projekte bieten ein Produkt an, die Kollegin Schwarz hat es gerade vorhin erwähnt, medizinische Interventionen, Prävention auf Krankenschein, das heißt, wir stecken wieder irgendwo die E-Card hinein, das heißt, das ist auch schon ein Produkt. Jetzt ist sogar Gesundsein schon ein Produkt. Diese Dinge werden nämlich die Menschen bei uns nicht verändern, denn wir sprechen immer wieder von der Gesundheitskompetenz und von der Eigenverantwortung. So wird das nicht funktionieren, denn die Menschen sind dann vom Konsum geprägt und glauben wieder, sie müssen wohin gehen und die Lösung erfahren.

Zu guter Letzt bleibt es nicht erspart, dass ich auch das Thema Fachkräftemangel und die Pflegekrise anspreche. Für die Menschen im Gesundheitswesen hat das Land Oberösterreich satte 116 Millionen Euro im aktuellen Gehaltsabschluss reserviert. Wobei in Anbetracht der steigenden Lebenserhaltungskosten diese 7,32 Prozent ja ohnehin nur ein Kostenausgleich sind, eine ähnliche Enttäuschung wie der Pflegebonus von der Bundesregierung. Leider lässt sich die fehlende, mangelnde Wertschätzung auch nicht mit Geld kaufen. Das müsste uns klar sein. Ich darf mich auf diesem Weg ganz herzlich bei unseren Pflegekräften und bei unseren Fachkräften im Gesundheitswesen bedanken, dass sie trotz dieser bundesweiten Farce weiter an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind und diese wertvolle Arbeit trotzdem für unsere Gesellschaft machen.

Was braucht es aus unserer Sicht? Es braucht endlich eine ordentliche interdisziplinäre Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Es braucht vor allem auch optimale Unterstützung für das leitende Personal in der Pflege und auch im Gesundheitswesen. Es braucht ordentliche

Ausbildung auch zum Thema Teamführung. Das Ganze würde das Arbeitsklima stärken und auch das ganze Team in der Herausforderung enorm unterstützen. Sie kennen unsere Forderungen zum Thema Pflege, die sind allen bekannt, vor allen Dingen der unschätzbare Wert der häuslichen Pflege, weil so lange wir die Leute daheim pflegen können, werden sie die massiven Kosten im Gesundheitswesen erst gar nicht verursachen.

Gebt der Pflege die Eigenverantwortung zurück! Unsere Pflegekräfte sind auch ohne Stakeholder Profis in ihrem Bereich. Also Pflege von Mensch zu Mensch in kleinen kommunalen Gemeinschaften und Netzwerken, Vernetzung über digitale Plattformen für freiberufliche Pflegekräfte, damit sie direkt gleich an den zu pflegenden Menschen kommen, ordentliche Abrechnungsmöglichkeiten für unsere freiberuflichen Pflegekräfte, damit sich das Pflegen auch lohnt und kostenlose Fortbildungen, um das wirtschaftliche Know-how, das es braucht, auch vermitteln zu können.

Dann sind wir ganz kurz noch bei dem Thema Community Nurses. Die Projekte haben wir in einer langen schriftlichen Anfrage einmal versucht zu eruieren, wie da der Status in Oberösterreich ist. Leider ist uns die lange schriftliche Anfrage zurückgeschmissen worden. Es wäre interessant, wie diese Ressourcen bei uns in Oberösterreich laufen und entsprechend wären die Informationen auch interessant. Aber, ist ja nicht Sache dieses Landes!

Nachdem ich in der heutigen aktuellen Stunde nicht noch weiter in die gleichen offenen bekannten Wunden schlagen möchte, darf ich mit einem Zitat schließen: Füttere nicht weiter die Krankheit, dann hast du eine gute Chance, wieder gesund zu werden. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste ist Abgeordnete Elisabeth Manhal am Wort.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Sehr geehrter Präsident, gute Besserung, geschätzte Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen, schön, dass auch wieder ein Vertreter der NEOS im Raum ist, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Wir sind nur zwei Leute, wie du weißt!“) Die Gesundheit aller Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher liegt uns am Herzen. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land gesund leben können. Das bedeutet für uns, die Versorgung stark zu halten und die Vorsorge zu stärken. Das bedeutet, gemeinsam konstruktiv nach Lösungen zu suchen und diese auch umzusetzen, denn auf Oberösterreich ist auch in der Gesundheitsversorgung Verlass.

Wenn die NEOS ein ernsthaftes Interesse an einem inhaltlichen, konstruktiven Diskurs hätten, hätten sie ihre Überlegungen zum Beispiel bei dem von Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander initiierten Austausch der Gesundheitssprecher mit den Spitzen der Gesundheitsdirektion darlegen können. Kollegin Bammer war bei diesem Termin zwar anwesend, im Gegensatz etwa zum Kollegen Binder, an besondere Inputs kann ich mich aber nicht erinnern. Dort wäre der Platz für Vorschläge, dort wäre der Platz für Ideen und Forderungen gewesen. Offenbar hat man aber ganz bewusst einen anderen Weg gewählt.

Die Gesundheitspolitik ist ein ganz besonders sensibler Bereich, und er ist denkwürdig schlecht für flotte Schlagzeilen und schnelle Sager geeignet. Unser Gesundheitssystem ist weder ein Notfallpatient, unser Gesundheitssystem wird uns auch nicht wegsterben.

Ja, es gibt Herausforderungen im Gesundheitsbereich, wie in vielen anderen Bereichen auch. Ich denke etwa an den Anstieg an chronischen Erkrankungen, die demografische Entwicklung, jene am Arbeitsmarkt. Als Verantwortungsträger im Land schließen wir davor nicht die Augen.

Wir brauchen aber keinen Befund der NEOS und keine medialen Zurufe, damit wir tätig werden. Das ist nämlich schon längst im Laufen und passiert permanent. Gemeinsam mit Experten und den Systempartnern wird ständig an Optimierungen und Lösungen gearbeitet. Im Rahmen unserer Zuständigkeiten, die nicht den niedergelassenen Bereich inkludieren, und auch darüber hinaus, Stichwort Primärversorgungseinrichtungen, Stichwort initiativ gesund werden, wo bin ich richtig, Stichwort Gesundes Oberösterreich, Stichwort Ausbau Digitalisierung und Entbürokratisierung. Schließlich haben wir mit der Gründung der Medizinischen Fakultät ein wichtiges Projekt in der Sicherung der Gesundheit geschaffen. Ein Projekt, das die NEOS damals nicht mitgetragen haben. Ein so wichtiges Projekt, weil wir damit den ärztlichen Nachwuchs für unser Land sichern. Gemeinsam mit der Fachhochschule Oberösterreich für Gesundheitsberufe bekämpfen wir den Personalmangel an der Wurzel und produzieren damit Spitzenforschung, Spitzenmedizin und Spitzenpflege aus Oberösterreich für Oberösterreich. Das alles sind Dinge, die bekannt sind, die aber aus taktischen Gründen ausgeblendet und negiert werden.

Die NEOS werfen ja gerne einen Blick in die nordischen Staaten, und den darf ich auch im Gesundheitsbereich empfehlen und darf darum bitten. Dort ist es nämlich common sense, die Gesundheitspolitik aus der Tagespolitik herauszuhalten, weil es in den meisten Fällen dem System, den darin tätigen Menschen und am Ende den zu versorgenden Menschen schadet. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster ist Abgeordneter Froschauer zu Wort gemeldet.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren hier im Saal und an den Bildschirmen! Aktuelle Stunde zum Thema Gesundheit bedarf auch eines Blickes auf die Primärversorgung, auf die Versorgung im ländlichen Raum im Bereich der Allgemeinmedizin als auch auf die Fachärzte. Viele Punkte, die uns hier gemeinsam bewegen, habe ich sehr wohl mitgenommen, wurden bereits aufgelistet, dass es im niedergelassenen Bereich derzeit zu Unzulänglichkeiten kommt und dadurch zu einem vermehrten Ausweichen auf Ambulanzen. Dass bessere Rahmenbedingungen notwendig sind im niedergelassenen Bereich, aber auch Ansätze in der Diskussion, wie von der Landeshauptmann-Stellvertreterin vorgebracht, dass Wahlärzte in die Pflicht genommen werden sollen und müssen. Nicht zuletzt ist das Medizinstudium öffentlich finanziert. Die Einkommen können nicht alleinig dann privatisiert werden. Wir haben ja Beispiele da zu Analogien im Bereich der Rechtsanwälte, also hier sind durchaus denkmögliche Ansätze. Im Bereich der Allgemeinmedizin im ländlichen Raum ist die Politik tätig geworden.

Wenn Kollegin Bammer sagt, nicht verstecken hinter Zuständigkeiten, da müssen wir schon einen Blick drauf werfen, wo ist einmal ex lege die Zuständigkeit gegeben? Die Politik hat diese Schritte gemacht. Primärversorgungszentrum, ich erinnere daran, wir haben im Jahr 2007, 2008 in Perg, damals noch unter dem Stichwort Gesundheitszentrum, ein ähnliches Modell entwickelt, das bis zur damaligen Gesundheitsministerin Dr. Kdolsky hin gedungen ist, die das als sehr interessant und überlegenswert empfunden hat. Heute wissen wir, das ist ein richtiger Weg, und die Politik treibt diesen Prozess voran. In so einem Primärversorgungszentrum ist es möglich, durch modernes Teamwork Flexibilität, Freiheiten zu entwickeln und dadurch auch Menschen, die Bedürfnisse haben hinsichtlich ihrer Zeit, ich denke da nur an Mütter zum Beispiel, die Möglichkeit zu geben, aktiv mitzuwirken. In Österreich haben wir aktuell 36 Primärversorgungszentren und bis zum Ende 2023 sollen es 75 Primärversorgungszentren sein, in Oberösterreich aktuell neun Primärversorgungszentren,

und bis zum Ende 2023 sollen es 13 sein. In der finalen Planung befinden sich etwa Bad Ischl, Schärding, Linz-Süd, Perg oder Vöcklabruck. Oberösterreich ist hier im Spitzenfeld.

Ärztmentoring, Kassenpraxis bereits während des Studiums kennenzulernen. Das sind doch Maßnahmen, um die Allgemeinmedizin attraktiver zu gestalten. Das ist ein Pilotprojekt seit 2019 und seit dem Wintersemester 2022/2023 ein fixer Bestandteil in dieser Ausbildung, und das ist ein gemeinsames Projekt von der ÖGK, vom Land Oberösterreich und von der Ärztekammer.

Die Gesundheitshotline 1450 auch eine Einrichtung, die dazu geeignet ist, ein effektives Tool zu sein, zur Patientenlenkung. Geschultes, diplomiertes Krankenpflegepersonal nimmt die Anrufe entgegen und berät, stellt gezielte Fragen, die medizinwissenschaftlich fundiert sind und gibt Verhaltensempfehlungen ab.

Der HÄND, der hausärztliche Notdienst, auch etwas. Wiederum in Perg erfunden, damals noch unter Leo Pochlatko. Wir wurden gewarnt, und da wurde uns definitiv auch gesagt, ihr seid nicht zuständig dafür von den Zuständigen ex lege. Wir haben trotzdem gesagt, ja, wir wollen diesen hausärztlichen Notdienst etablieren, um Ärztinnen und Ärzte zu entlasten an den Wochenenden, in den Nächten, mit Spitalsärztinnen und -ärzten ein System etabliert. Wir haben die Ärzte, und machen das nach wie vor, hingefahren zu den Kranken. Wir haben eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt, also da zu sagen, die Politik versteckt sich hinter den Zuständigkeiten, Frau Kollege Bammer, halte ich für kühn.

Wir haben dort gehandelt, und dieser HÄND ist beispielgebend. In Oberösterreich mittlerweile 22, und wenn ich den HÄND in Linz dazu nehme, 23 solcher Einrichtungen, Versorgungseinrichtungen für dringlich allgemein medizinische Fälle. Von den Kosten, die da auflaufen, hat das Land Oberösterreich zum Beispiel im Jahr 2021 etwa 4 Millionen Euro übernommen.

Wir sind tätig, wir entwickeln weiter, wir sind Partner im Bereich der Gesundheitsvorsorge, aber das alleinige Lamento, dass wir zu wenig Ärztinnen und Ärzte haben, das gilt für alle Bereiche. Wir haben zu wenig Pflegerinnen und Pfleger. Wir haben zu wenig Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben zu wenig Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Einfaches Rechenbeispiel, die Zeit der Babyboomer-Generation ist vorbei. Es liegt an uns, gemeinsam mit den Institutionen Effizienz zu steigern, gemeinsam mit den Institutionen Potentiale zu erheben. Lasst uns mutig voranschreiten. Es gibt Beispiele, wo wir bereits gehandelt haben in Oberösterreich. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner, bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, hoher Landtag, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ja, der Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik ist wieder ein anderer geworden. In den vergangenen drei Jahren wurde viel diskutiert über Masken, Tests, Lockdowns, über Inzidenzen. Manche Themen sind, zumindestens aus der Öffentlichkeit, ein wenig verschwunden. Schwere Krankheiten, wie Krebs und vor allem die strukturellen Probleme, die es gibt, seit vielen Jahren auch gibt.

Das, was mir ein besonders wichtiges Anliegen und Thema ist, ich komme selber aus einer ländlichen Gemeinde und bin sehr dankbar, dass wir nach wie vor einen Hausarzt haben. Ich

habe sogar den Vorteil, nicht weit von mir persönlich entfernt, aber das ist nicht überall so in Österreich. Dieser klassische Hausarzt, der niedergelassene Arzt, ist der erste Ansprechpartner und irrsinnig wichtig für die Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum, aber natürlich auch im urbanen Raum, aber da ist die Situation natürlich in Linz, Wels, Steyr eine andere als wie im sogenannten flachen Land im positiven Sinne.

Sie alle kennen die Zahlen, was die Kassenarztstellen anbelangt. In Oberösterreich 16 Fachkassenarztstellen sind unbesetzt, 38 allgemeine Medizinkassenarztstellen sind unbesetzt, und auch das Pensionsalter, dürfte ihnen auch bekannt sein, in den kommenden zehn Jahren erreichen 40 Prozent der Ärzte das Pensionsalter. Was ich nun an dieser Stelle erwähnen muss, und das ist mir schon wichtig, weil sehr oft so getan wird, als würde sich die Landespolitik irgendwo verstecken. Mit einem Budget weit über einer Milliarde Euro in Oberösterreich zeigt auch das Land Oberösterreich, dass man die Themen der Gesundheitsversorgung sehr, sehr ernst nimmt, und dass uns das auch etwas wert ist, auch etwas wert sein muss. Die Themen, die uns berühren, die kann das Land Oberösterreich nicht selbstständig lösen.

Der Medizinerangel, insbesondere was das Quotensystem betrifft, Sie alle kennen die überfüllten Hörsäle bei Tests auf den verschiedenen Universitäten, das ist eine Situation, die wir uns nicht selber eingebrockt haben. Hier geht es auch nicht darum, die Verantwortung abzuschieben auf die Europäische Union, aber es muss jedenfalls hier gehandelt werden, und die Europäische Kommission muss auch dazu gedrängt werden. Es muss dazu verhandelt werden, dass diese Quotenregelung geändert wird. Von den 1.700 Medizinstudenten, Sie alle wissen, die Quote, 75 Prozent dürfen einen österreichischen Abschluss, ein österreichisches Maturazeugnis haben.

Da sind die Tests ganz interessant, wenn man weiß, dass es bei ausländischen Studenten zum Teil reicht, nicht einmal zwanzig Prozent der Punkteanzahl zu erreichen, um einen Studienplatz zu erhalten. Auf der anderen Seite wandern Österreicher, junge Österreicher ab in das Ausland, sehr oft in das benachbarte Deutschland, übrigens mit einem hervorragenden Maturazeugnis, haben aber diesen Test nicht bestanden und können aber in Deutschland studieren.

Was auch interessant ist, dass dann manche große Karriere machen und dann in Deutschland oder in anderen Ländern bleiben und nicht zurückkehren. Es gibt ein paar sehr prominente Beispiele dafür, die ich jetzt an dieser Stelle nicht erwähne, aber das sollte man auch einmal wissen, dass auch dieses System einfach nicht passt. Diese Zugangsregelungen sind nicht in Ordnung.

Man darf sich dann auch nicht wundern, dass diese Leute auch abgehen. Viele, die aus Deutschland zu uns kommen, Sie alle kennen die Situation, insbesondere in Innsbruck, die gehen auch wieder zurück nach Deutschland. Nicht nur wegen den Verdienstmöglichkeiten. Das ist nicht alleine der Grund, auch bei den heute jungen Akademikern, dass man sagt, es geht rein um den Verdienst. Es geht um die Rahmenbedingungen, die Medizin ist weiblich geworden, und ich persönlich bewundere alle Medizinerinnen, auch mit einer entsprechenden fachärztlichen Ausbildung, die auch noch eine Familie gründen und das alles miteinander händeln. Das ist eine irrsinnige Verantwortung, und das ist eine irrsinnige Leistung, die hier vollbracht wird von den Medizinerinnen in Österreich, nicht nur in Oberösterreich.

Es ist an der Zeit, dass diese Quote geändert wird, dass sie angehoben wird von 75 Prozent auf 90 Prozent. Ich habe mich gestern schon ein bisschen gewundert, vorgestern, nach einer

Pressekonferenz vom Linzer Gesundheitsstadtrat Raml und von mir, wo auch dem Kollegen Rauch auf Bundesebene, ich darf glaube ich Kollege sagen, weil er war einmal Naturschutzreferent, jetzt traue ich mir das, wo dann sofort gesagt worden ist, nein, das ist alles sinnlos. In einem Handaufwischen hat man gesagt, nein, da braucht man gar nicht verhandeln. Das ist offensichtlich heute der Zugang zur Politik, dass man sagt, das ist alles uninteressant, dafür ist man nicht zuständig, und das probieren wir erst gar nicht. Das darf es nicht sein.

In dieser Frage und auch in vielen anderen Fragen muss man sich mit der Europäischen Kommission anlegen (Beifall), weil es sich hier wirklich um ein nationales Interesse handelt. Jedes Jahr vergeht, jedes Jahr verstreicht und die Mediziner gehen verloren. Dass das alles nicht einfache Lösungen sind oder sein sollten, das ist mir schon klar, einfach ist gar nichts. In diesem Bereich nicht. Auch die Zerspragelung bei der Finanzierung ist etwas, das von freiheitlicher Seite lange thematisiert wird und hinter vor gehaltener Hand, quer durch die politische Zugehörigkeit, wird einem auch recht gegeben. Dieses Herumverschieben von dem niedergelassenen Bereich, von dem Spitalsbereich, wo in Wahrheit dann die Länder das alles mitfinanzieren und verantwortlich sind. Dafür steigen die Kosten beim Land, dafür steigen die Kosten bei den Gemeinden und das ist eine Situation, die ist einfach nicht seriös, und die ist auch nicht tragbar.

Weiters, im 21. Jahrhundert muss es auch einen anderen Zugang geben. Dass Ärzte Ärzte auch anstellen, dass man flexibler wird. Ich finde die Einrichtung von diesen Mehrversorgungszentren und -einheiten, ich halte das für eine gute Idee, aber ich sage gleich vorweg, die allgemeine Lösung ist das auch nicht.

Ich schildere ihnen jetzt aus meinem eigenen Umfeld etwas, etwas Privates, aber so geht es vielen Bürgern in diesem Land. Unser Sohn war über Weihnachten schwer krank, hat gefiebert einige Tage, und meine Frau hat es sich nicht nehmen lassen und hat am 26. Dezember den HÄND kontaktiert und war auch überhaupt kein Problem. Ja, Bub hat Fieber, man fährt zum Arzt. Alles war nicht in meiner Heimatgemeinde, das sag ich gleich vorweg. Ich sage nicht, wer es war, das tue ich nicht. Ich habe gesagt, er hat sicher eitrige Angina. Meine Frau war beim Arzt mit dem Buben. Fieber, ja. Es ist keine Angina, es ist nur ein bisschen belegt und hat ein bestimmtes Medikament verschrieben bekommen. Ich habe gesagt, das hättest du dir sparen können. Wir fahren am 27. Dezember zum Kinderarzt nach Wels. Kinderarzt schaut hinein und sagt, eitrige Angina, völlig logisch, Antibiotikum. Übrigens am 28. Dezember war er schon wieder fröhlich. Die Kinder werden auch schnell gesund, Gott sei Dank.

Übrigens, das ist nicht ein Einzelerlebnis. Diese Erlebnisse haben viele Familien in diesem Land. Es ist mir persönlich auch gleich, ob wir jetzt zehn Minuten länger wo hinfahren müssen oder auch zwanzig Minuten fahren müssen, das ist nicht das Thema, aber man erwartet sich schon als Familienvater oder als Familienmutter, dass zumindest eine richtige Diagnose gestellt wird und dann eine richtige Behandlung erfolgt. Das geht vielen so. Ich werfe niemanden persönlich etwas vor, es ist auch nicht die Politik daran schuld, aber diese Beschwerden häufen sich ganz massiv. Die Unzufriedenheit nimmt auch zu in diesem Land, und zwar nicht in Oberösterreich, in Österreich, reden sie mit den Leuten, reden sie mit den Familien, was da zum Teil passiert. Das ist ein Zustand, der ist absolut untragbar.

Wenn man dann auch über die finanziellen Mittel diskutiert. Das Land Oberösterreich gibt irrsinnig viel Geld aus und deswegen kann man dem Land Oberösterreich keinesfalls vorwerfen, man wäre da untätig oder wie immer. Gesundheit ist uns etwas wert, ist uns viel wert. Wenn man sich die gesamte Bundessituation ansieht in Österreich und man sieht, dass

die gesunden Lebensjahre zurück gehen nach dem letzten Rechnungshofbericht, dann stimmt etwas nicht. Wenn eine über 65-jährige Person durchschnittlich nur mehr 9,75 Jahre gesunde Lebensjahre hat an Erwartung. 2014 waren es noch 11,35 Jahre, da muss man sich schon die Frage stellen, warum ist das so? Unser aller Ziel muss sein, dass man nicht nur älter werden kann, dass man auch gesund älter werden kann, und das ist auch das Problem im Arbeitsleben. Das Hauptthema über 50 Jahre ist nicht die Frage, will ich arbeiten oder will ich länger arbeiten, sondern kann ich länger arbeiten, ist das grundsätzlich überhaupt möglich? Das muss uns wichtig sein, dass hier die gesunden Lebensjahre ganz einfach steigen.

Einfache Lösungen wird es sicherlich nicht geben, die Ausgaben werden sicher steigen in Zukunft, das ist so, und die Frau Kollegin Haberlander hat das ja schon öfters geschildert. Es gibt seltene, aber ganz wichtige Medikamente, die auf einmal irrsinnig viel Geld kosten und gar nicht verfügbar sind. Was uns übrigens auch wieder gezeigt hat, dass das alles nicht so einfach ist und auch nicht Schwarz-Weiß ist.

Glauben Sie es mir, wenn Sie selber davon betroffen sind, ich persönlich nicht, aber ich kenne das auch aus meinem Umfeld, früher aus meinem Arbeitsumfeld, wenn Kinder schwer krank werden, sind bestimmte Behandlungen notwendig, und die kosten irrsinnig viel Geld, dann ist man schon froh und dankbar, wenn dieses Mittel und dieses Medikament auch der Pharmaindustrie, wenn man das einmal sagen darf, ich bin auch kein Freund der Pharmaindustrie, aber ohne Pharmaindustrie ist es auch ein bisschen schwierig, möchte ich dazu sagen. Wenn man Kopfweg hat, ist man auch froh, wenn man eine Kopfwegtablette nehmen kann und wenn man vielleicht nicht mehr Kopfweg hat, um das ganz einfach und primitiv vielleicht auch zu formulieren. Die Welt ist nicht Schwarz-Weiß.

Ich freue mich jedenfalls, dass dieses Thema Gesundheit einen breiten Rahmen einnimmt. Ich freue mich auch darüber, dass es bei uns in der Koalition einen breiten Rahmen einnimmt und dass man hier auch entsprechend tätig wird, aber nur gemeinsam kann man diese Probleme lösen. Der Herr Gesundheitsminister hat ja einige Themen angekündigt, denen er sich näher widmen wird. Ich sehe das einmal grundsätzlich positiv, das sage ich auch gleich einmal vorweg, wenn diskutiert wird über das Ende der zersplitterten Zuständigkeiten. Wenn diskutiert wird über eine einheitliche Finanzierung, wenn ein Fokus gelegt wird auf Prävention, und wenn es auch eine Reform gibt, da werden die Ärztekammern und die Sozialversicherungen schon miteinander vermehrtes Gespräch suchen müssen, weil es ist auch nicht einzusehen, wenn ein Arzt viele Patienten behandelt, dass er, früher hat es geheißen, gedeckelt ist mit den Scheinen, verstehe ich übrigens überhaupt nicht. Wenn jemand mehr Patienten behandelt, wenn er länger seine Ordination offen hat, dann sollte er auch mehr verdienen, weil er mehr arbeitet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich verstehe das überhaupt nicht, warum das so ist. Da denke ich einmal, dass das auch keine Motivation ist, wenn man sagt, ab einer gewissen Zahl von Behandlungen, von Scheinen, dann wird mir das nicht mehr abgegolten. In Wahrheit ist das ein indirekter Gebietsschutz, und da wird man auch einmal intensiv darüber diskutieren müssen, ob das so gescheit ist oder nicht einen anderen Zugang machen sollte.

Abschließend noch einmal, ein Hauptkritikpunkt unsererseits ist das Quotensystem, das bei uns in Österreich vorherrscht und diese Tests meines Erachtens und wenn man sieht, Leute, die echtes Interesse haben, junge Menschen, Medizin zu studieren, wie sich die auf die Tests vorbereiten. Was sagt eigentlich dieser Test aus? Dieser Test sagt eigentlich nur aus, dass ich einen Zugangstest gut lösen kann. Er sagt überhaupt nichts darüber aus, ob wer ein guter Mediziner wird oder nicht, dann sollen die Leute einmal beginnen zum Studieren. Wir sollten

strengere Voraussetzungen daran knüpfen. Irgendwann wird sowieso ausgesiebt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Von diesem Test halte ich relativ wenig, und so könnten wir auch schauen, dass wir junge Leute wieder vermehrt in Österreich zum Studium bringen, nämlich Österreicher, die dann auch dableiben und die dann entsprechend unsere gesundheitliche Versorgung sicherstellen. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster darf ich Frau Abgeordneter Gabriele Knauseder das Wort erteilen.

Abg. Knauseder, MSc: Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, liebe Zuhörer/innen! Seit Jahren weisen ExpertInnen darauf hin, dass die Patientenversorgung in österreichischen Krankenhäusern und Pflegeheimen an ihre Grenzen gerät. Auch in anderen Ländern ist das ein Problem.

Diese Entwicklung hat inzwischen einen kritischen Punkt erreicht, wie wir wissen. Es geht allerdings um viel mehr als Personalknappheit in den Gesundheitsberufen. Im Rahmen des Budgetlandtags habe ich über die Missed-Nursing-Care Studie gesprochen. Diese Studie liefert erstmals eine wissenschaftlich fundierte Datenlage über die Zustände in unseren Pflegeeinrichtungen im Zusammenhang mit der direkten Patientenversorgung.

Zur Erinnerung darf ich nochmals die Definition zitieren. Missed-Nursing-Care bezeichnet das wiederholte Weglassen von grundsätzlich notwendiger pflegerischer Versorgung, wiederkehrend bei den alltäglichen Routinen und Arbeitsprozessen auf Allgemeinstationen im Krankenhaus. Notfallsituationen sind also ausgenommen. 84 Prozent der Teilnehmer/innen haben angegeben, in den letzten zwei Wochen vor der Befragung mindestens eine Pfl egetätigkeit weggelassen beziehungsweise für Patient/innen nachteilig verzögert durchgeführt zu haben. Nicht selten führt dies zu gehäuft auftretenden Komplikationen, wie zum Beispiel mehr Stürze, erhöhte Cubitus-Rate, höhere Infektionsrate etc.

Diese Situation mindert nicht nur die Qualität der Patientenversorgung und Patientensicherheit, sondern führt häufig zu Frustration und Unzufriedenheit auf Seiten des Pflegepersonals und letztendlich zum Wunsch, den Beruf vorzeitig zu verlassen. Es fehlt einfach die Zeit für die ureigenste Aufgabe der Pflege, nämlich sich um die Menschen zu kümmern.

Wir haben in Österreich circa 60 Prozent mehr Krankenhausaufenthalte als der EU-Durchschnitt, aber wir haben nicht 60 Prozent mehr Personal. Deswegen ist die Zahl der Patienten pro Spitalsmitarbeiter sehr hoch und damit die Zeit pro Patienten zu wenig. Die Geburtenrate sinkt. Menschen leben aufgrund des medizinischen Fortschrittes länger, wenn auch nicht immer gesünder. Doch auch bei all jenen, die jetzt im Gesundheitsberuf arbeiten, schlägt die Demografie zu. Rund 30 Prozent des gesamten Personals in den Gesundheits- und Sozialberufen sind derzeit älter als 50 Jahre. Es wird also immer schwieriger, die Abgänge zu besetzen. Wir befinden uns in einem negativen Kreislauf. Zuwenig Personal in den Spitälern führt zur massiven Arbeitsverdichtung für die vorhandenen Pflegekräfte. Die durchschnittliche Belegdauer verlängert sich, weil zum Beispiel keine zeitgerechte Insulinschulung möglich ist oder keine Zeit für das Angehörigengespräch vor der Entlassung bleibt.

Im Pflegeheim fehlt das Personal, Betten stehen leer. Es sind zu wenig Ressourcen für ausreichende Mobilisation und spezielle Therapien oder Wundversorgung zum Beispiel verfügbar. Und so kommen die PatientInnen wieder zurück ins Krankenhaus. Drehtüreffekt, ein Teufelskreis.

Lange Wartezeiten in Ambulanzen aufgrund fehlender Ärzte im niedergelassenen Bereich verstärken die Situation zusätzlich. Die Verfügbarkeit an quantitativ und qualitativ angemessenem Pflegepersonalressourcen ist der zentrale Einflussfaktor auf die Versorgungsqualität im Krankenhaus, in den Pflegeheimen und auch in der mobilen Pflege. Für die Zukunftssicherung des Gesundheitswesens ist die Sicherstellung des personellen Nachwuchses aller Berufsgruppen essentiell. Das beginnt bei zeitgemäßen Ausbildungsstrukturen, damit verbunden auch die Kompetenzerweiterung einzelner Berufsbilder.

Wichtig sind mir in diesem Zusammenhang auch die Assistenzberufe. Also erst gestern hatte ich ein Gespräch mit einem jungen Mann, der in den letzten Sommerferien ein Ferialpraktikum in einem Pflegeheim gemacht hat und gerne auch an den Wochenenden manchmal im Heim mitarbeiten möchte. Finden wir einen Weg, jungen Menschen auch auf diesem Weg den Einstieg in die Gesundheitsberufe zu ermöglichen. Wir müssen einfach hier alle Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Inzwischen sind einige Maßnahmen der Bundespflegereform angelaufen. Mit Spannung erwarten wir in Oberösterreich auch erste Erkenntnisse aus der eingeleiteten Fachkräftestrategie Pflege. Unsere Fachkräfte hoffen auf sehr rasch wirksame, spürbare und nachhaltige Lösungen. Ein oberösterreichischer Pflegebonus für alle Gesundheitsberufe, wie in einem unserer Anträge vorgeschlagen, wäre eine Möglichkeit gewesen.

Aktuell dominieren wieder andere Themen die Tagespolitik. Wir müssen uns allerdings weiterhin gemeinsam offen und ehrlich um Lösungswege für eine tiefgreifende Umstrukturierung im Gesundheits- und Pflegebereich bemühen. Die 500 Millionen Euro, die im Rahmen der Kassenzusammenlegung aus Oberösterreich abgezogen wurden, hätten wir dazu sehr gut verwenden können. (Beifall)

Es braucht ein breites Verständnis für das Image der Pflege, dafür, was Pflege ist und was Pflege leistet, um das Recht auf Behandlung und Pflege in Zukunft weiterhin zu bewahren und bestmöglich zu erreichen. Und ich schließe mit einem Zitat von Andy Warhol: Man sagt, die Zeit würde Dinge ändern, aber in Wirklichkeit müssen wir es selbst tun. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Christian Mader.

Abg. Bgm. **Mader:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher hier und zu Hause! Die Gemeinden wurden schon angesprochen, und das ist richtig, denn unsere Gemeinden sichern nicht nur den Zusammenhalt und das Miteinander, sondern auch die Gesundheit. Auch wenn die Gesundheitsagenden nicht im direkten Aufgabenbereich der Gemeinden liegen, ist es aber trotzdem die Art und Weise, wie autonom oder auch im Auftrag verantwortete Wirkungsbereiche umgesetzt werden und so direkt auch die Lebensqualität unserer Bürger beeinflussen, und das nicht nur in den letzten Jahren der Pandemie.

Als Gestalter lokaler Lebenswelten sind Gemeinden für die Stärkung der Gesundheitskompetenz der oberösterreichischen Bevölkerung unverzichtbarer Partner und wichtiger Ansatzpunkt. Sie sind Lebensräume, Arbeitswelten, Orte des sozialen Zusammenlebens. Damit können sie maßgeblich dazu beitragen, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu steigern.

Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nehmen in ihren Gemeinden und Städten eine besondere Rolle ein. Sie stehen in einem Spannungsfeld der Politik, den Bedürfnissen der Bevölkerung und ihren eigenen Bedürfnissen. Bei der Entscheidung über die Umsetzung von regionalen Gesundheitsförderungsprojekten haben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine Schlüsselposition inne.

Wir haben schon von den Primärversorgungszentren gehört, auch natürlich in den Sozialhilfeverbänden dreht sich vieles um Gesundheit, aber natürlich auch, wenn es darum geht, die ärztliche Versorgung vor Ort zu sichern. Nur ein kleines Beispiel. Wir haben gerade ein größeres Projekt bei uns in der Region, und die Standortgemeinde hat sich dazu entschieden, eine Ordination zu bauen, um endlich einmal dieses Henne-Ei-Problem zu lösen. Was war zuerst da, die Ordination oder der Hausarzt selbst? Man ist auf der Suche. Obwohl das Projekt erst nächstes Jahr fertig wird, ist seit zwei Wochen die Arztstelle ausgeschrieben. Also hier nehmen Gemeinden wirklich ihre Verantwortung wahr.

Und das Thema Gesundheit und Vorsorge muss auch dort behandelt werden, wo die Menschen aufwachsen, wo sie leben und wo sie ihren Alltag verbringen, und das vor allem rasch und unkompliziert, vor allem auch bei der Information. Und da vor allem sind auch die regionalen Angebote der Gesunden Gemeinde dafür sehr ideal, um die Oberöreicherinnen und Oberöreicher dort zu informieren, wo sie (Dritter Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Mader, bitte den Gesprächspegel ein bisserl reduzieren im Saal! Danke!“) daheim sind und gleichzeitig bei eben gemeinsamen Erlebnissen Erfahrungen im Zusammenhang mit den Gesundheitsthemen zu ermöglichen. Und deshalb waren und sind die Gesunden Gemeinden aus dem Gesundheitsland Oberösterreich nicht mehr wegzudenken.

Dabei ist es wie in so vielen Bereichen bei uns in der Gesellschaft, ohne das Engagement dieser ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre vieles im öffentlichen Leben nicht möglich, und daher gilt für diesen Einsatz und für dieses Miteinander natürlich auch unser allergrößter Dank. Das heißt, unser Land und unsere Gemeinden arbeiten hier für ein Ziel, dass die Menschen bei uns gesund und gut leben können, heute und bis ins hohe Alter. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Kirchmayr bitte!

Abg. Mag. Kirchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauer auf der Tribüne und auf der Galerie! Unser Ziel ist es, Kinderland Nummer eins zu werden, und das heißt für unsere Jüngsten, gesund von klein auf. Was gehört eigentlich zur Kindergesundheit? Gibt es Ideen? Emotionale Fürsorge, Geborgenheit, Sicherheit, ausgewogene, gesunde Ernährung oder auch kindgerechte Förderung, regelmäßige Bewegung und Gesundheitsvorsorge, ja Vorsorge für unsere Kinder, für unsere Gesundheit.

Und da kommt das Land Oberösterreich ins Spiel. Und da möchte ich mich gleich einmal vorweg bei unserer Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander bedanken, nämlich für die Angebote, die geschaffen werden, um genau das hoch zu halten, wovon ich gerade gesprochen habe, nämlich die Kindergesundheit. Die beginnt bei der Gesunden Krabbelstube, beim Gesunden Kindergarten, aber auch bei der Gesunden Schule. Gesundheitsförderung im Alltag, in den Schulen, in den Kindergärten, in den Krabbelstuben verankert.

Weiters nenne ich unsere Vorsorge, unsere Vorsorgeimpfungen. Ich erwähne hier zum einen die Mutter-Kind-Pass-Impfungen, aber auch die Gratisimpfung gegen den HPV-Virus. Und ich spreche absichtlich noch einmal vom Eltern-Kind-Pass, vom damaligen Mutter-Kind-Pass, der ja Vorsorgeuntersuchung für unsere Jüngsten par excellence ist, muss man ehrlich gestehen.

Sehr geehrten Damen und Herren, Gesundheit für unsere Jüngsten ist kein Zweck, sondern die wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und ich glaube, darüber sind wir uns einig, Vorsorge ist keine Einbahnstraße, denn als Land Oberösterreich sehen wir uns als Partner der Eltern, denn nur gemeinsam können wir für unsere Jüngsten vorsorgen. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Florian Grünberger bitte!

Abg. **Grünberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie und an den Bildschirmen! Wir Unternehmer sind an der Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr interessiert. Zufriedene und motivierte Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte schlagen sich in einer Verbesserung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit sowie in weniger Krankenständen und Fluktuation nieder.

In vielen Bereichen können Unternehmen gesunde Arbeitsverhältnisse und eine menschengerechte Arbeit mitgestalten, das Ziel, Gesundheit und Wohlbefinden im Berufsleben bis zur Pension und darüber hinaus zu erhalten.

Die gute Nachricht, in den letzten 20 Jahren ging die Zahl der Arbeitsunfälle stark zurück. Trotz dieser erfreulichen Entwicklungen erleiden jedes Jahr Menschen bei ihrer Arbeit Unfälle oder es wird eine Berufskrankheit festgestellt. Die Arbeitsinspektorate schützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Maßnahmen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz im Unternehmen.

Um einige Beispiele zu nennen, die Evaluierung von Gefahren und Belastungen am Arbeitsplatz, Schulungen, Unterweisungen und ganz wichtig, die Beratungen und Informationen, die zum großen Teil zur Vermeidung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten beitragen. Auch die AUVA leistet dafür einen sehr wichtigen Beratungsbeitrag und bietet beste Versorgung bei Arbeitsunfällen, die ich auch aus eigener Erfahrung kennengelernt habe.

Es wird oft vergessen, dass bereits kleine Maßnahmen eine große Wirkung auf das Wohlbefinden haben können. Berufstätige können durch bewusstes, gesundheitsförderndes Verhalten selbst dazu beitragen in der Arbeit gesund zu bleiben. Regelmäßige Entspannungspausen für die Augen bei der Bildschirmarbeit, dynamisches Sitzen und gesunde Tipps für Schicht- und Nachtarbeit sind nur einige Möglichkeiten. Betriebliche Gesundheitsförderung ist eine moderne Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Gesundheit zu stärken und das Wohlbefinden von Menschen an ihrem Arbeitsplatz zu verbessern und langfristig zu erhalten. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächster darf ich der Abgeordneten Dagmar Engl das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Engl:** Herzlichen Dank Herr Präsident! Sehr geehrte Zuseher/innen hier auf der Tribüne und zu Hause, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe

Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne, ohne eine Gesundheitsexpertin zu sein, die restlichen Minuten, die uns überbleiben in unserer Fraktion, dafür nutzen, um einen besonderen Aspekt ein bisschen näher auszuleuchten. Wir haben ganz viel über Versorgungssicherheit gerade gehört, und was ich jetzt in der ganzen Debatte fraktionsübergreifend vernommen habe ist, dass dieser Bereich hochsensibel ist, hochwichtig ist, dass das Engagement in allen Fraktionen sehr groß ist, und dass es um ein Miteinander geht. Also das habe ich mir jetzt einmal herausgehört.

Und wenn wir beim Miteinander sind und bei der Versorgungssicherheit, dann bin ich ganz schnell beim Thema Frauenaspekte im medizinischen Bereich. Und ich würde gerne den Fokus ein bisschen auf die Frauengesundheit einerseits lenken als auch auf die Bedingungen, in denen Frauen im Gesundheitsbereich arbeiten.

Und ich habe es mir ein bisschen dreigeteilt, weil wir haben viel gehört von den sogenannten primären Versorgungszentren, die auch in dem Text der aktuellen Stunde genannt werden, und wollte da noch einmal beleuchten, dass die primären Versorgungszentren ja nicht nur eine Versorgung in der Region sicherstellen und ein sehr breites Angebot liefern, sondern insbesondere für Frauen ist das noch einmal zur Potenz sozusagen hochzustellen, weil auch in der Frauenstrategie 2030 widmet sich ja ein Kapitel, das immer weiterentwickelt wurde, dem Ausbau der Primärversorgungszentren in unserem Land. Warum? Weil es für Patientinnen bedeutet, dass sie ein starkes Versorgungsgebiet nahe dem Wohnort haben. Und wenn wir über Frauen sprechen, dann reden wir oft über mangelndere Mobilitätsformen, das zweite Auto, das wir immer thematisieren, das heißt, das ist ganz wichtig.

Es geht aber auch um die Gesundheitsleistungen und zum Beispiel, das haben die Kollegin Manhal und der Kollege Froschauer schon genannt, den Ausbau von digitalen Angeboten, den Teleangeboten in diesem Bereich. Auch da bemühen wir uns sehr, dass wir natürlich einen Ausbau auch auf Bundesebene anregen wollen mit unserem Gesundheitsminister, dem das Thema ein ganz großes ist. Weil warum ist es so wichtig? Nicht nur weil die Digitalisierung und die Bequemlichkeit vielleicht da ist, sondern weil es auch Kapazitäten schont, und auch da haben wir ja heute von Überlastungen gesprochen, und das kann ja nur unser gemeinsamer Wille sein, dass wir diese Belastungen und Überlastungen an allen Ecken und Enden minimieren, um das System so gut wie möglich zu entlasten, das ist ja der Titel.

Bei den Primärversorgungszentren, das wurde auch schon von den Kolleginnen und Kollegen erwähnt, da stehen auch in der Frauenstrategie diese 25 in Oberösterreich drinnen, das ist bis 2025. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, wobei, wir haben jetzt im letzten Jahr wirklich viel erreicht. Also ich bin da sehr positiv gestimmt, dass wir da auch weiterhin im Sinne der Frauen auch ganz besonders in diesem Land an einem Strang ziehen.

Und ich möchte gerne auch noch einmal den Konnex zu, weil es gerade der Kollege vor mir gesagt hat, was die Arbeitsbedingungen anbelangt, Schicht-, Nacharbeit, Arbeitsbedingungen, herstellen. Wenn wir uns den Pflege- und den Gesundheitsbereich anschauen, dann wir wissen wir natürlich, dass der Großteils von Frauen ausgeübt wird. Und da bin ich ganz dabei, nicht nur bei den Gesundheitstipps sozusagen, wie kann ich mich gesund erhalten, ich weiß das selber, ich bin zwar nicht im Gesundheitsbereich tätig, aber seit 27 Jahren in der Nacht- und Schichtarbeit, das ist gar nicht so leicht, dass man da einen Ausgleich findet, und dass man auch die Zeit findet im Management mit allen anderen Aufgaben, die Frauen in ihrem Leben bewältigen müssen. Und darum sind wir da natürlich als Politik und als Gesellschaft auch dafür verantwortlich, dass wir so etwas in allen unseren Kanälen und Möglichkeiten forcieren.

Und dann würde ich mir gern noch einmal die Zeit nehmen, über die sogenannte geschlechtersensible Medizin zu sprechen und die Frauengesundheit. Warum ist das so wichtig und warum ist sie bislang nicht in dem Ausmaß berücksichtigt worden in unserem Gesundheitssystem? Weil uns schlicht und einfach die Daten fehlen. Ich habe ein Buch mitgebracht, ich mache immer gern Buchtipps, es gibt ein sehr schönes Buch, das nennt sich Unsichtbare Frauen und es beschäftigt sich auf allen Ebenen, ob in der Politik, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der medizinischen Forschung mit diesen sogenannten Datenlecks, weil halt zum Beispiel medizinische Studien vorwiegend an Männern durchgeführt werden.

Und die Männer, die sind immer die Norm. Jetzt ist es auch innerhalb der männlichen Gesellschaftshälfte schon schwierig eine Norm zu finden, wenn es um Medikamententestungen oder Arzneimittel geht, aber natürlich, wenn Frauen in diesen Studien überhaupt nicht vorkommen, dann ist es umso schwieriger. Und wir wissen mittlerweile, dass Medikamente anders wirken, wir wissen mittlerweile, dass Impfungen anders wirken. Kollegin Präsidentin Binder, du hast zwar von Impfungen gesprochen, da teile ich nicht alle Ansichten, aber ich möchte den Bogen schließen, dass da schon genau hinzuschauen ist, wie ist die Wirksamkeit von Grippeimpfungen zum Beispiel? Es gibt Überlegungen, wirklich, Grippeimpfstoffe zu entwickeln für Männer und Frauen, weil sie unterschiedlich wirken.

Oder zum Beispiel dieses klassische Beispiel mit dem Herzinfarkt, wo die Symptome bei Frauen komplett anders sind, und das hat man lange Zeit einfach nicht gewusst. Und das kam dann dazu, dass Frauen an Herzinfarktsymptomen leiden, die aber anders sind als die der Männer und nicht behandelt wurden oder falsch behandelt wurden. Es passiert, dass beim Unterarm Schmerzen waren, und dann wurde ein Schmerzmittel verschrieben, und dann war das aber ein Herzinfarkt, und dann war es zu spät mitunter, weil Männer ein anderes Symptom haben als Frauen. Und auch da wieder atypisch im Vergleich zu den Männern. Und dieses Syndrom, das nennt sich Yentl-Syndrom. Und das ist das Phänomen, wenn Frauen zum Beispiel Fehldiagnosen erleiden oder die falschen Behandlungen bekommen, weil sie andere Symptome entwickeln.

Und da sind wir auch natürlich wieder bei der Kapazität des Gesundheitsbereiches, irgendwer hat es zuerst genannt, ich glaube (Dritter Präsident: „Zum Schlusssatz bitte!“) der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, mit der Zeit, dass wir praktisch die Kapazitäten erhöhen.

Die Prävention und die Vorsorge, auch die Geschlechtermedizin, da möchte ich noch einmal abschließen mit der Frauenstrategie, auch dieses Kapitel wurde sehr gut weiterentwickelt, und es gibt da noch ein paar Hinweise, wie wir im Land Oberösterreich das auch noch verbessern können und forcieren können im Bereich der Ausbildung, dass wir auf diesen Bereich der Gendermedizin fokussieren, die Ausbildungen in den Gesundheits- und in den Pflegeberufen unter die Lupe nehmen, um vor allem Genderberichte zu erstellen. Vielen Dank! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächster darf ich Klubobfrau Sabine Engleitner-Neu das Wort erteilen. Bitte! Sechs Minuten ist die Redezeit noch!

Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.: Okay, danke! Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Schülerinnen und Schüler und Anwesende auf der Tribüne und im Internet! Präsident Binder hat es am Anfang gesagt in seiner Rede, es ist wichtig, die Bevölkerung mit einzubeziehen. Es geht ja um die Leute, die betroffen sind, und er hat diese strukturelle Situation angesprochen.

Meine Kollegin Knauseder hat aufgezeigt, wie es gerade in den Krankenhäusern ist, wie es in der Pflegesituation ist, diesen Bereich. Und mein Fokus ist, es geht um die Betroffenen. Es geht um die Patientinnen und Patienten, die es trifft, und es geht auch um die Angehörigen, nicht die pflegenden Angehörigen, sondern einfach um die Angehörigen.

Ein Beispiel, wenn jemand im Krankenhaus ist und am Freitag in der Früh noch nicht absehbar ist oder man davon ausgehen kann, dass er noch bleiben kann, weil es eine schwerwiegende Erkrankung ist, weil die auch zukünftig lebensverändernd ist, wenn man eine Erkrankung hat, die Pflege braucht oder die einfach auch die Lebenssituation zu Hause ist, dann macht das sehr betroffen, wenn man eine Stunde später dann plötzlich als Angehöriger, und es ist mir geschildert worden, den Anruf bekommt, man wird jetzt entlassen.

Aha? Und wie wird man dann entlassen? Ja, man wird nach Hause gebracht, aber wenn man dann später gefragt wird, bist du gefragt worden, wie ist es zu Hause? Ist jemand zu Hause? Wenn dann nichts passiert, ist es einfach dramatisch. Und ich möchte natürlich an dieser Stelle sagen, dass alle, die in Krankenhäusern arbeiten, die in diesem Bereich arbeiten, die leisten tolle Arbeit.

Es ist nicht das, was ich damit meine. Aber es zeigt das auf, dass man einfach so viel Arbeit hat, dass man so belastet ist. Das ist genau das, was es bräuchte, dass man sagt, ich nehme mir Zeit für diesen Patienten oder diese Patientin und kläre das mit den Angehörigen.

Weil, es gibt ja an und für sich auch Personen dazu, dass das aber auf der Strecke bleibt, weil schon wieder so viel anderes ist. Ein Beispiel ist auch, ich kenne einen Fall, auch an einem Freitag und genau aus dem Grund, weil die Stationen gesperrt werden, die mit einer Drainage nach einer Krebserkrankung nach Hause geschickt wird. Eine junge Frau, die erfährt, sie hat Krebs, und dann schickt man sie einfach nach Hause.

Das ist einfach ein Wahnsinn. Das ist einfach für jemanden, der so eine Diagnose hat und dann heimgeschickt wird und am Montag dann wieder rein muss, damit zumindest einmal die Drainage wekommt, das sind für mich zwei dramatische Beispiele, wie es einfach ist. Wir haben eine Anfrage gemacht im Juli und haben dann die Antworten von der Anfragebeantwortung bekommen. Darauf wird auch hingewiesen, man kann das natürlich auch im Internet sich anschauen. Das stimmt. Ich habe auch nachgesehen, wie sind denn die Auslastungen? Wie lange muss ich warten, wenn ich ein neues Knie oder eine Hüfte brauche? 32 Wochen, und ich meine, das ist immer so eine Zahl.

Aber 32 Wochen Schmerzen zu haben, nicht gehen zu können oder nur eingeschränkt gehen zu können, abgesehen von allen Folgeerkrankungen. Wenn ich heute nicht richtig gehen kann, dann habe ich eine Schonhaltung, ich bin daheim. Ich habe vielleicht dann meine Arbeit nicht mehr. Ich habe einfach auch den gesellschaftlichen Anschluss nicht mehr, weil ich ja nicht hinaus kann.

Das sind einfach alles Dinge, die noch dazu kommen zu diesen Schmerzen und zu dieser Erkrankung. Dasselbe mit Grauer Star - Operation. Da ist ja auch der Hinweis, man kann ja schauen, wo man schneller drankommt. Aber da sind ja wieder meine Angehörigen. Wenn es in Braunau schneller geht und ich bin aber aus Steyr oder aus Gafelnz, dann sind zwei, drei Stunden einfach auch ein Riesenaufwand, weil dann muss ich mir frei nehmen.

Dann muss ich schauen, wie komme ich dorthin, wenn die Person nicht selber fahren kann? Also, das betrifft ja nicht nur die Patientinnen und Patienten, sondern einfach auch die

Angehörigen. Ein Letztes zu dieser Anfragebeantwortung. Das hat ja aufgezeigt, dass von diesen insgesamt 44.600 Operationen knapp 6.000 Operationen abgesagt wurden.

Nicht, weil die Patienten nicht wollten, sondern weil man sie abgesagt hat. Und ich glaube, das ist einfach ein Zeichen, wie belastet die Situation ist, und es ist schon angesprochen worden von der Kollegin Schwarz. Ganz schlimm ist es bei den Jugendlichen. Das hat man gehört, wenn jeder dritte, wenn uns Primare sagen, jeder dritte Jugendliche ist suizidgefährdet, dann ist das einfach eine Alarmsituation.

Viele von ihnen kennen, glaube ich, Jugendliche. Wenn ihr euch vorstellt, jeder dritte ist so betroffen, und die Ärzte sagen, sie wissen, sie müssen sie wieder heimschicken. Dann sind die Eltern daheim, wieder die Angehörigen, die daheim ein Kind haben, das psychisch so belastet ist, wo du jeden Tag, jede Stunde nicht weißt, nimmt es sich das Leben, geht es weiter, geht es nicht weiter?

Das ist ein Stress, und ich glaube, alle, die das kennen, können das nachvollziehen, wie dramatisch das ist, wenn man so viel Angst hat um sein Kind. Was passiert mit ihm? Eine Warteliste von 140 Personen, Jugendlichen, die einfach einen Platz bräuchten für eine Therapie und nicht drankommen, das sind einfach 140 zu viel.

Das sind Beispiele. Das sind reale Geschichten, die genau zeigen, was wir brauchen. Wir brauchen die bestmögliche Versorgung für unsere Patientinnen und für unsere Patienten. Wir brauchen die Sicherheit auch für die Angehörigen, dass sie auch sicher sind, dass sie für ihre Liebsten einfach auch die beste Versorgung bekommen.

Man braucht dazu mehr Kassenärztinnen und -ärzte im niedergelassenen Bereich, wir haben es gehört. Es kann nicht sein, dass es in unserem Bundesland so wenig Hausärzte gibt. Und wir brauchen eine Entlastung der Spitäler. Wir haben es gehört, aber es ist einfach, immer wieder zu sagen, was es braucht.

Wir brauchen mehr Personal in den Spitälern, und es braucht die Aktivierung dieser Gesundheitsberufe, wie wir es gehört haben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Befragung der Bevölkerung, weil das sind die, die uns sagen können, was brauchen wir wirklich?

Und es ist eine ganz wichtige Sache. Ich glaube, was wir nicht brauchen, ist eine Zwei-Klassen-Medizin. Es kann ja nicht sein, nur weil ich so lange warten muss, dass ich dann ausweiche. Es ist ja auch eine Geldfrage. Man muss sich das auch leisten können, dass ich dann eben zu einem privaten Therapeuten gehe, gerade im Beispiel der Jugendlichen.

Was wir nicht brauchen ist, dass die Patientenmilliarde woanders hingehet. Also, dort wo sie gebraucht wird, und das, was man auch nicht braucht ist, dass man sich die Verantwortungen unterschiedlich zuschiebt. Das, was Präsident Binder gesagt hat, es braucht den Schulterschluss, es braucht, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, dass wir die besten Lösungen für unser Gesundheitssystem bekommen, und es braucht ganzheitliche Zugänge. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächstem darf ich Klubobmann Felix Eypeltauer das Wort erteilen. Bitte!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus! Wir haben in den letzten Minuten im Zuge dieser Debatte viele richtige Befunde gehört von allen Fraktionen in dem Haus, zum Beispiel von der Kollegin Manhal, die Aussage, die Medizinische Fakultät in Linz, die hat gegen den Ärztemangel helfen sollen. Das hätte sie tatsächlich sollen. Sie hat es aber nicht.

Kollege Froschauer hat es dann völlig richtig gesagt, uns fehlen Landärzte. Wir haben zu wenig Landärzte, und Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner hat dann völlig richtig gesagt, die Medizin-Studierenden, die gehen viel zu oft weg ins Ausland. Das stimmt. Das kann man so nahtlos zusammenfügen. Nur, was ist dann das Resultat?

Das Resultat ist, dass offenbar die Medizinische Fakultät offenbar nicht das gebracht hat, was sie bringen hätte sollen, weil wir nach wie vor ganz große Baustellen haben, zum Beispiel im niedergelassenen Bereich, weil es offenbar zu unattraktiv ist, und da passen auch die Zahlen rein, die im Zuge der Debatte dann genannt wurden.

Das ist nur ein Beispiel, warum es richtig und wichtig war, dass wir hier heute über dieses Thema diskutieren und warum es notwendig ist, als NEOS, und warum ich auch froh bin, dass es die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie und Grünen dafür gibt, dass wir hier einen Entschluss der Volksvertretung anstreben, der grobe Leitlinien und Handlungsanweisungen und Unterstützung gegenüber den Regierenden gibt, wo und wie wir besser werden müssen, weil wir müssen besser werden.

Auch das kann man nicht leugnen. Das hat in Wirklichkeit auch kaum jemand geleugnet, auch wenn es manche heute hier draußen probiert haben. Wir haben fast täglich in den Medien, auf sozialen Medien, auf den Stammtischen, bei Nachbarschaftsgesprächen, wo auch immer im ganzen Land das Thema, das Erleben, dass unser Gesundheitswesen in einer Art von Krise steckt.

Und den Handlungsbedarf, den hat auch ÖVP-Klubobmann Dörfel heute im Zuge der Debatte anerkannt. Er hat gesagt, tun wir etwas. Völlig richtig, Christian. Tun wir etwas. Wir wollen gemeinsam etwas tun. Und was könnte man tun als Landtag, als Volksvertretung? Man könnte zum Beispiel dem Antrag, der hier heute von uns vorgelegt worden ist, zustimmen.

Weil, alles was da drinnen steht, jeder Punkt, der da drinnen steht, ist einer, dem heute irgendjemand hier Recht gegeben hat, auch aus den Reihen von ÖVP und FPÖ. Da geht es um eine grobe Leitlinie. Es geht um eine Entlastung der Spitäler, eine Stärkung des niedergelassenen Bereiches.

Es geht um effektivere Patientenlenkung. Es geht um einen rascheren Ausbau weiterer Primärversorgungszentren, bessere Rahmenbedingungen für Ausbau im Rettungswesen. Es geht gegenüber dem Bund um Prävention, ganz stark um Prävention. Es geht um Umsetzung eines neuen Finanzierungskonzepts, dem hat auch niemand widersprochen.

Und es geht um den Ausbau klassenfinanzierter Stellen im Bereich Psychotherapie. Auch das haben wir an einer anderen Stelle hier schon diskutiert. Da sind wir uns eigentlich einig. Also, eigentlich könnte man auch seitens Freiheitlicher und ÖVP beziehungsweise auch MFG, weil die waren leider nicht dabei bei unserer Einladung, hier mitzumachen, diesem Antrag zuzustimmen.

Wenn man das nicht tut, fein, dann reden wir im Ausschuss darüber. Aber kommen wir auch wirklich endlich ins Tun. Warum sage ich das? Weil wir im Bereich der Gesundheitsversorgung nicht Landtagsparteien brauchen, die versuchen, Menschen zu verunsichern, so wie das ÖVP und FPÖ gemacht haben, heute in der Früh beim Thema Sicherheit, weil die Verunsicherung in der Bevölkerung faktisch schon da ist, weil sie im alltäglichen Erleben der Menschen in Oberösterreich faktisch da ist.

Das kann man nicht wegleugnen, und deshalb lässt mich das auch total ruhig, wenn da manche Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der ÖVP versuchen, das zu tun, weil die Leute erleben das eh selber. Man kann es nicht schönreden. Es bringt nichts. Man muss es lösen und besser machen.

Und unser Anspruch war mit dieser heutigen Debatte, hier einen Entschluss der Volksvertretung und einen Schulterschluss der Volksvertretung zu initiieren. Deshalb sind wir im Vorfeld auf alle Fraktionen zugegangen und haben die Einladung ausgesprochen, hier dabei zu sein.

Wir haben das gemacht mit einem detaillierterem Antrag, weil wir natürlich Ideen haben, wie man das konkret alles besser machen kann, aber auch mit einem neutraler und offener gehaltenen Antrag, weil wir anerkennen, dass wir nicht die Weisheit mit dem Löffel gegessen haben, dass es viele verschiedene Perspektiven gibt, und dass wir einen gemeinsamen Nenner, einen Kompromiss finden müssen.

Ich glaube, dass das gut ist, und dass das richtig ist, wenn wir auch weiterhin so arbeiten. Wir haben bewiesen, dass es gehen kann. Ich erinnere an den Landtag zum Thema psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, wo bis auf einen völlig unnötigen Austritt von Manfred Haimbuchner eigentlich alle sich einig waren, super, dass wir darüber reden, und dass wir da etwas gemeinsam vielleicht auf den Boden bringen.

Beim Thema Fachkräftemangel, das war auch eine gute Debatte mit gutem Fazit, und beim Thema Transparenz insgesamt sind wir eigentlich auch ganz gut dabei, hier im Landtag, auch im Präsidium. Wir versuchen das mit Lösungen. Wir wissen, dass wir nicht die besten Lösungen für uns gepachtet haben. Das ist vollkommen okay. Das Beste kommt heraus, wenn wir gemeinsam diskutieren.

Geschätzte Damen und Herren, deshalb halte ich es für total legitim, dass wir hier versuchen, Grundsäulen zu identifizieren, in dem wir besser werden müssen, hätten wir hier und heute versucht.

Ich möchte noch ein paar Zahlen abschließend nennen, die völlig abseits vom subjektiven Erleben von Landsleuten landauf, landab zeigen, dass wir etwas tun müssen. Die zeigen, dass das, was bisher geschehen ist, ja und natürlich ist etwas geschehen, natürlich tut die Oberösterreichische nicht nichts, und natürlich tut die Gesundheitskassa nicht nichts. Wobei, ja, da ist jetzt kein Vertreter da, aber da gäbe es schon ein paar Dinge, die wirklich besser laufen müssten.

Natürlich tut die Bundesregierung nicht nichts, na freilich. Aber wir sehen, dass es nicht genug ist, und dass es noch nicht passt. Ein paar Zahlen, 26 Gefährdungsmeldungen alleine im letzten Jahr in unseren Spitälern, 26. Hunderte Betten sind eingespart worden, weil uns das Personal fehlt.

Wir haben Patienten, die von Wartezeiten berichten bei Notaufnahmen, die weit jenseits dessen liegen, was unser gesunder Anspruch ist. Da sind wir uns auch alle einig. Und wir haben aktuell 55 Kassenstellen im niedergelassenen Bereich, die wir nicht besetzen können.

Und in den kommenden Jahren gehen da weitere hunderte niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen in den Ruhestand. Bis 2030 brauchen wir fast 10.000 neue Pflegekräfte im Land. Das sind gewaltige Herausforderungen. Der Bedarf ist nicht gedeckt. Und nicht nur ich und nicht nur die Bevölkerung hat auch nicht den Eindruck, dass wir alles tun, was notwendig ist, sondern auch diejenigen, die im Gesundheitswesen selbst arbeiten, haben nicht den Eindruck, dass alles passiert, was notwendig wäre.

Da kann man sich noch so oft da herstellen und sagen, passt eh alles. Fakt ist, das Erleben da draußen ist ein anderes. Fakt ist, es gibt keinen glaubwürdigen Weg, noch nicht, wie das wirklich besser werden kann. Deshalb bin ich froh, dass wir heute darüber diskutiert haben. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir hier als Volksvertretung auch uns diesen Raum nehmen.

Wir können nicht immer nur sagen, die Regierung wird es schon machen. Wir müssen auch selbst uns eine Meinung bilden, vielleicht auch selbst einmal einen Entschluss fassen. Deshalb hoffe ich, nachdem die Ablehnung der Dringlichkeit durch die Landtagsmehrheit ja schon avisiert ist, deshalb hoffe ich, dass wir im Ausschuss einmal ins Diskutieren und ins Arbeiten kommen, dass wir ins Umsetzen kommen.

Ich glaube, es ist jetzt gar kein schlechter Zeitpunkt dafür. Wir haben es vernommen. Gesundheitsminister Rauch sagt, er möchte eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems angehen. Da gebe ich ihm völlig Recht und wünsche ihm viel Erfolg. Aber dann ist ja gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, wenn wir als Oberösterreichischer Landtag uns in gewissen Grundpfeilern einig sind und ein klares und einheitliches Signal in Richtung Wien schicken.

Das war mein und unser Anspruch. Vielleicht gelingt es uns, wenn schon nicht jetzt, dann bald im Zuge der Arbeit im Ausschuss. Vielen Dank (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als vorläufig letzte Rednerin bei diesem Tagesordnungspunkt ist die Abgeordnete Scheiblberger zu Wort gemeldet.

Abg. **Scheiblberger:** Geschätzter Herr Landtagspräsident, danke! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer hier im Saal und vor den Bildschirmen! Mein letzter Rot-Kreuz-Dienst am 10. Jänner 2023, 6.00 Uhr Dienstbeginn, ich gehe mit meinem Kollegen in die Garage. Wir machen den SEW-Check. Wir schauen, dass alles richtig da ist, dass nichts fehlt, dass wir genügend Sauerstoff haben, dass der Defibrillator funktioniert, und dann die Meldung an die Leitstelle Linz, wir sind einsatzbereit.

Wir haben einige Routinetransporte durchgeführt, und plötzlich dann ein Einsatz. Ein dreijähriges Mädchen, Gesichtsverletzung, Fahrradsturz. Wir waren wirklich binnen kürzester Zeit vor Ort, haben die Erstversorgung vorgenommen, haben die Eltern beruhigt, haben das Mädchen dann mit der Mutter ins Krankenhaus gebracht. Und wie heute schon unsere Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin auch kategorisiert hat, wenn es ein Notfall 1 oder 2 gewesen wäre, wäre unmittelbar mit uns auch der Notarzt vor Ort gewesen.

Das möchte ich einfach nur deswegen anführen, weil ich so meine Dienste erlebe, und weil ich überzeugt davon bin, dass das Rettungswesen in Oberösterreich wirklich sehr gut funktioniert. (Beifall) Wir haben in Oberösterreich ein effektives und effizientes Versorgungssystem, einen tollen Mix aus Ehrenamt und aus Berufsrettung, und viele Berufliche sind ausgebildete Notfallsanitäter oder machen die Ausbildung. Das ist auch auf meiner Ortsstelle so, und sie sind vor allem ein wichtiger Player beim NEF in Zusammenarbeit mit den Notärzten.

Ein wichtiger Pfeiler in unserem Rettungswesen ist unbestritten das Ehrenamt und sind die Zivildienstler. Und ich möchte an dieser Stelle wirklich allen Ehrenamtlichen ein großes Danke sagen und möchte in diesem Zusammenhang auch eine Zahl nennen, die mich wirklich sehr beeindruckt hat.

Es werden in einem Jahr 2,8 Millionen freiwillige Stunden gemacht. Das ist unvorstellbar. Also, ich glaube, da darf man wirklich unseren Ehrenamtlichen ein großes Danke sagen. (Beifall) Vor allem sind das Menschen, die wirklich engagiert und motiviert sind, für andere Menschen da zu sein und ihre Zeit für andere Menschen einzusetzen und im Ernstfall vor allem Leben zu retten. Denn entscheidend ist wirklich, dass man unmittelbar nach einem Notfall etwas macht.

Es muss etwas gemacht werden, und darum möchte ich heute auch die Gelegenheit nützen und alle Oberösterreichern und Oberösterreicherninnen aufrufen, einen Erste-Hilfe-Kurs zu machen. Es nimmt irrsinnig viel an Angst und vor allem, sie können alle zur Lebensretterin, zum Lebensretter werden. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Ich darf nun noch der Gesundheitsreferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander das Wort erteilen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus! Es mag in Österreich, es mag in der Welt viele wichtige Themen geben. Für mich gibt es eines, das noch wichtiger ist. Das ist und bleibt die Gesundheit der Menschen in Oberösterreich. Für mich ist entscheidend, wie geht es der Einzelnen, wie geht es dem Einzelnen, wie gesund sind die Menschen in unserem Land?

Wir haben im Gesundheitsland ein Ziel, und wir haben es heute schon gehört, dass die Menschen in diesem Land gut und gesund leben können, von Anfang an, ein ganzes Leben lang. Wenn wir uns umschaun, stellen wir fest, wir in Oberösterreich tun schon heute mehr als andere Bundesländer.

Aber das darf uns nicht genug sein. Ich will noch mehr für Oberösterreich. Gesundheit ist für uns das oberste Gut und das wichtigste Gut. Und deshalb ist die Gesundheitsversorgung unsere wichtigste Aufgabe. Dabei stehen nach schwierigen Jahren alle Bundesländer vor Herausforderungen. Aber dass es anderswo noch schwieriger ist, beruhigt uns nicht. Es spornt uns an, mehr zu wollen, mehr zu tun und unsere Aufgaben mit vielen kleinen und einigen größeren Maßnahmen zu bewältigen.

Wir sind in einer herausfordernden Situation, in der uns das Krankengeld nichts nützt und das Gesundbeten nicht hilft, denn bewältigen werden wir diese Situation nur mit Ehrlichkeit, sagen was ist, zugeben, was fehlt und klarmachen, wohin wir wollen. Wir suchen mit Hochdruck nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie zu finden, ist für uns im Gesundheitswesen derzeit genauso schwer wie für viele Firmen und Betriebe.

Wir bauen Forschung und Entwicklung aus, denn der wissenschaftliche Fortschritt dient unmittelbar den Patientinnen und Patienten. Wir bekennen uns als Land Oberösterreich zur Medizinischen Fakultät, ein wirkliches Erfolgsprojekt, zum Kepler-Universitätsklinikum und zur FH Gesundheitsberufe.

Gegen Widerstände, wir haben es heute schon gehört, wurde die Medizinische Fakultät gegründet. Das Land hat Millionen Euro investiert und wird weiterhin Millionen Euro investieren. Wir investieren damit in den wissenschaftlichen Fortschritt, in die verbesserte Versorgung der Patientinnen und Patienten, und dieser wissenschaftliche Fortschritt kommt direkt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und direkt zu den Patientinnen und Patienten.

Wir haben unsere Medizin-Studienplätze gerade auf 310 erhöht, und eine Umfrage bei den Absolventinnen und Absolventen in Linz sagt, dass 76 Prozent hier in Oberösterreich arbeiten wollen. Wir investieren so viel wie noch nie in das Gesundheitswesen, aber große Aufgaben kann Geld alleine nicht lösen. Ja, unser Ziel ist die bestmögliche Gesundheitsversorgung. Aber diese Herausforderung werden wir nicht von heute auf morgen bewältigen. Sondern nur Schritt für Schritt. Aber wir werden sie bewältigen. Ich gebe eine Standortgarantie für alle unsere Krankenhäuser ab.

Sie sind wichtige Säulen in der Gesundheitsversorgung. Aber insbesondere regionale Arbeitgeber bilden mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Medizin, in der Pflege und in der Verwaltung das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Ein Krankenhaus ist aber der Endpunkt der medizinischen Versorgung. Spitzenleistungen werden hier vollbracht und komplexe Fälle behandelt. Ausgangspunkt, erste Anlaufstelle, medizinischer Nahversorger, das ist der niedergelassene Bereich. Ich stehe an der Seite der Ärztinnen und Ärzte des niedergelassenen Bereichs.

Es braucht gute Rahmenbedingungen. Eben diese sind notwendig, damit die Ärztinnen und Ärzte ihren Versorgungsauftrag auch umsetzen können. Ihren eigenen Ansprüchen entsprechend auch wirksam werden können. Sie kümmern sich um die Patientinnen und Patienten, die eben kein Krankenhaus brauchen. Ein Leistungsspektrum, das sie im niedergelassenen Bereich erfüllen können und auch erfüllen wollen. Ein funktionierender niedergelassener Bereich, den braucht es mit einem Mehr an Kassenstellen. Aber insbesondere mit besetzten Kassenstellen.

Ich stehe an der Seite der Patientinnen und Patienten, die ein Recht auf gute Versorgung haben. Die jungen wie die älteren. Ich stehe dafür, dass wir den medizinischen Fortschritt ermöglichen und zur Verfügung stellen. In der Spitzenmedizin durch Spitzenforschung, Medikamente, wie bei Rare Diseases, bis hin zur Medizin in der Breite, wie zum Beispiel Onkologika.

Die demografische Entwicklung fordert uns nicht nur bei der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sondern sie verändert auch das medizinische Spektrum. 2035 werden um 50 Prozent mehr Überfünfundsechzigjährige sein, 40 Prozent Überachtzigjährige. Das bedeutet eine Veränderung des Leistungsspektrums in unseren Krankenhäusern.

Aber diese Entwicklungen zu ermöglichen heißt auch, dass wir auf die Strukturen schauen müssen. Dass sie nicht überfordert werden, dass sie effektiv und effizient sind. Leitprinzipien für den Einsatz von öffentlichen Mitteln sind Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Auch darauf gilt es zu schauen.

Ich bekenne mich auch ganz klar dazu, die Gesundheit in den Mittelpunkt des eigenen persönlichen Tuns zu rücken. Die eigene Gesundheit selbst in die Hand zu nehmen. Jeder und jede ist angehalten, alles zu tun, um gesund zu leben. Die Eigenverantwortung braucht einen höheren Stellenwert im Gesundheitswesen. Und dieser Entwicklung, dieser Diskussion dürfen wir uns nicht entziehen.

Wir bringen in Oberösterreich die Dinge zusammen. Versorgung, die die Menschen brauchen und Vorsorge, die jede und jeder selbst leisten kann. Die finanziellen Mittel sind begrenzt. Sie dürfen nicht missbraucht oder fehlgeleitet werden. Wir können uns Ineffizienz schlicht nicht leisten.

Wir müssen uns offen diesen Themen und den Entwicklungen stellen. Im Mittelpunkt all unserer Überlegungen stehen die Patientinnen und Patienten. Wir wollen sie unterstützen, dass sie gesund bleiben. Und wir wollen sie begleiten am Weg, gesund zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe viel Verständnis für lebhaftige Diskussionen und Debatten. Diskutieren wir die unterschiedlichen Ideen, damit wir die besten finden. Aber bitte tun wir es bei der Gesundheit der Menschen nicht mit dem Blick auf den parteipolitischen Vorteil. Deshalb bin ich zur Zusammenarbeit jederzeit bereit. Deshalb fordere ich aber auch von jeder und jedem ein, die und der Verantwortung trägt, der politische Wettstreit ist wichtig, aber die Gesundheit von Oberösterreichern und Oberösterreichern, die ist wichtiger. Stehen wir zusammen und helfen wir den Menschen, die uns alle genau dafür gewählt haben. (Beifall)

Dritter Präsident: Da nun keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erkläre ich die aktuelle Stunde für geschlossen. Ich weise darauf hin, dass auch noch ein Initiativantrag vorliegt, der in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde steht. Es ist dies die Beilage 424/2023. Gemäß den Bestimmungen unserer Landtagsgeschäftsordnung ist unmittelbar nach der aktuellen Stunde über diesen Dringlichkeitsantrag Beschluss zu fassen.

Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend umgehende Entlastung des Gesundheitssystems, und jetzt ist zunächst ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 424/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 424/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich weise diese Beilage daher dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zu. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Und wir werden jetzt die Dringlichkeitsdebatte wieder aufnehmen. Wie die Frau Schriftführerin angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 427/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Energieraumplanung in Oberösterreich ausbauen.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich, und ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir wenden uns einem weiteren ganz, ganz wichtigen Kapitel zu. Einem Thema, Energiewende, Klimaschutz für uns, aber vor allem für unsere Kinder und Enkelkinder. Es geht nur gemeinsam, ihnen eine positive Energie- und Klimazukunft zu bringen.

Ja, wir haben schon viele Anträge zu dem Thema Energiewende eingebracht und auch diskutiert. Und jetzt ist für uns ein weiterer Baustein, all das zusammenzufügen und in eine gesamte Energieraumplanung, wo es schon Ansätze gibt, für Oberösterreich einzubringen.

Energieraumplanung. Warum dringlich? Naja, weil es halt in der Klima- und Energiestrategie, die wir da irgendwie bekommen haben, wie wir heute schon diskutiert haben, fehlt. Daher brauchen wir dringlich auch diesen Baustein, um klar zu legen, wo ist der Energieverbrauch, wo sind die großen Verbraucher, wo sind die großen Erzeuger zum Beispiel auch von der Abwärme? Zum Beispiel auch von der Geothermie, Windpark und so weiter. Und wo braucht es eben auch Versorgungsstraßen, Infrastruktur, um die Energie von A nach B zu bringen? Und genau das macht die Energieraumplanung.

Dort ist eine klare Grundlage auch für Widmungen in den Gemeinden. Auch als Grundlage für die Entwicklung von Leitstandorten, die wir heute auch schon als Leitstandorte diskutiert haben. Weil wir wissen, wo sind eben die großen Herausforderungen, die großen Notwendigkeiten, um dort Energie hinzubekommen?

Und diese Energieraumplanung wird schon auf mehreren Ebenen angegangen. Zum Beispiel auf der kommunalen Ebene. In Oberösterreich gibt es drei Gemeinden, die diese Energieraumplanung starten. Steyr, St. Georgen an der Gusen, Goisern.

Ich glaube, wir haben überall auch dort Leute dabei, die genau diese Energieraumplanung machen. Auch als Grundlage für einen vernünftigen Siedlungsplan. Für eine vernünftige Betriebsbaugebiet-Erweiterung, um eben auch gerade zum Thema Mobilität hier verbesserte Strukturen zu bringen. Wo mache ich eine Siedlung hin? Wo kann ich alles zu Fuß erreichen? Wo ist das notwendig? Und wo muss ich aber auch, und das ist auch ganz entscheidend, eben wirklich eine Standortgarantie, eine Standortsicherung für die Energiegewinnungsanlagen haben? Wo macht es einen Sinn, das zu machen? Und auch, wo die Speicherungen hinkommen und vor allem auch, wo die Versorgungsleitungen hingehen.

Auf der kommunalen Ebene passiert das. Auch gefördert vom Umweltbundesamt. Weil man hier auch eine Chance sieht und auch vom Klimabündnis, wie können wir auf kleiner Ebene das einmal planen und jetzt braucht es das große Darüber.

Und ja, wir haben einige Landkarten, die wir auch schon bei Doris verankert haben, wo passt etwas hin? Dass wir da nicht wirklich weit sind, merken wir auch immer wieder. Weil wir eben die Herausforderung haben, wo brauche ich denn dann zum Beispiel eine niedrigere Netzebene? Wir reden immer von den großen Leitungen. Heute war wieder der Netzmasterplan. Ja, der ist wichtig, ganz klar. Aber wenn ich die niedrigeren Netzspannungen habe, die Transformatoren, wo mir natürlich immer wieder erklärt wird, die sind so schwer zu kriegen. Ja, wenn ich jetzt schon weiß, dass ich ein Jahr warten muss, dann muss ich es jetzt schon bestellen. Oder besser gesagt vor einem halben Jahr bestellt haben. Damit wir es dann eben bekommen, wenn der PV-Boom so weiter geht. Und ja, die Menschen wollen, und vor allem wollen wir größere Anlagen, die Landwirtschaft steht da wirklich schon in den Startlöchern. Und es kommt, glaube ich, fast täglich ein E-Mail rein, wo nicht unbedingt

manche Diskussionen gestartet werden, über den Flaschenhals der Energieabnahme, der Energieversorgung, um hier eben das wirklich voranzubringen. Damit man einspeisen kann, damit man auch die Möglichkeit hat, die Förderungen abzuholen.

Wir wollen eben genau diesen Antrag, und danke auch den anderen Fraktionen, die es mitunterzeichnen, im weiteren gesamten Kontext haben. Wir brauchen dann einfach auch ganz eine klare Positionierung, wo sind denn Vorrangflächen? Wo sind Vorrangflächen für Agri-PV-Anlagen? Für Freiflächen? Wo sind Vorrangflächen? Und von mir aus, auch natürlich ganz klar, mit einer detaillierten Höhenzonierung beim Windmasterplan. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ich meine, dass wir jetzt einen Windverhinderungsplan haben, will ich einfach nicht mehr diskutieren hier herinnen. Das ist Faktum. Aber wir müssen in die Gänge kommen. Wir brauchen einen Windmasterplan. Eine Windvorrangfläche, wo man dann auch mit Höhenzonierungen klar sagen kann, wo kommt etwas hin?

In diesem Sinne, bitte ich wirklich alle hier, der Dringlichkeit zuzustimmen. Damit wir da alles zusammenbringen können und eine gute Basis haben. Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Machen wir gemeinsam einen Schritt nach vorne bei der Energiewende in Oberösterreich. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Strauss. Bitte!

Abg. **Strauss:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren vor den Bildschirmen. Ich glaube, auf der Tribüne ist niemand mehr.

Energieraumplanung soll jenen wesentlichen Bestandteil der Raumordnung bilden, der sich mit den räumlichen Dimensionen von Energieverbrauch und Energieversorgung umfassend beschäftigt. Die Schaffung von ausreichend Flächen durch die Raumordnung auf Landesebene ist ein zentrales Thema für den Ausbau erneuerbarer Energien. Der technische Fortschritt zur Umsetzung erneuerbarer Energieformen schreitet ja in einem enormen Tempo voran. Wobei die Gesetzgebung bei uns in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern, wie Niederösterreich und Burgenland, hinterherhängt.

Die letzte Novellierung des Raumordnungsgesetzes ist ja im Jänner 2021 in Kraft getreten. Mittlerweile befinden wir uns in der größten Klima- und Energiekrise der Zweiten Republik. Um effektiv gegen die Energie- und Klimakrise in unserem Bundesland vorzugehen, bedarf es einer raschen Überarbeitung des Raumordnungsgesetzes. Wobei eine entsprechende Flächenwidmung ein starker Hebel für den Klimaschutz darstellt. Vor allem bei der Flächenwidmung können ja auch die Gemeinden viel für das Klima tun. Fachinformationen der Oö. Doris, und das hat die Kollegin Ulrike Schwarz ja schon gesagt, sind im Bereich Sonneneinstrahlung und Photovoltaikanlagen ein wertvolles Planungsinstrument, aber keine rechtliche Basis. Ebenso der Oö. Windkraftmasterplan lediglich eine Planungsempfehlung.

Zum Beispiel definiert das burgenländische und das niederösterreichische Raumordnungsgesetz wesentliche Bestimmungen zur Errichtung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Und ich möchte euch jetzt ein Vorzeigeprojekt auch vorstellen. Nämlich die größte schwimmende PV-Anlage Mitteleuropas. In der niederösterreichischen Marktgemeinde Grafenwörth. Die jetzt in ein paar Tagen, nämlich im Februar, in Betrieb gehen wird. Die sage und schreibe 7.500 Haushalte mit Sonnenstrom versorgen wird.

Ich habe jetzt ein Foto mitgenommen, wo man das sieht. (Abgeordnete Strauss zeigt ein Foto.) Das sind diese schwimmenden Paneele. Und ich glaube, wir in Oberösterreich haben auch Baggerteiche, Schotterteiche, wo man das genauso umsetzen kann. Und die umliegenden Städte einfach mit diesem Strom versorgen kann.

Ja, eine Novellierung des Oö. Raumordnungsgesetzes wäre dahingehend anzudenken. Um den technischen Fortschritt im Bereich der erneuerbaren Energien gerecht zu werden und den Stand der Technik zu erfüllen. Für objektive Flächenwidmungsplanungen in den Kommunen benötigt es eben das Instrument der fortschrittlichen Raumplanung mit rechtlichen Vorgaben im Gesetz. Energieraumplanung in der Gemeinde bedeutet eine Entwicklung einer Gesamtstrategie für eine positive Energie- und Klimazukunft durch Verknüpfung von Energie, Mobilität und natürlich Siedlungen, Kommunikation unter Einbindung der Betroffenen, aber auch der Bürgerinnen und Bürger.

Idealerweise bestehen die örtlichen Klima- und Energiepläne der Kommunen aus drei Bereichen. Nämlich einem Wärmeversorgungsplan, dem Stromversorgungs- und Stromabnahmeplan und natürlich einem Mobilitätsplan für das gesamte Gemeindegebiet. Bei der Wärmeversorgung, da meine ich die Nahwärme, die betriebliche Abwärme, die Geothermie, die Biomasse, aber auch die thermische Sanierung aller öffentlichen Gebäude.

Bei der Stromversorgung und Stromabnahme, da braucht es die Schaffung einer Flächenwidmung für Windkraft. Natürlich die Photovoltaikanlagen im Grünland unter Abstimmung von landwirtschaftlichen Betrieben. Beim Mobilitätsplan für das gesamte Gemeindegebiet geht es um den Ausbau des Geh- und Radwegenetzes, regionale Mobilitätskonzepte sind sehr wichtig, und auch das E-Car-Sharing ist da gemeint.

Ja, abschließend darf ich feststellen, dass wir natürlich diesen wichtigen Initiativantrag unterstützen werden. Wir haben ihn auch mitunterzeichnet. Fordern aber zugleich das Land Oberösterreich auf, im Raumordnungsgesetz die gesetzlichen Grundlagen auch zu schaffen. Und die Gemeinden nämlich bei der Beratung und beim Finanziellen, auch zu unterstützen bei der Umsetzung für die Energieraumpläne. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dim.

Abg. Dim: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ja, mit dem vorliegenden Initiativantrag zur Energieraumplanung in Oberösterreich wurde irgendwie suggeriert, dass es eine Raumplanung im Energiebereich nicht gibt. Aber ich kann beruhigen, es gibt sie. Und sie wird auch laufend evaluiert und adaptiert.

Ziel muss es sein, und ist es auch, die Energiewende, die Energieautonomie in Österreich und somit auch in Oberösterreich in absehbarer Zeit zu schaffen. Mit Hausverstand und ohne Hysterie und mit gebotener Eile. Eine detaillierte und abgestimmte Energieplanung auf Landesebene ist vermutlich ein bisschen zu klein gedacht, und man sollte vielmehr den Blick über die Landesgrenzen nicht verschließen. Aber will man eine realisierbare Potenzialfläche für Wind, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse, Biogas erheben, so wie es im Antrag steht, Uli du hast es zwar jetzt mündlich gesagt, dann fehlt mir beispielsweise wieder einmal die Geothermie.

Und ich empfehle dazu den Artikel in den Wirtschaftsnachrichten von November 2022 Geothermie, Gamechanger in der Energieversorgung. Und weil wir immer den Windkraftmasterplan gezeigt bekommen. Da zeige ich gleich einmal den Geothermie-Plan von

Österreich, der eine sehr große Fläche in Oberösterreich für sehr gut geeignet ausweist. Das ist gar nicht so klein dieses Fleckerl, das wir da in Oberösterreich haben.

Diese Energieform funktioniert nämlich auch, wenn kein Wind weht oder die Sonne nicht scheint. Wind- oder Sonnenergie haben im Übrigen auch den Nachteil, dass eine gewisse Größe und Ausgleichsenergie zur Verfügung stehen muss, um die Stromversorgung durchgehend aufrechtzuerhalten. Schlimmstenfalls auch mit Atomenergie aus dem Ausland. Aber offenbar hat die Windenergie in Oberösterreich eine bessere Lobby.

Und schon langsam frage ich mich, was wollen die Grünen eigentlich? Für ein Gewerbegebiet neben der Autobahn in Ohlsdorf weint man jedem Baum nach, für die Windkraft in Munderfing darf man nicht unerhebliche Flächen des Kobernaußerwaldes roden. Gegen mögliche Probebohrungen für Gasvorkommen in Molln wird mobil gemacht. Für eine Schiffsladung Liquid Gas aus Katar lässt sich die Frau Umweltministerin abfeiern. Eigentlich finde ich es gut zu wissen, welche Bodenschätze wir in Oberösterreich besitzen, die im Übrigen per Gesetz dem österreichischen Staat gehören. Das ist ja auch schon wieder so ein Märchen, das da kolportiert wird. Dass das Gas in Molln dem Ausland gehört. Weil eine australische Firma eine Probebohrung anstrebt.

Eigentlich finde ich es gut, wenn wir im Inland Gasvorkommen für unsere eigene Energieversorgung erschließen, als weiterhin vom Ausland abhängig zu sein. Diese Energieform werden wir auch in den nächsten Jahren noch brauchen. Das sagt sogar die Frau Ministerin Gewessler. Eben. Darum ist es gut, wenn wir es in Österreich haben.

Bei einer detaillierten und abgestimmten Energieplanung wäre es aber auch essenziell, mögliche Befürchtungen der ansässigen Bevölkerung gleich im Vorfeld anzusprechen und auszuräumen. Sonst laufen wir Gefahr, uns mit ewigen Behördenverfahren bei der Energiewende selbst im Weg zu stehen. Ich denke hier an die geplanten und hoffentlich bald realisierten Pumpspeicherkraftwerke.

All das sind Themen, denen wir uns im Ausschuss gerne widmen werden. Deshalb lehnen wir auch heute die Dringlichkeit ab und diskutieren lieber mit Fachleuten im Ausschuss. Und zum Abschluss darf ich anmerken, und ich habe es schon einmal gesagt und ich werde es vermutlich noch einige Male wiederholen, auch wenn es den Grünen peinlich sein sollte, die Gründungsgeschichte der Grünen in Österreich basiert auf der Verhinderung eines Flusskraftwerkes an der Donau. Dessen erneuerbare Energie wir jetzt dringend brauchen könnten. Vielen Dank dafür. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mader.

Abg. Bgm. **Mader:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Zuseher hier und Zuhause vor den Bildschirmen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Energieraumplanung heißt Raum für die Energie der Zukunft zu ordnen. Da gehören viele Aspekte dazu, einige haben wir heute hier schon gehört, aber als Eingang bei einer anderen Wortmeldung, vielleicht so verstanden habe oder vielleicht auch nicht, aber so zur Klarstellung.

Flächenwidmung haben wir heute schon eingangs der Landtagssitzung gehört, ist nach wie vor eine Herzkompetenz der Gemeinde und wird auch dort bleiben, nur spielt sie auch mithinein, weil es natürlich wichtig ist. Welches Ziel hinterläuft man auch mit dieser Energieraumplanung? Vielleicht bildlich gesprochen, und ich glaube, das ist ein Ziel, was wir alle verfolgen, nämlich quasi die Masche Erleichterung für diesen CO₂-Rucksack, den wir alle

tragen, für alle Gemeindebürger ein bisschen zu minimieren. Da gehören viele, viele Faktoren dazu und gehen auch ein bisschen weiter hinaus, wie wir schon im Antrag gelesen haben.

Ein Weg bis zu den energieautarken Gemeinden ist natürlich in den meisten Fällen noch weit, aber wir haben viele Vorreiter, die sich schon heute mit der Energiewende stark auseinandersetzen und da Hand in Hand mit dem Nutzen von den Methoden aus der Raumplanung natürlich auch schon sehr gut fortbewegt haben und natürlich Role Models sind, nämlich auch um in Zukunft Energie zu sparen, die Energie effizient einzusetzen.

Und das sollte auch der Schlüssel sein für erfolgreiche Raumstrukturen für die Zukunft. Was heißt das? Die Arbeit soll mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Das Lebensmittelgeschäft soll natürlich ums Eck sein. Die Steckdose, die ich habe, sollte natürlich gleich den Strom vom Biomasse-Kraftwerk in der Gemeinde haben. Der Radweg für das Wochenende, wo ich ausfahre, soll natürlich auch, wenn es geht, vor der Haustüre weggehen. Klingt gut, kennt man natürlich aus der Stadt, muss aber nicht sein, weil das gibt es natürlich auch im ländlichen Raum, wenn man Energieraumplanung dann so umsetzt, wie es auch vorgesehen ist. Dabei geht es vor allem darum, energieeffiziente Raum- und Siedlungsstrukturen zu schaffen. Da sind wirklich viele schon dabei.

Wenn eine Gemeinde oder Region, es gibt auch schon viele, wo sich Regionen damit auseinandersetzen, hier vorsorgt und sich sorgt, wie sich die Energie verteilt, speichert, wofür man sie braucht und verbraucht. Es hat natürlich einen großen Einfluss auf die Flächennutzung in der Gemeinde. Umgekehrt geht es natürlich auch anders, dass natürlich bestimmte Flächenwidmungen natürlich die Energieinfrastruktur mitentscheiden. Da muss man natürlich genau in die Planung gehen, und das ist natürlich wichtig.

Hier ist es eben schwierig, dass man Regionalentwicklung, die Energiewende und den Klimaschutz unter einen Hut bringt, das erfordert nämlich Planung und vor allem auch Kommunikation, um die Nutzungskonflikte, die wir haben, man hört ja immer wieder, dass wir welche haben, auch dementsprechend zu vermeiden und dadurch keine negativen Umweltfolgen bekommen.

Es heißt, Kohle, Öl und Erdgas muss raus. Wir brauchen Energie aus Wasser, Sonne, Wind, Biomasse und, und, und. Auf diesen Ebenen sind einfach Änderungen notwendig und da sind wir auch natürlich im Mobilitäts- und Freizeitverhalten, was natürlich in diese Planungen genau so hineingehört. Das ist natürlich eine Mammutaufgabe, weil das muss man gemeinsam mit der Bevölkerung machen. Gemeinsam natürlich auch mit unseren Gemeinden und unseren Regionen in Oberösterreich, dass wir da zu einem guten Ziel kommen. Es gibt natürlich schon viele Umweltförderungen. Es gibt Beratungsprogramme, haben wir auch schon gehört, die helfen diese Konzepte in der lokalen Energiewende zu entwickeln. Diese Konzepte können genau so, wie von A wie Afiesel, ganz oben in unserem Bundesland, bis Zell am Moos, unten, natürlich sehr unterschiedlich ausfallen, und dadurch ist es sehr wichtig, um einfach diese postfossile Zukunft einzuleiten, die besten Technologien für den jeweiligen Standort, was dann auch gebraucht wird, herauszufinden. Da brauchen wir natürlich viele verschiedene Methoden.

Hier setzt eben die Energieraumplanung natürlich auch an. So verbindet Gemeinde- und Regionalentwicklung mit Energieplanung eine stabile, effiziente und ökologische Energieversorgung, das Ganze zu schaffen oder eben auch zu sichern. Hier brauchen wir einfach funktionsgemischte, maßvoll verdichtete, kompakte Ortschaften. Das geht nicht von heute auf morgen. Die Fehler, die wir gemacht haben, sind schwer auszumerzen, aber für die

Zukunft zu planen ist natürlich ganz wichtig, dass wir vor allem hier überall mit erneuerbaren Energieträgern versorgt werden können.

Es geht vor allem, wie hoch ist der Eigenverbrauch im Gewerbegebiet oder in einer Gemeinde? Wie hoch sind die größten Verbraucher? Wo sind die? Wo gibt es das größte Einsparungspotential, und welche regionalen Potentiale aus erneuerbaren Energieträgern sind auch vorhanden? Um die Antworten auf diese Fragen zu finden, ist eben die Energieraumplanung mit Daten von der Flächenwidmung, Gebäudebestand, Energieversorgung bis hin zur Luftqualität (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“) eben zu analysieren und auf dieser Basis auch der Energiebedarf zu berechnen.

Dazu braucht es den Dialog. Den Dialog gibt es draußen in den Regionen. Wir haben die Klima- und Energiemodellregionen. Wir haben die LEADER-Regionen, die sich gemeinsam mit unseren Gemeinden und der Bevölkerung hier damit auseinandersetzen und darauf abzielen, unsere Gemeinden lebenswerter zu gestalten und als Standort natürlich attraktiver zu machen und die regionale Wertschöpfung zu schaffen. Das heißt, Energieraumplanung sind Wohnen, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Mobilität. Also ein ganz großes Spektrum.

Diesen Weg wird Oberösterreich gemeinsam mit unseren Gemeinden natürlich künftig noch stärker einschlagen. An den Umsetzungen wird bereits intensiv gearbeitet, und somit kann man sagen, dass dieser Antrag eigentlich die Arbeit, (Präsident: „Bitte schließen!“) die gerade passiert unterstützt. Daher sehen wir jetzt die Dringlichkeit nicht so gegeben, freuen uns aber natürlich auf eine intensive Diskussion im Standortausschuss. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 427/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 428/2023 vor, diesem keinen Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 428/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend den Ausverkauf von oberösterreichischem Erdgas verhindern und die Natur schützen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 428/2023 der Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haas.

Abg. Haas: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal und zuhause vor den Bildschirmen! Ich möchte heute zuerst mit einem Zitat aus dem allseits bekannten Werk Don Quijote zitieren. Die Freiheit ist eine der köstlichsten Gaben, die der Himmel den Menschen verliehen. Mit ihr können sich nicht die Schätze vergleichen, welche die Erde in sich schließt, noch die das Meer bedeckt. Ein Zitat, dem ich sehr viel abgewinnen kann.

Gerade in Zeiten, in denen Gas vermehrt zu Mangelware wird. Vermehrt vor allem auch zu sehr teurer Ware wird, wird der Druck darauf, Geld aus den Schätzen in den Böden zu machen,

größer und größer. So ist es heute auch verlockender den je, jene Schätze in Boden zu Geld zu machen, für die es sich in den vergangenen Jahren noch nicht gelohnt hätte, sie zu fördern.

Eine Frage, die sich dabei aber stellt und die bleibt ist, wem gehört der Schatz? Wem gehört das Gas? Wem wird es ermöglicht, Profit mit dem wertvollen Rohstoff zu machen? Eine Frage, die insbesondere im Fall Molln nicht beantwortet ist, nicht klar beantwortet ist. Für uns ist klar, wir wollen diese Frage beantwortet haben. Wir wollen Klarheit in einen Prozess der Intransparenz bringen, denn dass sind wir den Oberösterreichern und Oberösterreichern schuldig, dass sind wir auch den Menschen in Molln schuldig. (Beifall)

Daher fordern wir die Oberösterreichische Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Erdgasvorkommen in Molln sorgt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, verantwortungsvoller Umgang heißt, die Anrainerinnen und Anrainer in Molln vor Beeinträchtigungen zu schützen und umfassend über die beabsichtigte Erdgasförderung zu informieren. Ich bin sehr dankbar, dass Bürgermeister Andreas Rußmann sich hier laufend für mehr Transparenz und Information einsetzt. Transparenz und Information, die wir uns auch vom zuständigen Finanzminister erwarten. (Unverständliche Zwischenrufe) Transparenz und Information, die wir mit diesem Antrag nun klar einfordern.

Alle Absichten und Planungen gehören unmittelbar auf den Tisch und alle Fragen sind zu beantworten, dann würden sich viele Sorgen und Ängste, die in diesem Fall ganz klar existieren, sehr schnell aufklären lassen. Verantwortungsvoller Umgang heißt auch, uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Naturschutzgebiete und des Nationalparks zu gewährleisten, denn unsere intakten Naturlandschaften sind ebenso ein Schatz, den wir nicht einfach so aufgeben dürfen. Diese Orte sind ein unschätzbare, wertvoller Rückzugsort für viele gefährdete und vom Aussterben bedrohte Arten. Viele Regionen können diesen Beitrag nicht mehr leisten, weil keine intakte Natur mehr da ist. Die Region, über die wir hier heute sprechen, kann das aber jedenfalls von sich behaupten. Verantwortungsvoller Umgang, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt auch, nachhaltige Bewirtschaftung einer möglichen Erdgasförderung im Sinne oberösterreichischer und nationaler Versorgungsinteressen.

Denn wir wollen einen Ausverkauf unserer oberösterreichischen Ressourcen nicht dulden, und wir werden einen Ausverkauf unserer Ressourcen auch nicht dulden. Falls tatsächlich in der Gemeinde Molln oder in einer anderen Gemeinde mit einer neuen Erdgasförderung begonnen wird, dann ist sicherzustellen, dass dieses Erdgas als ein Mittel auf dem Weg zur Klimaneutralität, der Energieerzeugung und des gesamten Wirtschaftssystems hin zur Klimaneutralität primär in Oberösterreich und in Österreich verwendet wird und soweit möglich durch ein Unternehmen in öffentlichen Eigentum beziehungsweise Teileigentum, denn nur so können wir sicherstellen, dass sich nicht jemand in Australien mit Rot-Weiß-Rotem Gas eine goldene Nase verdient. (Beifall)

Damit zurück zum Ausgangszitat. Es ist auch unsere Freiheit, die Entscheidungen über das heimische Gas nicht internationalen Konzernen zu überlassen. Es ist unsere Freiheit, selber zu entscheiden, was wir mit dem Gasvorkommen in Molln machen wollen, und diese Freiheit fordern wir ein, denn das ist unser aller Interesse. Ich gehe hier heute davon aus, dass auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Interesse haben. Es hat ja auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner im jüngsten Bericht in der Amtlichen Linzer Zeitung gesprochen, dass wenige Details zum Projekt bekannt sind, und daher gehe ich davon aus, dass wir hier heute eine breite Zustimmung für mehr Transparenz und Information bekommen. Wir bitten um ihre Zustimmung. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Marktgemeinde Molln ist natürlich jetzt seit zehn Tagen in aller Munde, denn in Molln ist ein riesiges Erdgasvorkommen entdeckt worden. Entdeckt wurde es schon früher, aber es ist dann noch untersucht worden, und man geht davon aus, dass bestenfalls drei Jahre lang ganz Österreich versorgt werden könnte. Das ist wichtig, weil wir trotz aller Anstrengungen und Bemühungen bei der Umstellung auch der Industrie auf erneuerbare Energie sicher noch zehn bis fünfzehn Jahre auf fossile Brennstoffe, in diesem Fall auf Erdgas, angewiesen sein werden.

Das Gute an diesem Erdgasvorkommen? Es ist kein Fracking nötig, um diesen Schatz zu heben, sondern es ist eine normale Tiefenbohrung. Wir haben glaube ich momentan, 1.700 Tiefenbohrungen in Österreich circa. Das ist jetzt plötzlich aufgetaucht. Die ersten Reaktionen auf diese Chance waren natürlich geteilt. Die einen sagen, der Herrgott schaut herunter auf uns. Er lässt uns nicht im Stich. Jetzt haben wir selber das Gas vor der Haustüre, jetzt brauchen wir das russische Gas nicht mehr. (Heiterkeit) Von den Amis brauchen wir das Gas auch nicht mehr, das teure. Das ist die eine Reaktion. Die anderen sagen, ja, eh, aber müssen sie unbedingt dort bohren? Die Wiese, die da vorgesehen ist, liegt ja außerhalb des Nationalparks, das muss man schon sagen und außerhalb eines Naturschutzgebietes. Der dritte sagt, was soll das Ganze? Bohrt hinein und holt es heraus.

Jetzt haben wir monatelang versucht, krampfhaft versucht, wie können wir das russische Erdgas durch ein anderes Erdgas ersetzen. Jetzt haben wir es, also nehmen wir es. Wenn ich das jetzt so verkürzt darstellen darf, aber das ist die allgemeine Diskussion. Das letzte, was ich gesagt habe, ist die Mehrheitsmeinung. Wir brauchen es ganz einfach.

Hier bei dem Antrag, schwimmt immer wieder das mit, es ist intransparent, es wird gemauschelt. Natürlich, wir hier in Linz werden das nicht so genau gewusst haben. Wenn es jemand genau gewusst hat, dann ist es eben die Marktgemeinde Molln und der Herr Bürgermeister, denn die sind im September schon informiert worden. Im Oktober ist das bergrechtliche Verfahren durchgeführt worden. Im November ist der Genehmigungsbescheid zugestellt worden. (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Es war nie klar, wann es passiert!“) Im ersten Absatz steht drinnen: Es wird im Juli und August 2023 gebohrt. Es ist ein Plan dabei, wo das ist. Wie kann so ein Verfahren noch transparenter ablaufen als wie dieses Verfahren? (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Indem man vorher eingebunden wird!“) Wenn die Öffentlichkeit nicht informiert wurde, dann ist das leider meine Nachbargemeinde, die Marktgemeinde in Molln. Die haben immer noch letzte Woche gesagt, dass sie nichts wissen beziehungsweise ist er zitiert worden, ich weiß nur, dass ich nichts weiß. Jetzt frage ich mich, warum ist das so?

Zwei Monate, drei Monate sind ungenützt verstrichen. Eine andere Nachbargemeinde von mir, Waldneukirchen, war genauso in das Verfahren miteinbezogen. Die haben Stellungnahme genommen. Die haben gesagt, Güterweg Eggmayr, da brauche ich eine Beweissicherung, weil wenn das kaputt wird, müssen wir die Schäden ersetzen und, und, und. Sie haben die Bedenken vorgebracht, was den Standort betrifft. Molln hat das leider nicht gemacht. Es ist so, wie es ist. Ich kann nur sagen, das Verfahren bisher ist transparent abgelaufen. So wie es das Bergrecht eben ganz einfach vorsieht. Ich wüsste nicht, wo da gemauschelt worden ist.

Es sind natürlich ein paar Fragen offen, man braucht diese Probebohrung, damit man einmal überhaupt weiß, wie viel da drinnen ist. Ich habe gesagt bestenfalls, kann ja auch weniger sein. Dann haben wir die Situation, dass sogar die Umweltministerin gesagt hat, ja, wenn es

schnell geht, dann sollen wir das natürlich heben. Das ist dieselbe Lage wie in Deutschland. Dort reden wir über Kohlekraftwerke, die aktiviert werden. Wir haben einen vergleichsweise geringen Eingriff, auch flächenmäßig, auf einer Wiese außerhalb von den Schutzgebieten. Wie viel Gas ist? Wie geht das Verfahren überhaupt weiter? Diese Dinge werden wir in den nächsten Wochen besprechen müssen.

Ich ersuche auch wirklich um konstruktive Mitarbeit, weil was muss denn unser gemeinsames Ziel sein? Unser gemeinsames Ziel muss sein, Schutz der Umwelt und die Sicherung der Energieversorgung. An dem sollen wir gemeinsam arbeiten. Darum ersuche ich. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. **Gruber:** Herr Präsident, hohes Haus, werte Landsleute an den Bildschirmen! Ruhe bewahren, Ursachen feststellen, Fakten checken. An und für sich ist bei meinen Vorrednern eh schon das eine oder andere angeklungen.

Das Wesentliche aus unserer Beurteilung ist, dass dieser Bodenschatz grundsätzlich gemäß den Mineralrohstoffgesetz der Republik gehört. Auch das Erdgas, das ist einmal das erste positive. Das zweite ist, dass, wie erwähnt, im Zuge dieses Stellungnahmeverfahrens die wesentlichen zuständigen und damit betroffenen Stellen angeschrieben und aufgefordert wurden, eine Stellungnahme abzugeben. Die meisten haben es gemacht. Die Marktgemeinde Molln hat es nicht gemacht.

Jetzt gibt es verschiedene Varianten, warum, wieso, weshalb nicht, ob da der Urlaub entscheidend war und die Vertreterin das nicht so genau gesehen hat oder ob doch beide gewusst haben davon und so weiter und so fort, das lassen wir einmal im Raum stehen. Die Frist ist verstrichen. So, und dann ist das große Aha-Erlebnis gekommen, und dann sind alle zu diesem Informationstreffen nach Molln gepilgert. Eine Stellungnahme habe ich auch gleich einmal gehört, wo das Thema Naturschutz, Herr Abgeordneter Hemetsberger, gleich wieder einmal in den Raum gestellt worden ist, der Naturschutz war bis dato überhaupt noch nicht betroffen, weil er in dem Verfahren überhaupt keiner Parteienstellung hat.

So, und alle anderen sind angeschrieben worden. Das ist einmal das Faktum. Gut. Wir reden von einer Probebohrung. Einer Probebohrung, wo wir einmal feststellen, was, wieviel überhaupt drinnen ist. Von dem reden wir. Von nicht mehr und nicht weniger.

Und wenn wir das wissen und soweit ich informiert worden bin, hat sich inzwischen bereits eine persönliche Information an den Herrn Bürgermeister, Vertreter anderer Fraktionen, gegeben, durch die angesprochene Firma, wo das Bild klar skizziert wurde, um was es da eigentlich geht.

Dann haben alle ein leichtes Aha-Erlebnis gehabt. Uhhh, Ahhh, eh gar nicht so wild, und dann komme ich zum Thema Verunsicherung. Das ist ja heute am Vormittag ja schon x-mal strapaziert worden und vor allem für die Sozialdemokratie Hertha Firnberg, habe ich schon öfter da herinnen erwähnt, ihre größte Sorge war 1985, zwei Jahre nachdem sie ausgeschieden ist aus der Regierung, die zunehmende Verunsicherung mit irgendwelchen Behauptungen, ohne dass das klar belegbar ist, der Bevölkerung.

Da sind wir genau bei demselben Szenario. Ich habe mir das da drüben ein bisserl angesehen bei dieser Information an die Bürger. Passt eh, aber, wenn man da immer gleich den Teufel

an die Wand malt, ohne dass man klar die Faktenlage kennt, und ich hätte auch mir eigentlich erwartet vom zuständigen Bürgermeister, dass er vielleicht seine Unterlagen vorher noch einmal genau durchsieht und dann eine Stellungnahme abgibt, weil seine Stellungnahme war auch nicht unbedingt hilfreich für das, dass man die ganze Lage dort in geregelte Bahnen und Informationsflüsse eingießt.

Kurzum, unsere Position ist relativ eindeutig. Wir reden von einer Probebohrung. Schauen wir es uns an, was los ist, was da ist, wenn wir das wissen, können wir auch die Auswirkungen, Punkt eins: auf die örtlichen Gegebenheiten, auch den Umwelt-, Naturschutz et cetera, erst ableiten, das ist das erste und das zweite, selbstverständlich wird die Marktgemeinde Molln hoffentlich so klug sein und mit dieser besagten Firma, wer immer das dann macht, ausverhandeln, wie sehr infrastrukturelle Begleitmaßnahmen pro aktiv ausverhandelt werden.

Weil, ich glaube, das ist auch entscheidend, weil das würde der Gemeinde ziemlich viel helfen, nachdem wir da eh ein bisschen ein Defizit haben. In diesem Sinne werden wir diesem Antrag, so wie er da jetzt vorliegt, sicherlich nicht die Zustimmung geben. Beratet euren Bürgermeister einmal ein bisschen ordentlich, dass er weiß, was Sache ist, und dann können wir im Detail im Ausschuss ja noch einmal darüber reden. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher/innen auf der Galerie oder zu Hause vor den Bildschirmen! Herr Kollege Dim, das wollte ich noch sagen, die Gründungsidee der Grünen war die Gründung eines Nationalparks übrigens und die Verhinderung eines Atomkraftwerks, nur das wir das einmal klargestellt haben da herinnen. (Beifall)

Und das passt eh ganz gut zum Thema, weil wir ja heute auch über eine Nationalparkgemeinde reden und über ein Naturschutzgebiet in der Nähe eines Nationalparks. Wenn wir heute über das Thema Erdgas, den Nationalpark und Naturschutz diskutieren, dann werden wir nicht umhinkommen, um auch über die Frage zu sprechen, wie wir eigentlich in diese Situation gekommen sind, in der wir uns befinden.

Ich habe euch dazu etwas mitgebracht, das meine Frau praktischerweise aufgehoben hat. Ich hätte es eh schon längst weggehaut wahrscheinlich, aber ein Haus verliert nichts. Ich weiß nicht, ob ihr das kennt? Loomi, Loomis erster Schnee. Kennt ihr das? Sagt euch nichts, oder? Solltet ihr aber kennen! Loomis erster Schnee ist ein Kinderbuch.

Ist ein Kinderbuch. Da geht es um einen blauen Frosch. Loomis lustige Geschichten. Da gibt es eine ganze Serie. Herausgeberin ist übrigens die EnergieAG Oberösterreich, Erscheinungsjahr 2016.

Und jetzt lese ich euch einmal vor, um was es in dieser Geschichte Loomis erster Schnee geht. Also, da geht es darum, die Kinder sind draußen, es ist kalt, sie kommen rein und dann unterhalten sich die Kinder mit dem blauen Frosch, mit dem Loomi, und dann sagt er: Warum ist es bei euch eigentlich so gemütlich warm? Fragt er. Ja, wir haben eine Gasheizung, erklärt der Moritz. (Heiterkeit)

Damit beheizen wir unser ganzes Haus. Das Gas fließt durch unterirdische Leitungen bis zur Erdgasheizung und muss nicht mit dem Lastauto gebracht werden. Dadurch schonen wir die Umwelt. Das ist doch super. So, und jetzt will es die Loomi natürlich wissen, was ist Erdgas?

Erdgas ist ein brennbares Naturgas. Es ist geruchlos, und es ist leichter als Luft und außerdem ist es auch noch umweltfreundlich und es verbrennt weniger schädliche Stoffe.

So und dann wird die Loomi natürlich sehr neugierig und fragt: Und woher kommt denn das Erdgas? Und das Erdgas kommt natürlich nicht aus Russland, sondern aus der Erde, das ist dann da ganz genau beschrieben, wo das herkommt, und es ist sauber, und ein Biogas ist auch noch dabei. Das ist total super.

Und dann kommt noch, fast mein Lieblingssatz ein bisschen weiter hinten, da sagt dann der Loomi noch: Hui, das ist aber sicher teuer, dieses Erdgas? Nein, mein Papa sagt immer, dass unsere neue Erdgasheizung viel günstiger und Platz sparender als andere Heizungen ist. Erklärt der Moritz, und es ist ihm anzusehen, dass er richtig stolz auf diese moderne Heizung ist. Unsere Gasheizung ist toll, sagt er. (Beifall)

So, im Jahr 2016, EnergieAG Oberösterreich, mit solchen Geschichten, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir unsere Landsleute in die Abhängigkeit von Gas getrieben. Das ist einmal die Realität. (Beifall)

Und noch im Jahr 2016 war das die Politik, die der Landesenergieversorger des Landes Oberösterreich verfolgt hat, zu einem Zeitpunkt, wo viele, viele andere auf der ganzen Welt und wir Grüne inklusive schon längst gesagt haben, wir müssen raus aus Öl und Gas, (Beifall) haben wir noch solche Broschüren verteilt in Schulen.

Unsere Schuldirektorin, die hat mir das gestern am Abend gesagt, die hat das gekannt, die hat gesagt, das haben wir in der Schule massenweise gehabt, das hat jeder Schüler, jede Schülerin bekommen. Und alle, die damals das Gegenteil behauptet haben, haben gesagt, das sind Kritiker und Träumer und Fantasten und Utopisten und die Realisten, die sind jetzt auch wieder modern, habe ich heute in der Zeitung gelesen, was realistisch alles ist beim Klimaschutz, haben wir heute in der Zeitung gelesen. Nicht was gescheit ist, sondern was realistisch ist.

Die Realisten, die waren in Russland beim Putin und haben ihm das Gas abgekauft und haben unsere Landsleute in die Gasabhängigkeit getrieben. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Rudi, das ist unfair!“) So. Und jetzt haben wir (Zwischenruf Abg. KO Mahr: „Wer ist für Braunkohle in Deutschland?“) den Salat. Jetzt haben wir den Salat. (Zwischenruf Abg. KO Mahr: „Schämst du dich nicht für so viel Blödsinn?“)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sind wir abhängig vom Gas. In Oberösterreich sind viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher abhängig vom Gas, weil sie der EnergieAG und den Politikerinnen und der EnergieAG und dem Loomi geglaubt haben, nämlich, dass das Gas sauber und umweltfreundlich ist, und dass es unendlich verfügbar ist und vielleicht auch noch wenig kostet.

Bei mir sitzen regelmäßig Leute, die hängen an der Gasschiene, regelmäßig sitzen Leute im Büro, die sich Sorgen machen, weil sie an der Gasschiene hängen und weil sie Alternativen händeringend suchen. Das ist die Diskussion, die wir in diesem Land führen.

Und da herinnen diskutieren wir über einen Goldschatz und über einen Silberschatz und über irgendwelche Chancen, die sich da auftun, und aus meiner Sicht und aus unserer Sicht ist das vollkommen die falsche Debatte, neben einem Naturschutzgebiet in der Nähe des Nationalparks nach Gas zu bohren.

Ich sage ihnen ganz ehrlich. Ich bin maximal skeptisch, maximal skeptisch, ob sich das in Molln ausgehen wird in unmittelbarer Umgebung des Nationalparks, da habe ich wirklich schwere Zweifel.

Und wenn das wirklich vorangetrieben wird, dann müssen hier aus unserer Sicht verschiedene Dinge sichergestellt sein. Die sind in diesem Antrag auch dargelegt. Erstens einmal, die Bevölkerung muss umfassend informiert werden. Da sind wir uns, glaube ich, eh alle einig und auch eingebunden werden. Weil es muss sichergestellt sein, dass die Natur und die Naturschutzgebiete und der Nationalpark durch diese Vorhaben in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Und wenn es überhaupt zu Bohrungen kommt, dann muss sichergestellt sein, dass das Gas auch in Österreich bleibt und nicht irgendwo auf dem Weltmarkt verkauft wird. Das ist nämlich überhaupt nicht sichergestellt derzeit (Präsident: „Bitte zum Schluss kommen!“), ja, es ist ein Mineralöl-Konzern, ja, bin gleich fertig. Das ist das absolute Minimum.

Und ein Satz noch in Richtung vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, der heute nicht da ist, dass der Naturschutzreferent in seiner ersten Wortmeldung sagt, es ist super, dass man Bodenschätze hat und dass ihm kein Satz zum Nationalpark und zum Naturschutz einfällt, ist eigentlich eine Themenverfehlung aus meiner Sicht, und da würde ich sagen (Präsident: „Bitte beenden!“), ein bisschen weniger Loomi, ein bisschen mehr Greta Thunberg. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Aigner.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen im Oberösterreichischen Landtag, werte Zuhörer auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Vorab müssen wir einmal festhalten, es handelt sich jetzt derzeit maximal oder nur um ein sogenanntes Explorationsprojekt, das heißt, um eine Schatzsuche beziehungsweise um eine Probebohrung, und das ist auch genau das, was genehmigt worden ist.

Wir sind noch nicht im Bereich der Förderung. Aber, es stellen sich sehr viele Fragen, und wir haben auch Fragen gestellt, und zwar an Praktiker. An Menschen, die seit Jahrzehnten bohren nach Öl, nach Gas, nach Thermalwasser. Die wirklich wissen, was die tun. Wir haben leider Loomi nicht befragen können, weil ich erst heute erfahren habe, dass es Loomi gibt.

Aber, was haben wir in Erfahrung gebracht? Es sind einfach so essentielle Fragen. Wie groß ist dieses Vorkommen wirklich? Auf der Webseite des Unternehmens, das jetzt diese Probebohrung macht, die ADX, ist zu vernehmen, dass sie davon ausgehen, dass es 22 Milliarden Kubikmeter Erdgas sind oder gefördert werden können. Das würde dann den zweieinhalb- bis dreifachen Jahresverbrauch von Österreich sichern, wie Christian Dörfel schon richtig gesagt hat.

1986, 1987 hat die ÖMV dort bereits Probebohrungen gemacht, und die haben sich dann gegen eine Förderung entschieden, weil es nicht rentabel ist. Jetzt kann man sagen, ja, es haben sich natürlich die Methoden des Bohrens, der Förderung, der Aufbereitung wesentlich verbessert.

Es ist mir grundsätzlich auch egal. Das ist das wirtschaftliche Glück oder Unglück des Unternehmens, was dort fördert. Nur, ist 22 Milliarden Kubikmeter eine realistische

Einschätzung und ist das Gasvorhaben groß genug, um dort einzugreifen? Eine Frage, die man sich stellen muss vor endgültiger Genehmigung.

Dann stellt sich die Frage, wenn man in die Förderung kommt, wieviel Aufbereitungsanlagen brauchen wir und wie viele Bohrungen braucht man wirklich? Mit einer Bohrung ist es nämlich nicht getan. Die jetzige Probebohrung ist außerhalb des Naturschutzgebietes. Wenn wir mehrere brauchen, muss auch das zukünftig sichergestellt sein.

Wo kommen die Bohrungen hin? Wo ist das beabsichtigt? Gibt es da schon Ideen dazu, wie viele Bohrungen man braucht, dass man das überhaupt rausbringt? Mit einer, wie gesagt, wird es nicht getan sein.

Die nächste Frage, die sich Praktiker stellen, wie groß ist die Fundwahrscheinlichkeit? Und die schätzen diese Fundwahrscheinlichkeit bei ungefähr zehn Prozent ein. (Zwischenruf Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger: „Nein, 32 Prozent!“) Den Medien ist zu entnehmen, zwischen null und zwanzig Prozent, sollen es zwanzig Prozent sein, das heißt aber, wir haben eine Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent bis 90 Prozent, dass diese Bohrung, wie die Fachleute sagen, trocken ist.

Das heißt, da kommt nicht einmal warme Luft raus, nämlich gar nichts. Was passiert dann mit dieser Bohrung? Wie kann sichergestellt werden, dass wir in Zukunft dort wieder eine Renaturierung haben, dass diese Probebohrung, die Explorationsbohrung keine nachhaltigen Schäden und Einflüsse in der Natur hinterlässt? Wird das finanziell sichergestellt? Gibt es da eine Bankgarantie dazu? Wird Geld hinterlegt? Haftet der Bund? Was geschieht da? Da weiß man nichts dazu.

Wenn der Fund ertragreich genug ist, dass man sagt, okay, man geht jetzt in ein Förderprojekt, wie wird abgefördert, gibt es Pipelines, werden die Pipelines gebaut, wo werden die hingebaut, welche Eingriffe sind das in die Natur, gibt es dementsprechend schon Gespräche mit den Grundstückseigentümern?

Jetzt kann ich sagen zu dem Thema, naja, wo wird das Gas verbraucht werden, Pipelines zu bauen, ist sehr teuer, alleine deswegen ist die Wahrscheinlichkeit, dass es in Österreich verwertet wird, nicht gering. Aber, wir können uns auch helfen und können das sicherstellen. So ein Schatz gehört nämlich, wie wir heute schon gehört haben, ich glaube, Kollege Gruber hat das gesagt, grundsätzlich einmal dem Bund.

Und nur der Bund ist berechtigt zu bohren. Nur der Bund ist berechtigt zu fördern. Nur der Bund ist berechtigt zu verwerten. Aber er kann dieses Recht nehmen, was er im Regelfall tut, und kann es jemanden übertragen, einem Dritten, einem Unternehmen, das spezialisiert ist.

Und genau bei diesem Prozess kann man aber auch einen Vertrag abschließen, dass man sagt, mein Freund, du kannst das fördern, du bekommst natürlich die wirtschaftlichen Erträge daraus, man kann vielleicht noch nachdenken darüber, wie hoch diese sein dürfen, dass wir dann in Österreich nicht über Gebühr zahlen dafür und wir können festlegen, an wem das verkauft wird.

So kann man vertraglich sicherstellen, dass wer Fremder fördert, der das wirklich kann, aber das Gas in Österreich bleibt. So kann auch der Ausverkauf verhindert werden. Und dann eine Frage, die mich überrascht hat, aber von Praktikern, was ist, und ich glaube, über das hat noch gar keiner nachgedacht, wenn man dort nicht Gas findet, sondern Öl?

Ist da darüber nachgedacht worden? Ist ein ganz ein anderes Projekt. Ganz andere Vorschriften, ganz andere Vorkommnisse, ganz andere Aufbereitung. Ist nie diskutiert worden. Ich stelle nur Fragen, die Praktiker sich stellen, die seit Jahrzehnten, wie gesagt, bohren.

Daher ist eines wichtig, dass man, bevor es jetzt weiter geht, ein fertiges Konzept hat, dass man sagt, ja, wir gehen davon aus, dass wir dort etwas finden, sonst macht ja das Bohren keinen Sinn. Darum haben wir jetzt schon ein fertiges Konzept.

Liebe Politik, liebe verantwortlich Handelnde, liebe Menschen, das ist das allerwichtigste und das Konzept schaut so aus. Wir finden angenommen 22 Milliarden Kubikmeter, wir brauchen dann Bohrung da, Bohrung da, Bohrung da und Bohrung hier. Wir brauchen Aufbereitungsanlagen. Wir haben vor, Pipelines dort und da hinzubauen und wir haben vor, das Öl an diesen oder an jenen zu verkaufen.

Ich glaube, da könnte man total viel Hysterie und Angst (Präsident: „Bitte zum Schluss kommen!“) aus der Bevölkerung nehmen. Man brächte Verständnis auf, weil eines, glaube ich, ist nämlich nicht angekommen in der Bevölkerung. Lieber Molln-Gas aus Österreich für österreichische Zwecke, wie das böse, böse Russen-Gas oder das umweltschädliche amerikanische Fracking-Gas. Danke. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schliesse daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 428/2023 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 429/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 429/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich.

Ich eröffne, über den Antrag, dass der Beilage 429/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist das erste Gesetz heuer eigentlich. Man sagt ja allgemein, den Kindern gehört die Zukunft. Ich glaube, wir sagen aber gescheiter, die Kinder sind unsere Zukunft.

Und für unsere Arbeit heißt es, wer ein gutes Morgen für unser Land will, muss heute dafür sorgen, dass sie bestmöglich aufwachsen können. Und wer hilft mit, Oberösterreich zum Kinderland Nummer eins zu machen? Kinderland Nummer eins heißt, es ist ein langer Weg vor uns, aber wir haben den Weg bereits begonnen.

Darf nur erinnern an den Budgetbeschluss mit einem sehr ambitionierten Ausbauprogramm unserer Kinderbetreuungseinrichtungen. Also, wir haben diesen Weg jetzt fortgesetzt. Quer über alle Parteigrenzen hinweg, gemeinsam mit den Städten, Gemeinden, Gemeindebund, Städtebund und den Gewerkschaften, wo wir vor Weihnachten viele Schritte festgelegt haben: neue Öffnungszeiten, mit denen berücksichtigen wir die Bedürfnisse der Eltern. Mit kleineren Gruppen ermöglichen wir, dass jedes Kind ein Maximum an Zuwendung in den Einrichtungen

bekommt, und mit modernsten Krabbelstuben und Kindergärten schaffen wir Orte zum Wohlfühlen und mit vielen Verbesserungen für die Kindergärtnerinnen und die Helferinnen.

Sie sollen sich ganz einfach auf das konzentrieren können, was zählt. Die Kinder und damit unsere Zukunft. Kinderland Nummer eins heißt daher, den Eltern helfen, Mitarbeiter unterstützen, Chancen sichern. Und all das bedeutet zusammengefasst, sich um die Kinder zu kümmern.

Kinderland Nummer eins. Streben wir dieses Ziel gemeinsam an, gehen wir diesen Weg gemeinsam, gehen wir ihn mit Mut, Zuversicht, Kraft und Optimismus! Setzen wir heute den nächsten Schritt und beschließen gemeinsam das neue Gehaltsschema für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken, es ist im Vorfeld schon signalisiert worden, dass wir das heute einstimmig machen werden. Das ist ein gutes Zeichen. Wir beschließen das erste Gesetz heuer einstimmig. Wir beschließen ein Gesetz, das uns auf dem Weg zum Kinderland Nummer eins weiterbringt. Dieser Beschluss ist dann auch letztlich ein Zeichen dafür, dass wir dem neuen Jahr 2023 die Chance geben, ein gutes Jahr zu werden. Ich sage danke für die Unterstützung. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ammer.

Abg. Mag. Ammer: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen auf der Galerie und im Internet! Es ist nicht leicht Christian, nach dir zu reden. Vielleicht machen es manche von euch auch so, dass sie zum beruflichen und politischen Tätigsein zu Hause gerne kochen, ich mache das auch. Ich habe das gestern auch gemacht, meine Kinder haben reagiert mit: das ist interessant heute Papa. Ich habe versucht, dieses Essen schönzureden, das gelingt zum Teil, ich bin da durchaus kreativ, aber auf Dauer funktionierte es nicht, und es ist nicht ganz ehrlich. Ein bisschen passt es auch zu diesem Landesgesetz, weil ein richtiger Schritt, keine Frage. Natürlich nehmen wir die Dringlichkeit an und stimmen auch zu. Aber das Paket, das im Dezember geschnürt worden ist, verdient durchaus seine Anerkennung, es kann aber und muss vor allem zu weiteren Schritten führen, das ist ganz entscheidend. Warum muss es zu weiteren Schritten führen? Weil wir wissen, dass wir im Bundesländerranking, da bin ich bei der Ehrlichkeit, ganz weit hinten sind. Das heißt, sind wir so ehrlich, wir haben definitiv Aufholbedarf. Das haben wir mit den Quoten, die ganz klar am Tisch liegen von allen Richtungen, wie Sozialpartner, von allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Hohen Haus, die wissen das auch, den Aufschrei, weitere Schritte zu setzen und weitere Forderungen. Das hat nichts mit Schlechtreden zu tun, das nehme ich für mich in Anspruch, das mache ich hier nicht, das werdet ihr hier nicht von mir hören, aber die Ehrlichkeit, dass wir wirklich Aufholbedarf haben. Das betrifft auch so Kleinigkeiten unter Anführungszeichen, dass wir uns die Vor- und Nachbereitungszeiten entsprechend ansehen, dass wir uns ansehen, wo kann man entlasten beim bürokratischen Aufwand, den die Pädagoginnen und Pädagogen haben? Wo können wir da noch Schritte setzen, dass sich die Pädagoginnen und Pädagogen auf das konzentrieren können, wofür sie auch da sind? Das betrifft natürlich auch die baulichen Rahmenbedingungen, das Gehalt ist eine wichtige Auswirkung für die Attraktivität eines Berufes, keine Frage, aber es sind andere Punkte auch noch, wie die eben genannten, die dazu führen, dass wir, davon bin ich überzeugt, einen Betreuungsschlüssel bekommen und haben, der die Qualität steigert. Wir brauchen da, das muss unser Ziel sein, einen besseren Betreuungsschlüssel, dafür trete ich auf jeden Fall ein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein großer Vorteil und Privileg in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zu kommen, nicht als Politiker zu einem offiziellen Termin mit Foto und so weiter, sondern in der Rolle als Vater, weil du dann sehr deutlich, ich weiß, da bin ich nicht der Einzige, das will ich für mich gar nicht in Anspruch nehmen, weil man dann sehr deutlich mitkriegt, was vor Ort Sache ist. Mit den Pädagoginnen und Pädagogen, mit den Eltern im Gespräch zu sein, bei allen anderen, die in einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung arbeiten, da bin ich sehr froh, das zeigt mir vor allem eines, dass wir hier weitere Schritte unbedingt setzen müssen, dass wir die Ehrlichkeit brauchen, diese Schritte auch weiter zu setzen und zu gehen. Dafür braucht es ein Mehr an Anstrengung. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Klubobmann Dörfel hat es völlig richtig gesagt, wir haben hier heute wohl eine Einstimmigkeit der Dringlichkeit, und auch inhaltlich zu diesem ersten Schritt in eine vollkommen richtige und notwendige Richtung im Bereich der Kinderbildung und -betreuung in Oberösterreich. Auch wir NEOS unterstützen das selbstverständlich, weil es auch in vielen Teilen unseren Forderungen entspricht, die wir schon im letzten Jahr hier im Landtag formuliert haben. Wenn ich jetzt höre, dass sich die Landesregierung und die Landtagsmehrheit dem Weg Oberösterreichs zum Kinderbundesland Nummer eins verschrieben hat, dann finde ich das großartig und unterstütze dieses Ziel, ich kenne das eh, ich weiß, was ich seit einem Jahr rede.

Was mich jetzt wahnsinnig interessiert, was auch die Leute da draußen interessiert, nicht nur, aber auch die Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen in den Einrichtungen, ist wie, also wirklich wie, bis wann und wie genau? Wie so oft in politischen Ansagen und politischen Überschriften klingt das super, da muss man dann ins Detail schauen, das ist jetzt das, was ich bei der Budgetdebatte damals versucht habe zu sagen, wir brauchen immer eine Gewissheit und eine Ahnung davon, was denn der Weg ist, der Weg zum Kinderland Nummer eins. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Der erste Schritt!“) Den sehe ich noch nicht, das ist sprichwörtlich dieser erste Schritt. Wie geht es weiter? Da ist jetzt ein Berg, da gibt es verschiedenste Routen, es gibt gesicherte und ungesicherte Wege, Unwägbarkeiten. Ich frage, wie möchte denn die Landtagsmehrheit auf diesen Berg, auf die Spitze als Kinderland Nummer eins eigentlich gehen? Momentan ist die Antwort, na ja, jetzt sind wir einmal einen Schritt gegangen, jetzt schauen wir weiter, so gehe ich nicht wandern, so sollte auch niemand wandern gehen, weil dann kommt man nicht ans Ziel. Also planvoll, transparent und mit Ansage brauchen wir diesen Weg, da freuen wir uns darauf, wenn wir das gemeinsam in nächster Zeit erarbeiten können, on top von dem Paket, das jetzt in Begutachtung geht, was wir uns auch sehr gut anschauen wollen.

Es ist nur der Anfang, warum ist es nur der Anfang? Weil wir in allen Rankings, die relevant sind, nicht recht weit vorne sind, wir sind sogar meistens ganz hinten. Das heißt, um zur Nummer eins zu kommen, in die Poleposition, da müssen wir jetzt eine Aufholjagd von ganz hinten machen, auch das wird spannend, auch das wird ganz viel Energie brauchen, ganz viel Entschlossenheit und ganz viel Plan. Der Anteil der VIF-konformen, Vereinbarkeitsindex für Familie und Beruf, der konformen Plätze ist seit 2019 in Oberösterreich nicht gestiegen, nicht gleichgeblieben, sondern sogar gesunken. Bei den Öffnungszeiten sind wir in Oberösterreich, was die Vollzeitarbeitstauglichkeit bei den Plätzen betrifft für Drei- bis Sechsjährige, bei nicht einmal einem Viertel, bei 23 Prozent. Auch die 38 Millionen Euro, die die zuständige Kinderbildungsreferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander hier künftig auch für

neue Gruppen investieren möchte, die machen auch nur minimal Boden gut, damit erhöht sich die Betreuungsquote im ganzen Land ungefähr um 1,6 Prozent, also in die richtige Richtung, aber wirklich ein kleiner erster Schritt. Wir brauchen nicht nur mehr Gruppen und dann noch mehr Gruppen, wir brauchen einen umfangreichen Boost für die Kinderbildung, das beginnt bei der Wiedereinführung der Gratisnachmittagsbetreuung, das ist ein Reizwort für den Sektor da drüben, aber das brauchen wir. Das geht weiter bis hin zu multiprofessionellen Teams zur Unterstützung des Personals, das geht auch dorthin, dass wir einen Betreuungsschlüssel bekommen, wo die Pädagoginnen und Pädagogen, die ihren Job gerne machen, die das gelernt haben, die damit angefangen haben, weil sie ja was Positives beitragen wollten zu den Chancen und zur Entfaltung der Kinder in unserem Land, dass man diesen Pädagogen auch die Chance gibt, diese Skills, die sie haben anzuwenden, die ihnen den Frust nehmen, den sie faktisch ganz oft haben.

Da müssen wir hin, da können wir auch gemeinsam gehen, die ausgestreckte Hand von uns NEOS, ich glaube, ich spreche da für alle in diesem Raum, die ist immer da für Schritte in diese richtige Richtung, aber bitte unbedingt planvoll, entschlossen und über die kommenden Jahre, damit wir ein ordentliches, zeitgemäßes Kinderbildungs- und -betreuungsangebot schaffen. Das einerseits jedem Kind, egal wer die Eltern sind, Chancen auf ein erfülltes und glückliches Leben gibt, auf Entfaltung gibt, das andererseits auch den jungen Familien in diesem Land die Chance und die Wahlfreiheit gibt, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das muss der Weg sein. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Margreiter.

Abg. Margreiter: Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als dreifache Mutter nehme ich mir heraus zu behaupten, dieser Pakt für das Kinderland Oberösterreich war eine äußerst schwere Geburt, ich würde wirklich behaupten, dass hier neben Glocke, Zange alles, was es so gibt, notwendig war. Als Geburtshelfer würde ich unter anderem, da möchte ich mich ganz besonders bedanken, die Gewerkschaften GPA und YOUNION bezeichnen, die hier wirklich Großartiges geleistet haben. An dieser Stelle danke noch einmal für das Durchhaltevermögen und den enormen Druck, der hier aufgebaut wurde oder notwendig war, dass wir eben heute genau diesen Initiativantrag vorliegen haben. Ich bin äußerst froh darüber, wir werden natürlich dem zustimmen, weil ich glaube, wir dürfen keine Zeit verlieren, es ist dringlich, jede Minute zählt, damit wir hier endlich im Rahmen dieser Möglichkeiten und hier bei der Bildung in Oberösterreich weiterkommen.

Zu den einzelnen Dingen, wir haben am 14.12.2022, das Land Oberösterreich und die entsprechenden Gremien, da waren unter anderem die Gemeinden vertreten durch den Gemeindebund, die Städte vertreten durch den Städtebund und eben die Gewerkschaften, diese Maßnahmen beschlossen, um eben diesen Pakt für das Kinderland zu verabschieden. Er setzt sich zusammen aus drei Bereichen, zum einen gibt es kurzfristige Maßnahmen, die beschlossen wurden, es gibt mittelfristige Maßnahmen und langfristige Maßnahmen, die wichtigsten aus meiner Sicht sind zum einen, dass hier der Urlaub der pädagogischen Fachkräfte, das sind eben die ursprünglichen Helfer/innen, dass der ausgeweitet wurde um eben zehn zusätzliche Urlaubstage. Ich glaube, es war wichtig, hier endlich eine Angleichung zu finden, diese Regelung sollte mit 1.9.2023 umgesetzt werden, also der erste Teil der Urlaubswoche, dann der zweite Teil, das heißt, insgesamt die beiden zusätzlichen Wochen mit 1.1.2024. Wichtig ist für mich auch, dass die eben pädagogischen Assistenzkräfte, wie sie jetzt eben heißen, auch die dieselben Fortbildungsmöglichkeiten haben wie die anderen PädagogInnen. Ich glaube, da darf es keinen Unterschied geben, das ist enorm wichtig, das müssen wir auch diesen Kolleginnen und Kollegen zugestehen.

Ganz besonders, wir haben es heute schon erwähnt, ist das Gehaltspaket, das damit beschlossen wurde, monetäre Ablöse oder Entgelt ist natürlich nicht das Wichtigste, aber dennoch in vielen Bereichen und im Vergleich zu anderen Berufsgruppen enorm wichtig. Hier geht es eben darum, dass Elementarpädagoginnen in allen Gehaltsstufen 250 Euro brutto dazubekommen, eben dass pädagogischen Assistenzkräfte 150 Euro brutto in allen Gehaltsstufen bekommen. Das soll eben mit 1.1.2024 umgesetzt werden, wie gesagt, das sind eben kurzfristige Maßnahmen, längerfristige Maßnahmen sind dann unter anderem eben auch die Absenkung der Gruppengrößenhöchstzahl im Kindergarten um ein weiteres Kind auf 21 Kinder, das soll wirksam werden im Kindergartenjahr 2028/2029. Hier gibt es wirklich viele, viele Punkte, man hat hier wirklich sehr wesentliche Verbesserungen erzielt, meine Bitte ist hier eben auch noch, wir haben es auch in vielen anderen Bereichen schon besprochen, dass man hier die Gemeinden nicht alleine lässt. Die Gemeinden sind in vielen Bereichen gefordert, ich weiß aus vielen Gesprächen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dass sie hier Sorge haben, dass jetzt letztendlich vieles wieder bei ihnen liegen bleibt und bei ihnen bleibt.

Fakt ist, ich darf das noch einmal zusammenfassen, es ist eine gute Ausgangssituation, mein Kollege Felix Eypeltauer hat es auch schon gesagt, es braucht aber noch sehr viel mehr, da sind wir uns einig. Oberösterreich ist ein führendes Wirtschafts- und Industrieland, wenn man sich die anderen Bundesländer anschaut, da ist einfach Bildung ein elementarer und ganz wichtiger Bestandteil. Darum braucht es weitere Maßnahmen, vor allem wenn es um eine Arbeits- und Ausbauoffensive geht, um weitere Plätze diesbezüglich, es geht darum, hier eben auch weitere Maßnahmen zu ergreifen, wenn es um bessere Rahmenbedingungen geht für die Pädagoginnen und Pädagogen. Ich würde mir einfach wünschen, dass wirklich Bildung einen barrierefreien Zugang wieder erleben wird. Es kann nicht sein, dass sie abhängig ist von der Geldbörse der Eltern oder auch vom eigenen Bildungsstand der Eltern. Da müssen wir wirklich Sorge tragen, dass es hier Verbesserungen gibt, das ist wichtig. Ich darf da auch ein Zitat sagen, Kollege Gruber, wenn dir etwas wichtig ist, dann gibt es kein aber, da müssen wir wirklich schauen und alle gemeinsam hier zusammenhelfen, dass da noch weitere Schritte passieren. Wir werden auf jeden Fall ein Auge darauf haben, ein Auge auch darauf haben, dass Bildung in elementarpädagogischen Einrichtungen allen ermöglicht wird, dass es ausreichende Möglichkeiten und Plätze gibt. Es soll aus unserer Sicht einen Rechtsanspruch ab dem ersten Kindergartenjahr geben, wir sind auch dafür, dass die Nachmittagsgebühren wieder wegfallen, uns ist Bildung enorm wichtig. Es ist ein maßgeblicher Bestandteil für den weiteren Lebensweg, für den Berufsweg, da braucht es alle Anstrengungen, wir werden jedenfalls darauf achten. Ich bedanke mich noch einmal wirklich bei allen, es zeigt auch die Wichtigkeit, dass hier alle mitunterzeichnet haben, dass wir so gute Lösungen gefunden haben, wir sind dabei, wenn es um weitere Schritte geht. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klinger.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Das freut mich immer, wenn die Doris vor mir redet, da brauche ich das Pult nicht umstellen. (Heiterkeit) Debatte hin und Debatte her, es gibt einen einhelligen Beschluss, das ist auch einmal ein freudiges Ereignis im Landtag, wenn wir uns einig sind, dass wir die Kinderbetreuung verbessern müssen, sei es, dass wir an letzter Stelle sind, im Mittelfeld oder egal wie man das interpretiert, das ist ja völlig wurscht. Auf alle Fälle soll jetzt etwas passieren, dass etwas passiert, da ist natürlich auch klar, dass es mit Kosten verbunden ist. Jetzt bin ich genau wieder bei der Doris, du hast es nämlich angesprochen, weil soweit ich weiß, von den Verbesserungsmaßnahmen ist das Land nur bereit die 250 Euro und die 150 Euro Gehalt zu finanzieren. Bei den vielen Maßnahmen, die da gesetzt werden, ich sage den Ausbau auf 47 Wochen Kinderbetreuung und zehn zusätzliche Urlaubstage, dann glaube ich, kann man nicht davon sprechen, dass das die Gemeinden nur ein bisschen treffen

wird. Da bin ich bei meiner Heimatgemeinde Gaspoltshofen mit 3.600 Einwohnern, 40 Quadratkilometer, 100 Kilometer eigene Gemeindestraßen, beim heurigen Budget haben wir es gerade noch geschafft, sparsamst aufgestellt beim Straßenbau von 100.000 auf 50.000 Euro reduziert, dass wir für 2023 ausgleichen können. Dabei erinnere ich mich noch gut, als die Freiheitliche Partei zum ersten Mal gefordert hat, das letzte Kindergartenjahr möge gratis sein, ich weiß nicht, wer es in diesem Haus auch noch weiß, da hat es geheißt, ein Wahnsinn von den Freiheitlichen, wer soll das finanzieren, das ist unmöglich, das ist eine Phantasterei und, und, und. Kurz darauf ist eine andere Fraktion vorgeprescht und hat für den gesamten Kindergarten, für die gesamte Zeit den Gratiskindergarten gefordert, der dann natürlich auch umgesetzt wurde. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Wer war das?“) Ihr ward es nicht, damit wir bei der Sache bleiben, Doris, ihr habt die Plakate schon gedruckt gehabt, aber eine andere Partei ist euch zuvorgekommen, ihr wart zu langsam. Da erinnere ich mich noch gut an den zuständigen Landesrat, der auch heute noch mein Cousin ist, der gesagt hat, tu dich nicht ärgern, wir gleichen auch das eh aus, das Ausgleichen hat so damit geendet, dass wir als Gemeinden einen ganz schönen Ranzen übriggeblieben bekommen haben. Das heißt im Klartext, das ist uns nicht ausgeglichen worden, jetzt appelliere ich ganz einfach an alle Fraktionen, auch bei diesem gemeinsamen Schulterschluss dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft diese Belastung nicht wieder bei den Gemeinden hängen bleiben. Es steht ja im Gesetzestext drinnen, es darf keine finanzielle Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger beinhalten oder beinhaltet dieses Gesetz nicht. Ich frage, wie sollen die Gemeinden mit ihren Gebühren in Zukunft umgehen, wenn ihnen pausenlos zusätzliche Belastungen aufgebürdet werden? Auch wieder ein Zeichen an den Gemeindebund, wofür sie eigentlich in Verantwortung sind, da gibt es natürlich auch gewaltige Unterschiede in der Finanzkraft der Gemeinden, ich habe 16 Planposten, ich habe 8,1 besetzt, also sparsamer, auch vom Rechnungshof festgestellt, geht es nicht. Gerade kann ich noch ausgleichen.

Ich frage mich, wie das andere Gemeinden machen? Und da müssen wir schon Augenmerk darauf legen, dass wir mit diesen sozialen Maßnahmen, die notwendig sind und gerecht sind, nicht das Kind mit der Badewanne ausschütten, dass die Gemeinden um so viel mehr belastet werden, dass sie in Zukunft ihre Gebühren dermaßen erhöhen müssen, dass es wiederum beim Bürger und der Bürgerin hängen bleibt. Danke. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 429/2023 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 430/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 430/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die explodierende Anzahl plötzlicher und unerwarteter Todesfälle. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 430/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Häusler.

Abg. **Häusler, BSc:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Menschen im hohen Landtag, liebe Besucher, letzte Besucher auf der Galerie und vor allen Dingen liebe Menschen zu Hause online an den Bildschirmen! Hinschauen, wo keiner hinschaut, reden, worüber keiner redet, dafür sind wir von der MFG jetzt, glaube ich, mittlerweile schon bekannt. Und daher auch diese Resolution von uns heute.

Der Mainstream berichtet es schon seit Wochen. Explodierende Anzahl von plötzlichen und unerwarteten Todesfällen. Trotz der weiter rückläufigen Sterbezahlen von Fällen mit und an Corona wurde laut Statistik die prognostizierte Anzahl von Sterbefällen in Österreich um über sieben Prozent überschritten. Dabei ist sowohl die Bevölkerungszahl als auch die veränderte Altersstruktur berücksichtigt. So die Lage in Österreich.

Hinzu kommt ein neues, weltweit beobachtetes Phänomen, eine besorgniserregende Häufung von plötzlichen und unerwarteten Todesfällen. Und darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Sie auf eine kleine Reise rund um den Globus mitnehmen. USA, gesunder 17-jähriger Football-Spieler aus der New York High School stirbt nach einem Training. Schottland, Mutter bricht beim Laufen zusammen und stirbt. Indien, 33-jähriger Volleyballspieler bricht während eines Matches zusammen und stirbt am Weg ins Krankenhaus. (Zwischenruf von links: „Und das bei neun Milliarden Menschen!“) England, 29-jähriger Rugbyspieler erleidet einen suspekten Herzinfarkt während eines laufenden Spiels und stirbt am Weg ins Krankenhaus. Mazedonien, 24-jähriger Handballtormann stirbt plötzlich und unerwartet. Italien, 29-jähriger Fußballspieler stirbt während eines Gedenkspiels für seinen verstorbenen Bruder unerwartet am Spielfeld. Deutschland, 38-jähriger Tischtennisprofi stirbt plötzlich und unerwartet. Kanada, 19-jährige Schülerin bricht beim morgendlichen Joggen zusammen und stirbt. Indonesien, 36-jähriger Badminton-Olympiameister im Doppel stirbt plötzlich und unerwartet an einem Herzinfarkt.

Ein paar lachen trotzdem noch, ja, aber diese Liste ist weltweit sehr lange noch fortzuführen. Und es liegt in der Verantwortung der zuständigen Regierung, alles im Sinn des öffentlichen Interesses zu unternehmen, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Und somit obliegt es nämlich den politischen Verantwortungsträgern, im Sinne der öffentlichen Gesundheit zu agieren und jedes Verdachtsmoment, das auf eine breite Gefährdung der Bevölkerung hindeuten könnte, genau zu untersuchen. Nicht zuletzt, weil auch viele der genannten Vorfälle in einem zeitlichen Naheverhältnis zu den staatlich forcierten, kostspieligen Kampagnen für die mRNA-basierte Covid-19-Injektion stehen.

Ja, das sind jetzt de facto die Daten, die liegen am Tisch, die haben wir, also sprechen wir auch bitte einmal darüber. Und daher fordern wir in dieser Resolution heute die Oberösterreichische Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass mit Hilfe der zuständigen Behörden und Institutionen das derzeitige Phänomen der Übersterblichkeit als auch der plötzlichen Todesfälle im Sinne einer sauberen wissenschaftlichen Analyse aufgearbeitet wird.

Ich freue mich auf meine Nachredner und hoffe auf breite Zustimmung. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Präsident Peter Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Freude auf die Nachrednerinnen und Nachredner kann ich nachvollziehen, der Hoffnung muss ich leider eine Absage erteilen. Wir werden diesem Antrag nicht nähertreten. Warum? Wir haben heute schon im Zusammenhang mit dem Thema Gesundheitsversorgung darüber diskutiert, dass Offenheit, Aufklärung, Transparenz ganz wichtig ist, um die Herausforderungen im Gesundheitswesen zu verstehen.

Und dieses Phänomen dieser Übersterblichkeit, das ist ja tatsächlich interessant, die Pandemie ist eigentlich vorbei, die so viele Todesopfer auch gefordert hat, und trotzdem gibt es jetzt im Vergleich zu einem 5-Jahres-Zeitraum vor der Pandemie tatsächlich eine höhere

Mortalitätsrate. Das ist sehr interessant, sich das anzuschauen. Die Daten liegen grundsätzlich auf dem Tisch. Von der Statistik Austria wird das ja regelmäßig an EuroMOMO gemeldet, das ist eine Institution, die seit 2000 die Mortalitätsraten in 23 europäischen Ländern, wo auch Österreich dabei ist, verfolgt.

Die Ursachenforschung und die Diskussion darüber, die möchte ich aber gar nicht an die Bundesregierung delegieren, weil betroffen waren wir in Oberösterreich schon auch in den Krankenanstalten, wo wir sowohl mit der Pandemie zu tun hatten, als auch mit der Organisation der aus meiner Sicht sehr wichtigen Impfstraßen, um weitere Todesopfer durch die Pandemie zu verhindern. Und darum möchte ich das einfach im Land diskutieren, im zuständigen Ausschuss. Ich möchte, dass wir da tatsächlich auch mit Experten über diese Sterblichkeitsraten diskutieren. Darum werden wir der Dringlichkeit nicht näher treten, aber freuen uns auf die Diskussion, die folgen wird. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Manhal.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werde Zuhörerinnen und Zuhörer! Waren es in den letzten Sitzungen die Schnelltests und die Teststäbchen, die ins Visier der MFG geraten sind, so ist es heute die Corona-19-Schutzimpfung und eine angeblich damit in Verbindung stehende Explosion von Todesfällen. Damit beteiligt sich die MFG-Fraktion wieder einmal daran, bewusst Ängste gegen die Impfung zu schüren.

Erwiesen ist aber genau das Gegenteil. Die Impfung schützt vor schweren Verläufen und senkt somit auch das Sterberisiko. Niemand bestreitet, dass es eine Übersterblichkeit bei der älteren Bevölkerung gegeben hat in den letzten drei Jahren, aber aufgrund der Erkrankung und insbesondere bei ungeimpften, multimorbiden Patientinnen und Patienten. Wir lehnen die Dringlichkeit daher heute ab. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz.

Abg. Schwarz: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte nur ganz kurz auf diesen Antrag eingehen. Ja, es gibt eine Übersterblichkeit. Und es ist im Eurostat-Bericht eigentlich ganz klar aufgeführt. Und wenn man diese Daten genauer liest, dann sieht man, dass es nicht eine explodierende Zahl ist, sondern dass das einfach Fakten sind. Und wir sehen auch die einzelnen Gipfel, europaweit in unterschiedlichen Ländern. Aber die Spitzenwerte liegen, zum Beispiel in Österreich, im April 2020 haben wir 25,2 Prozent Übersterblichkeit, im November 2020 40 Prozent Übersterblichkeit, das war der höchste Wert überhaupt. Im April 2021 20,9 Prozent Übersterblichkeit. November 2021 26,5 Prozent Übersterblichkeit.

Ja, das ist ein Faktum, europaweit. Unterschiedliche Wellen. Aber wenn man sich die ersten zwei Monate anschaut, da rede ich noch gar nicht vom dritten, da haben wir noch eigentlich keine Impfung gehabt, im April 2020 und im November 2020, und trotzdem hat es die Übersterblichkeit gegeben. Und wir wissen es aus vielen Zahlen und Berichten, welche Menschen an Covid, aber auch an anderen Krankheiten, gestorben sind.

Monocausale Zusammenhänge in den Raum zu stellen ist gefährlich, ist brandgefährlich und spaltet und ist absolut nicht mit der Wissenschaft gedeckt. Weil gerade diese Aufzählung, die da passiert, und wo denn das hergekommen ist, diese auch im Antrag angeführte Homepage www.ploetzlich-und-unerwartet.net, da findet man die Auflistung. Man findet keine

Quellenangabe, man findet kein Impressum. Also wer steht da dahinter und wie wird das zusammengetragen? Und es ist dieses Thema auch in Deutschland von der gleichen Gruppe, und das deckt sich mit diesen Impfgegnerinnen und Impfgegnern.

Und ich denke, wir haben die Verantwortung, die Menschen aufzuklären. Ja. Wir wissen alle, was sind denn die Ursachen von Todesfällen insgesamt, weil wir reden ja nicht immer nur von den plötzlich und unerwarteten. Die gesunde oder ungesunde Lebensweise, Übergewicht ist ein Faktum, nicht nur bei Corona, aber auch dort war es immer ein Thema. Wir haben alle die Berichte gesehen, was das heißt, wenn übergewichtige Personen in der ersten Phase an Corona erkrankt sind, wo man auch noch keine Medikamente gehabt hat, wo die beatmet werden mussten, wie das auch eine Herausforderung für die Personen bzw. für die Pflegekräfte, die dort waren, war.

Und ja, wir haben höhere Infektionswellen im Winter 2022, wissen wir auch. Wird auch von der Wissenschaft genauso dargestellt. Auch Professor Lamprecht hat vor kurzem jetzt auch wieder klar festgelegt, wir haben einfach jetzt zwei Jahre keine Infektionskontakte gehabt. Und ich weiß auch eines, ich war 15 Jahre in der Arztpraxis tätig, und ich war da eigentlich fast nicht krank. Maximal einmal ein bisschen einen Schnupfen, weil ich jedes Mal regelmäßig geboostert worden bin. Wir haben schwere Grippefälle gehabt in der Praxis und, und, und. Und dann habe ich aufgehört, und in den ersten zwei Jahren bin ich andauernd krank gewesen. Von Verkühlungen, von Grippe, usw., weil ich einfach nicht laufenden Kontakt gehabt habe mit den Viren. Und daher ist, glaube ich, auch diese Jetzt-Welle erklärbar. Und das sage nicht nur ich, weil ich es aus meiner Erfahrung weiß, sondern das sagt die Wissenschaft. Und genau da müssen wir hinschauen.

Und eine Zahl möchte ich auch noch nennen, weil man da immer so flapsig drübergeht. Was hat der Klimawandel mit der Gesundheit zu tun? Sehr viel. Alleine in Österreich sind im letzten Jahr 300 Menschen an den Folgen, an den direkten Folgen der Hitze gestorben. Auch da müssen wir hinschauen. Wir werden diesem Antrag nicht nähertreten. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Gruber.

Abg. Gruber: Herr Präsident, hohes Haus, werte Landsleute, die uns auf der Galerie, aber auch noch an den Bildschirmen beiwohnen! Ja, hinschauen, wo die FPÖ schon hingesehen hat, reden, wo die FPÖ das Reden bereits abgeschlossen hat, und beantragen, wo die FPÖ bereits auf Bundesebene schon längst beantragt hat. Und das ist auch die Begründung, warum wir jetzt da keinem Hüftschuss zustimmen werden, sondern es braucht eine wissenschaftliche Aufarbeitung, die übrigens auf Bundesebene bereits eingeleitet wurde.

Es ist Faktum, dass es eine Übersterblichkeit gibt, und das ist auch statistisch bewiesen. Jetzt können wir laienhaft darüber philosophieren, welche Gründe das sind, daher brauchen wir diesbezüglich diese schon angesprochene, auch von meinen Vorrednern dargelegte wissenschaftliche Begründung dieser Fälle. Dass wir hier bereits in Vorleistung auf Bundesebene gegangen sind, veranlasst uns natürlich auch, irgendwelchen Trittbrettantragstellern nicht die Mauer zu machen. Und genau darum lehnen wir diese Dringlichkeit auch ab.

Das klarste Statement generell, wie die ganze Situation beurteilt wird, gibt uns die Bevölkerung selbst. 51,6 Prozent der Oberösterreicher gelten derzeit noch als vollständig geimpft. Tendenz stark sinkend. Und ich glaube, das spricht Bände, wie die Bevölkerung über diese Situation denkt. Das Debakel, das Finanzdebakel, Steuergeldverschwendungsdebakel, das die Frau

Präsidentin heute schon angesprochen hat, mit den 42 Millionen Impfdosen, spricht Bände und braucht keiner näheren Darstellung meinerseits unterzogen werden.

Daher gilt für uns, klares Lagebild, jawohl, wissenschaftlich fundiert, jawohl, Transparenz bei allen statistischen Auslegungen, jawohl. Aber ich sage auch klipp und klar dazu, an alle Fraktionen, man kann auch ruhig einmal zugeben, wenn man erkennt, dass man auf dem falschen Dampfer unterwegs ist und diesen Dampfer auch wechseln. Danke. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Beilage 430/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zum zweiten Teil der Tagesordnung und somit zu den Verhandlungsgegenständen und auch zur Beilage 414/2023, das ist der Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten über den Zeitraum 2018 bis 2020. Ich bitte Abgeordneten Csar zu berichten.

Abg. **Dr. Csar:** Beilage 414/2023, Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten über den Zeitraum 2018 bis 2020. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 414/2023.)

Der Verfassungsausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten 2018 bis 2020, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 28. November 2022 (Beilage 382/2022, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Herr Abgeordneter Kroiß bitte.

Abg. **Kroiß:** Werter Herr Präsident, werte Kollegen im Landtag! Vorab möchte ich der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Oberösterreich, Frau Reg.R Heidemarie Bräuer, und ihrem gesamten Team für den Bericht, aber auch für ihre wichtige und oftmals nicht ganz einfache Aufgabe recht herzlich danken. Ihr leistet mit eurer Tätigkeit einen wichtigen Beitrag, damit sich das Land Oberösterreich als moderner und fairer Arbeitgeber für insbesondere mehr als 22.000 Mitarbeiter in der Oö. Landesverwaltung, in der Oö. Gesundheitsholding, den Mitarbeitern bei der KUK und den Landesmusikschulen weiterentwickeln kann.

Und wir konnten bei der jüngsten Ausschusssitzung miterleben, mit wieviel Herzblut und Engagement hier gearbeitet wird. Und eventuell auftretende Missstände im Sinne der Richtlinien des gültigen Gleichbehandlungsgesetzes zeitnah und mit der notwendigen Sensibilität beseitigt werden. So kann man dem Bericht entnehmen, dass mit zahlreichen Publikationen und Inseraten in den verschiedensten Medien, mit vielen Projekten und Vorträgen in den Dienststellen bis hin zur Ausstellung 100 Jahre Frauen im Oö. Landesdienst es gelungen ist, das Thema Gleichstellung noch mehr vor den Vorhang zu holen und in den verschiedensten Bereichen zu etablieren. Die in diesen Bericht angeführten Statistiken und Tabellen belegen doch sehr deutlich, auch wenn wir noch nicht am Ziel dieser langen Reise sind, dass wir in Oberösterreich erstens einmal uns in die richtige Richtung weiterentwickeln und zweitens, auch das muss einmal festgestellt werden, dass wir schon ein schönes Stück des Weges zurückgelegt haben. Diverse Benachteiligungen unterschiedlichster Art, die noch vor 15 Jahren von den Mitarbeitern als gegeben hingenommen worden wären, landen heute

auf den Schreibtischen der Gleichstellungskommission und werden zeitnah überprüft und abgestellt.

So kann man auf einer der beigefügten Statistiken nachlesen, dass es im Zeitraum 2018 bis 2020 im oberösterreichischen Landesdienst 318 Anliegen, Beschwerden oder Feststellungen gegeben hat, wo die Gleichstellungskommission auch tätig geworden ist, 77 Anliegen und Beschwerden bei dienstrechtlichen Anfragen, 49 Fragen zum beruflichen Aufstieg, 84 Fragen und Anliegen bei Bewerbungskriterien im Landesdienst oder deren Versetzungen, 12 Fragen oder Anliegen zu dem Thema Fort-, Aus- und Weiterbildung, 44 Themen, die unter die Rubrik sexuelle Belästigung fallen und 28 Anfragen bezüglich Problemen bei der Kinderbetreuung, weitere 24 Anfragen zu nicht definierten Konfliktthemen. Fazit, zusammen sind das 318 Anliegen und Beschwerden, wo im Nachgang immer versucht wurde, mit Ausnahme der sexuellen Belästigung, hierfür eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden.

Beim speziellen Thema sexuelle Belästigung wurde uns im Ausschuss von Frau Regierungsrätin Bräuer glaubhaft vermittelt, dass hier bei jedem einzelnen Vorbringen mit der größtmöglichen Diskretion und Sensibilität, aber auch mit der notwendigen Konsequenz und Härte vorgegangen wird. Das ist auch gut so.

So kann man zusammenfassend festhalten, dass in Oberösterreich beziehungsweise auf die Richtlinien, die auch im Jahr 2021 evaluiert worden sind und im Gleichbehandlungsgesetz festgeschrieben wurden, dass hier das Land Oberösterreich seiner Verpflichtung gegenüber seinen Mitarbeitern als moderner, fairer und zeitgemäßer Arbeitgeber nachkommt und bei auftretenden Problemen schnell und mit Augenmaß reagiert wird. Deshalb vielen Dank für die gute Arbeit der Gleichstellungskommission!

Abschließend möchte ich noch einige Sätze über das Gleichstellungsprogramm 2022 bis 2027 verlieren, wo aus unserer Sicht viele richtige und wichtige Überlegungen darin auch skizziert sind und auch von uns Freiheitlichen mitgetragen werden. Da wird von uns doch sehr kritisch gesehen, scheint hier der Versuch über das Gleichstellungsprogramm 2022 bis 2027 durch die Hintertür eingeführt zu werden, denn einen spezifischen gesetzlichen Auftrag dazu gibt es nicht, dass eine für viele unverständliche, geschlechtergerechte Sprache in Wort und Schrift im oberösterreichischen Landesdienst schön langsam etabliert wird. (Zwischenruf Abg. Mag. Engl: „Langsam, wie sollte man das verstehen?“) So wie es Frau Prof. Dr. Constanze Spieß so lapidar festhält und diese auch in diesem Bericht zitiert worden ist, die Leute werden sich schon dran gewöhnen. So sehen wir das nicht und fordern hier doch vehement, dass hierbei ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden soll, dass die Bestrebungen nicht zu einer realitätsfremden Verhöhnung unserer Sprache im oberösterreichischen Landesdienst führen, die einmal kein Mensch verstehen kann und weiter keiner Frau wirklich weiter hilft. Auch hier gilt es, man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Der vorgelegte Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten 2018 bis 2022 wird unsererseits zur Kenntnis genommen. Vielen Dank!

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Scheiblberger.

Abg. **Scheiblberger:** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher! Auch wir bedanken uns ganz herzlich für die Vorlage dieses wirklich sehr umfangreichen Berichtes aus den Jahren 2018 bis 2020 und auch die Präsentation für das Gleichstellungsprogramm 2022 bis 2027. Hier möchte ich auch wirklich in Person von Gleichbehandlungsbeauftragter Regierungsrätin Bräuer und ihren Mitgliedern der Gleichbehandlungskommission danke sagen für diese wirklich äußerst engagierte Arbeit.

Auch ich konnte, so wie mein Kollege Kroiß schon erwähnt hat, Frau Regierungsrätin Bräuer persönlich bei der Landtagsausschusssrunde erleben. Ich war wirklich sehr beeindruckt, wie motiviert sie an ihre Arbeit herangeht und mit wie viel Herz sie bei diesem sensiblen Thema ist. Die Hürde ist für Frauen sehr groß, wenn es diese einschlägigen Probleme gibt, sich überhaupt an die Gleichbehandlungsbeauftragte zu wenden. Ich denke, dass diese Funktion sehr viel Sensibilität abverlangt. Regierungsrätin Bräuer hat uns auch erzählt, dass dann, wenn eine Beratung wirklich zustande kommt, noch immer nicht ohne die Zustimmung der Betroffenen Konsequenzen folgen. Das wird nur mit Zustimmung der Betroffenen wirklich sehr konsequent durchgeführt, dass dann ein disziplinäres Verfahren durchgezogen wird. Sie hat uns bekräftigt, dass, wenn die Betroffenen dann diesem Verfahren zustimmen, wirklich mit großer Konsequenz auch das durchgezogen wird. Was mich sehr beeindruckt hat, war der Zuständigkeitsbereich, sowohl für die öffentlich Bediensteten, als auch für die Gemeindebediensteten, also für 50.000 Bedienstete. Uns wurde auch erzählt, dass, nachdem die Gemeindebediensteten angeschlossen wurden, auch das Team aufgestockt wurde und sie wirklich in einem sehr guten Team arbeitet.

Dem Land Oberösterreich ist die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt wichtig. Es ist ein gesellschaftliches und ein unternehmerisches Anliegen. Darum werden auch gerade von Seiten des Dienstgebers eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die wirklich dann dauerhaft und nachhaltig sind. Es ist wirklich sehr erfreulich, dass auch der Schwerpunkt im Gleichstellungsprogramm 2022 bis 2027 in diese Richtung geht. Es ist das Thema Karriere und Teilzeitmöglichkeiten versus Familienzeit ein ganz spannendes Thema, das viele Frauen betrifft, die gerne in Teilzeit gehen, aber nicht auf ihren Karriereweg verzichten möchten. Auch diese sprachliche Gleichbehandlung finde ich äußerst wichtig und wertvoll und soll auch vor allem mit Hausverstand angewendet werden.

Damit der Weg der Gleichstellung konsequent weiter geht, werden wir gerade im Land Oberösterreich und in den oberösterreichischen Gemeinden dieses Thema unterstützen und forcieren. Erwähnen möchte ich abschließend schon noch die Strategie Frauen.Leben 2030, weil gerade damit auch aktiv daran gearbeitet wird, die derzeitigen Bedingungen weiter zu verbessern und gerechter in der Gesellschaft zu werden und noch mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Mit einem klaren Ziel, Frauen und Männern dieselbe Chance bieten zu können, sind in Oberösterreich in gemeinsamen Bemühungen bereits viele Verbesserungen gelungen. Doch bleibt es immer weiter unsere Pflicht, diesen Weg der Gleichberechtigung konsequent weiter zu gehen, und wir stimmen diesem Bericht zu. Danke! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Engl.

Abg. **Mag. Engl:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher/innen! Ich habe jetzt zum Einstieg gleich zwei verschiedene Genderformen genutzt. Ich hoffe, ich wurde verstanden. (Beifall)

Der Gleichstellungsbericht, dieser erste Verhandlungsgegenstand heute, klingt auf den ersten Blick, wir haben es mit einem Einstiegs-Hoppala bewiesen bekommen, ein bisschen technisch. Es ist ein Gleichstellungsbericht, der dem Landtag zur Kenntnis gebracht wird, und wir werden diesen zur Kenntnis nehmen. Ich finde ja, Gleichstellungsberichte gehören richtig gefeiert, nicht nur beim Land Oberösterreich oder in unserem Zuständigkeitsbereich, sondern überall dort, wo sie entstehen. Wir sollten sie feiern. Nicht, weil da sonderlich viele gute Sachen drinnen stehen, oder immer nur Erfreuliches drinnen steht, sondern weil diese Berichte uns einfach wichtige Daten und Grundlagen liefern. Ich habe heute schon zu früherer Stunde zu fehlenden Daten in punkto Gleichstellung und Gleichbehandlung gesprochen. Ohne Daten

haben wir keinen Fortschritt, ohne Verschriftlichung haben wir keine Weiterentwicklung, letztendlich haben wir ohne Daten und deren Aufbereitung, das ist eine sehr aufwendige Arbeit, keine Annäherung in der Gleichstellung. Aus diesem Grund möchte ich natürlich auch von unserer Seite gleich zu Beginn einmal danke für diesen Bericht an Regierungsrätin Heidemarie Bräuer und das gesamte Team sagen. Wir werden diesen Bericht und auch das Programm selbstverständlich zur Kenntnis nehmen.

Der Bericht liefert uns sehr viele Aspekte, das hat Kollege Kroiß schon vorgetragen, die im Zeitraum 2018 bis 2020 beleuchtet worden sind. Ganz besonders aufgefallen ist im Bericht einerseits die schon viel zitierte Corona-Krise und Frauen und Krise und Care und Krise und Erschöpfung, das wird meistens mit Frauen in Verbindung gesetzt. Was wir auch sehen, ist ein Anstieg an Vorfällen an sexueller Belästigung. Die Ursachen, das haben wir im Ausschuss auch erfahren, indem wir Heidemarie Bräuer befragt haben, sind natürlich einerseits ein Anstieg der Fälle, aber die Ursachen sind auch, dass es natürlich mehr Bewusstsein gibt, mehr Sensibilität für das Thema, mehr Frauen, mehr Gleichstellungsbeauftragte, mehr Power, sich dem Thema zu widmen und sich dem Thema auch anzunehmen. Das heißt, betroffene Frauen wissen jetzt auch, dass sie gut aufgehoben sind. Das war nicht immer so, weil das Thema nie so prioritär behandelt worden ist. Das ist gut so. Letztendlich bringen alle diese Gespräche uns ja weiter. Die sind ja nicht angenehm. Das ist ja eine sehr sensible Sache, der Schritt, zu einer Gleichstellungsbeauftragten zu gehen, weil man einen Vorfall von sexueller Belästigung oder eines Übergriffes erlebt hat, ist ja per se nicht angenehm, wo ich sage, da gehe ich hin, das ist super. Das heißt, da braucht es Überwindung, aber auch eine breite Vertrauensbasis. Das bestätigt uns der Bericht auch, dass es offensichtlich diese breite Vertrauensbasis gibt. Das ist gut so.

Diese Gespräche bringen uns weiter. Auch diese Tätigkeit des gesamten Teams ist eine sehr zu lobende, diese Hilfestellung zu leisten, diese Gespräche zu führen, das Team, das das macht, das erfordert auch ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und vor allem Empathie.

Zu den Belästigungsformen, da gibt es ja eine Vielzahl. Die würde ich schon noch einmal hier zur Kenntnis bringen. Das handelt von verbaler Belästigung bis über Blicke, Gesten, unerwünschte Berührungen, aber auch der altbekannte sexistische Witz, der ungefragt an die Frau gebracht wird. Alles das zusammen führt dann dazu, dass die Frau das als Übergriff empfindet und dass es zu einer sexuellen Belästigung in einer vielfachen Breite kommt. Ich möchte auch hier an dieser Stelle noch einmal die Gelegenheit nutzen, noch einmal an die Männer zu appellieren, auch in unseren Kreisen, in allen Blasen, wo wir uns bewegen. Das ist wichtig, dass wir das Thema ansprechen, und es ist auch wichtig, dass Männer das ansprechen, wenn so etwas passiert, damit dann das eben nicht mehr passiert.

Andere Aspekte werden in diesem Bericht auch noch beleuchtet bezüglich beruflichen Aufstieges. Da möchte ich zwei hervorheben. Natürlich gibt es immer noch eine sogenannte gläserne Decke, was Frauenkarrieren angeht. Natürlich, Kinder und die Familiengründung beenden Frauenkarrieren oft.

Zusammenfassend, alle Daten sind wichtig, alle Aufzeichnungen sind wichtig, alle Meldungen sind wichtig, das Bewusstsein über die Ungleichgewichte in unserer Gesellschaft und schlichtweg die Diskriminierung, die benannt wird, sind für uns wichtig, um die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen auf dem Weg zur Gleichstellung. Warum betone ich das so sehr, auch wenn es sich um einen Gleichstellungsbericht für die Landes- und Gemeindebediensteten in Oberösterreich handelt? Weil wir als Land Oberösterreich natürlich Vorbildfunktion haben. Wir sind ein sogenanntes Role Model. Wenn wir diese Dinge

aufzeichnen, kritisieren, bearbeiten, verbessern und jetzt, wo wir zum Programm, zum Ausblick für 2027 kommen, die Schwerpunkte festlegen, dann wirkt das nach außen. Es wirkt in die Gesellschaft, es wirkt in die Wirtschaft, es wirkt in die Betriebe, weil wenn wir es machen, dann ist es auch leicht, dass es uns nachgeahmt wird. Darum halte ich es für so wichtig.

Jetzt möchte ich noch einmal zu den Programmschwerpunkten kommen. Sie werden sich nicht wundern, Herr Kollege Kroiß, dass ich die gendersensible Sprache, die Sie erwähnt haben, als unverständlich, ganz und gar nicht als einen Teil sehe, der Frauen nicht weiter hilft. Sie haben recht, wenn wir auf dieser Welt nichts anderes machen würden, als uns mit der Sprache zu beschäftigen, dann würde es vielleicht tatsächlich nicht sonderlich weiterhelfen bei Frauenarmut, bei Ungerechtigkeiten, bei Überlastung durch Arbeit, et cetera. Aber Sprache schafft Bewusstsein.

Ich habe ihnen heute Vormittag schon das Buch vorgestellt: Unsichtbare Frauen. Frauen sind 50 Prozent der Gesellschaft und sind meist noch immer unsichtbar. Das zieht sich durch Medienbilder, durch Fotos, aber eben auch durch die Sprache. Wenn wir die Möglichkeit haben, diese beiden Hälften der Gesellschaft zu benennen, es gibt mittlerweile ganz geschickte Formulierungen und Möglichkeiten und man kann sich ja etwas aussuchen, das ist wirklich erstens nicht schwer und zweitens bitter notwendig. Es ist für die Bewusstseinsbildung notwendig. Es ist auch auf dem Weg zur Gleichstellung notwendig, weil es Schief lagen ausgleicht. Wenn wir Schief lagen in der Gesellschaft haben, finde ich es immer komisch, dass Männer dann darüber reden, ob Frauen jetzt eh mitgemeint sind oder ob sie den Anspruch stellen dürfen, dass sie damit zufrieden sind. Das sehe ich nicht so. Es ist eine Schief lage, und wenn ich Schief lagen habe, dann habe ich natürlich auch einen Nährboden für Machtausübung. Letztendlich beschäftigen wir uns dann mit dem Thema Gewalt. Sie sehen, es hängt alles miteinander zusammen.

Der zweite Teilaspekt, Führen in Teilzeit, den halte ich deshalb für so ganz besonders wichtig, weil er sich mit diesen ganzen Problemen, mit der gläsernen Decke, mit den Aufstiegschancen beschäftigt. Warum? Das wissen wir aus Daten, die vorhanden sind, dass Frauen mittlerweile genauso qualifiziert sind wie Männer, die Bildungsabschlüsse sind gleich, die Berufsbilder sind gleich. Die Möglichkeiten per Recht, da sind wir gleichberechtigt, die sind da, aber wir stoßen immer noch an die Grenzen. Ich habe es zuerst genannt, Kinder beenden oftmals Frauenkarrieren. Es ist ganz wichtig und darum finde ich es großartig, dass dieser Schwerpunkt gesetzt wird, Führungsfunktionen auch in Teilzeit auszuüben. Warum halte ich das für so wichtig? Weil das auch für das Rollenbild der Gesellschaft wichtig ist, was Männer in Teilzeit anbelangt, weil auch Männer in Führungsjobs Familien gründen. Wenn man sich das aufteilt und beide die Möglichkeit haben, Führung in Teilzeit auszuüben, dann können sich auch beide, die heute schon sehr viel strapazierte Care-Arbeit teilen. Das ist der große Hemmschuh immer noch bei Frauenkarrieren, die Belastung in der Care-Arbeit, in der unbezahlten Arbeit. Die Care-Arbeit, die unbezahlten Arbeitsstunden sind auch in Österreich der größte Wirtschaftssektor. Die unbezahlten Stunden, die in diesem Land noch immer meist von Frauen verrichtet werden, sind mehr als alle geleisteten Erwerbsarbeitsstunden zusammen. Das würde ich gerne am Ende mitgeben, denn wir haben Fachkräftemangel, wir haben Arbeitskräftemangel, aber wir haben ein hohes Maß an Erschöpfung von Menschen, meistens Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten und die die unbezahlte Familienarbeit leisten. Wir werden auf niemanden verzichten können. Wir müssen die Debatten irgendwann führen, wie wir bezahlte Arbeit und unbezahlte Arbeit gerechter verteilen. Da werden wir vermutlich, ich weiß, es gibt immer Reflexe, wir werden vermutlich darüber diskutieren müssen, wie wir Erwerbsarbeitszeiten so verkürzen, dass beides in der Gesellschaft Platz hat, weil es Platz haben muss. Wir sind Vorbilder.

Was ist jetzt die Ableitung für uns aus diesem Bericht? Das halte ich für sehr wichtig. Nehmen wir diese Berichte ernst, lachen wir nicht darüber. Rücken wir sie ins Bewusstsein unserer Handlungen, auch wenn wir andere Themenfelder beackern, leiten wir die richtigen Maßnahmen ab. Es geht mit diesem Bericht jetzt so weiter, dass das Programm vorgeschlagen ist, die Schwerpunkte und die konkreten Maßnahmen werden jetzt noch ausgearbeitet von der Gleichstellungskommission, und da kann ich nur appellieren, dass wir dann mit einer sehr großen Leidenschaft und mit einer sehr großen Sensibilität auch diesen Maßnahmen zustimmen, weil wir, noch einmal, Vorbildfunktion haben für alle da draußen auf dem Weg zu einer gleichgestellten Gesellschaft. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke Herr Präsident, geschätzte KollegInnen! Ich glaube auch, dass das Thema Karriere in Teilzeit eines ist, dass nicht nur Frauen, sondern hoffentlich auch mehr und mehr Männer, mehr und mehr Väter betrifft insbesondere im öffentlichen Dienst, der ja, wie wir schon gehört haben, ein großes Vorbild ist.

Ich möchte mich dem Dank an die Gleichbehandlungsbeauftragte Heidemarie Bräuer anschließen. Jetzt ist das schon so oft gesagt worden, aber es stimmt auch, und es ist richtig und wichtig. Mir hat das extrem gefallen und getaugt, mich inspiriert, wie die Frau Gleichbehandlungsbeauftragte bei uns im Ausschuss war und mit wie viel Leidenschaft und Herzblut sie von ihrer Aufgabe gesprochen hat. Ich möchte das hervorheben, weil das einfach wirklich ein ganz ein besonders positiver Moment für mich war, wo ich gewusst habe, da ist jemand, die nimmt das wirklich ernst, die kann das auch, und die ist der wichtigen Aufgabe auch gewachsen, die sie da übernommen hat. Vor allem, und das führt mich zum Inhaltlichen, sie hat uns als Auskunftsperson im Ausschuss ja wirklich mit sehr viel Leidenschaft und Professionalität auch einen umfangreichen Einblick geben können in ihre Tätigkeit und auch in die Schlüsse, die sie daraus zieht, dass sie tagtäglich ihre sehr wichtige Arbeit im öffentlichen Dienst in Oberösterreich wahrnimmt. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Die Schlüsse stehen jetzt zum Teil auch in diesem Bericht, der geht bis in das Jahr 2021. Die zeigen uns, dass wir, dass das Land Oberösterreich das Thema Gleichstellung weiterhin enorm ernst nehmen müssen. In einem Bereich müssen wir es besonders ernst nehmen, so wie im Übrigen jeder Arbeitgeber, das ist mir vollkommen klar. Das ist das Thema der sexuellen Belästigung. Da denke ich mir zwei Dinge. Erstens, wie kommt eigentlich irgendjemand, insbesondere die 99 Prozent Frauen, die davon betroffen sind, wie kommt eigentlich irgendjemand dazu, sich sexuell belästigen zu lassen? Was soll das? Wie komme ich dazu, dass ich mir das gefallen lassen muss? Überhaupt nicht, insbesondere nicht im öffentlichen Landesdienst. Deshalb ist es mir wichtig, das nicht kommentarlos abzunicken, sondern nachzufragen, weil mich das betroffen hat.

Ich habe gefragt, wie viel das sind. Wir haben es ausgerechnet. Es sind 14 Prozent der Fälle, die bei der Gleichbehandlungsbeauftragten aufschlagen. 44 Fälle sind zum Thema sexuelle Belästigung und das sind, ich habe es vorher gesagt, auf Nachfrage auch noch bestätigt im Ausschuss, zu 98, 99 Prozent Frauen, die sich hier melden. Das sind sehr unterschiedliche Fälle. Am häufigsten ist es verbale Belästigung, aber auch Blicke und Gesten, ich wiederhole es, was schon gesagt worden ist, weil es wichtig ist, dass das vielleicht auch der oder die eine, vor allem der eine oder andere sieht, dem das nicht so bewusst war, aber auch die offensichtlich nicht okay und unerwünschten Berührungen, körperlichen Annäherungen. Für

Betroffene ist dieses Verhalten nicht nur belästigend und ungut, sondern auch erniedrigend und entwürdigend oder auch beschämend.

Einmal in diesen 44 Fällen, in diesen 14 Prozent aller Fälle, die hier aufgeschlagen sind, kam es zu einem Strafverfahren mit gerichtlicher Verurteilung. Das heißt jetzt nicht, dass die 43 anderen Fälle eh nichts waren, weil wir uns bewusst sein müssen, dass derartige Verfahren meist eine enorme Belastung für die Betroffenen sind und es einfach einen großen Graubereich gibt, der aber trotzdem keinen Platz bei uns haben darf.

Ich habe im Ausschuss die Frau Heidemarie Bräuer gefragt, ob ich richtig in der Annahme liege, dass es eine sehr hohe Dunkelziffer gibt, also dass nicht jeder Fall von sexueller Belästigung auch tatsächlich bei ihr als Gleichbehandlungsbeauftragte aufschlägt. Sie hat mich in dieser Vermutung bestätigt und hat gesagt, ja, die Dunkelziffer ist sehr hoch. Das liegt auch nahe, weil natürlich erfordert es viel Kraft, viel Mut, viel Überwindung, viel Selbstsicherheit, als Opfer sexueller Belästigung danach etwas zu unternehmen. Da ist oft viel Angst, da ist oft auch die Frage, wie tue ich da genau und was passiert denn dann eigentlich? Ziehe ich das durch, schaffe ich das? Was sich die Leute auch oft für Fragen stellen: Was kommt den dann dabei raus? Was bringt es denn? Auch das muss man erwähnen, manche denken sich, naja, dass muss ich aushalten, dass ist halt so. Da muss man ganz klar sagen, das muss überhaupt niemand aushalten, weil es keinen Platz geben darf bei uns in Oberösterreich für sexuelle Belästigung, schon gar nicht im Landesdienst.

Deshalb müssen wir als Land Oberösterreich, auch hier als Landtag, auch in unseren Wortmeldungen, aber insbesondere diejenigen, die als Dienstgeber die Personalhoheit verantworten, klipp und klar sein, es gibt keinen, nicht den geringsten Platz für sexuelle Belästigung. Es wird nicht protegiert für sexuelle Belästigung. Es wird nicht protegiert. Es wird nicht vertuscht. Es wird nicht relativiert. Die Fälle werden konsequent nachverfolgt und aufgeklärt. Belästiger haben keinen Platz im Dienst im Land Oberösterreich. Das muss so klar gesagt werden.

Der zweite Aspekt, der mich besonders betroffen gemacht hat in diesem Bereich ist, das muss man einfach auch betonen, damit es jedem klar ist, wir erleben seit 2021, also mit Ende dieses Berichtszeitraumes bis jetzt, bis 2023, offenbar keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung. Ich habe nachgefragt, wie es sich entwickelt hat in den letzten zwei Jahren, weil natürlich ist es interessant, was war bis 2021, nur noch viel interessanter ist, was ist jetzt gerade? Auch da war die Auskunft der Auskunftsperson, besser ist es nicht geworden. Es wurde eher schlechter. Das müssen wir uns aber im Hinterkopf bewahren, dass das Corona-Jahre waren, in denen der Bürokontakt nicht so intensiv war.

Wir haben da offenbar einen gewaltigen Handlungsauftrag im Land Oberösterreich, und die Maßnahmen, die man sich bis jetzt überlegt hat und die Bestrebungen, die reichen und greifen offenbar noch nicht. Das heißt, wir müssen sehr genau hinschauen, und das heißt, dass ich als Volksvertreter, ich als Parlamentarier heute nur verlangen kann, von denjenigen, die Personalhoheit haben, extremst klar und konsequent in solchen Fällen zu sein, und zwar in jedem einzelnen Fall.

Wir nehmen also den Bericht und das Gleichstellungsprogramm 2027 sehr gerne zur Kenntnis und werden insbesondere, aber nicht nur beim Thema der sexuellen Belästigung im öffentlichen Dienst, weiterhin sehr genau hinschauen. Wir bedanken uns noch einmal bei der Arbeit der Gleichbehandlungsbeauftragten und wünschen ihr weiterhin alles Gute und weiterhin so viel Kraft und so viel Leidenschaft, denn die braucht es. Vielen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Heitz zu Wort gemeldet.

Abg. **Heitz:** Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne oder auf der Galerie und liebe Zuseherinnen und Zuseher an den Bildschirmen! Auch ich beginne meine Ausführungen mit einem großen Dank an die Heidemarie Bräuer. Ich will auch nicht anstehen, das zu würdigen, was sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für uns ausgearbeitet hat.

Daten sind die Grundlage für Gleichstellungspolitik. Das hat auch die Kollegin von den Grünen schon ausgeführt, da will ich mich jetzt auch nicht mehr groß verbreiten. Es hat mich auch gefreut, dass im Bericht über die gelungene Ausstellung „100 Jahre Zeitreise im oberösterreichischen Landesdienst“ berichtet wurde und ich daran erinnert wurde, an diese wunderbare Ausstellung. Als Frauenpolitikerin hat man nämlich manchmal das Gefühl, dass sich alles viel zu wenig und viel zu langsam verändert. Gerade, dass sich in letzter Zeit fast nichts mehr bewegt und wenn man dann doch dokumentiert bekommt, was sich in den letzten 100 Jahren alles getan hat und was dann doch gelungen ist, und wie sich die Situation der Frauen verbessert hat, dann kriege zumindest ich wieder ein bisschen Schwung und Hoffnung und Zuversicht, dass wir diese Dynamik der Gleichstellung auch fortführen können.

Von den vorher erwähnten wichtigen Daten und Zahlen darf ich jetzt noch anführen, die Zuwächse an Frauen in den besseren Gehaltsstufen und in den Führungsetagen sind hier auch gut erkennbar, manchmal sehr klein, aber immerhin. Das ist erfreulich.

Zuwächse bei den Anfragen wegen sexueller Belästigung sind das leider nicht, auch das wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon ausgeführt. Jetzt ist das Phänomen der Zuwächse bei der sexuellen Belästigung durchaus vergleichbar mit dem der häuslichen Gewalt, das heißt nicht, dass es das früher alles nicht gegeben hätte. Früher hat man halt nicht so hingesehen. Man hat nicht darüber gesprochen. Es war tabu. Diese Tabus brechen jetzt. Die Frauen sind ein Stückchen selbstbewusster geworden und fragen schon mal an, wenn sie glauben belästigt worden zu sein. Trotzdem ist sexuelle Belästigung ein Umstand, der kaum einen Mann am Arbeitsplatz passiert, und wo jeder Fall einer zu viel ist.

Was noch besorgniserregend ist, viele Frauen wollen nach der Information bei der Gleichbehandlungsbeauftragten nichts weiter unternehmen gegen dem Belästiger. Wie wir als Gesellschaft mit Opfern von Übergriffen umgehen, hat uns ja der Fall von Scharten eindrucksvoll vor Augen geführt. Kein Wunder, dass die Frauen sich nichts zu unternehmen trauen. Da haben wir als Gesellschaft eigentlich noch ordentlich etwas aufzuarbeiten, dass wir den weiblichen Opfern Glauben schenken und der Bagatellisierung von Übergriffen und der Verharmlosung der Täter keinen Raum mehr geben. (Beifall)

Im Gleichbehandlungsprogramm für die Jahre 2022 bis 2027 erfolgt eine Konzentration auf zwei Ziele, das sind jetzt nicht rasend viele, aber es ist sicher besser, sich auf zwei Ziele zu konzentrieren und die dann ordentlich umzusetzen. Die ausgewählten Themen halten auch wir von der SPÖ für relevant. Führen in Teilzeit ist für Frauen in manchen Lebensphasen nicht anders möglich. Ich kenne Beispiele von der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe, wo das wunderbar funktioniert hat, und darum glaube ich auch, dass das auch anderswo gut funktionieren kann. Es ist gut, wenn der Arbeitgeber Land Oberösterreich das künftig unterstützt.

Man muss den Frauen nur rechtzeitig dann Hinweise geben, dass Teilzeit auch Nachteile hat, aber das betrifft ja nicht nur die Führungsebenen, sondern alle berufstätigen Frauen, die gleichzeitig Mütter sind.

Jetzt auch noch ein paar Worte zum zweiten Ziel, der geschlechtergerechten Sprache. Über die rede ich eigentlich nicht so gerne, ich tue es lieber, und das seit Jahrzehnten, und Herr Kollege Kroiß, mir hat wirklich noch niemand mitgeteilt, dass er mich deswegen nicht verstanden hätte. Geschlechtergerechte Sprache ist durchaus keine Hauptaufgabe der Gleichstellung, aber sie ist ein wichtiges Mittel zum Zweck. Frauen zu erwähnen, frauensprachlich vorkommen zu lassen und so sichtbarer in unserer Gesellschaft zu machen, das haben sich die Frauen einfach verdient. Uns gibt es, und darum darf man auch von uns reden. Das ist keine Gnade, sondern eine Sache von Respekt und Anstand.

Diejenigen hier im Hause, die oft gar nicht laut genug den heiligen Nikolaus und den heiligen Martin im Kindergarten verteidigen, weil das Christliche zu unserer Kultur gehört, hört bitte einmal zu, wenn kirchliche Würdenträger reden. Sei es der Bischof, die Bischöfsvikare, die Priester, die theologischen Feministinnen, die ich schon kennenlernen durfte, niemand verwendet die geschlechtergerechte Sprache in ihren Reden so konsequent wie die von mir erwähnten Vertreter/innen der katholischen Kirche. Auch wenn man sich sonst in gleichstellungstechnischer Hinsicht nicht unbedingt die katholische Kirche als Vorbild nehmen muss, diesen Anstand haben sie. (Beifall)

Dass die Verwendung der geschlechtergerechten Sprache nun im Landesdienst thematisiert und umgesetzt werden soll, begrüßen wir. Wie der Weg dorthin aussehen soll, ist im vorliegenden Programm noch nicht ersichtlich, aber wie im Ausschuss schon angemerkt, freuen wir uns, wenn wir in Folge auch darüber Informationen erhalten. Wir werden den Bericht zur Kenntnis nehmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 414/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 415/2023, das ist der Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2019 bis 2021. Ich bitte Herrn Abgeordneten Mühlbacher über die Beilage zu berichten.

Abg. **Mühlbacher:** Beilage 415/2023, Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2019 bis 2021. (Ließt auszugsweise Motivenbericht der Beilage 415/2023.)

Der Verfassungsausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzbehörde für die Jahre 2019 bis 2021, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 5. Dezember 2022 (Beilage 399/2022, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Abg. Mühlbacher das Wort. Bitteschön.

Abg. **Mühlbacher:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon erwähnt, umfasst der uns vorliegende Bericht den Zeitraum 2019 bis 2021. Inhalt des Berichtes sind zahlreiche Themenschwerpunkte, wie zum Beispiel die oberösterreichische Photovoltaikstrategie 2030,

ein Klimaplan für Oberösterreich, die touristische Nutzung in sensiblen Gebieten oder das Agrarverfahren.

Weiters wurden im Berichtszeitraum Studien im Auftrag beziehungsweise in Zusammenarbeit mit der Oö. Umweltschutzbehörde durchgeführt. Auch hier noch einige Beispiele, Potentiale des Oö. Raumordnungsgesetzes, Vision Lebensraum Mauthausen-Ost, Schutzgebietskulisse 2030 oder das Handbuch „Landschaft verstehen, Landschaft bewerten“.

Die Oö. Umweltschutzbehörde absolviert eine sehr breite Palette von Aufgaben, wie beispielsweise die Parteistellung in Behördenverfahren, die Bürgerberatung, die Projekt- und Gesetzesbegutachtung. Im Bericht wird über die Transformation Naturschutz, Umwelt und Energie, Zukunft geschrieben. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energieformen muss in geordneten Bahnen erfolgen.

Ein sehr großes Potential liegt aber auch im Bereich des Energiesparens, durch Effizienzmaßnahmen und durch Änderung im Verhalten der Konsumenten und Verbraucher. Hier zwei Beispiele, die besonders hervorzuheben sind. Gebäude und Mobilität, gemeinsam machen sie nahezu Dreiviertel des gesamten End-Energieverbrauches aus.

Ich und meine Fraktion bedanken sich beim gesamten Team der Oö. Umweltschutzbehörde für die sehr wertvolle und konstruktive Arbeit. Stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mein besonderer Dank bei Umweltschutzanwalt Dr. Martin Donat. Ich ersuche um Zustimmung. Vielen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Antlinger zu Wort gemeldet.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Dankensworten meines Vorredners nur anschließen. Ich möchte auch dem gesamten Team der oberösterreichischen Umweltschutzbehörde und dem oberösterreichischen Umweltschutzanwalt Martin Donat sehr herzlich danken.

Ich glaube, der Bericht zeigt sehr umfassend die wichtige und umfangreiche Arbeit der oberösterreichischen Umweltschutzbehörde. Ich habe mir gedacht, ich nehme heute auch bewusst ein Beispiel aus diesem Bericht her, weil es erstens in meiner Nachbargemeinde daheim umgesetzt wurde, und weil ich glaube, es ist auch wichtig zu zeigen, dass Institutionen wie die Umweltschutzbehörde auch vor Ort wirken und etwas Positives bewirken können.

Das Beispiel, ganz ein Einfaches, 2008 wurde in Tollet ein Lösungsverfahren für das Wasserbenutzungsrecht im Tollet im Mühlbach eingeleitet. Die oberösterreichische Umweltschutzbehörde hat damals gemeinsam auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vehement für den Schutz und den dauerhaften Erhalt dieses 1,5 Kilometer langen historisch, bis in das 14. Jahrhundert zurück, Tollet im Mühlbach gekämpft. Darauf basierend und ich glaube, dass ist auch was, was die Arbeit der Umweltschutzbehörde auszeichnet, konnte ein Kompromiss zwischen allen Beteiligten gefunden werden und der Weiterbestand dieses Mühlbaches und in Wahrheit auch naturschutzfachlich hochwertigen Lebensraumes konnte gesichert werden. Wir haben es nach zehn Jahren in Wahrheit auch durch die Hilfe der Umweltschutzbehörde geschafft, dort eine neue Wassergenossenschaft Tollet den Mühlbach zu gründen. Die wasserrechtliche und naturschutzbehördliche Bewilligung für die Dotation sowie die laufend notwendigen Instandhaltungs- und Pflegemaßnahmen am frei fließenden Abschnitt des Tollet am Mühlbach beantragt. Es wurde dann auch im Jahr 2019 von der Bezirkshauptmannschaft Grieskirchen ein Bescheid erstellt für einen Zeitraum von 20 Jahren.

Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel, wo ein sehr kontrovers diskutiertes, zumindest bei mir daheim in der Region, und natürlich von unterschiedlichsten Interessen geprägtes Verwaltungsverfahren auch positiv zum Abschluss gebracht werden konnte. In Wahrheit auch in der Form ein Naturjuwel, wie es wirklich ist, wenn man sich das ansieht, es ist wirklich schön dort, erhalten werden konnte. Das ist wirklich ein gutes Beispiel, wie auch die Umweltschutzbehörde vor Ort wirkt. Auf der anderen Seite, und ich glaube, das ist auch was für unsere zukünftige Arbeit, und das sollte man sich dahingehend auch zu Herzen nehmen, liefert dieser Bericht auch viele Diskussionspunkte, die wir meiner Meinung nach unbedingt aufgreifen wollen, vor allem auch, wenn es um die Frage nach einem nachhaltigen Klimaschutz und der Energiewende geht.

Wir stimmen dem heutigen Bericht natürlich gerne zu, und ich bin davon überzeugt und brauche es mir nicht wünschen, weil ich wirklich davon überzeugt bin, dass die Umweltschutzbehörde auch in Zukunft so umfassende und wichtige Arbeiten leisten wird. Vielen Dank! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Bauer das Wort. Bitte!

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich dem natürlich schon vorangesagten Dank an die Umweltschutzbehörde und unseren Umweltschutz, Herrn Dr. Donat, natürlich nur anschließen, auch im Namen meines gesamten Klubs. Und dieser Bericht spiegelt die wertvolle und unabhängige Arbeit der Umweltschutzbehörde ganz klar wider.

Ich möchte auch ein paar Aspekte aufgreifen. Ich finde, es sollte uns allen hier im Landtag zu denken geben, wenn die Umweltschutzbehörde uns darauf aufmerksam macht, dass es im Natur- und Umweltschutz, dass dort ein gewisser Stillstand eingetreten ist, dass Impulse aus Brüssel, die viele Chancen bieten, nur zögerlich und manchmal nur auf Druck aufgenommen werden und dass es für die Bekämpfung der Biodiversitätskrise und der Klimakrise ganz dringend mehr politische Maßnahmen in unserem Land braucht.

Auch das ist heute schon gefallen, die Klimakatastrophe ist die größte Herausforderung unserer Gegenwart und ich weiß, ich habe das hier wahrscheinlich schon zwanzig-, dreißig-, vierzigmal gesagt, und ich werde es so oft sagen, bis ich mir sicher bin, dass es bei allen EntscheidungsträgerInnen angekommen ist, und das Gefühl habe ich aktuell nicht.

Die Oberösterreichische Umweltschutzbehörde bestätigt auch, dass wir uns global punkto Klimakrise auf einem katastrophalen Kurs befinden. Ich kann nur kurz zitieren. Bei Fortschreibung des Status quo wird die weltweite Erwärmung bereits in den kommenden Jahren die 1,5 Grad-Marke und spätestens 2050 auch die 2-Grad-Marke, und das sind die Klimakippunkte, überschreiten. Von da an werden sich die Lebensbedingungen auf der Erde und somit auch in Österreich nachhaltig zum Negativen verändern.

Jetzt möchte ich noch kurz was einschieben, weil ein bisschen eine Reaktion da war, was heute schon gefallen ist, bei den KlimaaktivistInnen. Das ist auch was, was immer wieder kommt, und zwar dieses Argument, dass Österreich so ein kleines Land ist und global gesehen sozusagen einen sehr kleinen CO₂-Ausstoß hat und warum das überhaupt relevant wäre, warum sollte man da was machen? Und da vielleicht nur ganz kurz eine, finde ich, sehr anschauliche Zahl. Es gibt ein bisschen über 160 Länder, die einen CO₂-Ausstoß unter einem Prozent haben. Wenn man die alle zusammenzählt, sprich wenn die alle nichts tun, ist das

nicht irrelevant, weil das ist in Summe dann ein Viertel des Gesamtausstoßes, und das ist zum Beispiel zehn Prozent mehr als die gesamte USA.

Und der Grund, warum so lange im Klimaschutz nichts weitergegangen ist, weil wir uns immer hinausgeredet haben auf die anderen, sollen doch die anderen, sollten doch die Größten, sollen doch die anderen, und es wäre wirklich an der Zeit, dass wir hier in Österreich, wie wir das teilweise auch schon tun, eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die Umweltschutzkommission schlägt uns hier auch ganz konkrete Maßnahmen vor, die wir eigentlich sofort hier in unserem Bundesland umsetzen können, ein paar Beispiele sind der Ausbau der Windkraft, die PV-Pflicht im Neubau, Energiesparen bei Gebäuden und Mobilität, die nehmen nämlich gemeinsam Dreiviertel des gesamten Endenergieverbrauchs ein. Und konkret geht es darum, dass die Sanierungsrate um den Faktor 3 bis 5 angehoben werden muss.

Das sind übrigens auch alle Forderungen, die seit teilweise über einem Jahr im Unterausschuss Klimawandel auf Bearbeitung warten. Bitte nehmen wir diesen Bericht nicht nur zur Kenntnis, sondern nehmen wir ihn wirklich ernst und nehmen wir diesen Bericht und die darin vorkommenden konkreten Maßnahmen auch als Art Wegweiser für unsere politische Arbeit. Dankeschön! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Fischer zu Wort gemeldet.

Abg. **Ing. Fischer:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und online an den Bildschirmen! Der Bericht beinhaltet ja einen sehr guten Abriss der durchgeführten Tätigkeiten. Der Kollege Mühlbacher hat es ja schon sehr ausführlich auch präsentiert. Ich werde noch ein paar Anmerkungen dazu anführen.

Es geht um die Anzahl der Stellungnahmen, die durchschnittlich jährlich bearbeitet wurden. In Wirklichkeit haben wir da eine leichte Reduktion zu den Berichtszeiträumen in den Jahren davor. Die sind gesunken auf durchschnittlich 1.500, 1.600, und die Periode davor waren wir im Schnitt bei 1.900. Also es hat sich hier etwas reduziert. Negative Stellungnahmen waren in Summe zwischen 100 und 120 bei durchschnittlich 1.500 Stellungnahmen pro Jahr. Und der Herr Dr. Donat schreibt ja auch sinngemäß im Vorwort, dass die konstruktive Kritik und das ehrliche Bemühen um Lösungsfindungen eine seiner größten Herausforderungen in seiner täglichen Arbeit sei.

Die Umweltschutzkommission liegt hier natürlich im Spannungsfeld der unterschiedlichen Nutzungsinteressen der Grundeigner und der Interessen zum Schutz der Umwelt und der Natur. Und ich kann diese Herausforderung durchaus nachvollziehen, da ich selbst auch schon in meinem Umfeld miterlebt habe, dass Stellungnahmen des Umweltschutzes beziehungsweise auch der Umweltschutzkommission und folglich die Entscheidungen der zuständigen Behörden für so manche Bürgerinnen und Bürger ja nicht so einfach nachvollziehbar waren.

Einerseits haben wir natürlich unsere Umwelt, unsere Natur, unsere Luft und auch unser Landschaftsbild vor Beeinträchtigungen zu schützen, auf der anderen Seite geht es auch um wirtschaftliche Existenzen in der Landwirtschaft, im Gewerbe, der damit verbundenen Arbeitsplätze und natürlich den dazu notwendigen Straßen. Diese Stellungnahmen in Verfahren nach dem Oberösterreichischen Straßengesetz polarisieren naturgemäß immer

eine größere Bevölkerungsgruppe. Und in diesem Bericht haben wir ja hier die S10, die Mühlviertler Schnellstraße, auch angeführt. Und es war hier eine ganze Region über einen langen Zeitraum betroffen. Und es ist gut, dass hier diese Straße jetzt in dieser Form zur Verfügung steht.

Die Tätigkeitsfelder sind vielfältig, und die Umweltschutzverwaltung bewegt sich zwischen den Wirtschaftsinteressen und den vorgegebenen Umwelt- und Naturschutzinteressen. Und im Schnitt dauern die Verfahren von der öffentlichen Auflage bis zu erstinstanzlichen Entscheidungen durchschnittlich neun Monate, und nur drei Prozent der Vorhaben werden nicht genehmigt. Und wenn man jetzt Straßenprojekte anschaut, da ist die durchschnittliche Verfahrensdauer sechs Jahre. Also man kann auch sehr überspitzt formulieren, und da könnte man meinen, es handelt sich bei UVP-Verfahren der Straßenprojekte hauptsächlich um maximierte Verzögerungstaktik im Namen der Umwelt.

Aber ergänzend dazu darf ich den Umweltschutzbeauftragten hier auch nochmals wiedergeben: Wir sehen unsere vorrangige Aufgabe nicht darin, Umweltsünder an den Pranger zu stellen, denn häufig ist der Verursacher eines Umweltproblems ebenfalls an einer Lösung interessiert. Unser Aufgabenschwerpunkt liegt vor allem darin, gemeinsam getragene Lösungen zu finden und ihre Umsetzung voranzubringen. Diese Zeilen treffen die Aufgabenstellung sehr gut. Ergänzen möchte ich diese Aussage in Bezug auf meinen vorherigen Absatz aber auch um den Faktor Zeit, zu lange Verzögerungen bringen nicht unbedingt bessere Ergebnisse für Umweltschutz und Naturschutz, und gerade im Bereich Naturschutz konnte ja zuletzt eine wesentliche Vereinfachung erreicht werden.

Ein anderes, aus meiner Sicht immer wichtiger werdendes und sehr spezielles Thema ist die Messung und Bewertung von Licht- und Lärmstörungen. Zu Licht haben wir ja eine Diskussionsrunde eröffnet im Unterausschuss Lichtverschmutzung. Und beim Lärm, das ist ja auch eine sehr subjektive Wahrnehmung, es gibt Messungen oder Befragungen dazu. Als Beispiel, Straßenverkehrslärm von 60 Dezibel wird deutlich ärger empfunden und deutlich störender empfunden als Schienenverkehrslärm von 60 Dezibel. Im Prinzip die gleiche Lärmquelle, aber es wird unterschiedlich wahrgenommen.

Also, man erkennt auch hier, es wird nicht einfacher zu beraten oder zu vermitteln. Letztendlich wünsche ich für dieses doch sehr schwierige Geschäft der Umweltschutzverwaltung mit dem Umweltschutzbeauftragten Dr. Martin Donat stets optimale Ergebnisse für alle Beteiligten, und wir nehmen selbstverständlich den Bericht zur Kenntnis. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 415/2023, Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Umweltschutzverwaltung für die Jahre 2019 bis 2021, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 416/2023. Das ist der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds. Ich bitte Herrn Abgeordneten Csar über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Dr. Csar:** Beilage 416/2023, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 416/2023.)

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds für das Geschäftsjahr 2021, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 5. Dezember 2022 (Beilage 400/2022, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Bitte, Herr Abgeordneter Csar.

Abg. **Dr. Csar:** Ja, nachdem heute das Gesundheitswesen schon intensiv diskutiert worden ist, werde ich mich bei meiner Wortmeldung kurz halten, und ich werde auf die wesentlichsten Punkte Bezug nehmen. Der Gesundheitsfonds von der Überschrift her klingt ja nicht gerade spannend, aber es ist eine interessante und wichtige Materie und ein Gebiet, das für uns alle, gerade für das Gesundheitswesen, von großer Bedeutung ist, daher darf man es nicht unbeachtet auf die Seite legen und auch nicht ignorieren.

Was steht in diesem Bericht drinnen und wieso gibt es überhaupt den Gesundheitsfonds? Ziel und der Mittelpunkt dieses Gesundheitsfonds ist die bestmögliche medizinische Behandlung der Patientinnen und Patienten durch eine partnerschaftliche Vorgangsweise, und zwar Bund, Land, Sozialversicherungen arbeiten hier zusammen, damit die Finanzierung und Organisation des Gesundheitswesens, die Festlegung der Ergebnisqualität und die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens und deren Finanzierung für die kommenden Generationen auch gewährleistet werden kann.

Und aus diesem Gesundheitsfonds können Bauvorhaben gefördert werden. Beispielsweise wurden im Jahr 2021 Investitionszuschüsse für Neu-, Zu- und Umbauten und medizinische Großgeräte in der Höhe von fast 43 Millionen Euro geleistet. Eine Leistung für unsere Krankenhäuser in Oberösterreich.

Weiters wurden im Jahr 2021 Gebührensätze für den stationären Bereich von insgesamt rund einer Milliarde Euro aufgewendet. Auch ein Zeichen dafür, dass Qualität auch etwas kostet, aber insbesondere auch die Patientinnen und Patienten eine gute Leistung bekommen und auch dieses für die Krankenhäuser und Krankenanstalten und für die dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend abgegolten wird.

Ziel muss natürlich sein, dass dieses System auch weiterentwickelt wird und wir einer guten Zukunft mit unserem Gesundheitswesen entgegensehen können. Abschließend sage ich ein herzliches Dankeschön an alle, die im Gesundheitswesen, Gesundheitsplattform und im Gesundheitsfonds mitarbeiten. Ein besonders herzliches Dankeschön sage ich dem besonderen Engagement unserer Gesundheitsreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander, für ihr großes Engagement, für die positive Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens in Oberösterreich, das eines der besten ist. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Herrn Präsident Binder das Wort erteilen.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Danke! Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher und Zuhörerinnen und Zuhörer! Die wesentliche Funktion des Gesundheitsfonds hat mein Vorredner Peter Csar bereits erläutert, auch wichtige Bauprojekte erwähnt, die durch diesen Gesundheitsfonds ermöglicht werden.

Ich denke auch, auch wenn er nicht so spannend klingt im Titel, es ist ein ganz ein zentrales Instrument für die Gestaltung der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich, insbesondere

eben im Krankenanstaltenbereich, wo wir auch die direkte Kompetenz haben. Ich weiß oder gehe davon aus, dass meine Nachredner/innen noch einiges zu den einzelnen Projekten sagen werden inhaltlicher Natur, darum möchte ich auf einen Aspekt ein besonderes Hauptaugenmerk lenken, das ist nämlich die Struktur der Finanzierung.

Der größte Posten von den fast 2,5 Milliarden Euro, den leisten die Sozialversicherungen mit ihrem Beitrag, den sie ja einzahlen, und der zweitgrößte Posten, das ist die Abgangsdeckung für die Fonds-Krankenanstalten, die das Land Oberösterreich leistet, aber in weiterer Folge auch dann umlegt auf die Gemeinden. Jetzt ist dieser Rückblick auf 2021 eine gute Nachricht, weil da gibt es eine Gutschrift für die Gemeinden aus dem Krankenanstaltenbeitrag, den sie entrichtet haben, aber à la longue steigen halt diese Abgangszahlen schon, und in Summe übrigens muss man sich auch vor Augen halten, dass rund Zweidrittel der Aufgaben, die in diesem Gesundheitsfonds finanziert werden, von Sozialversicherung und Gemeinden finanziert werden.

Und das ist schon ganz gewaltig, und darum mein Appell auch von dieser Seite an den Landeshauptmann, bei den Finanzausgleichsverhandlungen hier wirklich ein Augenmerk darauf zu legen, dass im Zuge eines neuen Finanzausgleichs und einer Gesundheitsreform ja tatsächlich eine deutliche Entlastung für Länder und Gemeinden herauskommen muss.

Und ich warne auch vor Schnellschüssen bei Argumenten, wie man die Finanzierung in den Krankenanstalten umstellen könnte, nämlich so Vorschläge, wie die Sozialversicherung soll jetzt die Ambulanzen zahlen. Ich glaube, die würden sich darüber freuen, wenn sie nur noch die Ambulanzen zahlen, dann bleibt nämlich für den stationären Bereich erst recht weniger über. Da steckt nämlich in dieser über einer Milliarde Euro Sozialversicherungsbeitrag einiges drinnen.

Abschließend an dieser Stelle der Dank an wirklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die mit ihrem Einsatz, mit ihrem persönlichen, mit ihrem menschlichen Einsatz, den auch die Kollegin Häusler heute schon angesprochen hat, tatsächlich ermöglichen, dass wir auf eine sehr gute Gesundheitsversorgung nach wie vor blicken können. Nichtsdestotrotz bleibt die heute schon erwähnte Herausforderung, dieses Gesundheitssystem zu erhalten und vor allem zu verbessern, aufrecht. Wir nehmen den Bericht natürlich zur Kenntnis. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Schwarz das Wort.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.), Herr Präsident, ich habe jetzt ja alle zwei, Landeshauptmann-Stellvertreterin, habe ich zuerst vergessen zu begrüßen bei der aktuellen Stunde! Ich habe ja da schon zitieren dürfen aus diesem Gesundheitsfondsbericht, weil er einfach die Zahlen sehr eindrucksvoll und vor allem die Finanzströme auch sehr eindrucksvoll vorzeigt, wie das alles zersplittert ist und aufgeteilt.

Und ja, ich schließe mich den Aussagen von Kollegen Binder an, also man darf keine Schnellschüsse machen, und man muss genau schauen, was wollen wir, was ist denn die Aufgabe der Versicherung, für die wir ja alle zahlen? Es ist ja nicht ihr Geld, weil sie es halt irgendwo kriegen, sondern das ist unser Beitrag. Wie wollen wir ihn auch eingesetzt haben, was wollen wir denn für Versorgungseinheiten in dem extramuralen Bereichsraum? Welche Gesundheitsförderungsangebote braucht es auch seitens der Sozialversicherung, damit wir eben längere gesunde Jahre haben, wie es heute schon einmal angesprochen worden ist?

Also die Kompetenzverteilung und diese Finanzströme sind, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt, um eben hier ein bisschen eine Veränderung zusammenzubringen. Ich bin schon lange genug in der Politik und auch sehr lange im Gesundheitswesen. Ich erwarte mir da nicht die großen Sprünge. Ich weiß nur, dass jetzt ganz klar ist, die Gemeinden stehen an. Die Erhöhung vom Krankenanstaltenbeitrag ist so hoch, dass da einfach klar ist, da muss was passieren, weil sonst können wir uns das nicht mehr leisten. Und da rede ich noch gar nicht von den Beiträgen, die auch im Bereich des Sozialen in der Gemeinde sind, wo ich halt noch viel mehr mitgestalten kann als wie zum Beispiel auch im Gesundheitsbereich.

Ich möchte einfach da auch noch ein paar Sachen herausschreiben, und das ist da drinnen, auch wenn es acht Seiten sind zum Thema, wie stellen sich die LKF-Punkte zusammen? Und ich habe jetzt beim Recherchieren noch einmal Unterlagen gefunden vom Minister Stöger, also diese Entwicklungen, die habe ich auch sehr viel in der Umstellung auch in der Arztpraxis miterlebt. Ist ja ein spannender Bereich gewesen, wie man plötzlich zu dem Diagnoseschlüssel gekommen ist. Und plötzlich haben wir statt zwei Diagnosen auf dem Arztbrief zehn drauf gehabt. Im Endeffekt ist unterm Strich auch das Gleiche herausgekommen, weil nicht mehr Geld da war, das man auf die LKF-Punkte verteilt, aber es halt irgendwie so, jetzt muss man halt da irgendwie schauen, wo kriegt man was her?

Und in dem Bericht sieht man auch ganz gut, wie die Krankenanstalten eben dieses Geld auch abholen, und da sieht man auch ganz gut, wo die Schwerpunkte sind. Und dass natürlich eine KUK, wo ich heute einerseits einen großen Versorgungsauftrag habe, aber natürlich auch Forschung und Lehre und vor allem Lehre machen muss, Wenn wir heute immer reden vom Ärztemangel, muss es auch klar sein, wir brauchen Krankenanstalten, die auch diese Lehre machen. Und wir müssen auch da die Ärztinnen und Ärzte, aber auch die anderen Gesundheitsberufe freispielen, damit sie neben der Versorgung eben auch für die Lehre und im Dritten auch für die Forschung da sein können, damit sich eben was entwickelt in Oberösterreich.

Da möchte ich auch das Thema Versorgungsforschung noch einmal ansprechen, da habe ich auch heute am Vormittag nicht Zeit gehabt. Weil wir können uns noch so viel überlegen und immer wieder was Neues machen, wenn wir nicht wirklich einmal den Fokus hinlegen, was brauchen wir für eine gute Versorgung der Menschen in jeder Altersgruppe, für jede Zielgruppe, werden wir immer irgendwo vorbeischrammen und werden wir vielleicht manches Geld auch unsinniger Weise ausgeben. Also es braucht da ganz einen klaren Auftrag.

Nur es ist natürlich lukrativer, und man bekommt ein Drittmittel mehr, wenn ich Forschung in ein Medizintechnik-Gerät hineininvestiere. Und wenn man heute ein Video gesehen hat, wie einer mit Exo-Krücken mehr oder minder laufen kann, also da sieht man gar keinen Menschen mehr dabei, sondern nur noch den Roboter, dann weiß man, dass so vieles geht.

Das sehen wir auch bei vielen Sportarten, dass plötzlich diese Technik da auch Gott sei Dank für viele behinderte Sportlerinnen und Sportler eine Möglichkeit bietet. Das ist auch wichtig. Aber das andere, was wir wirklich tagtäglich brauchen, ist für unsere Menschen in den Regionen, in den Städten, damit die dort versorgt sind.

Ein Punkt ist auch angesprochen im Gesundheitsbericht. Da sieht man auch diese Lenkungsmaßnahmen. Die Nummer 1450 ist heute schon angesprochen worden. Die 1450 ist einfach im Prinzip eine erste Kontaktaufnahme, und ich glaube, man muss das wirklich auch noch einmal ausbauen und schauen auf die Ambulanz, komme ich mit einer Nummer von

1450, und da komme ich vielleicht schneller gereiht dran, weiß ungefähr, wann ich da drankomme.

Oder es wird mehr in die Gesundheitsberatung investiert. Es gibt schon so viele Möglichkeiten, Tools. Wir haben dort bei der Hotline 1450 Leute sitzen, die nicht nur einen Plan herunterfragen, sondern wirklich ein Wissen haben darüber, wie sie die Fragen stellen können, damit sie die richtigen Antworten bekommen.

Weil natürlich, wenn eine Mutter mit einem hoch fiebernden Kind anruft, dann weiß man, dass das eine junge Mutter, wo vielleicht keine Oma in der Nähe ist, sehr nervös ist und vielleicht manche Sachen gar nicht so genau schauen kann. Also, da braucht es wirklich Expertise, und da ist 1450 vor allem in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz wirklich ein Vorzeigeprojekt, wie man Patientenlenkung machen kann.

Und viele Bundesländer schauen sich das ab und sind da jetzt auch wirklich dabei, so etwas aufzubauen. Es ist aber auch der Bereich, und das steht auch in diesem Bericht drinnen. Gesund werden, wo bin ich richtig? Einfach noch viel tiefer gehend einfach dort hinzuschauen, was brauche ich denn wirklich? Wie kann ich selbst auch mich stärken, beziehungsweise wo muss ich hingehen, damit ich gleich an die richtige Stelle komme und nicht herumgeschickt werde?

Das hat natürlich auch Auswirkungen. Je besser das funktioniert, desto weniger Rot-Kreuz-Fahrten brauche ich. Nicht nur die akuten, sondern vor allem diese Krankentransporte kann ich da ein Stückchen minimieren, wenn ich nicht bei jeder Gelegenheit sofort mit dem Einsatzfahrzeug kommen muss. Also ich glaube, da müssen wir einfach ganz genau hinschauen.

Spannend ist auch die Verteilung der Ambulanzgebühren. Da sieht man natürlich auch, obwohl im städtischen Bereich auch die Versorgungsdichte der Ärztinnen und Ärzte hoch ist, aber wir sehen auch, und das kommt leider Gottes in den Berichten nirgendwo heraus, was die Wahlärztinnen und Wahlärzte machen und wie wenig oder wie viel, nehmen wir es neutral, sie versorgungswirksam sind.

Im städtischen Bereich, im Facharztbereich, habe ich mehr Wahlärzte mit 100 Prozent als Kassenärztinnen und -ärzte. Die paar Kassenärztinnen und -ärzte, es hat vor kurzem einen Bericht gegeben mit den Kinderärzten, die sind überlaufen, wollen sich aber auch Zeit nehmen. Und die Wahlärzte haben natürlich den Vorteil, dass sie mehr Zeit haben, dass sie sich das besser einteilen können, aber sind natürlich in der Versorgungswirksamkeit nicht.

Es ist einfach für eine große Gruppe von Menschen nicht leistbar, dort hinzugehen. Also, ich glaube, auch da muss man hinschauen und auch die Wahlärztinnen und Wahlärzte in irgendeiner Form mit einbinden in diese Versorgungswirksamkeit. Ich glaube, da muss man sich auch dann überlegen, ob es Anreizsysteme geben kann, nicht unbedingt Verpflichtungen, sondern Anreizsysteme.

Die Investitionszuschüsse sind schon angesprochen worden. Es sind 42,8 Millionen Euro. Das ist nicht ganz so wenig. Was ich auch noch sagen möchte, was ich noch aufzeigen möchte, wäre dieser Teil, dieser Bereich der Strukturmittel. Wir geben 28 Millionen Euro an Strukturmitteln aus. Das heißt, da sind zum Beispiel 2021 fast 15 Millionen Euro für die Hauskrankenpflege.

Also, auch das muss uns klar sein. Wenn wir draußen die Strukturen nicht verbessern, in der mobilen Betreuung, vor allem auch in der medizinischen Betreuung im nachsorgenden Bereich, dann werden wir immer mehr Kosten in den Krankenhäusern haben. Also, auch hier ein ganz klarer Beitrag. Da sieht man einfach, wie wichtig das alles ist. Notarztversorgung, Gesundheitsvorsorge mit 2,9 Millionen Euro. Da haben wir sicher noch Luft nach oben.

Die mobile Palliativversorgung ist auch mit einem Betrag von 2,8 Millionen Euro drinnen. Da haben wir in Oberösterreich wirklich nicht nur mit den Stationen in den Krankenhäusern, mit Hospiz und Palliativstationen, sondern vor allem auch mit den mobilen Diensten, gerade ausgehend vom Bezirk Vöcklabruck, wo schon sehr lange ein engagierter Arzt mit seinem Team diese Versorgung auch vor Ort macht, dass die Leute daheim bleiben können, dass die Leute begleitet werden mit Palliativ und Hospiz, den letzten Tagen noch Leben zu geben.

Das ist, glaube ich, auch ein ganz wichtiger Bereich, der da kommt. Beratung und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung, 2,2 Millionen Euro. Das ist nicht so wenig, und trotzdem kommt man drauf, und das ist auch der Bereich, den ich heute Vormittag heute auch nicht mehr ansprechen habe können, wir haben für bestimmte Zielgruppen keine adäquate Versorgung.

In der Region draußen bei den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen gibt es oft aber ganz spezielle Fälle, wo einerseits Autismus, aber andererseits, wo vor allem Sprachprobleme sind, wird es ganz schwierig, die wirklich adäquat zu versorgen und auch gut die Diagnose zu stellen.

Hier braucht es noch viel mehr in dem Bereich, wie wir es in Linz haben, diese One-Stop-Shops, wo man hingehen kann und dort auch gut diagnostiziert, beraten und betreut wird, und dann auch für die anderen Krankenhäuser und Abteilungen Ärzte dort einfach auch Unterlagen liefern.

Früherkennung von Demenz möchte ich einfach noch als letzten Punkt sagen. Das ist auch noch ein Teil der Strukturmittel, weil wir schon sehen, die Herausforderungen im Krankenhaus, und ich habe da heute einen spannenden Bericht gesehen. Da gibt es jetzt im Krankenhaus sogar schon Wächter/innen mehr oder minder, die dann ehrenamtlich helfen, damit die Leute, also, ich habe das voll spannend gefunden im Altersheim. Ich bin zwar gegenüber und ich sehe immer, wenn das Licht brennt im Altersheim am Gang, weiß ich auch, dass da welche sind, weil ich da wirklich nur über den Teich drüber gehen muss.

Aber auch da braucht es einfach so etwas, weil die Leute natürlich auch, das kann das Pflege- und Betreuungspersonal nicht leisten. Also, diese spannenden Herausforderungen sind da ganz entscheidend. Aber je früher, und das wissen wir alle, je früher wir das erkennen, können wir auch gegensteuern, können wir auch regional ein Netzwerk aufbauen, um die Menschen eben so lange es geht zu Hause zu behalten.

Und auch wenn sie im Krankenhaus sind, man soll ihnen ein gutes Gefühl geben, damit die eben dann dortbleiben und eben nicht andauernd irgendwie abhauen. Ja, dass sich die ganzen Punkte, Werte und vor allem die Belagstage einerseits einmal gesteigert haben, jetzt leicht rückläufig sind, und wir wissen aus Erfahrung aus den Krankenanstalten, die Belagstage werden mehr. Warum werden sie mehr?

Einerseits, weil die Menschen multimorbider sind, aber vor allem, weil draußen die Strukturen fehlen. Die Alten- und Pflegeheime können dieses oft nicht leisten, vor allem wenn sie wirklich

mehr Pflege brauchen. Das können sie nicht leisten geschweige denn mobile Betreuung, oder wenn keine Angehörigen da sind. Was tut man denn mit den Leuten?

Die meisten bleiben dann wirklich im Krankenhaus. Und auch wenn ich Kurzzeitpflege bekomme. Viele können es sich nicht leisten, im Altenheim, weil da zahlen sie den ganzen Tagsatz, und der ist bei uns, ich weiß nicht, wie es in den anderen Bezirken ist, bei uns ist der so 113 Euro am Tag, und das ist nicht wenig.

Und wenn ich sage, ich brauche vier Wochen oder sechs Wochen eine Kurzzeitpflege, dann geht das ganz schön ins Geld. Ich glaube, genau da muss man drauf schauen. Bei dem einen haben wir auch Personalprobleme, aber beim anderen erzeugen wir natürlich dann dort auch eine Überbelegung, und die Menschen sind am falschen Platz.

Ich glaube, das müssen wir verhindern. Daher gibt mir der Bericht wieder die Gelegenheit, da drauf zu schauen, Zahlen zu haben. Auch ich möchte mich dem Dank aller, die in dem Bereich arbeiten, anschließen. Wir haben das heute bei der aktuellen Stunde schon gemacht. Ohne die engagierte Arbeit von denen, die mehr tun, als eigentlich am Plan steht, weil sie einfach damit verbunden sind, weil sie mit Herzblut im Gesundheitswesen arbeiten, immer auch an die Grenzen gehen.

Aber natürlich, irgendwann sind sie auch erschöpft, und das muss man einfach auch respektieren. Da braucht es Arbeitsbedingungen, dass die das besser einteilen können, damit sie die Kraft haben, da eine gute Arbeit zu leisten. Dafür werde ich mich weiter einsetzen. Dafür ist, glaube ich, dieser Bericht auch eine ganz wertvolle Unterstützung. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Zweite Landtagspräsidentin Sabine Binder, bitte!

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, an den Ausführungen meiner Vorrednerin, Frau Abgeordneten Schwarz, sieht man, dass dieser Bericht über das Geschäftsjahr 2021 des Oberösterreichischen Gesundheitsberichts ein sehr umfangreiches Konvolut ist, und es gibt uns auch die Bestätigung über die sehr gute, aber auch komplexe Zusammenarbeit aller Beteiligten im Gesundheitsbereich mit dem Land Oberösterreich.

Denn, geschätzte Damen und Herren, nur wenn alle Systempartner gut zusammenarbeiten und diese Zusammenarbeit auch auf Augenhöhe stattfindet, so können wir die notwendigen Anforderungen im Gesundheitswesen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger im Land meistern.

An dieser Stelle möchte ich auch gleich meinen großen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gesamten Gesundheitsbereich aussprechen und auch einen großen Dank für das große Engagement der Gesundheitsreferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberland, weil ich denke, das Thema Gesundheit ist eine große Herausforderung, vor allem in der letzten Zeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, das beschriebene Geschäftsjahr 2021 war mitten in der Pandemie, die wir jetzt hoffentlich endlich hinter uns lassen können. Das ist natürlich eine Besonderheit im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Dennoch ist es gelungen, die Gesundheitsversorgung stark zu halten. Ein paar Kennzahlen, rund 1,1 Milliarden Euro wurden

für Personalausgaben aufgewendet, vorrangig in den Spitälern. Der Abgang machte eine Milliarde aus, den schlussendlich auch das Land Oberösterreich geschultert hat.

Aus diesem Bericht möchte ich besonders hervorheben, dass trotz Pandemie auch kräftig investiert wurde, nämlich 43 Millionen Euro. Und diese sehr positive Entwicklung lässt sich auch in den Folgejahren feststellen. Da möchte ich auch noch einmal zur Erinnerung, ich habe es heute schon einmal erwähnt, auf die vor kurzem beschlossenen MRT-Geräte in den ländlichen Versorgungsregionen verweisen.

Auch der Ausbau der Primärversorgungseinrichtungen schreitet bis heute voran. Gerade im ländlichen Bereich und zur Entlastung der Spitäler sind diese Primärversorgungseinrichtungen ein wichtiger Bestandteil. Positiv zu erwähnen ist auch die Plattform „Wo bin ich richtig?“, damit die Bürgerinnen und Bürger rasch die richtige Anlaufstelle finden.

Zum Gesundheitspersonal möchte ich festhalten, dass im Rahmen der Zielsteuerung Gesundheit derzeit diverse Maßnahmen zur Attraktivierung der Allgemeinmedizin gesetzt werden. Dazu gehört die beinahe Verdoppelung der Lehrpraxen in Oberösterreich, denn 154 Ärztinnen und Ärzte aus Oberösterreich haben 2021 ihre Lehrpraxis abgeschlossen.

Das ist eine erfreuliche Entwicklung, auch wegen dem heute bereits diskutierten Ärztemangel. Oberösterreich handelt also. Wichtig ist auch, dass auch in die extramurale Gesundheitsversorgung investiert wird. Von den 28 Millionen Euro für Strukturmittel entfielen 15 Millionen Euro für die Hauskrankenpflege, ein klares Bekenntnis zur ländlichen Versorgung.

Spannend ist auch der Zentralraum. Die Linzer Spitäler deckten im Jahr 2021 rund 42 Prozent aller stationären Aufenthalte und ambulanten Eingriffe in Oberösterreich ab. Linz ist also für die Versorgung des ganzen Bundeslandes relevant. Sehr geehrte Damen und Herren, insgesamt betrug 2021 die Bilanz des Oberösterreichischen Gesundheitsfonds 2,5 Milliarden Euro.

Dieses Geld kommt natürlich den Bürgerinnen und Bürgern in Oberösterreich zu Gute. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Daher kommen wir zur Abstimmung, und ich beende die Wechselrede. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 416/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 417/2023. Das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der OÖ Verkehrsverbund-Organisationsgesellschaft für Verkehrsdienstbestellungen im Schienenpersonennahverkehr, und ich ersuche den Abgeordneten David Schießl über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Schießl:** Beilage 417/2023, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der OÖ Verkehrsverbund-Organisationsgesellschaft Nfg.& Co KG (OÖVG) für Verkehrsdienstbestellungen im Schienenpersonennahverkehr im oberösterreichischen Streckenabschnitt der Salzburger Lokalbahn Salzburg - Ostermiething/Lamprechtshausen im Zeitraum 11. Dezember 2022 bis 12. Dezember 2032. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 417/2023.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die Mehrjahresverpflichtung des Landes OÖ gegenüber der OÖ Verkehrsverbund-Organisationsgesellschaft Nfg. & Co KG (OÖVG) im Rahmen eines Zuschusses an die Salzburger Verkehrsverbund GmbH zur Aufrechterhaltung eines bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsangebots im Schienenpersonennah- und Regionalverkehr im oberösterreichischen Streckenabschnitt der Salzburger Lokalbahn Salzburg - Ostermiething/ Lamprechtshausen im Zeitraum von 11. Dezember 2022 bis 12. Dezember 2032 im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, bitteschön!

Abg. **Schießl:** Diese Beilage wurde ja im Ausschuss schon hinlänglich erörtert. Es geht hier um eine ganz, ganz wichtige Schiene im Bezirk Braunau zwischen Ostermiething und Lamprechtshausen. Dieses Schienenstück ist natürlich im Bezirk Braunau nicht mehr wegzudenken. Wir haben ja auch im Ausschuss bereits gehört, was für eine Nutzung diese kleine Strecke hat.

Wir reden da nicht von 100.000, nicht von 200.000, sondern bald von 300.000 Nutzern, die diese Bahn in Anspruch nehmen. Deswegen ist es natürlich unbedingt erforderlich, diese Mehrjahresverpflichtung heute auch wieder zu beschließen, damit dieser erfolgreiche Weg so fortgesetzt werden kann, wie er begonnen hat.

Wir hätten natürlich auch nichts dagegen, wenn man einen Ausbau dieser Strecke noch ins Auge fassen könnte und würde. Meines Wissens gibt es ja bereits Untersuchungen zwischen Lamprechtshausen und Eggelsberg, dass auch Eggelsberg in den Genuss dieser Lokalbahn kommen könnte. Man muss sich natürlich erst ansehen, was diese Untersuchungen dann ans Licht fördern.

Aber nichtsdestotrotz sollte man versuchen, hier wirklich weiterhin dahinter zu sein, und auch hier einen erfolgreichen Weg auf die Schiene zu bringen, denn der öffentliche Verkehr ist vor allem im oberen Innviertel eine ganz, ganz wichtige Sache, und mit dieser Salzburger Lokalbahn sieht man, was alles möglich ist, und wie schnell man auch die Leute hier zum Umdenken bringen kann, wenn das Angebot passt. Und das passt hier wirklich sehr, sehr gut. Ja, wie gesagt, wir bitten um Zustimmung, eine ganz wichtige Sache für den Bezirk Braunau. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächstem darf ich Herrn Abgeordneten Mühlbacher das Wort erteilen.

Abg. **Mühlbacher:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren im Saal, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit knapp 1.000 km² und zirka 108.000 Einwohnern, 46 Gemeinden, ist der Bezirk Braunau einer der größten in Oberösterreich.

Wir grenzen im Norden und Nordwesten an Bayern, im Osten, Südosten an die Bezirke Ried und Vöcklabruck und im Süden an das Nachbarbundesland Salzburg an. Gerade dieser südliche Teil des Bezirks, bei uns auch Oberinnviertel genannt, und die dazugehörenden Gemeinden sind es, die seit knapp zehn Jahren von der Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz in den Großraum Salzburg und in die Stadt Salzburg sehr stark profitieren.

Diese Lokalbahnstrecke vom Bahnhof Ostermiething bis in die Stadt Salzburg bietet eine echte Alternative zum Individualverkehr. Wie schon der Kollege Schießl angesprochen hat, knapp 300.000 Fahrgäste aus dem Bezirk Braunau und zirka eine Million Fahrgäste auf der gesamten Strecke nutzen jährlich dieses verlässliche, komfortable und staufreie Angebot des öffentlichen Schienenverkehrs.

Die acht Haltestellen im Bezirk Braunau werden laufend saniert, modernisiert und mit Sicherungsanlagen, Fahrgastunterständen, Radständern und Park- and Ride-Anlagen erneuert. Nach Auslaufen des Vertrages mit Dezember 2022 bedarf es nun wieder einer neuen, bis Dezember 2032 geltenden Mehrjahresverpflichtung über einen Verkehrsdienstvertrag mit der Salzburger Verkehrsverbund-Gesellschaft. Der berechnete und mit dem Land Salzburg abgestimmte Zuschuss des Landes Oberösterreich beläuft sich auf rund 24,6 Millionen Euro für die Basisleistungen und rund 3,6 Millionen Euro für optionale Leistungsausweitungen für die Laufzeit von den gesamten zehn Jahren.

Auf der gesamten Strecke von Ostermiething nach Salzburg werden jährlich zirka 1,2 Millionen Fahrplankilometer erbracht. Knapp 145.000 sind es alleine auf unserem Abschnitt im Bezirk Braunau in Oberösterreich. Das sind, begründet mit einer Optimierung der Vertaktung, um 25.000 beziehungsweise 11.000 Fahrplan-Kilometer mehr als im letzten Jahr.

Meine geschätzten Damen und Herren, Schienenverkehr ist Klimaschutz, und wir sehen gerade bei diesem Beispiel, wie wichtig Investitionen in den öffentlichen Verkehr sind. Wie eingangs schon erwähnt, wird die Linie Ostermiething – Salzburg und somit auch der oberösterreichische Teil der Strecke seit Bestehen sehr, sehr gut angenommen.

Die Menschen im ländlichen Raum, gerade bei uns im Bezirk Braunau, brauchen solche Projekte, brauchen Investitionen in die Infrastruktur, am besten in den Schienenverkehr, und somit auch in den Klimaschutz. Ich ersuche um Zustimmung. Vielen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich der Abgeordnete Höglinger zu Wort gemeldet.

Abg. Mag. Höglinger: Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sehr geehrter Herr Landesrat! Die Salzburger Lokalbahn, das ist schon angesprochen worden, hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten tatsächlich zu einem Erfolgsprojekt entwickelt. Sie ist für die vielen Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler, die aus dem angesprochenen Oberinnviertel und dem nördlichen Flachgau in die Stadt Salzburg wollen, die zeitsparendste, effizienteste Alternative, um zum Arbeitsplatz und zur Schule zu kommen.

Ich habe selbst lange in Salzburg gearbeitet und weiß, wie viele Menschen aus der Gegend nach Salzburg pendeln, und weiß auch, wie wichtig diese Verbindung daher für sie ist. Ich glaube, all die angesprochenen Gäste und Fahrgäste der Salzburger Lokalbahn können froh sein, dass sie nicht eingestellt worden ist, wie noch vor ein paar Jahrzehnten geunkelt worden ist.

Die Investition in die Attraktivierung der Strecke und der Bahnhöfe haben sich bezahlt gemacht. Und der neue unterirdische Lokalbahn in Salzburg ist ja auch inzwischen schon 25 Jahre alt. Der wesentliche Schlüssel zum Erfolg ist sicherlich auch, wie so oft im öffentlichen Verkehr, das Angebot. Insbesondere, es ist dargestellt worden, der Halbstundentakt zu den Stoßzeiten. Auf der Salzburgerstrecke ist es ein Viertelstundentakt in die Stadt. Auch das steht in dem Amtsvortrag. Ab 2026, durch neue Bahnen, wenn RegioTram-Züge eingesetzt werden, wird die Attraktivität zusätzlich erhöht.

Besonders wichtig wird für die Lokalbahn die Verlängerung in die Stadt und eigentlich unter die Stadt Salzburg sein. Die Optimierung ist ja als Option in der Mehrjahresverpflichtung festgelegt. Und ich glaube, wir sollten es auch als Land Oberösterreich unterstützen. Ich habe heute gerade gelesen, dass die Varianten vorgestellt worden sind, was die Verlängerung anbelangt bis Hallein. Das ist wichtig, weil die Stadt Salzburg, wie kaum eine andere, die ich kenne, geplagt ist von individuellem Verkehr und von nicht besonders gut funktionierendem öffentlichem Verkehr. Da wäre das eine zentrale Verbesserung für die Menschen dort. Ich glaube, da trägt auch die Salzburger Lokalbahn einen wesentlichen Beitrag dazu.

Und dann, wenn das noch attraktiver wird, dann muss man das, was der Kollege Schießl auch schon angesprochen hat, auch aufgreifen. Es gibt die Machbarkeitsstudie für die Verlängerung nach Eggelsberg, und auch das erscheint möglich und sollte weiterverfolgt und geprüft werden.

Wir sollten aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die Bahnrückbauten, Streckenstilllegungen in den 70-er, 80-er Jahren schmerzen. Nutzen wir die bestehenden, erfolgreichen, vollständig elektrifizierten Lokal- und Nebenbahnen und bauen diese weiter aus. Das bringt mich auch kurz zur Mattigtalbahn. Nicht nur, weil ich in diesen Tagen natürlich auch mit dem Bürgermeister Erich Rippl gesprochen habe, der mir gesagt hat, wie gut der Park-and-Ride-Parkplatz in Lengau angenommen wird.

Sondern weil diese Schienenachse in den westlichen Bezirk Braunau auch auf die weitere Verbesserung durch den höheren Takt wartet. Und wir sollten nicht vergessen, den Blick ins restliche Oberösterreich zu lenken an diesem Punkt, die Nebenbahnen in Oberösterreich und deren Verbesserung. Auch die Mühlkreisbahn, um in meine Herkunftsregion zu schauen, wird letztlich langfristig nur dann eine wichtige Rolle in der Verkehrswende spielen, wenn man in die Elektrifizierung und in die Strecke investiert.

Und so wie ich schon angesprochen habe, dass die Weiterführung der Salzburger Lokalbahn unterhalb der Stadt wesentlich sein wird, so wird auch, wie für die Verkehrslösung der Stadt Salzburg, die Durchbindung der Mühlkreisbahn in Linz ein ganz wesentlicher Baustein sein für die Verkehrswende in Oberösterreich. Da bedarf es, wie schon angesprochen, auch eines ernsthaften professionellen Zugangs, um endlich die konkrete Planung voranzutreiben.

Der vorliegenden Mehrjahresverpflichtung stimmen wir deshalb natürlich zu. Verbunden mit der Hoffnung, dass auch in Oberösterreich erfolgreiche Lokal- und Nebenbahnprojekte realisiert werden und das Geld für die notwendigen Investitionen dafür bereitgestellt wird. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun der Frau Abgeordneten Engl das Wort erteilen.

Abg. Mag. Engl: Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Zuseher/innen! Oben sitzt keiner mehr. Liebe Zuseher/innen vor den Bildschirmen. Werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich auch gerne noch positiv zu dieser Mehrjahresverpflichtung am Ende äußern aus folgenden Gründen. Wir werden natürlich dieser Mehrjahresverpflichtung zustimmen. Das hat mehrere Gründe. Einerseits wurde schon erwähnt die Kapazitätserweiterung, die Verdichtung, die Taktverdichtung. Der Ausbau, die mehreren Fahrkilometer, die im öffentlichen Verkehrsnetz im wichtigen Innviertel dazu kommen. Weil wir ja wissen, dass der Umstieg nur dann gelingen wird, wenn wir das Angebot haben. Wir führen ja oft einmal das

Henne-Ei-Prinzip, die Diskussion mit, was brauchen wir zuerst, die billigen Tarife oder den Ausbau der Strecken? Beides. Es ist gerade etwas passiert. Ich sage es dann noch.

Aber wir haben ja, das soll jetzt gar nicht so lustig wirken, ein großes Problem im Verkehrssektor generell. Die aktuellen Treibhausgasbilanzen für 2021 zeigen uns wieder ganz klar, dass nur langfristige und strukturelle Änderungen uns dabei helfen können, im Kampf gegen die Klimakrise wirklich Meter zu machen. Und wenn wir uns die aktuellen Zahlen anschauen, dann haben wir wieder eine Steigerung. Natürlich war vorher das Pandemiejahr, das ist ganz logisch, da waren die Wirtschaft und die Gesellschaft massiv eingeschränkt. Aber wir lernen aus diesen Zahlen schon auch, dass so zufällige Schwankungen, wenn wir einmal eine stark eingeschränkte Wirtschaft und Mobilität haben, keine dauerhafte Verbesserung bringen. Und darum kämpfen wir ja so viel dafür, dass wir auch in Oberösterreich ein kollektives Umdenken zustande bringen. Dass wir wirklich auf den Sektor Verkehr ganz genau schauen, auch im Sinne der Klimabewältigung, der Klimakrise, dass der Trend noch massiv nach oben gehen muss. Der Trend der Emissionen muss nach unten gehen, und darum müssen wir noch sehr viel mehr den öffentlichen Verkehr ausbauen und sämtliche Investitionen dort hinlenken.

Und unsere Grüne Ministerin auf Bundesebene, ehre wem Ehre gebührt, hat uns ja die letzten drei Jahre schon sehr deutlich vorgezeigt, wohin die Reise gehen muss. Und das hat natürlich viel mit Prioritätensetzung zu tun. Sie hat sehr viel getan, sie hat das Klimaticket eingeführt. Letztendlich nach langen und vielen Bemühungen. Von vielen natürlich, aber machen muss man es dann auch. Sie hat vervielfachte Förderungen für die Radinfrastruktur auf den Weg gebracht. Sie hat den Öffi-Ausbau massiv als Priorität Nummer 1 tituliert. In der E-Mobilitätsoffensive ist sie sehr aktiv. Und konkret heißt das ja für uns in Oberösterreich, dass sie sehr viele Dinge ermöglicht hat. Wie zum Beispiel, dass wir bei der Stadtbahn jetzt in Planungen treten und das umsetzen können.

Aber jetzt gerade aktuell auch die Senkung, danke noch einmal dafür, für die zusätzliche Senkung des regionalen Klimatickets Oö. Das war ein Teil, das ist die budgetäre Leistung, die wir von unserem Ministerium bekommen haben, dafür, dass wir es hier noch günstiger machen. Jetzt können wir darüber diskutieren, was notwendiger ist, beides wie gesagt, weil das ist ein ganz ein wesentlicher Faktor, dass die Menschen wirklich umsteigen. Heute in der Früh habe ich wieder ein Gespräch geführt im Zug, die haben gesagt, ja, jetzt machen sie das, weil vorher war es ihnen mit diesem Oberösterreichertarif zu teuer. Und jetzt steigen sie wirklich dauerhaft um und lassen das Auto stehen, und da muss die Reise hingehen.

Und es hat in den letzten Tagen, jetzt muss ich ausnahmsweise einmal auf die linke Seite schauen, weil sonst schaue ich immer gerne, wenn ich ein bisschen Kritik übe, zur rechten Seite. Nein, nein. Wir werden hier keine schmerzhaften Details erörtern. Aber ich muss schon einmal sagen, die Versuche, die immer wieder unternommen werden, der Klimaministerin jetzt unterstellen zu wollen, sie würde die Verkehrswende auf irgendeine Art und Weise behindern, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Sie hätte es einfach nur gescheit kommunizieren müssen!“) Es geht um Kommunikation. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Was schaust denn hinüber?“ Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Schau zu mir!“) Ihr unterstützt mich eh, goi? (Heiterkeit)

Spaß bei Seite. Sie ist die erste, die diese Maßnahmen alle herbringt. In einer unglaublich zielstrebigen Art und Weise, weil sie priorisiert und weil sie weiß, dass wir keine andere Chance haben. Wir haben keine andere Chance. Und man kann das jetzt natürlich irgendwie immer missverstehen, wenn man will, aber wir sollten und das ist der Appell: Bitte schieben

wir alle an! Wenn solche Möglichkeiten da sind, müssen wir gemeinsam anschieben. (Präsidentin: „Bitte jetzt den Lärmpegel etwas senken! Die Frau Abgeordnete ist am Wort!“)

Wir sollten einfach das Gegenteil tun. Wir sollten dort anschieben, wo es notwendig ist, und da sind wir uns ja, glaube ich einig, dass es dort notwendig ist, also unterstützen wir uns. Und wenn ich bei der Stadtbahn bin, da gibt es auch unterschiedliche Anstrengungen, und da schaue ich zuerst nach rechts, Bemühungen, und dann schaue ich wieder nach links, und da wissen wir auch, dass es dort und da immer wieder Befindlichkeiten gibt, im Einflussbereich unterschiedlicher Fraktionen da. Und auch da der Apell von mir: Schieben wir bitte dort an, wo wir unseren Einflussbereich haben, damit wir diese Stadtbahn und in weiterer Folge die S7 nach Gallneukirchen und nach Pregarten, die S6, die Mühlkreisbahn, verwirklichen können. Und tun wir nicht mehr blockieren. (Beifall)

Und wenn wir jetzt die Ziele und den Vorrang beim Öffi-Ausbau noch einmal näher beleuchten, natürlich sind diese, wie wir die Mehrjahresverpflichtung jetzt haben, wunderbar, und das ist wichtig. Aber aus unserer Sicht braucht es natürlich noch viel mehr davon. Darum sind wir ja dafür, und auch was die Ausbaubemühungen anbelangt, die ja schon in Aussicht gestellt werden, können wir auch nur sagen, wir schieben gerne dort an, wo wir können. Dass wir ausbauen, wo es geht. Denn nur das wird uns weiterbringen. Diese Klimazahlen, die CO₂-Emissionszahlen, die uns gerade präsentiert worden sind, die sind dramatisch. Wir müssen im Verkehr etwas machen.

Und da bin ich auch ganz kurz noch einmal bei der kritischen Analyse der Klimastrategie, was diesen Verkehr anbelangt. Positiv zu erwähnen ist natürlich, es sind einmal alle vier Mobilitätsformen sehr korrekt in der Klimastrategie benannt. Nämlich der öffentliche Verkehr, die aktive Mobilität, der Güterbereich auf den Schienen und der Ausbau der E-Mobilität. Aber es fehlt, das ist heute schon kritisiert worden, eine konkrete Zielsetzung.

Da geben uns sehr viele Menschen recht, auch die Klimaallianz hat sich dazu geäußert. Dass es anstatt konkreter Ziele natürlich eine Ansammlung von sehr guten Ideen gibt, die sind begrüßenswert, aber wir brauchen unbedingt Ziele, damit wir auch wissen, ob wir sie erreichen können, wie wir sie erreichen können und dass wir sie erreicht haben. Und bei der Einschätzung in der Klimastrategie finden wir leider nur einen Satz, dass eben wichtige Infrastrukturprojekte bereits in Planung, in der Umsetzungsphase sind. Das ist konkret die S6, die S7 und die Stadtbahn. Zeitliche Verzögerungen sind zu vermeiden.

Und das halten wir in einer Strategie für ein bisschen dürftig. Weil wenn wir die Klimaneutralität bis 2040 haben, da haben wir ja das Bekenntnis dazu, das schaffen wollen, dann brauchen wir wirklich mehr Tempo. Weil wir wissen ja, wie lange es dauert Schienen zu legen. Oder auszubauen, oder Busse zu bestellen, oder Personal zu bekommen. Das sind so viele Dinge, die uns gerade auch hindern. Wir müssen trotzdem unsere Priorität dort hinlegen.

Ich möchte da schon einmal ein bisschen deutlicher auch sagen, dass wir Veränderungen auch in unser aller Verhalten brauchen werden. Also diese Haltung, dass wir uns alleinig jetzt zurücklehnen und warten, dass uns neue Technologien und der Wasserstoff retten werden in der Mobilität, dass wird es nicht spielen. Der Wasserstoff ist wichtig, aber wir wissen auch, wenn wir Experten und Expertinnen zuhören, dass das alles energieintensiv ist. Wir werden nicht soviel verfügbar haben, wie wir brauchen. Und wir wissen auch, dass wir das vorwiegend in der Industrie brauchen, in der Luftfahrt, heute haben wir uns schon darüber unterhalten, wo es keine anderen Alternativen gibt in der Mobilität und beim Auto, da darf ich auch unsere Klimaministerin gerade jetzt ganz aktuell in ihrem Interview zitieren: Wir müssen irgendwo

anfangen, und natürlich ist das bei der individuellen E-Mobilität. Wir werden auch 2040 noch mit einem Auto fahren. Das ist Realität, aber der Schwerpunkt wird dahingehend schon auf die Elektromobilität gelenkt. Daneben muss jeder, der umsteigen kann, umsteigen können. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Die Entsorgungsberge der Akkus schauen wir uns auch an!“)

Ja, in der Schülerdiskussion ist das heute gekommen, auch dass das E-Auto soviel Strom verbraucht. Ja, alles braucht Energie. Aber wir schauen uns auch an, ich möchte schon bitten, dass wir seriös bleiben, was bei der Herstellung von Wasserstoff für Energie, (Zwischenruf Abg. Gruber: „Fußabdruck!“) Genau, Fußabdruck. Aber jedes Dieselauto, heute ist der Diesel schon einmal lobend erwähnt worden, dass der so sparsam ist, wenn man recht viele Kilometer fährt. Auch das Dieselauto braucht Energie bei der Herstellung. Also das ist immer ein bisschen ein Ding. Wir haben nicht nur den Tank, das wisst ihr alles. Wir werden das auch in Oberösterreich brauchen, dass wir wirklich alle Kraft in den Ausbau stecken, und uns nicht immer nur streiten, welche Antriebsform die Beste ist. Es gibt eine ganz gute. Wir brauchen für die Industrie und für alle anderen großen Herausforderungen noch ganz viel Technologie. Aber rein darauf zu warten, wird uns nicht helfen. Und in diesem Sinne stimmen wir der Mehrjahresverpflichtung zu und der Appell zum Schluss: Helfen wir alle mit! Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es hat sich nun der zuständige Landesrat zu Wort gemeldet.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptfrau-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorerst einmal herzlichen Dank für diese sich offensichtlich abzeichnende einstimmige Unterstützung für den Bahnausbau!

Ja, das ist alles miteinander leider nicht ganz so einfach, und mir geht das auch alles viel zu langsam. Aber man soll einmal bedenken alleine bei der Stadtbahn, wie viele Stakeholder hier immer wieder mit durchaus auch unterschiedlich, betriebswirtschaftlichen und politischen Interessen unter einen Hut zu fassen sind, damit man hier etwas weiterbringt. Das ist nicht ganz so einfach.

Deswegen bedarf es hier aller Abgeordneten und sind aufgefordert, uns hier zu unterstützen, dass wir dieses Jahrhundertprojekt der Stadtbahn-Durchbindung auch wirklich rasch vollziehen können. Die Frau Bundesministerin sowie der Herr Landeshauptmann haben mir im Übrigen das grüne Licht gegeben, die Elektrifizierung bis Aigen-Schlägl zu verhandeln. Weil es dort wenig Sinn macht, etwas anderes vorzuspannen oder mit Batteriezug zu arbeiten oder mit einem Wasserstoffzug, weil wir ja mit den Stadtbahnzügen Lilo, Mühlkreisbahn durchgebunden fahren wollen. Deswegen macht es bei dieser Strecke wirklich einen Sinn, dass man bis ganz hinauf elektrifiziert.

Jetzt wird es gleich wieder schwierig. Gott sei Dank haben wir, mit ihrer Unterstützung, alle unsere Regionalbahnen erhalten. Nicht alle Bundesländer haben die gleiche Entscheidung getroffen. Wir werden fast alles elektrifizieren, wissen aber noch nicht, ob man bei manchen dieser Strecken, beispielweise erwähne ich hier den Almtalbahnabschnitt zwischen Sattledt und Grünau, nicht doch mit Batterie-Tender-Zügen fahren werden oder ob wir elektrifizieren werden. Das ist noch offen. Das wird auch die ÖBB entscheiden.

Bei der Mühlkreisbahn haben wir eine besondere problematische Situation der Eigentümerstruktur. Jetzt, und mir ist das auch recht, ist die ÖBB-Infra Eigentümerin dieser Bahn. Irgendwann wird dort unsere neue Stadtbahn fahren. Die ersten 20 Züge sind ja bereits

auch mit ihrer Zustimmung gekauft worden. Es wird auch hier wieder einmal eine Vorlage geben, weil auch dort natürlich die Verteuerung, wie überall, zu tragen kommt. Da werde ich auch wieder mit einer Bitte an Sie herankommen. Was bleibt ist die Frage, ob die ÖBB Infraeigentümerin bleibt oder nicht?

Punkt 2, es hat leider eine Bewertungsveränderung im Finanzministerium gegeben. Was kostet denn eine Bahnstrecke? Wir wollten bereits die Bahnstrecke Lambach-Vorchdorf übernehmen. Diese soll mit einem Erinnerungseuro abgelöst werden. Das geht aber wieder nicht. Weil eine neue Bewertungsrichtlinie im Finanzministerium das nicht zulässt. Damit ist das schon wieder weggerückt.

Wir haben im Klimaministerium beispielsweise ein Problem mit der Aschacher Bahn. Die hätten wir auch gerne übernommen. Da haben wir mit den einen einen Vertrag gemacht und die anderen auch im Ministerium geben uns wieder Aufträge und Verbesserungsvorschläge, die wir gar nicht benötigen. Zum Beispiel eine Personenkonzession, die man dann wieder wegverhandeln muss.

Obwohl es dort gar keinen Personenverkehr mehr gibt. Es gibt eine Unmenge von Problemen, wenn man in die Details reingeht. Was die Stadtbahn selber betrifft, wird heftigst von den großen Unternehmen, die den Zuschlag bekommen haben bei der internationalen Ausschreibung, geplant. Die arbeiten! Und wir informieren jetzt immer wieder darüber, wie ist der Stand. Jetzt haben wir eine Verzögerung von einigen Monaten, die ich aber in dem Fall begrüße. Weil das Ministerium sagt, sie erwarten einen derartigen Kundenzuwachs bei der Stadtbahn, dass wir die Haltestellenlänge von 80 auf 120 Meter verlängern sollten, oder wir sollen jedenfalls in der Planung prüfen, ob das möglich ist.

Ich bringe einmal ein kleines Beispiel dafür, wie kompliziert das dann gleich ist. Jetzt haben wir den Knoten in Urfahr beim Gasthaus Lindbauer und 80 Meter Haltestellenlänge oder 120 Meter ist gleich ein riesen Unterschied. Weil da muss dort dann ein Haus weg. Wir planen dort entweder oberirdisch mit einer Haltestelle bei der Wildbergstraße. Unterirdisch, mit und ohne eine Haltestelle. Und all diese Dinge müssen aber gleichzeitig in der Planung im Betrieb simuliert werden, damit die Takte eingehalten werden können. Also das ist ja nicht nur, dass wir unterirdisch wo was tun, sondern die Planung muss bereits jetzt berücksichtigen, wie fahren denn diese Züge und schaffen es dann zum Taktknoten am Linzer Hauptbahnhof und wie schaut es aus, wenn ich nicht nur in Zweifach-, sondern in Dreifach-Traktion fahre, da brauche ich 120 Meter Haltestellen. Können wir die überall richten? Denn ich kann nicht einmal einen kürzeren Bahnsteig machen und einmal einen längeren. In diesem Fall hat der Bund, der hier Hauptzahler ist, der zahlt 50 Prozent der gesamten Infrastrukturkosten, gesagt, überlegt euch das, weil sie erwarten, dass dies wirklich ein Erfolg sein wird, plant die Haltestellen gleich länger.

Eigentlich freut mich das, wenn der Hauptzahler uns auffordert, macht die Haltestellen länger, weil das zeigt auch, der Bund sagt, es ist ein super Projekt, das wird angenommen werden, aber es ist nicht immer so ganz einfach, wie man sich das vorstellt, und umso mehr man sich in der Tiefe damit beschäftigt, umso mehr versteht man die Problematik. Ich bedanke mich für die Unterstützung im öffentlichen Verkehr, und glauben Sie mir, mir geht auch alles zu langsam, aber ich bin hartnäckig genug, es weiter voran zu treiben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 417/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben.

(Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 418/2023, das ist der Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend den Ersten Umsetzungsbericht zum OÖ. Kulturleitbild. Ich bitte die Frau Abgeordnete Manhal über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Beilage 418/2023, Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend den Ersten Umsetzungsbericht zum OÖ. Kulturleitbild. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 418/2023.)

Der Ausschuss für Gesellschaft beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht zur Umsetzung des OÖ. Kulturleitbilds, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 28. November 2022 (Beilage 381/2022, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als Dr. David Pfarrhofer in der Sitzung des Landeskulturbeirates im Jänner 2020 die Kulturstudie als wissenschaftliche Grundlage für das Kulturleitbild präsentiert hat, hat er davon gesprochen, dass das Kulturleitbild Leitplanken gleicht, an denen wir uns orientieren können. Das trifft es auf den Punkt.

Ein Leitbild ist keine Checkliste, kein Maßnahmenkatalog, den es abzarbeiten gilt. Nein, ein Leitbild ist viel mehr. Es ist gewissermaßen der Kulturrahmen in Oberösterreich. Es ist ein Handlungs- und Aktionsrahmen, der den kulturpolitischen Grundkonsens in unserem Land abbildet. Es ist ein Orientierungsrahmen, der Wege und Möglichkeiten einer Entwicklung beschreibt. Leitplanken erfüllen ihren Zweck allerdings nur, wenn sie außer Streit gestellt sind, wenn sie auch als solche akzeptiert werden.

Gerade deshalb war es auch so wichtig, dass das Leitbild im Zuge des Entstehungsprozesses sehr ausführlich diskutiert und am Ende des Tages auch von allen mitgetragen worden ist.

Wenn wir heute den Ersten Umsetzungsbericht diskutieren, dann können wir erkennen, dass wir am richtigen Weg sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Neuordnung der kulturellen Veranstaltungsformate des Landes hervorstreichen. Mit der Commune Oberösterreich und der Kultur EXPO wurden zwei neuartige Möglichkeiten geschaffen, Kunst und Kultur der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Das vernetzte Planen und Arbeiten, die Integration des Lebensumfelds der Menschen (Zweite Präsidentin: „Entschuldigung Frau Abgeordnete, ich bitte um etwas mehr Ruhe!“ widerspiegeln den Geist unseres offenen und liberalen Leitbildes. Nicht vergessen darf auch die Übernahme der baukulturellen Leitlinien des Bundes sowie die Schaffung eines eigenen Lehrstuhls für Baukulturen. Genau so wie die Implementierung einer neuen Struktur für die Volkskultur mit dem Ziel, das Ehrenamt in den Vereinen und Verbänden zu stärken.

Schließlich das Projekt Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, mit dem wir eine Vorreiterrolle in Sachen Aufarbeitung und Gedenkkultur einnehmen. Ja, wir lassen auch im Kulturbereich neue Wege zu. Wir fördern Potentiale und stärken interdisziplinäre Zugänge. Der Erste Umsetzungsbericht zum Kulturleitbild des Landes zeigt, dass es gelingt, diesen

unseren Rahmen mit Leben zu erfüllen, zu gestalten, mit Inspiration, mit Offenheit und Mut zu prägen.

Ich gratuliere unserem Kulturreferenten Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer zu diesem Umsetzungsbericht, auf den wir alle stolz sein können. Danke auch an alle, die sich einbringen und dranbleiben. Allen voran unserer Kulturdirektorin Margot Nazzal und der Mutter des Kulturleitbildes, Elisabeth Mayr-Kern, sowie allen Kunst- und Kulturschaffenden in Oberösterreich. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Herrn Abgeordneten Wahl zum Rednerpult bitten.

Abg. Ing. Wahl, MBA: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, geehrte Zuschauer an den Fernsehgeräten, in der Galerie sehe ich niemanden mehr! Vorweg möchte ich sagen, dass das Kulturleitbild ganz sicher ein sehr gutes Instrument ist, eine positive, zukunftsweisende Kultur und damit gesellschaftliche Entwicklung in Oberösterreich zu ermöglichen.

Es ist klar, dass es sich hauptsächlich um Leitlinien handelt, dennoch wäre es wichtig, dass man auch weiß, wo die Leitlinien ein Ziel finden. Messbare Ziele sind leider nicht wirklich findbar. Das Leitbild, das erst 2020 beschlossen worden ist, daher ist der eher magere Bericht wahrscheinlich auch der Corona-Pandemie geschuldet, weil in dieser Zeit natürlich auch im Kunst- und Kulturbereich ganz viele Dinge nicht möglich waren oder nicht zulässig waren.

Die Neuordnung der kulturellen Veranstaltungsformates mit der Communale ist sicher ein ganz wichtiger Schritt, Zeitkultur der Bevölkerung näher zu bringen und auch die Auseinandersetzung damit zu ermöglichen.

Die Schaffung eines Lehrstuhls für Baukultur ist sicher ein großer Wurf und ganz deutlich zu begrüßen. Ich hoffe, dass diese neue Expertise dazu beiträgt, dass der Landesrat auch ein entsprechend zukunftsweisendes und nachhaltiges Raumordnungsgesetz erstellt, welches dem exzessiven Bodenverbrauch Einhalt gebietet. Ein Desaster, wie in Ohlsdorf, sollte sich nicht wiederholen.

Der Ansatz, mehr Kultur in den öffentlichen Raum und mehr Kunst in den öffentlichen Raum zu bringen, ist sicher ganz wichtig und auch zukunftsweisend. Da könnte natürlich deutlich mehr geschehen, wenn man in Oberösterreichs Gemeinden hinaus geht, vermisst man das sehr oft. Dabei sollte man auch beachten, dass Kunst am Bau als zentraler Teil unserer Kultur und Baukultur begriffen wird und nicht nur alibimäßig oder irgendwie umgesetzt wird. Auch bei großen Sanierungsprojekten sollte Kunst am Bau verpflichtend umgesetzt werden.

Die Stärkung des Ehrenamtes ist ganz wichtig. Im Moment ist es aber sicher so, dass viele Kulturinitiativen in ihrer Existenz bedroht sind und vor dem Konkurs stehen und die Förderung der Teuerung momentan nicht Schritt hält und daher ganz wichtig ist, dass wir hier deutlich mehr fördern, damit die Kulturinitiativen ob der hohen Kosten, vor allem im Energiebereich, nicht wegbrechen.

Es ist ausgesprochen positiv und wirklich beachtlich, dass dieses Kunstwerk Widerstand der Frauen gegen Nationalsozialismus jetzt umgesetzt wird. Es wird sicher ein ganz tolles Projekt werden, nachdem sozusagen von der Absichtserklärung bis zur Umsetzung jetzt beinahe zehn Jahre vergangen sind. An sich hätte ja das Kunstwerk im September fertig sein sollen und es wäre schön gewesen, wenn wir erfahren hätten, warum sich das verzögert.

Die Entwicklung von Fair-Pay-Konzepten ist ein essentieller Beitrag, um die Kunstschaffenden auch abzusichern und die Wertschätzung den Kunstschaffenden auch entgegen zu bringen. Im Moment höre ich von ganz vielen Schaffenden, dass Aufträge wegbrechen und dass der Verkauf ganz, ganz schleppend läuft. Daher ist es sicher auch da in diesem Bereich ganz wichtig, dass, bevor die Konzepte fertig sind, wir auch die Förderung im öffentlichen Bereich der Kunstschaffenden stark vorantreiben, bevor die Künstler verhungert sind, bis das Konzept fertig ist.

Sehr positiv, das steht jetzt nicht im Kulturbericht drinnen, möchte ich aber anmerken, weil ich das auch persönlich sozusagen gespürt habe, ist die Neustrukturierung der Kulturabteilung und damit die deutliche Verbesserung der Kulturabteilung als Partner für Kulturschaffende und für Organisationen im Kulturbereich. Da möchte ich mich auch ganz herzlich bei der Frau Direktorin Nazzal bedanken, dass hier die Förderungen deutlich schneller und nachvollziehbarer auch ausbezahlt werden, und dass das auch auf einer Ebene diskutiert werden kann, wo man das Gefühl hat, man ist auf Augenhöhe. Das war in der Vergangenheit nicht immer so.

Der Bericht ist insgesamt sehr positiv und wir werden diesem Bericht zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Dim zu Wort gemeldet.

Abg. **Dim:** Danke Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, bei der Umsetzung des Kulturleitbildes in Oberösterreich ist die erste Etappe geschafft. Im Sport würde man sagen, wir liegen ganz gut in der Zeit.

Wie schaut das jetzt im Detail aus? Wir haben es zum Teil schon gehört. Die Neuordnung der kulturellen Veranstaltungsformate im Land hat zunächst für eine kleine Irritation gesorgt, vor allem in Eferding bei der bereits zugesagten Landesausstellung. Das neue Format mit der Communale hat sich aber sehr rasch als Weiterentwicklung der Ausstellungsformate herausgestellt. Der Anspruch, Geschichte und Tradition mit zeitgenössischer Kunst in Dialog zu setzen, wurde bei der ersten Communale erfolgreich umgesetzt.

Mit der Schaffung eines eigenen Lehrstuhls, auch das haben wir schon gehört, in der Kooperation mit der Kunstuniversität Linz und der Katholischen Privatuniversität ist ein langgehegter Wunsch auch angehender Architekten und kann sicherlich als Meilenstein in der Bildung und Fortbildung in Oberösterreich bezeichnet werden.

Gerade in der Zeit der Corona-Krise wurde sichtbar, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt und ehrenamtliche Tätigkeiten in verschiedenen Kulturvereinen ist, sei es in Musikvereinen, Chöre, Theatergruppen, Volkstanzgruppen, aber auch in Museumsverbänden oder Literaturvereinen. Hier wurde in Zusammenarbeit mit dem oberösterreichischen Forum Volkskultur und dem Verbund oberösterreichischer Museen eine neue Struktur geschaffen, die die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden stärken wird.

Mit dem Projekt Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde die Gedenkkultur in Oberösterreich um ein bisher wenig beachtetes Thema erweitert. Dazu gab es eine kulturpolitische Veranstaltung, eine wissenschaftliche Publikation, und auch ein Denkmal am OK-Platz in Linz wird entstehen.

Die Initiative zur Gründung eines Nikolaus-Harnoncourt-Institutes an der Anton-Bruckner-Privatuniversität sowie die Stärkung der internationalen Präsenz und Vernetzung zum Beispiel

durch das Artists and Residence-Programm der Oberösterreichischen Landes-Kultur GmbH und der Kunstsammlung des Landes sind weitere Schritte in der Umsetzung des oberösterreichischen Kulturleitbildes.

Wie gesagt, wir liegen gut in der Zeit, und ich freue mich schon auf die nächsten Etappen, wie zum Beispiel das Brucknerjahr 2024. Vielen Dank. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Herrn Klubobmann Mayr das Wort erteilen.

Abg. KO **Mayr:** Recht herzlichen Dank Frau Präsidentin! Ich hoffe, Sie sind mir jetzt nicht allzu böse, wenn ich als vierter Redner bei diesem Tagesordnungspunkt jetzt nicht vollinhaltlich auf die Inhalte dieses Umsetzungsberichtes eingehe, denn es ist schon uneingeschränkt, fast alles, was gesagt worden ist, korrekt. Ich muss das jetzt auch nicht zwingend wiederholen.

Ich würde ganz gerne auf einen Punkt eingehen oder eigentlich auf zwei Punkte, die nicht in diesem Umsetzungsbericht drinnen sind, weil sie es schlicht und ergreifend, weil sich die Welt in den letzten drei Jahren circa zwei- bis dreimal geändert hat, gar nie in dieses Kulturleitbild geschafft haben.

Ich erinnere daran, wie dieser Prozess stattgefunden hat, in einer partizipativen Form, quer durch ganz Oberösterreich, und am Ende hat es immer Würstel zum Essen gegeben. Es war weit und breit nichts von Corona zu sehen. Wie wir das Kulturleitbild dann beschlossen haben, das war im November 2020, wir waren eigentlich mitten in Corona und sind gerade wieder kurz vor einem Lockdown gestanden, ich glaube, eine Woche später wurde wieder einmal zugesperrt, ich hoffe, ich ordne diese Wortmeldung nicht falsch zu, aber ich glaube, die Frau Präsidentin Binder hat vorhin gesagt, so sinngemäß, dass wir Corona jetzt hoffentlich hinter uns gelassen haben. Es hat nach wie vor Auswirkungen. Wir haben das Kulturleitbild beschlossen vor Corona, also erarbeitet. In Corona haben wir es beschlossen, und jetzt sind wir in einem Umsetzungsbericht drinnen, wo sich viele Dinge ergeben haben, die nicht absehbar waren.

Das ist einerseits die Frage, wie schaffen wir es, dass das Publikum zurückkommt, nämlich in der Intensität, wie es vor Corona zu den Veranstaltungen gegangen ist? Das zweite, was wir weder 2019 noch 2020 abgesehen haben, ist, dass wir in Europa einen Krieg haben, der die Energiepreise durch die Decke gehen lässt. Das heißt, gerade bei kleinen Kulturvereinen haben wir das doppelte Problem. Einerseits, die Leute bleiben weg und andererseits, der Betrieb ist unglaublich teuer geworden.

Ich glaube, dass sich diese Frage jetzt nicht ein Update des Kulturleitbildes, aber zumindest einen Anhang verdient hat, weil das nämlich grundlegende Fragestellungen sind, die sich verdient haben, dass wir einen strategischen Zugang dafür schaffen, damit es vielleicht 2023 und 2024, wenn wir uns nicht wieder über eine neue völlig veränderte Welt ärgern müssen, eine sichere Zukunft gibt für das kulturelle Leben in Oberösterreich.

Wir nehmen den Bericht, der ohnehin schon referiert worden ist von meinen Vorrednerinnen, sehr gerne zur Kenntnis. Ich möchte mich auch sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturdirektion bedanken und vor allem auch bei allen, die sich jeden Tag dafür einsetzen, dass die Kultur in Oberösterreich eine gute ist und immer besser wird. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 418/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 419/2023, das ist der Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher. Ich bitte Herrn Klubobmann Mahr über die Beilage zu berichten.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Beilage 419/2023, Initiativantrag betreffend Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 419/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, folgende Maßnahmen gegen straffällige Nicht-Österreicher umzusetzen:

- Ausschluss von strafrechtlich verurteilten Nicht-Österreichern für sämtliche Verfahren zum Erhalt eines Aufenthaltstitels
- Aberkennung bereits bestehender Aufenthaltstitel bei strafrechtlicher Verurteilung
- Abbruch des Asylverfahrens bei strafrechtlicher Verurteilung
- Abschiebung strafrechtlich verurteilter Fremder

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Da keine Wortmeldung vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 419/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 420/2023, das ist der Initiativantrag betreffend zeitgemäße Ausgestaltung des Demonstrationsrechts. Ich bitte Herrn Klubobmann Dörfel über die Beilage zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 420/2023, Initiativantrag betreffend zeitgemäße Ausgestaltung des Demonstrationsrechts. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 420/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Grundlagen des Demonstrationsrechts an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Mögliche Ansatzpunkte hierfür sind:

1. Eine Verlängerung der Anmeldefristen für Demonstrationen
2. Eine Unterbindung von Serien-Anmeldungen von Demonstrationen
3. Eine Neufassung und Evaluierung der Abstands-Regeln (Paragraf 7a Versammlungsgesetz)
4. Eine Verschärfung des Strafrechts hinsichtlich tätlicher Übergriffe auf Sicherheitskräfte
5. Eine bundesweite einheitliche Auslegung von Schutzzonen (Paragraf 36a Sicherheitspolizeigesetz) sowie deren Zusammenspiel mit Demonstrationen
6. Möglichkeiten zur strafrechtlichen Verfolgung für das vorsätzliche Blockieren von öffentlichen Verkehrswegen, wenn dadurch potenzielle Einsatzfahrzeuge behindert werden.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 420/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 421/2023, das ist der Initiativantrag betreffend Verschärfung der Untersuchungshaft. Ich bitte Herrn Klubobmann Mahr über die Beilage zu berichten.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Beilage 421/2023, Initiativantrag betreffend Verschärfung der Untersuchungshaft. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 421/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die durch den VfGH aufgehobene Bestimmung des Paragraf 173 Abs 6 StPO zu reparieren und die verpflichtende Untersuchungshaft für Verbrechen wieder rechtlich zu verankern.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 421/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 422/2023, das ist der Initiativantrag betreffend Konsequenzen für junge Gewaltverbrecher. Ich bitte Herrn Klubobmann Dörfel über diese Beilage zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 422/2023, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Konsequenzen für junge Gewaltverbrecher. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 422/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, effektive Maßnahmen zu setzen, um den aktuellen Entwicklungen der Jugendkriminalität Sorge zu tragen!

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, schließe ich diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 422/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 429/2023, das ist der Initiativantrag betreffend das Oberösterreichische Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023. Bitte Herrn Klubobmann Dörfel um die Beilage zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 429/2023, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 und das Oö. Statutargemeinden-

Bedienstetengesetz 2002 geändert werden (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023).

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 429/2023.)

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 und das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 geändert werden (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungs-Dienstrechtsanpassungsgesetz 2023), beschließen.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist, schließe wieder die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 429/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Beilage 431/2023, Initiativantrag betreffend das Oö. Zweckzuschussegesetz, diese Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 432/2023, Initiativantrag betreffend oberösterreichweite Gesundheitsbefragung, Beilage 435/2023, Initiativantrag betreffend Ausbau tele- und digitalmedizinischer Angebote bei Kassen- und WahlärztInnen, diese Beilagen werden dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 433/2023, Initiativantrag betreffend die Anpassung des Oberösterreichischen Glückspielautomatengesetzes aufgrund eines aktuellen VfGH-Erkenntnisses, diese Beilage wird dem Ausschuss für besondere Verwaltungsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 434/2023, Initiativantrag betreffend Eintrittskarte, Fahrkarte, Gratis Öffi-Ticket und andere Sportgroßveranstaltungen in Oberösterreich, diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 436/2023, Initiativantrag betreffend Ausweitung Naturschutzgebiete in Oberösterreich, diese Beilage wird dem Ausschuss für Bauen und Naturschutz zugewiesen. Beilage 437/2023, Initiativantrag betreffend Übersicht öffentlicher Behindertenparkplätze, diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Sitzung erschöpft. Ich schließe diese Sitzung, wünsche eine gute Heimreise und vielen Dank. (Beifall)

(Ende der Sitzung: 19.45 Uhr)